„Deflation“ und Finanzwirtschaft

Deflation als währungs- und wirtschaftspolitische Maßnahme in ihren Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft. Systematische Erwägungen als Vorarbeit zu einer Analyse der wirtschaftlichen Situation der „Goldblockländer“ vor den Währungsabwertungen im Herbst 1936.

Abhandlung

zur

Erlangung der Würde eines Doktors

der wirtschaftlichen Staatswissenschaften

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Werner Ernst Alexander Wilmanns

Diplom-Volkswirt

1938

Druckerei u. Verlag wissenschaftlicher Werke Konrad Triltsch, Würzburg

Angenommen auf Bericht

der Professoren Dr. W. Vleugels und Dr. A. Spiethoff.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meiner lieben Mutter!

Ich möchte nicht versäumen, meinem sehr verehrten Referenten, Herrn Professor Dr. W. Vleugels, sowie Herrn Dozent Dr. Th. Wessels für ihr ständiges förderndes Interesse bei der Abfassung dieser Arbeit herzlich zu danken.

I. Disposition

I. Vorbemerkung 1

II. Das Wesen der Deflation und die Notwendigkeit zur Festlegung eines konkreten Ausgangspunktes hieraus, über die Arten ihrer Durchführung und über die Bedeutung der jeweiligen Wechsellage hierfür 6

III. Öffentliche Wirtschaft und Private Wirtschaft in ihrem Verhältnis zueinander 19

IV. Die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft . 32

a) Die Veränderungen in der Geldsphäre 33

b) Die Anfangsstadien des äußeren Ablaufs der Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft 45

c) Veränderungen auf der Nachfrageseite 53

d) Veränderungen auf der Angebotsseite 60

e) Der Einfluß von Kartellen und Gewerkschaften auf die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft . 79

V. Die grundsätzlichen Berührungspunkte zwischen öffentlicher Wirtschaft und privater Wirtschaft 85

VI. Die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft . 93

a) Die Beeinträchtigung des Finanzsystems 93

1) Allgemeine Grundsätze zur Auswahl und zur Belastung der Steuerquellen 93

2) Die tendenzmäßige Harmonie der Steuerquellenbelastung 96

3) Die Verschiebung innerhalb der Steuerquellenbelastung durch die Auswirkungen der Deflation 97

4) Das Problem 101

b) Die Beeinträchtigung der Finanzorganisation 107

1) Das Budget als Zentralpunkt der Finanzorganisation . 107

2) Die Veränderungen der Einnahmen 109

3) Die Veränderungen der Ausgaben 111

4) Die Sprengung des Budgets 118

5) „Die Einbürgerung des chronischen Fehlbetrags“ . . 124

6) Über die Bedeutung politischer und verfassungsmäßiger Faktoren in diesem Zusammenhang 128

c) Die Beeinträchtigung des Steuersystems im besonderen . 130
1) Bemerkungen zu den modernen Steuersystemen . . 130
2) Einteilung der Steuern 131
3) Grundlegende Faktoren der Konjunkturempfindlichkeit der Steuern 133
4) Über die Veränderungen bei den Verbrauchs- und Verkehrssteuern 133
5) Über die Veränderungen bei der Einkommen- und Vermögenssteuer 141
6) Über die Veränderungen bei den Ertrags-(Objekt-) steuern 149
7) Zusammenfassung: Auseinanderreißen des Steuersystems 152

d) Die Beeinträchtigung der psychologischen Faktoren der Besteuerung 155
1) Die Veränderungen in der Steuerabwehr. (Legitime Steuerwiderstände) 155
2) Das Sinken der Steuermoral. (Illegitime Steuerwiderstände) 162
3) Ergebnis: subjektive und objektive Besteuerungsgrenze entfernen sich weiter voneinander (gleichzeitige Steigerung der Steuererhebungskosten) 165

Exkurs: 167
I. Hinweis: Steuerpolitische Konsequenzen 167
II. Hinweis: Auftauchende Probleme im Finanzausgleich . 168

VII. Rückwirkungen auf die private Wirtschaft 172

VIII. Kritik der Deflation als Maßnahme bei den gemachten Voraussetzungen 183

II. Disposition

I. Vorbemerkung 1

a) Zur Unpopularität der Wirtschaftswissenschaft . . . 1

b) Begründung unserer theoretisch-deduktiven Arbeitsweise; — trotzdem konkrete Verhältnisse als Ausgangspunkt . 1

c) Einordnung unserer Untersuchung in die bisherige Forschungsarbeit und Beschreibung des eingeschlagenen Weges 2

d) Versuch einer erkenntnistheoretischen Rechenschaftslegung 3

Anhang: Skizzierung des empirisch-statischen Teils der gestellten Aufgabe am Beispiel der Schweiz . . 4

II. Das Wesen der Deflation und die Notwendigkeit zur Festlegung eines konkreten Ausgangspunktes hieraus, über die Arten ihrer Durchführung und über die Bedeutung der jeweiligen Wechsellage hierfür 6

a) Historisches Traktat 6

b) Der Begriff: Deflation 7

1) Die Ristschen „Typen“ 7

2) Der Deflationsbegriff der neutralen Geldtheorie (Koopmans) 10

3) Der Deflationsbegriff bei Alfred Ammon 10

4) Der Deflationsbegriff bei A. C. Pigou als endgültige Bestimmung 11

c) Die Notwendigkeit eines konkreten Ausgangspunktes (1. Begrenzung) 12

d) Über die Mittel zur Durchführung der Deflation und Festlegung auf ein einziges Mittel (2. Begrenzung) 14

e) Deflation und Wechsellagen — Auffinden der tatsächlich und darstellerisch entsprechendsten Wechselstufe (3. Begrenzung) 17

III. Öffentliche Wirtschaft und Private Wirtschaft in ihrem Verhältnis zueinander 19

a) Begründung dieses Kapitel 19

b) Äußere Abgrenzung öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft 19

1) Die Tendenz der historischen Entwicklung 19
2) Die Grenzen beider sind nur historisch zu erklären . 20
3) Die Grenzen beider sind jeweils eine Tatfrage . . . 21
4) Über das gegenseitige Lageverhältnis öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft 21
5) Die Notwendigkeit eines konkreten Ausgangspunktes auch hier 22

c) Das „Wirtschaften" in der öffentlichen Wirtschaft im Gegensatz zur privaten Wirtschaft 23
1) Der zwangsläufige Anpassungsprozeß an die Auswirkungen der Deflation 23
2) Charakteristik der Struktur der öffentlichen und der privaten Wirtschaft 24
3) Erklärung der beiderseitigen Wesensverschiedenheit mit Hilfe der Nutzwertlehre 24
4) Das Entstehen von Konflikten und Gefahren in der öffentlichen Wirtschaft durch die Auswirkungen der Deflation 26

d) Die gegenseitige Abhängigkeit öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft 26
1) Die Relation öffentlicher Bedarf — Volkseinkommen und Volksvermögen historisch gesehen 27
2) Die gegenseitige Ergänzung 27
3) Über die objektiven und subjektiven Grenzen der Besteuerung 28

IV. Die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft . 32

a) Die Veränderungen in der Geldsphäre 33
1) Das geldtheoretische Fundament unserer Untersuchung 33
aa) Die drei grundlegenden Komponenten des Geldwertes 33
bb) Über den subjektiven Gebrauchswert und den objektiven Tauschwert des Geldes 34
cc) Eine Verringerung der Geldmenge subjektiv und objektiv gesehen 34
dd) Die beiden geldtheoretischen Wurzeln unserer Untersuchung 35
2) Die Deflation des „Kreditgeldes" und ihr Einfluß auf das Verhältnis der einzelnen „Geldarten" untereinander . 35
aa) Die „Pyramide der Geldarten" (das Geldgebäude) . 36
bb) Die Deflation in der Sphäre des Kreditgeldes . . 37
cc) Einige grundsätzliche Verschiebungen innerhalb des Geldgebäudes durch die Deflation in der Sphäre des Kreditgeldes 37
3) Der Einfluß der Deflation auf die Umlaufsgeschwindigkeit 39
aa) Über den Begriff der Umlaufsgeschwindigkeit . . 40
bb) Einige zwangsläufige Auswirkungen 40
cc) Künstliche Beeinflussungsversuche 41

4) Monetäre Sabotage der Deflation? 42
aa) Bemerkungen zur monetären Situation im 1. Anstieg 42
bb) Die „Kraftprobe" zwischen Zentralbank und Geldmarkt 43

b) Die Anfangsstadien des äußeren Ablaufs der Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft 45
1) Die ersten Auswirkungen an der Börse 45
2) Die ersten Auswirkungen im Handel 45
aa) im Großhandel 45
bb) im Kleinhandel 46
3) Die ersten Auswirkungen bei den Banken 47
4) Die ersten Auswirkungen in der industriellen Produktion 47
5) Die ersten Auswirkungen in der landwirtschaftlichen Produktion 48
aa) im kapitalistischen Betrieb 48
bb) im kleinbäuerlichen Betrieb 49
6) Charakterisierung der Deflationssituation der Wirtschaft 49
aa) Über die Deflation als wirtschaftlicher Läuterungsprozeß 50
bb) Über die ungleichmäßigen lawinenartigen Auswirkungen der Deflation 50
cc) Über die grundsätzliche Störung von Angebot und Nachfrage durch die Deflation 51
7) Weitere darstellerische Konsequenzen aus der Festlegung des konkreten Ausgangspunktes 52

c) Veränderungen auf der Nachfrageseite 53
1) Über die Veränderungen in der Einkommensverteilung 53
2) Über die Veränderungen in der Einkommensverwendung 55
aa) Darstellerisch hier zweckmäßige Beschränkungen auf die konsumtive Nachfrage 55
bb) Über den Begriff des Preisniveaus und dieses als Spiegelbild und Ausgangspunkt der Veränderungen auf der Nachfrageseite 55
cc) Einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Art dieser Veränderungen.
— Konsumverschiebungen — Einflüsse auf die Realeinkommen — wieder das „Beharrungsvermögen" der Preise — die Bedeutung der Elastizität der Nachfrage — Einfluß der Arbeitslosenunterstützung 58
3) Zusammenfassung: Versuch, eine Reihenfolge der Preisfälle festzustellen — verschiedene Modifikationen . . 59

d) Veränderungen auf der Angebotsseite 60
1) Beschränkung der Beobachtung auf die Produktion . 60
2) Über die Bedeutung der Preise für die Produktion . . 61

3) Der ungleichmäßige Preisfall der einzelnen Güterkategorien und die daraus folgende Störung des volkswirtschaftlichen Entsprechungsverhältnisses dieser untereinander. 62

4) Über das ungleichmäßige Verhalten von Kosten und Preisen 64

5) Über die auftretenden Lohnbewegungen und die einsetzenden Änderungen im Arbeitsangebot 65

aa) Über die Bedeutung produktionstechnischer Bedingtheiten für den Beschäftigungsgrad und die daraus folgende verstärkte Ungleichmäßigkeit der Lohnbewegungen 65

bb) Einige grundsätzliche Reaktionen des Arbeitsangebotes 67

6) Über die Bedeutung der Kalkulationsusancen für die Ungleichmäßigkeit des Preisfalls 68

7) Versuch, eine tendenzmäßige Reihenfolge der Escheinungen in der Produktionssphäre festzustellen 69

aa) Der Ablauf volkswirtschaftlich gesehen:
— Die besondere Stellung der Industrien bestimmter langdauernder Nutzungsgüter — die Industrien der mittelbaren Verbrauchsgüter — die Genußgüterindustrien — die landwirtschaftliche Erzeugung — 70

bb) Der Ablauf betriebswirtschaftlich gesehen (Modifikationen):
— Die Bedeutung der fixen Kosten hier — degressive, proportionale, progressive Kosten — „alter" oder „neuer" Betrieb — Landwirtschaft: die besonderen Bedingtheiten — Einfluß der Produktionsverfilzung — wachsende Reagibilität — 72

8) Ergebnis: Die Beeinträchtigung des Aufbaus der volkswirtschaftlichen Produktion durch die Auswirkungen der Deflation 75

aa) Wiederum Abgrenzung gegenüber den Wechsellagen 75

bb) Spezifische und nichtspezifische Produktionsmittel . 76

cc) Über die zwei Entwertungsprozesse in entgegengesetzter Richtung 77

dd) Die volkswirtschaftliche Erzeugungskraft in Gefahr 78

e) Der Einfluß von Kartellen und Gewerkschaften auf die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft . 79

1) Der Einfluß der Kartelle 79

aa) Die deflatorisch bedingte Situation der Kartelle . 79

bb) Die Gefahr aus mangelnder kartellmäßiger Einsicht 80

cc) Die Gefahr aus den volkswirtschaftlichen grundsätzlich zuwiderlaufenden Interessen der Kartelle . 80

dd) Die Bedeutung der jeweiligen Erzeugungsstufe . 81

ee) Gefahren aus einsetzenden Umdispositionen . . 81

2) Der Einfluß der Gewerkschaften 83

V. Die grundsätzlichen Berührungspunkte zwischen öffentlicher Wirtschaft und privater Wirtschaft 85

a) Die Aussonderung des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt 85

b) Die Erwerbseinnahmen (Über die Betätigung des Staates in der privaten Wirtschaft.) 86
1) Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen 86
2) Einnahmen aus dem Betriebsvermögen 86

c) Die Abgaben (Die Steuern als wichtigste und hier problematischste Abgabeform.) 88

d) Die Bedeutung der Ausgabengestaltung für die Berührung: öffentliche und private Wirtschaft 88
1) Systematik der Staatsaufgaben. (Die öffentliche Ausgaben durch die Staatsaufgaben bedingt.) 88
2) Systematik der öffentlichen Ausgaben 90

VI. Die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft . 93

a) Die Beeinträchtigung des Finanzsystems 93
1) Allgemeine Grundsätze zur Auswahl und zur Belastung der Steuerquellen 93
aa) Die volkswirtschaftliche Produktivität als Grundlage der Finanzwirtschaft 93
bb) Das Einkommen als idealste Steuerquelle . . . 94
cc) Die volkswirtschaftlichen und fiskalwirtschaftlichen Interessen müssen parallel laufen 94
dd) Einige praktische Besteuerungsmaßstäbe . . . 95
2) Die tendenzmäßige Harmonie der Steuerquellenbelastung 96
aa) Die 4 volkswirtschaftlichen Konsequenzen der steuerlichen Beanspruchung 96
bb) Ausrichten auf die Ziele der Finanzwirtschaft . . 96
cc) Die zwangsläufig einander entsprechende steuerliche Beanspruchung von Boden, Arbeit und Kapital . 97
3) Die Verschiebung innerhalb der Steuerquellenbelastung durch die Auswirkungen der Deflation 97
aa) Ausrichtung auf die finanzwirtschaftliche Situation im 1. Anstieg — „normale“ finanzwirtschaftliche Verhältnisse als Voraussetzung 97
bb) Die Störung des Entsprechungsverhältnisses der 4 volkswirtschaftlichen Konsequenzen der steuerlichen Beanspruchung 99
cc) Das Einsetzen der zwangsläufigen Steuermehrbelastung 100
dd) Die Reaktion von Boden, Arbeit und Kapital auf die wachsende steuerliche Belastung 100
4) Das Problem! 101
aa) Schrumpfung der Steuerquellen — Wachsende Steuerlast 101
bb) Die Überschreitung der „Steuergrenzen“ . . . 103
cc) Die Verschärfung der Auswirkungen der Deflation durch die Finanzwirtschaft 103
dd) Die „Klemme“ der Finanzwirtschaft 105

b) Die Beeinträchtigung der Finanzorganisation 107

1) Das Budget als Zentralpunkt der Finanzorganisation . 107
aa) Budget und Finanzplan 107
bb) Allgemeine Grundsätze zur Aufstellung des Budgets 108
cc) Brutto- und Nettobudget 109
2) Die Veränderungen der Einnahmen 109
aa) Darstellerisch bedingte Begrenzung 109
bb) Die auftretende Unmöglichkeit der Einnahmenschätzung 110
cc) Verstärkte Heranziehung außerordentlicher Einnahmen und ihre Folgen 110
3) Die Veränderung der Ausgaben 111
aa) Über die zwangsläufig „eintretenden" Veränderungen
— der Wohlfahrtslasten — der Personalausgaben und der allgemeinen Schuldverpflichtungen — der Sachausgaben — maßgebend das anteilmäßige Verhältnis der einzelnen Ausgabegruppen an den Gesamtausgaben — die Gefahr durch die „Sonderrechnungen" 112
bb) Über die zwangsläufig „vorgenommenen" Veränderungen
— primäre und sekundäre Ausgaben — die Rolle des politischen Widerstandes — in praxi die Anpassungen problematisch — trotzdem die sekundären Ausgaben am ehesten einschränkbar — allgemein Sachausgaben leichter einschränkbar als Personalausgaben — über die Relativität der finanzwirtschaftlichen Beurteilungsmöglichkeit — die Starrheit der Personalausgaben im besonderen . . . 114
cc) Zusammenfassung: Die Proportionalität der Ausgabenkategorien gestört — der circulus vitiosus: Ausgabenerhöhung, Ausgabensenkung — immer Einnahmenminderung als Folge 117
4) Die Sprengung des Budgets 118
aa) Über die Notwendigkeit bestimmter finanzwirtschaftlicher Deckungsregeln 118
bb) Ordentliches und außerordentliches Budget . . 119
cc) Die grundsätzlichen finanzwirtschaftlichen Deckungsregeln 120
dd) Die einsetzenden Verschiebungen zwischen ordentlichem und außerordentlichem Budget 121
ee) Die Entfernung von den Deckungsregeln vergrößert sich — Aufrechterhaltung und Aufstellung des Budgets damit immer problematischer 123
5) „Die Einbürgerung des chronischen Fehlbetrags" . . 124
aa) Beeinträchtigung des laufenden Haushaltjahrs oder der Vorbereitung des neuen? 124
bb) Zwangsläufiges Hinsteuern zum Fehlbetrag . . 124
cc) Das Bestreben, das ordentliche Budget zu entlasten 125
dd) Kreditaufnahme als Ausweg? 126
ee) Die Budgetverschleierung 127
6) Über die Bedeutung politischer und Verfassungsmäßiger Faktoren in diesem Zusammenhang 128

c) Die Beeinträchtigung des Steuersystems im besonderen . 130
1) Bemerkungen zu den modernen Steuersystemen . . 130
aa) Wachsende Individualisierung der Besteuerung . 130
bb) Über die grundsätzliche Einrichtung des Steuersystems 130
cc) Die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Steuertypen untereinander 131
dd) Über „starre" und „bewegliche" Steuern . . . 131
2) Einteilung der Steuern 131
3) Grundlegende Faktoren der Konjunkturempfindlichkeit der Steuern 133
4) Über die Veränderungen bei den Verbrauchs- und Verkehrssteuern . . . . . , 133
aa) Über die Veränderungen bei den Verbrauchssteuern im allgemeinen
— von der Güterseite her — durch die technische Ausgestaltung bedingt 134
bb) Über die Veränderungen bei den Zöllen im besonderen
— über die Bedeutung der Zölle im Staatshaushalt — Finanz- und Schutzzölle — auftretende Gefahren in der Zollpolitik — grundsätzlich die gleichen Bewegungen wie bei den Verbrauchssteuern — Modifikationen in praxi 136
cc) Über die Veränderungen bei den Verkehrssteuern im allgemeinen
— Kennzeichnung — die Reaktionen — Modifikationen in praxi — (volkswirtschaftliche Schäden) . . 137
dd) Über die Veränderungen bei der Umsatzsteuer im besonderen
— Kennzeichnung — allgemeine Reaktionen — die Bedeutung der Nachfrageelastizität — wirtschaftspolitische Gesichtspunkte — Bedeutung der steuertechnischen Ausgestaltung 139
Anhang: Über die Veränderungen bei den Steuermonopolen 141
5) Über die Veränderungen bei der Einkommen- und Vermögenssteuer 141
aa) Über die Veränderungen bei der Einkommensteuer — Kennzeichnung — die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Grundlagen — Einflüsse der steuertechnischen Ausgestaltung: (Verstärkungstendenz des allgemeinen Rückgangs von seiten der steuerlichen Progression: entsprechende Abmilderungstendenz von seiten der Erhebungstechnik; mögliche überproportionale Benachteiligung des Fiskus; Rückgang des Lohn- und Gehaltsteueraufkommens unproblematisch; Pauschalierungen und Schätzungen den Rückgang abmildernd) 141
bb) Über die Veränderungen bei der Vermögenssteuer — verschiedene Rollen der Vermögenssteuer und über deren Bedeutung hier — die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Grundlagen — Einflüsse der steuertechnischen Ausgestaltung — Übergang von nomineller zu reeller Vermögensbesteuerung —

Vergleich mit den Veränderungen bei der Einkommenbesteuerung 146
Anhang: Bemerkungen zu den Bewegungen im Erbschaftssteueraufkommen 148
6) Über die Veränderungen bei den Ertrag-(Objekt-) steuern 149
aa) Kennzeichnung 149
bb) Über die Veränderungen der Grund- und Gebäudesteuer 150
cc) Über die Veränderungen der Gewerbesteuer . . 150
dd) Vergleich mit den Veränderungen der anderen Steuertypen 151
7) Zusammenfassung: Auseinanderreißen des Steuersystems 152
d) Die Beeinträchtigung der psychologischen Faktoren der Besteuerung 155
1) Die Veränderungen in der Steuerabwehr (Legitime Steuerwiderstände) 155
aa) Terminologische Festlegung 156
bb) Anwachsen der Steuervermeidungen 156
cc) Keine Kompensation durch Steuereinholungen . . 157
dd) Nachteilige Folgen jetzt auftretender Steuertilgungen 157
ee) Über die Veränderungen in den Überwälzungsvorgängen
— Kennzeichnung der bisherigen Situation — zwangsläufige Steigerung des Überwälzungsbestrebens — die Verschiebung im volkswirtschaftlichen Kräfteverhältnis: Elastizität der Nachfrage zu Elastizität des Angebots — Modifikationen durch die Elastizitätsverhältnisse im einzelnen (über die Voraussetzungen starrer Nachfrage und deren Bedeutung hier; Elastizität des Angebots bei freier Konkurrenz und beim Monopol) — die Überwälzungsmöglichkeit nach Steuertypen verschieden . . . 158
2) Das Sinken der Steuermoral (Illegitime Steuerwiderstände) 162
aa) Die Kluft Steuermoral — allgemeine Moral vergrößert sich 163
bb) Verschiedene Reaktionen nach Bevölkerungskreisen 163
cc) Verschiedene Reaktionen auf die einzelnen Steuertypen 164
dd) Verschiedene Reaktionen nach der Art der öffentlichen Verwaltung 164
3) Ergebnis: Subjektive und objektive Besteuerungsgrenze entfernen sich weiter voneinander (gleichzeitige Steigerung der Steuererhebungskosten) 165
Exkurs: 167
I. Hinweis: Steuerpolitische Konsequenzen 167
II. Hinweis: Auftauchende Probleme im Finanzausgleich . 168
1. Grundlegende Bemerkungen zum Finanzausgleich 168

2. Territorial ungleichmäßige Ausgabenerhöhungen 168
3. Territorial ungleichmäßige Einnahmerückgänge 169
4. Organisatorisch bedingte Ungleichmäßigkeiten 170
5. Politische Perspektiven 171

VII. Rückwirkungen auf die private Wirtschaft 172
a) Die Rückwirkungen verschieden: 172
1) nach den jeweiligen Überwälzungsbedingungen . . 172
2) nach der Art der zu zahlenden Steuern 173
b) Rückwirkungen auf die Produktion im besonderen (am Beispiel der Umsatzsteuer) 173
1) Weitere Beeinträchtigung der Rentabilität von steuerlicher Seite 173
2) Weitere Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von steuerlicher Seite 174
c) Rückwirkungen auf die arbeitsteilige Struktur der Volkswirtschaft (am Beispiel der Umsatzsteuer) 175
d) Rückwirkungen auf die Kapitalstruktur der Volkswirtschaft (von den Sparakten der einzelnen Einkommenschichten ausgehend) 176
1) Unmittelbarer Zusammenhang zwischen Steuermehrbelastung und Einkommensdispositionen 177
2) Volkswirtschaftlich verschiedene Bedeutung des Sparens bei kleinen und bei großen Einkommen 178
3) Die verschiedenen Reaktionen der einzelnen Einkommenschichten auf die Steuermehrbelastung 178
4) Die Steuermehrbelastung bei den großen Einkommen allgemein stärker 179
5) Volkswirtschaftliche Konsequenzen 179
e) Rückwirkungen auf den Wechselkurs 180
f) Ausblick 181

VIII. Kritik der Deflation als Maßnahme bei den gemachten Voraussetzungen 183
a) Das Goldwährungssystem vor dem Kriege 183
b) Über die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen der Kriegs- und Nachkriegszeit 183
c) Der währungspolitische Fehler der „Goldblockländer“ . . 184
1) Die internationale Währungslage ab 1930 184
2) Warum Währungsabwertungen? 185
3) Währungsabwertung und „Deflation“ im Prinzip dasselbe, in ihren volkswirtschaftlichen Auswirkungen verschieden! 185
4) Die „Stabilität der Währung“ wird zum Phantom . . 186
5) Der eingeschlagene Weg von vornherein unbeschreitbar 187
d) Schlußbemerkung 188

Literaturverzeichnis.

A. Geldtheoretische und allgemeine wirtschaftswissenschaftliche Literatur.

AMMON, Alfred: Zur gegenwärtigen Krisenlage und inflationistischen Krisenbekämpfungspolitik. Z. f. N., V. Bd., Wien 1934.

HABERLER, Gottfried: Der Sinn der Indexzahlen, B. Ökonomischer Teil. Tübingen 1927.

— Die Kaufkraft des Geldes und die Stabilisierung der Wirtschaft. Schm. Jb. 1931.

HAHN, Albert: Handelsbilanz, Zahlungsbilanz, Valuta, Güterpreise. Arch. v. Soz. Wissenschaft, 48. Bd.

HALM, Georg: Geld, Kredit, Banken. München und Leipzig 1935.

HAWTREY, R. G.: Währung und Kredit, Jena 1926.

HAYEK, Friedr. A.: Preise und Produktion. Wien 1931.

— Geldtheorie und Konjunkturtheorie. Wien und Leipzig 1929.

— Das intertemporale Gleichgewichtssystem der Preise und die Bewegungen des Geldwertes. Weltwirtsch. Arch., 28. Bd., (1928, II) Jena 1928.

— Das Schicksal der Goldwährung. Dt. Volkswirt, 6. Jg., Nr. 20 u. 21.

HOLTROP, Marius W.: De Omloopsnelheid van het Geld. Amsterdam 1928. dtsch. v. Hayek, Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933.

KOOPMANS, Zum Problem des neutralen Geldes, in Hayek, Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933.

LEDERER, Emil: Monopole und Konjunktur. Viertelj. Hefte z. Konj. Forschg., 2. Jg., 1927, Erg. Heft 2.

LIPINSKI, Edward: Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik in Polen. Kieler Vorträge, Nr. 42, Jena 1936.

LUKAS, Eduard: Wirtschaftsverfassung, Geldverfassung und Reparationen, Weltw. Arch., 33. Bd., Jena 1931.

MISES, L. v.: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. München und Leipzig 1912, II. Buch, 1., 2., 3., 6. u. 7. Kap.

MOELLER, Hero: Inflation oder Deflation? Erlangen 1932.

MÜLLER-ARMACK, Alfred: Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, H. d. St., 4. Aufl., Erg. Bd. Jena 1929.

MÜLLER, Dr. Hugo: Wechselkurs und Güterpreise. Jena 1926.

PIGOU, A. C.: Inflation, Deflation, Reflation; aus: Prakt. Fragen der Volkswirtschaft, dtsch. v. Karl Klügmann, Jena 1937.

— The economics of welfare, London 1920.

RIST, Charles: Die Deflation und ihre Praxis in England, den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Tschechoslowakei. Berlin 1925.

ROBERTSON, D. H.: Das Geld. Wien 1935. (Übersetzt von Bode.)

ROGER, Charles: Die Währungsabwertung und die Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Belgien. Weltw. Arch., 43. Bd., Januar 1936.

RÖPKE, Wilhelm: Geld und Außenhandel. Jena 1925.

— Praktische Konjunkturpolitik. Weltw. Arch., 34. Bd., Jena 1931.

— Die Konjunktur. Jena 1922.

SOUDEK, Joseph: Die sozialen Auswirkungen der Konjunkturschwankungen. Veröff. d. Frankf. Ges. f. Konj. Forschg., Heft 3, Bonn 1929.
SPIETHOFF, Arthur: Art. Krisen, im H. d. St., 4. Aufl., Jena 1925.
— Kapital, Geld und Güterwelt in ihrem Verhältnis zueinander, Schm. Jb., 33. Bd.
— Die allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile. Festgabe für Werner Sombart, München 1935.
— Kreditpolitik, Kölner Vorträge, Bd. 2, Leipzig 1927.
SPIETHOFF-FESTSCHRIFT: Aufsätze von F. K. Mann, Fritz Neumark, Wilhelm Vleugels und O. v. Zwiedineck-Südenhorst. München 1933.
SCHUMANN, C. G. W.: Abwertung und Entwertung in Chile. Weltw. Arch., 43. Bd., Jan. 36, Heft 1.
SCHUMPETER, Joseph: Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige. Arch. f. Soz. Wissensch. u. Soz. pol., 44. Bd., 3. Heft, Tübingen 1918.
— Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. München u. Leipzig 1926, VI. Kap.
TAUCHER, Wilhelm: Banknotenpolitik und Konjunktur und Krise. Jb. f. Nationalök. u. Stat., 126. Bd., III. Folge, 71. Bd., Jena 1927.
VLEUGELS, Wilhelm: Die Volkswirtschaftslehre als politische Ökonomik und die formale Wirtschaftstheorie. Stuttgart 1936.
— „Reine" und „politische" Wissenschaft in der Lehre von der Staatswirtschaft. J. f. N. u. St., 140. Bd., Jena 1934.
WAGEMANN, Ernst: Zwischenbilanz der Krisenpolitik, Berlin 1935.
WIESER, Friedr. Frh. v.: Der Geldwert und seine Veränderungen, Z. f. Volkswschft., Soz. Pol. u. Verw., XIII. Bd., 1904.
v. ZWIEDINECK-SÜDENHORST, Otto: Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit. IV., Wandlungen auf der Nachfrageseite. Viertelj. Hefte z. Konj. Forschung, 2. Jg., 1927, Erg. Heft 1.
— Die Arbeitslosigkeit und das Gesetz der zeitlichen Einkommensfolge. Weltw. Arch., 34. Bd., Jena 1931.
„BESTIMMUNGSGRÜNDE UND TENDENZEN DER WELTWIRTSCHAFTLICHEN DEPRESSION." Viertelj. Hefte z. Konj. Forsch., 5. Jg., Teil A, Berlin 1930.
KREDIT UND KONJUNKTUR: Verhandlungen d. Ver. f. Soz.pol. in Zürich, 1928, 3. Verh. Tag, München und Leipzig 1929.

B. Finanzwissenschaftliche Literatur.

AMMON, Alfred: Zur Frage der steuerlichen Lastenverteilung, Conrads Jb., III. Folge, 68. Bd., 1925.
BECKERATH, Erwin v.: Formen moderner Finanztheorie, Schanz - Festgabe, Tübingen 1928.
BONUS, Heinz: Konjunktur und Haushalt, Finanz-Arch., Bd. 3, Tübingen 1935.
BREDT, Dr.: Etatrecht und Finanzwirtschaft. Berlin 1927.
BROWN, H. G.: The economics of taxation. New York, 1924.
COLM, Gerhard: Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Tübingen 1927.
— Der Einfluß der Steuern auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Beiträge zur Finanzwissenschaft (Festgabe für G. v. Schanz), I. Bd., Tübingen 1928.
— Besteuerung und Rentabilität gewerblicher Unternehmungen. Finanz-Arch., 46. Jg., I. Bd., Tübingen 1929.
CONRAD, Dr. Dr. Herbert: Psychologie und Besteuerung. Stuttgart 1928.
CONRAD, Johannes E.: Art. Steuer, i. H. d. St, 4. Aufl., Jena 1925.
CUNOW, Heinrich: Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik? Berlin 1916.
DALTON, H.: Principles of public finance, London 1926.
DUNGERN, F. Frh. v.: Finanzfragen der Gegenwart. Jena 1929.
EHEBERG, v.: Theorie der Steuermonopole. in: Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Wien 1928.

EHEBERG-BOESLER, v.: Grundriß der Finanzwissenschaft. 7. Aufl., Leipzig 1936.
EINAUDI, L.: Corso di scienza della finanza, IV. ed., Torino 1926.
FICK, Dr. Harald: Finanzwirtschaft und Konjunktur. Jena 1932.
— Finanzpolitik als Mittel der Konjunkturpolitik. Bank-Arch., 23. Jg., 1. Juli 1934.
— Der öffentliche Haushalt in Krise, Depression und Aufschwung der Wirtschaft. Jb. f. N. u. St., III. Folge, 84. Bd., Jena 1933.
GERLOFF, Wilhelm: Die Grenzen der Besteuerung. in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Wien 1928.
— Steuerwirtschaftslehre. Hb. d. Fin. W., I. Bd., Tübingen 1926.
GROSS, Herbert: Verbrauchsbesteuerung und Kaufkraftschwund. Fin. Arch. 1933, Bd. I.
GUTMANN, Franz: Bemerkungen zur Theorie der Steuersystematik. Jb. f. Nat. Ök. u. Stat., 128. Bd., III. Folge, 73. Bd. 1928.
HANTOS, Elemér: Finanzpolitik und Handelspolitik. in: Beitr. z. Fin.W. (Schanz-Festgabe), I. Bd., Tübingen 1928.
HEIDRICH, Paul: Die Lehre von den obersten Steuerprinzipien. Jena 1929.
HELANDER, Sven: Grenzen der Besteuerung. Fin. Arch. 1931.
HELLER, Wolfgang: Die Grenzen der Besteuerung. i. d. Festgabe f. G. v. Schanz, Bd. II, Tübingen 1928.
HERKNER, Heinrich: Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich. (1925) Jena 1926, Kieler Vorträge, Bd. 15.
— Kapitalbildung und Steuersystem. Weltw. Arch., 33. Bd., (1931, I) Jena 1931.
JÈZE, Gaston: Allgemeine Theorie des Budgets. Deutsche Ausgabe von Dr. Fritz Neumark, Tübingen 1927.
KEHL: Die Steuer in der Lehre der Theologen des Mittelalters. Berlin 1927.
v. KROSIGK, Graf Schwerin: Nationalsozialistische Finanzpolitik. Jena 1936.
LANDAUER, Carl: Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft. München u. Leipzig 1931. A I, II, IVa 3, IV b 3/4, IV e 1/2, B IV.
LAUTENBACH, W.: Reparation und Volkswirtschaft. Z. f. d. g. St. W., 79. Jg., 1925.
LORENZ, Charlotte: Die Steuerkraft des Verbrauchs. Fin. Arch., 1936.
MANN, Fritz Karl: Grundsätze der Besteuerung. Schmollers Jb., 50, 1, 1926.
— Die Grundformen der Steuerabwehr. Conrads Jb., 120. Bd., III. Folge, 65. Bd., 1923 I.
— Besteuerung und Volkswirtschaft. Schmollers Jb., 46. Jg., 3. u. 4. Heft, Leipzig 1922.
— Kapitalbildung und Besteuerung. Fin. Arch., 46. Jg., I. Bd., Tübingen 1929.
— Art. Steuerüberwälzung, i. H. d. St., 4. Aufl., Jena 1925.
— Die Staatswirtschaft unserer Zeit. Jena 1930.
MERING, Otto v.: Zur Methode der Lehre von den Steuerwirkungen. Fin. Arch., 46. Jg., II. Bd., Tübingen 1929.
— Neuere Untersuchungen über öffentliche Einnahmen und Konjunktur. Fin. Arch. 1933, Bd. I.
— Steuerüberwälzung. Jena 1928.
MÜHLENFELS, Albert v.: Währung und Steuerdruck. in: Beitr. z. Fin. W. (Schanz-Festgabe) I. Bd., Tübingen 1928.
— Steuerkraft und Wohlstandsindex. Leipzig 1927.
MUNZER, Egbert: Dynamischer Staatshaushalt? Jena 1931.
v. NELL-BREUNING, S. J.: Steuerverfassung und Steuergewissen. Stimmen der Zeit, 1930, Heft 4.
NEUMARK, Dr. Fritz: Der öffentliche Haushalt in der Krise. in: „Die Wirtschaftskurve", 10. Jg., 1931, S. 150 ff.
— Der Reichshaushaltplan. Jena 1929.

— Konjunktur und Steuern. Veröff. d. Frft. Ges. f. Konj. Forschg., Heft 8, Bonn 1930.

PFLEIDERER, Otto: Die Staatswirtschaft und das Sozialprodukt. Jena 1930.

— Steuersystem und volkswirtschaftlicher Kreislauf. Fin. Arch. 1934, Bd. II.

PIGOU, A. C.: A study in public finance, London 1928.

PISTORIUS, Th. v.: Integrationslehre und Finanzwissenschaft, Z. f. d. g. St. W., 87. Bd.

PLAUT, Theodor: Zwischenstaatliche Kapitalbewegung und Besteuerung. Z. f. d. g. St. W., 87. Bd.

POPITZ, Johannes: Art. „Finanzausgleich". Im H. d. St., 4. Aufl., III. Bd., Jena 1926.

— Der wirtschaftende Mensch als Steuerzahler. Viertelj. Schr. f. Steuer- und Finanzrecht. 4. Jg., 1930.

RATH, Klaus Wilhelm: Die Aufgabe einer Selbstbesinnung der Finanzwissenschaft. Fin. Arch., Bd. III, Tübingen 1935.

RITSCHL, Hans: Der Staatshaushalt in der Depression. Arch. f. Soz. W. u. Soz. Pol., 69. Bd., 3. Heft, Juni 1933.

— Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft. Tübingen 1931.

— Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung. Bonn und Leipzig 1925. (Bonner Staatsw. Unters., Heft 11).

RÖPKE, Wilhelm: Finanzwissenschaft. Berlin und Wien 1929.

SCHÄFFLE, Alb. E. F.: Theorie der Deckung des Staatsbedarfs. Tübinger Ztschrft. 1883, S. 634 ff.

SCHANZ, Georg v.: Art. „Budget" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., III. Bd., Jena 1926.

— Die Frage der Arbeitslosigkeit und die öffentliche Haushaltsführung. Ztsch. f. Soz. W., V. Jg., Heft 1, Berlin 1902.

— Zur Frage der Überwälzung indirekter Verbrauchssteuern etc., in Jb. f. Gesetzgbg. u. Verw., VI, 1882.

SCHMÖLDERS, Günter: Steuermoral und Steuerbelastung. Berlin 1932.

SCHUMPETER, Joseph: Wen trifft die Umsatzsteuer? „Der Deutsche Volkswirt", 3. Jg., I.

— Steuerkraft und nationale Zukunft. „Der Deutsche Volkswirt", I. Jg., I.

SHIRRAS, G. Findlay (Bombay): Volkseinkommen und Besteuerung. Deutsch v. M. I. Bonn, Jena 1926.

SPIELHAGEN, W.: Konjunkturausgleichende Ausgabenpolitik. Reich und Länder. V. Jg., 1931.

SPITZMÜLLER, Alex. v.: Volkswirtschaft, Finanzwirtschaft und Geld. Im Hb. d. Fin.W., I. Bd., Tübingen 1926.

SUCHAN, Franz: Konjunkturpolitik als Aufgabe der öffentlichen Finanzwirtschaft, Berl. Diss. Saalfeld 1936.

TERHALLE, Fritz: Finanzwissenschaft. Jena 1930.

— Steuerlast und Steuerkraft. Jena 1921.

VLEUGELS, Wilhelm: Über Wesen und Grenzen der finanzwirtschaftlichen Theorie. Fin. Arch. 1932—33.

VOGEL, Dr. Emanuel Hugo: Die finanzpolitischen Besteuerungsprinzipien in Literatur und Theorie. II. Teil, Z. f. d. g. St.W., 66. Jg., Tübingen 1910.

KAPITALBILDUNG UND BESTEUERUNG: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 174. Bd., 4. Teil, München und Leipzig 1929.

KAPITALBILDUNG UND STEUERSYSTEM: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Eilsen. 1929, Veröff. der Friedr List-Gesellschaft e. V., 3. u. 4. Bd., Berlin 1930.
Und zwar:

Aus den Gutachten:

Dr. L. v. WIESE und KAISERSWALDAU: Der Einfluß der psychologischen Faktoren auf die Kapitalbildung der Gegenwart.

Wilhelm RÖPKE, Der Einfluß sozialwirtschaftlicher Faktoren (Einkommenshöhe und Einkommenschichtung) auf die Kapitalbildung.

E. OBERFOHREN: Die Grenzen der Besteuerung.

Hans NEISSER: Die produktionspolitische Bedeutung der Gewerbe- und Umsatzsteuer.

Fritz Karl MANN: Die Überwälzbarkeit der Einkommen-, Vermögen-, Vermögenszuwachs- und Erschaftssteuern.

Sven HELANDER: Die Überwälzbarkeit der spezifischen Unternehmungssteuern.

Rudolf STUCKEN: Die Überwälzbarkeit der Verbrauchssteuern und Zölle.

Aus den Materialien:

Der Einfluß des Steuersystems auf die Kapitalbildung.
Auszug aus dem Colwyn-Report.

Aus den Verhandlungen:

1. Tag, III. und IV. Referat und Aussprache.
2. Tag, II. und III. Referat und Aussprache.
3. Tag, I.: Grundlegung des Vorsitzenden.
IV.: Generaldebatte.

STEUERÜBERWÄLZUNG: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien, 1926. 3. Verhandlungstag, München und Leipzig 1926.

I. VORBEMERKUNG.

a) In Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs und wirtschaftlicher Katastrophen wird von dem Nationalökonomen erwartet, daß er nun ein möglichst raschwirkendes Allheilmittel zur Verfügung stellen kann. Hat man vorher nicht seine warnende Stimme gehört, so verlangt man dann, wenn es zu spät ist, Unmögliches. Dies ist nach unserer Meinung einer der Hauptgründe, die unsere Wissenschaft mit Unrecht in weitesten Kreisen so in Mißkredit gebracht hat.

Wir haben uns die Aufgabe gestellt, die kausalen und funktionellen Zusammenhänge der Auswirkungen der Deflation auf die Finanzwirtschaft in den sogenannten Goldblockländern vor der Abwertung aufzuzeigen. Gerade die durch die Deflation verursachten wirtschaftlichen Erscheinungen haben den heftigen Angriffen auf die Nationalökonomie neue Nahrung gegeben. Man glaubte, daß die Anwendung der bisher erarbeiteten ökonomischen „Gesetze" von Seiten der Wirtschaftspolitik, wie es, so glaubte man, bei den deflatorischen Maßnahmen geschehe, an allem schuld sei. Man glaubte, einen neuen Anlaß zu haben, wieder einmal die Richtigkeit, die „Gesetzmäßigkeit" der von unserer Wissenschaft aufgedeckten wirtschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge anzuzweifeln.

Wir werden nun zeigen, daß durch den Mißerfolg der Deflationsmaßnahmen der Regierungen nicht etwa unsere wissenschaftlichen Ergebnisse angetastet werden können, sondern daß man auch in diesem Problemkreis finden wird, daß gerade deren Nichtbeachtung bzw. falsche Anwendung von Seiten der Wirtschaftspolitik diese Mißerfolge, die man uns zum Vorwurf macht, herbeigeführt haben.

b) Es kann so nur selbstverständlich sein, wenn wir zur Bewältigung der uns gestellten Aufgabe als Erstes uns das nötige theoretische Rüstzeug bereit stellen, bevor wir an die Mannigfaltigkeit der konkreten Erscheinungen herantreten, das Typische und Ursächliche aus dem Wirrwarr des uns in diesen Jahren bestürmenden Geschehens herauskristallisieren können.

Eine theoretisch-deduktive u n d empirisch-statistische Analyse unserer Vorlage müßte bei der Schwierigkeit und teilweisen Unerforschtheit unserer Problemstellung weit über den äußerlich gesetzten Rahmen der vorliegenden Schrift herausragen. Wir beschränken uns somit im Vorliegenden auf den theoretisch-deduktiven Teil (s. a. S. 3/4).

Man mache uns hier nicht den Vorwurf, daß wir uns ja dann von vornherein damit begnügt haben könnten, die Auswirkungen Deflation-Finanzwirtschaft schlechthin ohne den mehr oder minder aktuellen Ausgangspunkt der Verhältnisse in den Goldblockländern zu behandeln. Wir werden in unserem II. Kapitel noch sehen, daß diese Fragestellung in der Form von vornherein nicht ohne weiteres haltbar ist, daß sie präzisierter zu erfolgen hat.

Die Goldblockländer sind im übrigen ein deshalb für unser Problem geeignetes Untersuchungsobjekt, weil in ihnen das Kräfteverhältnis Organ- und Marktwirtschaft noch in etwa gleichmäßig verteilt ist (siehe unter III). Die ursprünglichen Energien beider volkswirtschaftlicher Sektoren kommen hier in ihren gegenseitigen Wechselwirkungen voll zum Ausdruck, während in den angelsächsischen und mitteleuropäischen Ländern der Staat einflußreicher Lenker des Wirtschaftslebens geworden ist und somit die eigenen Lebensströme der Marktwirtschaft entsprechend seinen staats- und wirtschaftspolitischen Zielen leitet, d. h. sowohl auf der einen Seite anregt als auch auf der anderen Seite, wo er es für nötig hält, erstickt[1]).

c) Die Wechselwirkungen zwischen Organ- und Marktwirtschaft waren bisher wenig geklärt. Erst in den Niedergangsjahren ab 1929 wurde die ganz besondere Krise der öffentlichen Haushalte und der Finanzwirtschaften akut, verstärkt zum Ausdruck kommend durch die mittlerweile erfolgte zwangsläufige Ausdehnung der Staatstätigkeit, die in allen Ländern eintrat. Erst jetzt entsteht eine eigentliche Spezialliteratur, die sich mit den Auswirkungen der Marktwirtschaftsschwankungen auf die öffentliche Wirtschaft beschäftigt[2]).

---

[1]) Es ist, wie wir später noch sehen werden, für die Auswirkungen der Deflation von Einfluß, die Art, wie die Preisbildung erfolgt. Wir haben in den Goldblockländern noch eine verhältnismäßig freie Wirtschaftsorganisation mit elastischem Preisniveau vor uns (den Einfluß der Kartelle und gewerkschaftlichen Organisationen werden wir wegen seiner besonderen Bedeutung in einem speziellen Abschnitt im IV. Kapitel behandeln). Ebenso läßt hier die vorhandene demokratische politische Verfassung die Wucht der Erscheinungen im Gegensatz zu dem lenkenden Eingreifen staatlicher Wirtschaftspolitik in autoritär regierten Ländern eher bis zu ihrem eigentlichen Ende ausschwingen. ...

[2]) Vor dem Kriege befaßten sich bereits mit diesem Problem, um nur die zwei einzig bedeutenderen Versuche anzuführen: Vilfredo Pareto in Fatti e teorie, Firenze, Valecchi Editore und Jean Lescure in Des crises générales et périodiques de surproduktion, Paris 1907. Hier wäre der Nationalökonomie mit Recht der Vorwurf zu machen, daß sie sich erst nachträglich mit einer der dringlichsten Aufgaben zu beschäftigen begonnen hat. Hätte die staatliche Wirtschaftspolitik die Zusammenhänge öffentliche Wirtschaft — Marktwirtschaft besser gekannt, so wäre sicherlich manches schmerzliche Experiment in den einzelnen Volkswirtschaften unterblieben. Es fragt sich allerdings hier wie immer, ob sich die staatliche Wirtschaftspolitik auch wirklich der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse bedient hätte.

Wir wollen nun in Folgendem ein bis vor kurzem noch ganz besonders aktuelles Problem aus dieser neu entstandenen Forschungsrichtung herausgreifen und eingehend analysieren: Die Auswirkungen der Deflation (als Mittel bei ganz bestimmten Voraussetzungen) auf die Finanzwirtschaft.

Wir werden dazu als Erstes, nach einer Umreißung des Ausgangspunktes, an dem die deflatorischen Maßnahmen einsetzen, einer genaueren Begriffsbestimmung dieser selbst (II. Kapitel), und einer kurzen gegenüberstellenden Kennzeichnung der Wesenseigentümlichkeiten öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft unter ausschließlicher Berücksichtigung des gestellten Themas (III. Kapitel), in einem notwendigerweise ausführlichen Teil (IV. Kapitel) die deflatorischen Erscheinungen in der Marktwirtschaft an Hand von repräsentativen Beispielen beschreiben. Wir werden dann, nach einem kurzen zwischengeschalteten Abriß über die typischsten Berührungspunkte (V. Kapitel) in dem eigentlichen Hauptteil der Arbeit (VI. Kapitel) die Erscheinungen in der Finanzwirtschaft erörtern. Das VII. Kapitel endlich wird sich mit nunmehr ursächlich finanzwirtschaftlich bedingten Rückwirkungen auf die Marktwirtschaft beschäftigen. Im Schlußkapitel (VIII) wollen wir an Hand der angestellten Untersuchungen kritisch zu der Deflation als wirtschaftspolitischer Maßnahme im unter II festgesetzten Sinne Stellung nehmen.

d) Die Formulierung im Untertitel der Abhandlung: systematische Erwägungen will sagen, daß wir uns bei der Bearbeitung des vorliegenden Problems der Hilfsmittel der „reinen Theorie“ [3]) bedienen. „Die reine Theorie“, so drückte sich SPIETHOFF einmal aus, „ist das Licht, das voraus leuchtet“. In diesem Sinne müssen auch unsere Ausführungen verstanden werden: Eine „Aufhellung“ des Problems! Es gilt an sich, eine Aufgabe der besonderen Volkswirtschaftslehre zu bewältigen: d. h. „bestimmte volkswirtschaftliche Erscheinungen in ihrer zeitlichen und örtlichen Gestaltung zu beschreiben, sie nach Art und Menge zu erfassen, die Zusammenhänge aufzudecken und die Ursachen des Festgestellten zu erklären.“ (SPIETHOFF). Wir haben einen ganz bestimmten Teilausschnitt aus dem konkreten Geltungsbereich des volkswirtschaftlichen Stils vor uns: Die Erscheinungen in den Goldblockländern in einer bestimmten Zeit sollen untersucht werden. Bevor wir an eine Ordnung des entsprechenden mannigfaltigen Tatsachenmaterials herantreten können, müssen wir uns „reintheoretisch“ ein Arbeits-

[3]) Vgl. A SPIETHOFF, Die allgemeine Volkswirtschaftslehre als geschichtliche Theorie. Die Wirtschaftsstile. Festgabe für Werner Sombart, München 1935.
Vgl. W. VLEUGELS, Die Volkswirtschaftslehre als politische Ökonomik und die formale Wirtschaftstheorie, Stuttgart 1936. Besonders S. 26ff., S. 57ff., S. 63ff.

programm entwerfen, um uns damit gleichsam einen Stollen zu bauen, von wo aus wir dann mit der Analyse des konkreten Geschehens beginnen können. Nur diese „Vorarbeit" kann aus den genannten Gründen die vorliegende Arbeit leisten (s. S. 1).

Auch unsere finanzwissenschaftlichen Erörterungen sind entsprechend angestellt. Wir gehen „finanzwirtschaftstheoretisch" vor, bedienen uns der Hilfsmittel der „Finanzwirtschaftslehre" vorerst noch frei von Wertungen[4]).

Der Leitstern unserer Untersuchungen ist das Auffinden eines kausal-funktionellen Zusammenhangs im Rahmen unseres Problems. Wir werden jedoch nicht versäumen, da, wo es uns bedeutsam erscheint, auf den Einfluß soziologischer, psychologischer, verfassungsmäßiger usw. Faktoren exkursmäßig je nachdem mehr oder minder ausführlich einzugehen, ohne jedoch jemals dabei den Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen.

Es ist nun ohne weiteres verständlich, warum wir nach dieser Absteckung des zu erforschenden Gebietes auch die Einflüsse einer an sich in der Realität naturgemäß immer einsetzenden speziell den deflatorischen Erscheinungen angepaßten staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik — wenn überhaupt — nur ganz kurz und andeutungsweise erörtern werden[5]). Das interessiert uns eigentlich nicht, sondern lediglich der gegenseitige Einfluß, die Wechselwirkungen und deren kausalfunktioneller Zusammenhang, frei von Gegenbewegungen, die nur die Reinheit des logischen Aufbaus des gefundenen Gedankenbildes trüben könnten. Unser Ziel ist ja eine Aufdeckung von Zusammenhängen, deren Kenntnis staatlicher Wirtschaftspolitik zur Verwirklichung ihrer Ziele dienen soll.

A n h a n g : Wir wollen nunmehr noch kurz und lediglich andeutungsweise, stichwortartig die Aufgaben und Voraussetzungen der im zweiten Lösungsstadium der gestellten Aufgabe zu bewältigenden empirisch-statistischen Arbeit skizzieren. Gleichzeitig mögen diese Sätze zu der Erkenntnis beitragen, welche ungeheuere Arbeit hier noch bei einer wirklich tiefschürfenden Analyse der konkreten Erscheinungen zu leisten ist.

Nehmen wir also an: Wir sind wohlausgerüstet mit dem durch unsere theoretisch-deduktiven Untersuchungen bereitgestellten gei-

---

[4]) Vgl. hierzu W. VLEUGELS, Über Wesen und Grenzen der finanzwirtschaftlichen Theorie, Finanzarchiv 1932/33.

[5]) Es wird sich aus den späteren Erörterungen ohne weiteres ergeben, daß eine in dieser Richtung wirklich aussichtsreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik bei gleichzeitiger Beibehaltung des mit der Deflation bezweckten äußeren Zieles der Preissenkung von unserer konkreten Situation ausgehend auf praktisch unüberwindbare, verfassungsmäßig begründete innerpolitische Schwierigkeiten stoßen müßte, da sich diese ganz neuer, viel weiter in das Wirtschaftsleben eingreifender markt- und produktionsregelnder Methoden bedienen müßte (vgl. auch III, c).

stigen Handwerkszeug, d. h., wir kennen die wichtigsten ursächlichen und funktionellen Zusammenhänge innerhalb unserer Problemstellung, wir sind somit gewappnet gegen die nun bei Betrachtung eines bestimmten erfahrungsmäßigen Verlaufs eines Teilabschnitts wirtschaftlichen Geschehens in einem bestimmten Land über uns hereinbrechende Flut von wirtschaftlichen Daten. Wir müssen jetzt in der Lage sein, das für uns Typische herauszugreifen, gleichzeitig dabei zu säubern von Gestaltungseinflüssen, die in unserem Zusammenhang ohne Bedeutung sind.

Auf der anderen Seite bedarf es jedoch eines eingehenden Studiums der ganz bestimmten völkischen, politischen, soziologischen, wirtschaftlichen Struktur des betrachteten Landes. Nehmen wir an, es handele sich um die Schweiz. Wir müßten Untersuchungen darüber anstellen beispielsweise über die für unseren Problemkreis bedeutsamen Eigentümlichkeiten, historischen, bevölkerungspsychologischen, klimatischen, rassischen Bedingtheiten etwa der schweizerischen Währungsgesetzgebung, der speziellen Verfassungsformen (Kantonatsverfassung), der Deckungsprinzipien der Finanzwirtschaft, des Finanz- und Steuersystems überhaupt (z. B. welche Steuer ist der Hauptträger des ganzen Systems, aus welchen Quellen schöpft man ...) usw. ..., Untersuchungen über die Einflüsse durch die ganz bestimmten Beziehungen zu den Nachbarstaaten, über die Bedeutung des hier besonders wichtigen internationalen Fremdenverkehrs, des Banksystems, der der Schweiz eigentümlichen Ausfuhrindustrien, der Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung, der Berufsverhältnisse, der Einkommensstruktur, über die Bedeutung des Landes im internationalen Kapitalverkehr. ...

Darüber hinaus wäre auch eine kritische Würdigung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der betrachteten Zeit zu leisten, um auch deren Auswirkungen genau zu kennen. ...

Nur nach einer so eingehenden Durchleuchtung des vor uns liegenden Materials können wir zu einem Urteil gelangen darüber, welches nun wirklich Einflüsse der Deflation als solcher auf die Finanzwirtschaft sind und welche nicht.

Anderenfalls kann man nur Vermutungen anstellen — je nachdem den Einfluß der Deflation sowohl überschätzen (bei gleichzeitigen die wirtschaftliche Lage verschlimmernden in keinem Zusammenhang mit dieser stehenden Einflüssen, die es eben vorher festzulegen gilt) als auch unterschätzen (bei entsprechenden mildernden etwa finanz- und wirtschaftspolitischen Einflüssen).

II. DAS WESEN DER DEFLATION UND DIE NOTWENDIGKEIT ZUR FESTLEGUNG EINES KONKRETEN AUSGANGSPUNKTES HIERAUS, ÜBER DIE ARTEN IHRER DURCHFÜHRUNG UND ÜBER DIE BEDEUTUNG DER JEWEILIGEN WECHSELLAGE HIERFÜR.

Die beiden wichtigsten Voraussetzungen für unsere weitere Erörterung sind einmal eine Verständigung über den Begriff: Deflation, und zweitens eine genaue theoretische Umreißung der Situation, auf der die deflationistischen Maßnahmen und Erscheinungen, deren Auswirkungen wir festlegen wollen, aufbauen.

a) Unter dem Einfluß der inflatorischen Erscheinungen der Nachkriegsjahre in zahlreichen Ländern taucht in der Fachliteratur dieser Zeit die Auseinandersetzung mit der Deflation als Maßnahme zur Wiederherstellung geordneter innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Verhältnisse auf. Die naturalen Austauschbeziehungen sind in ihren Grundlagen verschoben, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zwischen den einzelnen Volkswirtschaften können nicht ohne weiteres wieder verknüpft werden, die innerstaatlichen Preisniveaus sind durch die Kriegswirtschaft inflatorisch aufgebläht und haben ihre internationalen Ausrichtungspunkte verloren. Man tastet gleichsam im Dunkeln, die Währungsstabilisierungen erfolgen auf der Grundlage der vor dem Krieg geltenden Verhältnisse, teils aus Prestigegründen, teils aus mangelnder Einsicht. Hinzu tritt die internationale politische Verschuldung seit Versailles mit ihren destruktiven Einflüssen. Die Deflation als innerstaatlich und zwischenstaatlich regulatives Mittel in ihren Erscheinungsformen und in ihren Auswirkungen wird aktuell.

Es ist auffallend, daß man diese Beobachtung seit Beginn der Geschichte der kapitalistischen Volkswirtschaften nach Zeiten wirtschaftlicher Desorganisation, besonders Kriegen, fast immer machen kann. Wir hören von einer Deflation in England nach den napoleonischen Kriegen. Wir kennen die Deflation in den USA nach dem Sezessionskriege, die in Frankreich nach 1870/71. Bekannt ist die italienische Deflation des Jahres 1883 und später 1900. Im Anfang dieses Jahrhunderts weist Griechenland eine Deflation auf. ...

b) Was versteht man nun unter Deflation? Es ist verständlich, daß bei vielen Begriffsbestimmungen, die uns begegnen, die zeitlichen Ereignisse, in deren Zusammenhang die Erörterungen über die Deflation angestellt wurden, von Einfluß sind, d. h., daß man die Definition einer, wie wir gleich noch sehen werden, lediglich technischen Maßnahme — etwas anderes stellt die Deflation nicht dar, mit den Aufgaben, die man mit ihrer Hilfe lösen wollte, verbrämte. Es besteht damit die Gefahr einer Verunreinigung des Deflationsbegriffes, die letztlich zu Schiefheiten und Fehlschlüssen in allen auf ihr fußenden Erörterungen führen kann.

1) So unterscheidet CHARLES RIST in seiner Abhandlung über die Deflation (die wohl eine der bekanntesten ist)[1]), vorerst einen radikalen und einen gemäßigten Typ der Deflation. Unter dem radikalen Typ versteht er eine „effektive Verringerung der Geldmenge als Gegenmittel der Inflation", wobei eine tatsächliche Vernichtung der Geldmittel maßgebend ist[2]). Bei der Bildung seines gemäßigten Typs dient RIST folgender Vorgang zur Grundlage: Der Staat zahlt der Notenbank bzw. den anderen Banken die von diesen zu seinen Gunsten geschaffenen Kreditmittel zurück, es erfolgt nun aber keine effektive Vernichtung, sondern die Banken stellen diese Mittel sukzessive auf Grund tatsächlicher kommerzieller Vorgänge der Wirtschaft wieder zur Verfügung. Nimmt diese verhältnismäßig schnell die betreffenden Geldmittel wieder auf, so hat sich die ursprüngliche Zahlungsmittelmenge nur vorübergehend vermindert, es hat nur eine Umschichtung stattgefunden. Auch kann — was lediglich eine Variation dieser Möglichkeit darstellt, das Publikum die Anleihestücke, die der Staat den Banken seinerzeit gab und woraufhin die zusätzliche Notenausgabe seitens der Banken erfolgte, durch freiwilligen Einkommenverzicht, etwa in Form einer Anleihezeichnung übernehmen. RIST nennt diese „gemäßigten" Vorgänge „finanzielle Deflation", den ersten „radikalen" Vorgang „Gelddeflation" (bei dem eine tatsächliche Verminderung der Zahlungsmittelmenge erfolgt). Beide können zusammen auftreten. Zuerst jedoch immer die finanzielle Deflation; ihr kann, muß jedoch nicht eine „Gelddeflation" folgen, so sagt RIST.

Bei diesen beiden Begriffsbestimmungen geht RIST aus von dem Ziel einer Liquidation einer voraufgegangenen Inflation. Er fährt dann fort mit der Erörterung eines sogenannten „dritten Typs". Er

---

[1]) Ch. RIST, Die Deflation und ihre Praxis etc., Berlin 1925, S. 1 ff.

[2]) Es handelt sich bei diesen „Geldmitteln" um „Kreditgeld" (und in gewissem Umfange auch um Währungsgeld). Auf die Probleme, die durch die Tatsache des Vorhandenseins des auf den beiden Vorgenannten aufbauenden „Bankgeldes" beruhen, gehen wir erst später in anderem Zusammenhang ein (IV. Kapitel). Eine Miteinbeziehung wäre hier ohne grundsätzliche Bedeutung.

schildert hier den Einsatz des Diskontsatzes im Rahmen der Konjunkturpolitik, wie durch Erhöhung des Banksatzes „eine Preissenkung und ein Abbremsen der Spekulation herbeigeführt wird“ [3]). Er macht jetzt eine weitere Unterscheidung: „. . . , insofern es sich hier um eine Deflation der privaten Kredite handelt, und nicht um eine Deflation der zu Gunsten des Staates geschaffenen Kredite, von denen oben allein die Rede war“ (bei der „finanziellen“ Deflation und der „Gelddeflation“. D. Verf.). Er nennt nun diese „Deflation der privaten Kredite“ „Kreditdeflation“. Er unterteilt diese dann noch einmal in eine „gewollte“ und eine „spontane“. Er geht dabei davon aus, daß im Falle einer etwa aus konjunkturpolitischen Gründen erfolgenden Erhöhung des Diskontsatzes der Notenbank eines international wirtschaftlich bedeutenden Landes die übrigen infolge der internationalen Kreditverflechtung abhängigen Notenbanken der anderen Länder zu folgen haben. War im ersten Fall die Deflation beabsichtigt, „gewollt“, so erfolgt sie in den übrigen Ländern zwangsläufig, unfreiwillig, was dann RIST mit dem sprachlich wenig treffenden Attribut „spontan“ auszudrücken versucht [4]).

Diese „Typenbildung“ RISTS ist nach unserem Dafürhalten zwecklos, da es abwegig ist, ein und denselben Vorgang nach seinen jeweils verschiedenen Zielsetzungen zu formulieren. Es kann so der Eindruck entstehen, als ob jede der RISTschen Bestimmungen grundsätzliche Bedeutung hätte. RIST tut nämlich in Wirklichkeit nichts anderes als eine Aufzählung verschiedener Anwendungsmöglichkeiten der Deflation zu geben. Der Staat entzieht den Wirtschaftssubjekten entweder durch erhöhte Steuern oder durch Anleihen einen Teil ihres Einkommens, um seine im Krieg aufgenommenen Schulden an die Banken zurückzuzahlen. Es ist dabei doch gleichgültig für die Begriffsbestimmung Deflation, ob nun die im ersten Stadium des Prozesses, wie er von RIST dargestellt wird, tatsächlich und auf jeden Fall immer dem wirtschaftlichen Verkehr entzogenen Geldmittel nachher diesem wieder zur Verfügung gestellt werden oder nicht. Tatsache ist doch, daß selbst im immerhin denkbaren, wenn auch relativ wirklichkeitsfremden Falle der sofortigen Wiederaufnahme der den Banken von Staatsseite zurückgezahlten Mittel durch das Wirtschaftsleben bzw. der sofortigen Unterbringungsmöglichkeit von Anleihen auf dem Markt, auf jeden Fall irgendwo in der Volkswirtschaft infolge der zum Ablauf des ganzen Vorgangs naturnotwendigen Umschichtung eine Einengung

---

[3]) RIST, a. a. O., S. 7.

[4]) Spontan = von selbst, aus eigenem Antrieb, was ja hier nicht der Fall ist. Da uns der französische Originaltext bei der Niederschrift nicht zugänglich war, können wir nicht entscheiden, ob das schiefe Sprachbild lediglich auf die Übersetzung zurückzuführen ist.

stattfinden muß, wenn sie auch nach kürzester Zeit wieder in anderer Richtung eine Kompensation erfährt[5]).

Es zeigt sich also, daß uns diese Unterscheidung in „finanzielle Deflation" und „Gelddeflation" dem Wesen der Deflation als solcher nicht näher bringt, stützt sie sich doch lediglich in ihrer Kennzeichnung auf jeweils andere äußere Voraussetzungen. Es ließe sich demnach entsprechend der Vielfalt dieser die Aufzählung in einer beliebig langen Reihe fortsetzen.

Ebenso unwesentlich für die Begriffsbestimmung Deflation ist es, von wem nun die deflatorischen Maßnahmen ergriffen und mit welchen Mitteln sie in Szene gesetzt werden. RIST scheidet eine „Deflation der privaten Kredite" von einer solchen „der zu Gunsten des Staates geschaffenen Kredite"[6]). Im ersten Fall treibt die Notenbank, bzw. treiben die Großbanken mit Hilfe des Diskontsatzes Deflation, im zweiten Fall irgendwelche Organe des Staates durch Auflegung von Anleihen bzw. Steuererhöhungen. Zwei verschiedene Instanzen bedienen sich also bei verschiedenen Anlässen desselben Mittels in jeweils anderer Inszenierung. Völlig schief ist nach unserer Meinung diese Gegenüberstellung RISTS „Deflation der privaten Kredite" und „Deflation der zu Gunsten des Staates geschaffenen Kredite" überhaupt. Wenn der Staat ihm vorher gegebene Kredite jetzt mit Hilfe ganz anders erlangter Mittel zurückzahlt, so kann man doch nicht von einer Deflation dieser Kredite selbst sprechen, sondern lediglich von einer solchen infolge der seinerzeitigen Aufnahme dieser Kredite. Ebenso ist die weitere Unterteilung RISTS in „gewollte" und „spontane" Deflation für die Festlegung des deflatorischen Wesens ohne jede Bedeutung. Sie stellt nur eine ganz bestimmte Beobachtung einer Auswirkung der Deflation dar, daß nämlich die Deflation eines Landes diejenige eines anderen verursacht hat. ...

Wir wollen die Erörterung der RISTschen Typenbildung hiermit abbrechen. Es kam uns darauf an, zu zeigen, daß wir bei unserer Begriffsbildung nicht weiter kommen, wenn wir von den äußeren Anlässen, wo eine Deflation auftrat, resp. von den Mitteln, mit denen sie in Szene gesetzt wurde, ausgehen. Das führt dann letztlich zu verwaschenen Begriffsbildungen wie „spontane" und „gewollte" Deflation, wo Ursache und Wirkung gleichgesetzt werden.

---

[5]) Auch bei Aufnahme eines Auslandskredites durch den Staat, um seine Schuld bei den Banken zu löschen, würde sich derselbe Hergang zeigen müssen, da ja dieser letztlich in Form von Warenlieferungen in Erscheinung tritt. Ein näheres Eingehen auf diesen Fall erübrigt sich durch seine in diesem Zusammenhang völlige Bedeutungslosigkeit in praxi.

[6]) RIST, a. a. O., S. 7.

2) Bei unserem Ziel, einen eindeutigen Deflationsbegriff zu finden, führt uns die Definition KOOPMANS' einen Schritt weiter[7]). Er bezeichnet mit Deflation einen Zustand, wo das Geld aus seiner „neutralen" (die Wirtschaft von sich aus nicht beeinflussenden) passiven Rolle heraustritt und das Wirtschaftsleben durch Krediteinschränkung beeinträchtigt, gleichgültig, ob sich das allgemeine Preisniveau dabei verändert oder nicht. Der Tenor liegt hierbei auf „Krediteinengung" und auf „gleichgültig, ob sich das allgemeine Preisniveau dabei verändert". Dieser Begriff Deflation ist aber abgesehen von seiner speziellen Ausrichtung auf die neutrale Geldtheorie nach unserer Meinung zu weit gefaßt. Es ist unzweckmäßig, nun alle auf der Geldseite erfolgenden Verengungen, also etwa auch die infolge intensiver Produktionssteigerung[8]) mit Deflation zu bezeichnen. Es ist etwas in seinen Voraussetzungen und seinen Auswirkungen Grundverschiedenes, ob eine intensive Produktionssteigerung in bestimmte Geldverhältnisse hineinwächst oder ob diese Geldverhältnisse von sich aus und von außen künstlich verändert werden. Wir sehen also, daß wir dann mindestens diesen Deflationsbegriff noch einmal unterteilen müßten, etwa in „organische" und „künstliche" Deflation. Wir halten eine solche Scheidung jedoch für wenig brauchbar, außerdem wäre der Begriff „organische Deflation" allein schon sprachlich irgendwie ein Widerspruch in sich[9]).

3) AMMON nennt die Deflation „einen Wechselbalg von Begriff", was bereits nach den wenigen hier gegebenen Andeutungen als nicht mehr erstaunlich erscheinen muß. AMMON glaubt nun, die Deflation am treffendsten zu kennzeichnen, wenn er gleichsam zwei Phasen unterscheidet, die „Restriktion" und die „Kontraktion" der Geldmenge[10]), die „bewußte Einschränkung" als „Krisenursache" und das „selbsttätige Sichzusammenziehen" als „Krisenfolge". Er sieht also auch in dem künstlichen von außen erfolgenden Einfluß das primär Entscheidende. Es ist nun nicht ganz ersichtlich, warum er auch eine Folgeerscheinung, die Kontraktion, begrifflich mit

---

[7]) Vgl. KOOPMANS, Zum Problem des neutralen Geldes, in Hayek, Beiträge zur Geldtheorie, Wien 1933. S. 257 ff., S. 294 ff. Vgl. auch S. 344, Anm. 1.

[8]) Im Gegensatz dazu: extensive Produktionssteigerung (= ohne Kostenverbilligung). Diese erfolgt jedoch gewöhnlich sukzessive in längeren Zeiträumen. Die Anpassung erfolgt von Zeit zu Zeit durch Erhöhung des fiduziären Notenumlaufs.

[9]) Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen die amüsanten Bemerkungen AMMONS in seinem Aufsatz: Zur gegenwärtigen Krisenlage, in ZfN. V. Bd., Wien 1934.

[10]) Jede „Kontraktion" (ohne vorhergegangene „Restriktion") mit Deflation zu bezeichnen, lehnten wir bereits bei der eben angestellten Auseinandersetzung mit KOOPMANS ab. Ähnliches meint vielleicht auch RIST mit der Scheidung „spontane" und „gewollte" Deflation; wenn RIST (S. 8, a. a. O.) sagt, daß die spontane Deflation zu einer gewollten Deflation führen kann, so ist das kein Beweis der begrifflichen Haltbarkeit der ersteren. Diese ist dann lediglich einer der vielen möglichen äußeren Anlässe, die eine Deflation auslösen können.

einbezieht Wir verstehen an sich, was AMMON damit ausdrücken will: Die Aufzeigung eines durch die Restriktion ausgelösten reaktiven Bewegungsmoments. Wir glauben jedoch, daß eine begriffliche Miteinbeziehung deshalb schon nicht ratsam ist, weil sie zu denselben Folgen führen kann, die wir bei der Ablehnung der RISTschen „spontanen" und „gewollten" Deflation fanden.

4) Wir glauben, daß das, was wir als Deflation verstehen und was uns gleichzeitig für unsere „reintheoretischen"' Erwägungen [11]) als brauchbarster und treffendster Begriff überhaupt erscheint, am ehesten durch eine Formulierung A. C. PIGOUS zum Ausdruck gebracht wird [12]).

PIGOU sagt: „Deflation liegt dann vor, wenn die Zusammenziehung der Geldmenge aus einem bewußten politischen Eingreifen herrührt, das außerhalb des normalen Verlaufs liegt."

Diese Bestimmung trifft den Wesenskern der Deflation. Sie ist damit gekennzeichnet als eine künstliche Maßnahme, ein Hilfsmittel, anwendbar von jeder im Wirtschaftsleben bedeutsamen Instanz, sei es nun der Staat, die Zentralnotenbank, eine andere einflußreiche Großbank. ... Diese Definition ist losgelöst von den jeweiligen Mitteln und Zielen, wie sie die RISTschen Bestimmungen in sich bargen, sie entscheidet sich eindeutig im Gegensatz zu KOOPMANS für einen von Seiten der Geldverhältnisse bewußt von außen in diese erfolgenden Einfluß, und sie kennzeichnet schließlich als Vorteil gegenüber AMMON die Deflation als eine technische Maßnahme ohne eigene in ihr selbst liegende Impulse [13]).

---

[11]) Vgl. S. 3/4.

[12]) A. C. PIGOU, Inflation, Deflation und Reflation, aus: Praktische Fragen der Volkswirtschaft, Jena 1937, S. 61.

[13]) Überall spricht man von „Deflation", ohne vorher zu umgrenzen, was man nun eigentlich darunter genau versteht. Das Wort ist zu einer Art Attribut geworden, dessen man sich bei vielen Gelegenheiten bedient. Es galt für uns, erst einmal den Wesenskern und eine entsprechende Formulierung dieses Vorgangs zu finden. RIST gibt überhaupt keine genaue theoretische Bestimmung. Er zählt nur eine Reihe praktischer Geldzusammenziehungsfälle auf. KOOPMANS faßt den Vorgang d a g e g e n theoretisch. Er bildet aber keinen wirklich präzisen „Begriff", denn das Geld kann aus mehreren unter sich verschiedenen Anlässen aus seiner „neutralen" Rolle heraustreten und zu Einengungen führen. Diese Vorgänge ganz allgemein mit einem einzigen Begriff zu fassen, ist u. E. wissenschaftlich unkorrekt. Von einem logischen, wissenschaftlichen Begriff sind doch in erster Linie Bestimmtheit und Konstanz des Inhalts zu fordern. Man kann auch hier sagen: je weiter der Umfang eines Begriffes, desto ärmer ist sein Inhalt.

Der Begriff soll das Denken erleichtern. Wo sollte es hinführen, nun a l l e auf der Geldseite erfolgenden Verengungen mit einem einzigen Begriff zu fassen? Das müßte sofort zu den größten Meinungsverschiedenheiten führen. Man bezeichnet so nur eine ä u ß e r e Erscheinung, trifft aber nicht das „Wesen" des Vorgangs. Den Begriff einer Sache hat man schließlich erst dann wirklich, wenn man sie in ihrem Kern „durchschaut", sie begreift usw. ...

Wir wollen mit unseren Darlegungen nur eine derartig präzise Formulierung herausstellen (vgl. A. C. PIGOU, a. a. O., S. 57—61). Die Steigerung von 1. bis 4.

Es wird also eine scharfe Abgrenzung gegenüber den Auswirkungen der Deflation vollzogen, eine Abgrenzung, die bei AMMON nicht ohne weiteres sichtbar hervortrat. Die Deflation ist also durch die von ihr mit je nachdem verschiedenen Mitteln, wie wir noch sehen werden, vorgenommene Zusammenziehung der Geldmenge ein „auslösendes Element", das sich von der Geldangebotsseite her zuerst bemerkbar macht und dann weitere Kontraktionserscheinungen (als Folge) nach sich zieht, die sich in den wechselseitig eingespielten Verhältnissen zwischen den Preisen der verschiedenen Güter, Sachgüter und Dienstleistungen, Produktionsmittel und Produkte, weiterhin bemerkbar machen. ...[14]). Diese sich auslösenden Erscheinungen gehören nicht mehr zu dem Begriff der Deflation — sie sind Folge. „Geldmenge" muß hier in weitestem Begriff aufgefaßt werden. Von wo aus die Zusammenziehung erfolgt, ob von Seiten des Währungsgeldes, des Kreditgeldes, des Bankgeldes oder von mehreren bzw. allen zusammen ist lediglich eine Frage der Wirksamkeit der Deflationsmaßnahme, eine Frage der damit zum Ausdruck kommenden mehr oder minder zweckmäßigen Wahl des Mittels zu ihrer Durchführung.

c) Es muß jetzt ohne weiteres klar sein, warum wir in unserem ersten Abschnitt bereits die Forderung einer ganz genau präzisierten Fragestellung des Problems: Einwirkungen der Deflation auf die Finanzwirtschaft erhoben und uns als Basis für alle weiteren Überlegungen einen konkreten Ausgangspunkt, nämlich die Lage der Goldblockländer vor der Abwertung im Herbst 1936 schufen. Anderenfalls wäre unsere Operationsbasis ohne jeden Halt gewesen. Wir schwebten mit unseren Erörterungen in der Luft, wenn wir nicht von einer bestimmten Situation mit ihren bestimmten Voraussetzungen und ihren bestimmten ihr gestellten Aufgaben ausgingen. Je nach den äußeren Umständen werden die Auswirkungen der Deflation heftiger oder weniger heftig sein. Man muß also, um zu wirklichen Ergebnissen bei unserer Fragestellung zu kommen, von solchen ausgehen und diese mit in Rechnung stellen.

Wir lernten die Deflation bereits kennen im Dienste der Liquidation einer Inflation, der Steuerung der konjunkturellen Bewe-

---

soll nicht in der Richtigkeit des äußeren Erkennens einer Erscheinung liegen, sondern in der Präzision ihrer begrifflichen Formulierung.

[14]) Wir glauben, hiermit auch die Auffassung Arthur SPIETHOFFS zu vertreten. Er sagt, wenn auch in anderem Zusammenhang: „Knappes Geld schafft Hindernisse und Störungen im glatten Ablauf des Wirtschaftsganges, die diesem seiner natürlichen Entwicklung nach fremd sind und von außen hereingetragene Unfälle darstellen." „Knappes Geld erzeugt Widerstände und Reibungen etc." Vgl. A. SPIETHOFF, Kapital, Geld und Güterwelt in ihrem Verhältnis zueinander, Schm.Jb. 33. Bd., S. 79. Der „Unfall" ist durch die Deflation bewußt herbeigeführt als Korrektur anderer Disproportionalitäten.

gungen, aber auch die Diskontpolitik der Notenbanken während des intakt befindlichen internationalen Goldwährungssystems im Dienste der Aufrechterhaltung der Währungsparität ist bereits in ihrem Wesen deflatorisch. Sie stellt sozusagen, ebenso wie meist die Steuerung der konjunkturellen Bewegung die geringste deflatorische Dosierung dar, so lange beide in normalen Zeiten erfolgen, wo der Wechselkurs zwischen den Goldpunkten pendelt, bzw. die Konjunkturausschläge mit leichtem Druck zu regulieren sind. Umso heftiger müssen die Erscheinungen naturgemäß auftreten, wenn der Wechselkurs, um bei diesem zu bleiben, chronisch aus dem normalen Spielraum der Goldpunkte herausdrängt.

Wir wollen nun eine kurze währungstheoretische Umreißung unseres Ausgangspunktes vornehmen. Der Goldblock entstand aus Abwehr gegen den Druck der Devalvationsländer. Er wurde repräsentiert durch die „letzten Goldwährungsländer", die sich mit Hilfe der überlieferten Maßnahmen des „Goldmechanismus" zu wehren versuchten. Es galt vor allem, den Kostenvorsprung der Devalvationsländer durch Preissenkung in etwa wettzumachen und damit gleichzeitig durch Aufbesserung des Handelsbilanzsaldos die zum Ausgleich der Zahlungsbilanz notwendig gewordenen Goldabflüsse mit ihren innerwirtschaftlichen Auswirkungen zu bremsen.

Wir wollen und brauchen wohl auch nicht auf diese stattsam bekannten Zusammenhänge näher einzugehen. Wir müssen uns hier aus Raumgründen auf das Notwendigste zur Kennzeichnung unseres Ausgangspunktes beschränken. Man müßte bei eingehenderer Beschäftigung mit diesem nunmehr eine Erörterung über die jeweils verschiedene Lage eines Gläubiger- und eines Schuldnerlandes (wo der Druck naturgemäß stärker sein muß), anstellen, eine Erörterung darüber, ob, wenn Schuldnerland, die Kredite vom Staat oder von Privaten aufgenommen wurden (mit den entsprechend verschiedenen nunmehrigen Auswirkungen speziell auf die Finanzwirtschaft) uswusw.

Halten wir also fest: Es wird versucht, ein Prinzip der Theorie der Goldwährung, zu dessen Verwirklichung in diesem Fall die Deflation eingesetzt wird, als Waffe gegen die Politik der Abwertungsländer zu benutzen. Man will hiermit unter allen Umständen die Handelsbilanz reaktivieren und damit die Zahlungsbilanz verbessern. Von der Möglichkeit internationaler Kreditaufnahme sehen wir als einer unnötigen Komplikation ab [15]). Weiterhin ist die Ten-

[15]) Ein automatisches Hinströmen des internationalen „ambulanten" Kapitals zum hohen Zinssatz braucht nicht zu erfolgen (wie es auch in praxi nicht geschah). Besonders tritt dies nicht mehr in dem fortgeschrittenen, die Erscheinungen besonders heftig hervortreten lassenden Stadium aus der damit verbundenen Unsicherheitspsychose heraus in Aktion. Die „Hilfsanleihe" von Seiten eines ausländischen Staates ist in unserem Zusammenhang untypisch. Im übrigen können

denz zum Goldabfluß chronisch, das System der kommunizierenden Röhren ist völlig verstopft, auf der einen Seite läuft es über, auf der anderen trocknet es aus.

Von Variationen, die sich aus den Verschiedenheiten der Eigenschaften der Goldumlaufswährung im Gegensatz zur Goldkernwährung bzw. Golddevisenwährung ergeben, sehen wir ab. Für unsere Erörterung wesentlich ist die Eigenschaft, die alle drei Typen gemeinsam haben: Die jederzeitige Umtauschbarkeit der heimischen Währung in ausländische Währung und umgekehrt. Auch diese Voraussetzung gilt für die Goldblockländer[16]).

Die bisher vorgenommene Abstraktion entfernt sich nicht etwa von der konkreten Situation, sondern bedeutet letztlich deren ganz besondere Kennzeichnung. Wir werden mit Hilfe eines der Wirklichkeit entnommenen Beispiels die Auswirkungen deflatorischer Maßnahmen, die überaus rücksichtslos durchgeführt werden, beobachten können. Man hält mit allen Mitteln die Wechselkurse und wälzt durch die Deflation den ganzen Druck der Senkung der internationalen Preisniveaus auf das Preisniveau des eigenen Landes.

d) Als nächstes müssen wir uns jetzt kurz mit den Mitteln beschäftigen, die der Durchführung einer Deflation dienen.

In England stellte im August 1918 das Committee on Currency and Foreign Exchanges ein Programm für die Deflationspolitik auf, das, wenn es auch auf die damals herrschenden Verhältnisse gemünzt ist, doch immer noch sozusagen in manchem als klassisches Beispiel für eine vorsichtige erfolgversprechende Deflationspolitik angesehen werden kann[17]).

Das Committee stellte fünf Programmpunkte auf:

1) Begrenzung der Kreditschöpfung (vor dem Kriege war diese Grenze durch den jeweiligen Goldbestand der Notenbank gegeben).
2) Es ergab sich, daß die Menge der umlaufenden Zahlungsmittel, die während des Krieges erheblich vermehrt worden waren, effektiv verringert werden mußte. Theoretisch wäre der „richtige" Punkt dann erreicht, wenn der Wechselkurs auf den Paristand zurückfällt. Welches war aber der jetzt den durch den Krieg grundlegend verschobenen neuen „barter terms" entsprechende Paristand?

---

wir annehmen, daß (bei Berücksichtigung unseres konkreten Ausgangspunktes) die für eine Hilfeleistung lediglich in Frage kommenden privaten und öffentlichen Mittel der Nichtgoldblockländer infolge deren gebesserter wirtschaftlicher Lage nicht ohne weiteres verfügbar sind.

[16]) Weiterhin wäre auch eine Untersuchung des Einflusses der juristischen und wirtschaftlichen Formulierung der Währungsgesetze in diesem Zusammenhang nicht reizlos.

[17]) Die folgenden Ausführungen sind der Schrift RISTS entnommen. a. a. O.

3) Man einigte sich auf einen bestimmten Paristand. Es ergab sich, daß nach Anpassung des Geldumlaufs bis hierhin immer noch eine gewisse Menge „Currency notes" umlief, ohne den Paristand zu beeinflussen. Man schlug diese dem fiduziären Umlauf zu [18]).

4) Die Deflation muß schrittweise erfolgen.

5) Ein Sicherheitsventil muß offen bleiben, man muß der Bank in Form einer Ausnahmeregel gestatten, von Fall zu Fall die fiduziäre Notenausgabe über die gesetzte Höchstgrenze hinaus auszudehnen, um einer „Panne" des Kredits vorzubeugen, wie RIST es nennt.

Was uns heute noch, abgesehen von seinem historischen Wert, an diesem Programm interessiert, ist besonders die Empfehlung der Vorsicht, mit der die deflatorischen Maßnahmen vorgenommen werden sollen, das Bewußtsein der damaligen Währungsfachleute, daß man es mit einem je nachdem in seiner Handhabung recht gefährlichen Instrument zu tun hat.

Nach dieser Empfehlung der Art der Handhabung der zur Durchführung der Deflation dienenden Mittel zu diesem selbst:

Wir können aus der Mannigfaltigkeit der bisher tatsächlich angewendeten und anwendbaren Mittel, die der „Zusammenziehung der Geldmenge" dienen, etwa daß der Beschneidung der Bankdepositen des Publikums, dem man dafür zur Steuerzahlung verwendbare Zertifikate aushändigte, das der Verquickung der bedeutenden Staatsaufträge mit einem bestimmten Preisdruck, wo man einen niedrigeren Preis einfach zur Bedingung machte, das der zwangsweisen obrigkeitlichen Lohn- und Preissenkungsaktionen mit gleichzeitiger Drosselung der Staatsausgaben, usw. . . . , nur die beiden wichtigsten herausheben, in die sich letztlich auch irgendwie alle komplizierten Tricks und Kniffe auflösen lassen.

Das ist einmal das Mittel der Steuererhöhung aus rein deflatorischen Gesichtspunkten heraus [19]) und das der künstlichen Erhöhung des Bankzinses. Die Deflationssteuer verkürzt die Geldeinkommen des Publikums von Seiten der Regierung — diese verringert mit den dadurch aufkommenden Mitteln ihre Bankschulden, nimmt bzw. weniger Kredite bei diesen auf, auf der anderen Seite vermindern sich auch die Umsätze des Publikums durch den zusätzlichen Steuerdruck — Geldmittel werden im bisherigen Umfang nicht mehr ohne weiteres gebraucht — sie strömen zurück zur

---

[18]) Die Erklärung und Begründung dieser Maßnahme, so interessant sie an sich ist, würde hier zu weit führen.

[19]) Diese sind zu unterscheiden von den in der Folge zwangsläufigen relativen bzw. effektiven Steuererhöhungen, die wir im VI. Kapitel kennen lernen werden.

Zentralbank, wo sie je nachdem eingelagert bzw. sogar vernichtet werden uswusw.

Im anderen Fall erhöhen die Zentralnotenbank resp. die einflußreichen Banken den Banksatz. Auch hier treten daraufhin letztlich dieselben Erscheinungen ein wie eben, nur ist der Eingangspunkt in das Wirtschaftsleben hier ein anderer [20]).

Wir können sagen, daß die Unterscheidungsmerkmale auch der beiden wichtigsten aus der äußeren Erfahrung bekannten Mittel, die Deflation durchzuführen, technischer Art sind. Wir wollen deshalb aus darstellerischen Gründen nunmehr eine bewußte Vereinfachung vornehmen. In der Folge werden unsere Erörterungen lediglich mit dem Mittel der Erhöhung des Banksatzes (bzw. dem einer Kreditrestriktion) [21]) als Maßnahme der „Zusammenziehung der Geldmenge" angestellt. Wir wählen also in bewußter Vereinfachung einen ganz bestimmten Ansatzpunkt, von wo aus der deflatorische Eingriff erfolgt. In der Wirklichkeit arbeitet man mit einer Vielzahl, zum mindesten mehreren Mitteln, um die „Zusammenziehung" zu bewerkstelligen. Wollten wir jedoch bei unserer theoretischen Erörterung die Erscheinungen des Zusammenziehens gleichzeitig von mehreren Seiten aus (entsprechend mehreren deflatorischen Mitteln) darstellen, so würde das eine unnötige Verwickelung und Weitschweifigkeit unserer Darstellung zur Folge haben, ohne daß uns dadurch für unser Problem, wie sich die „Zusammenziehung", die ja auch bei intensiver Anwendung nur eines Mittels erfolgt, letzten Endes auf die Finanzwirtschaft auswirkt, grundsätzlich neue Erkenntnisse vermittelt würden [22]). Wir wollen ja vorerst uns durch den ganzen Problemkreis einen Weg bahnen.

Wir glauben, uns auch mit dieser Abstraktion nicht zu sehr von den konkreten Verhältnissen zu entfernen, da die künstliche Erhöhung des Banksatzes (bzw. die Vornahme einer Kreditrestriktion) in praxi einen Kardinalpunkt der deflatorischen Aktionen dargestellt hat, denn sie trifft in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften eine der empfindlichsten Stellen und ist damit zur Erreichung des gesetzten Zieles von größter Bedeutung. So gesehen

---

[20]) Wir möchten an dieser Stelle nicht versäumen, auf die Bedeutung der Offenmarktpolitik als deflatorisches Mittel hinzuweisen. Sie ist naturgemäß ein äußerst einflußreiches Mittel zur praktischen Durchführung, ohne jedoch in diesem Zusammenhang von grundsätzlicher Bedeutung zu sein.

Nicht unwichtig für den Erfolg des wirksamen Einsatzes der die Deflation durchführenden Mittel sind die vorhandene finanzwirtschaftliche Energie und die jeweilige innerpolitische Macht der Staatsleitung. Weiterhin kommt es auch auf den Grad des Widerstandes der Wirtschaftssubjekte an (darüber noch im VI. Kapitel). Vgl. Hero MOELLER, Inflation oder Deflation? Erlangen 1932.

[21]) Die Kreditrestriktion ist in diesem Zusammenhang praktisch lediglich eine Variation der Erhöhung des Banksatzes.

[22]) Wendet man in praxi mehrere Mittel an, so geschieht das vorwiegend, um einen schmerzloseren Weg einzuschlagen.

leisten die angewandten übrigen Mittel lediglich Hilfsstellung, bedeuten sie zumindest etwas Sekundäres.

e) Es ist naturgemäß von grundlegender Wichtigkeit, in welcher Wechsellage die Deflation einsetzt, ob sie mit oder gegen deren jeweilige Bewegungsrichtung läuft. Es leuchtet ein, daß die Auswirkungen einer „Zusammenziehung der Geldmenge" ganz andere sein müssen, je nachdem diese im Niedergang oder im Aufschwung erfolgt.

SCHUMPETER bezeichnet wiederholt Erscheinungen innerhalb der Wechsellagen mit „Selbstdeflation"[23]). Wir lehnten bereits ab, ganz allgemein alle Zusammenziehungserscheinungen mit Deflation zu bezeichnen, sehen jedoch hieraus, daß es bei unserer Problemstellung im Auf und Ab der Wechsellagenbewegungen schwer sein wird, nun eine Trennung der verschiedenen Einflüsse untereinander für die Bildung der Zusammenziehungssymptome vorzunehmen. Es ist aber jeweils notwendig, die Wechsellagenbewegungen vorher zu eliminieren, um zu einem, wenn auch schließlich nur annähernden Urteil über die speziellen Auswirkungen der Deflation in der zu untersuchenden Zeitspanne zu gelangen.

Es wäre nun für eine „reintheoretische" Erörterung wie die unsrige äußerst vorteilhaft, innerhalb der Wechsellagenbewegungen einen gedanklichen Betrachtungspunkt zu finden, wo die eigentlichen Auswirkungen der Deflation sich am unbeeinflußten von unmittelbar mit der Konjunkturbewegung zusammenhängenden Erscheinungen zeigen. Dieser Punkt liegt nun ohne weiteres im Umschlagspunkt der beiden Bewegungsrichtungen der Wechsellagen: im 1. Anstieg, da wo eine zeitweise Stagnation in der Wechsellagenbewegung einsetzt. Wir wollen deshalb als dritte und letzte grundsätzliche Voraussetzung für unsere folgenden Erörterungen den ersten Anstieg als die entsprechende Wechselstufe festsetzen.

Auf Grund unserer allgemeinen Beobachtungen, nicht durch eine zu diesem Zweck eigens angestellte Untersuchung, die erst voraussetzungsgemäß im zweiten empirisch-statistischen Teil der Lösung der gestellten Aufgabe zu erfolgen hat, halten wir die Einstufung der konjunkturellen Situation der Goldblockländer in den ersten Anstieg vor der Abwertung der USA, womit der seit der englischen Devalvation bestehende Druck zur eigentlichen „Unerträglichkeit" wuchs, für nicht ganz unzutreffend, immer unter Berücksichtigung unserer gestellten Forderungen, daß also auch diese Bestimmung lediglich nur eine Art Generalnenner darstellen kann, daß die theoretischen Werkzeuge, die wir mit dieser Arbeit erstellen

---

[23]) Joseph SCHUMPETER, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, München und Leipzig 1926, VI. Kapitel.

wollen, möglichst sofort einsetzbar sind. Mehr wollen und können wir hier nicht verlangen[24]).

Nach unserer Bestimmung des Deflationsbegriffes nahmen wir also drei für unsere weiteren Erörterungen wesentliche Begrenzungen vor, die gleichzeitig sich nicht nur von unserem Ausgangspunkt: der bestimmten Situation der Goldblockländer nicht allzu weit entfernten, sondern darüber hinaus diesen ganz besonders kennzeichneten.

Diese Begrenzungen sind:

1) Die Deflation als Gegenmittel der Devalvation des Auslandes.
2) Die Festlegung auf nur ein technisches Mittel, die Deflation durchzuführen: Die Erhöhung des Banksatzes.
3) Die Bestimmung des 1. Anstiegs als die darstellerisch und tatsächlich entsprechendste Wechselstufe.

[24]) Es müßten nunmehr noch, was für unsere Aufgabe weniger problematisch ist, der säkulare Trend und die jeweiligen Saisonschwankungen in ihren möglichen Auswirkungen auf die Deflationsauswirkungssymptome bei der empirisch-statistischen Untersuchung berücksichtigt werden.

III. ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND PRIVATE WIRTSCHAFT IN IHREM VERHÄLTNIS ZUEINANDER.

a) Unsere Aufgabe besteht darin, die Auswirkungen der Deflation speziell in der Finanzwirtschaft zu verfolgen. Wir einigten uns im vorigen Abschnitt, die Erhöhung des Banksatzes (bzw. die Kreditrestriktion) als einziges Mittel zur Durchführung der Deflation festzusetzen. Wir bestimmten damit, wie schon erwähnt, gleichzeitig den Ausgangspunkt für unsere Beobachtungen.

Die künstliche Erhöhung des Banksatzes, so sagten wir oben, trifft die kapitalistische Volkswirtschaft, mit der wir es ja voraussetzungsgemäß zu tun haben, an einer ihrer empfindlichsten Stellen. Der Startpunkt des zu beschreitenden Weges liegt in der privatwirtschaftlichen Sphäre. Hier beginnen sich die ersten Erscheinungen zu zeigen, die dann sich fortpflanzend die öffentlich-wirtschaftliche, bzw. finanzwirtschaftliche Sphäre berühren und durchdringen.

Der Lauf der Ereignisse wird naturgemäß stärkstens beeinflußt durch die spezifischen Gegebenheiten beider Sphären. Es ist deshalb für das Verständnis der späteren Erörterung und für die Vertiefung des ganzen vorliegenden Problemkreises fruchtbringend, in Folgendem die wesentlichsten Eigenschaften beider Sphären kurz und (wie es im Rahmen dieser Arbeit naturgemäß nur möglich ist) andeutungsweise einander gegenüber zu stellen, bei gleichzeitiger Würdigung der gegenseitigen grundsätzlichen Abhängigkeit beider voneinander und der historischen Entwicklung ihrer Aufgabenteilung in den Volkswirtschaften.

b) 1) Wenn wir etwas über die Rollenverteilung private Wirtschaft — öffentliche Wirtschaft in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften aussagen wollen, so müssen wir als erstes versuchen, uns, wenn auch nur tendenzmäßig, die historische Entwicklung der letzten 50 Jahre auf diesem Gebiet zu vergegenwärtigen.

Wir können hier eine ganz bestimmte Beobachtung machen, die unabhängig ist von den jeweiligen staatlichen Verfassungsformen, die sonst grundsätzlich dieser Aufgabenteilung ihr Gepräge geben. Diese Beobachtung erstreckt sich auf die Tatsache, daß sich in allen für eine Betrachtung wie der unsrigen in Frage kommenden Ländern die Staatstätigkeit in diesem Zeitabschnitt erheblich ausge-

dehnt hat. Das hat neben vielem anderen vorwiegend einmal seinen Grund in der sich mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus zur weiteren Aufrechterhaltung der diesem entsprechenden Gesellschaftsverfassung zwangsläufig ergebenden in immer größerem Umfang notwendigen Sozialpolitik [1]) und zweitens in den mit dieser kapitalistischen Entwicklung Hand in Hand gehenden, als Ausfluß des wachsenden Reichtums auf der einen Seite, aber auch der zunehmenden Komplizierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf der anderen Seite, steigenden Anforderungen an die öffentlichen Organe auf kulturellem, zivilisatorischem, verwaltungs- und verfassungsmäßigem Gebiet.

(Friedrich NAUMANN sagte bereits vor dem Weltkrieg (1911): „Soweit Menschenaugen sehen können, ist an kein Sinken der Staatsbedürfnisse zu denken. Im Gegenteil! Die wachsende Volkswirtschaft verlangt eine wachsende staatliche Hilfswirtschaft.")

Hinzukommen dann nach 1918 die ungeheueren Anforderungen an den Staat, die auf den Auswirkungen der für die nationale Existenz und die Grundlagen der Volksgemeinschaft destruktiven Alterserscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung (die in ihren Anfängen schon vor dem Krieg zu beobachten waren) und den durch den Weltkrieg verursachten Störungen der Wirtschaft beruhen.

2) Aus diesen Andeutungen der tatsächlichen Entwicklung ist zu folgern: Bei jeder Würdigung des Wesens und der jeweiligen Bedeutung des Verhältnisses öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft muß somit, gerade so, wie wir später noch sehen werden, bei einer verständnisvollen Durchdringung der Struktur der Finanzwirtschaft selbst, deren historische allmähliche Entwicklung mit den sich dabei dauernd im gegenseitigen Wechselspiel befindlichen quantitativen und qualitativen Faktoren in Betracht gezogen werden. Beide Sektoren innerhalb der Volkswirtschaft sind miteinander verwachsen, miteinander und ineinander gewachsen. Ihre Berührungspunkte werden dargestellt durch feine gegenseitige Verästelungen und Fäden, aber ebenso in nicht geringem Maße durch vernarbte Wunden.

Auf dieser Grundlage beruht dann die Aufstellung des, wenn auch in seiner Verallgemeinerung natürlich nicht haltbaren, jedoch in der eben erörterten Hinsicht zutreffenden alten Erfahrungssatzes, daß jede neue Steuer schlecht und jede alte gut sei! Es soll damit gesagt werden, daß jeweils die Umstellungen und Anpassungen des Wirtschaftslebens hervorgerufen durch eine neue, vielleicht prin-

[1]) Womit der hohe sittliche Wert der ideellen Kräfte, die diese Entwicklung außerdem weitreichend gefördert haben, keineswegs in seinen Verdiensten geschmälert werden soll.

zipiell „bessere“ Steuer schmerzlicher sein kann als die Beibehaltung einer alten prinzipiell vielleicht von vornherein oder nunmehr „falschen“ Steuer, deren ins Wirtschaftsleben geschlagene Wunden aber bereits längst vernarbt sind. So könnte auch der Fortfall einer bisherigen Steuer Umstellungswehen hervorrufen.

3) Wir finden heute in allen Ländern eine beiderseitig jeweils verschiedene mehr oder minder starke Mischung von Freiheit und Bindung innerhalb der Volkswirtschaften. Die Grenzen zwischen beiden Größen sind naturgemäß nicht scharf zu ziehen. Der Staat besitzt und verwaltet heute fast allgemein wesentliche wirtschaftliche Erzeugungsfaktoren, in vielen Ländern liegt das Eisenbahnwesen in seinen Händen, er verfügt über eigene Kreditorganisationen etc.; die Gemeinden sind in vielen Ländern Träger der Versorgungsbetriebe für Gas, Wasser und Elektrizität usw. ..., kurz an vielen Stellen ist eine Grenzziehung gar nicht möglich, schon deshalb nicht, weil diese Betriebe teils privatwirtschaftlich-kapitalistisch verwaltet, teils jedoch im Rahmen der allgemeinen eigentlichen Staatstätigkeit eingesetzt werden. Wir müssen uns mit diesem Hinweis begnügen, ohne auf die vielen tatsächlichen Mischungsformen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft eingehen zu können.

Wie weit die staatliche Einflußsphäre reicht, wie weit darüber hinaus zusammenfassend gesagt jeweils die Staatslenkung in die selbständigen Einschätzungen der Konsumentenwünsche und die Gegebenheiten der Konkurrenzmomente auf der anderen Seite von sich aus eingreift, ist jeweils eine Tatfrage.

4) Wir dürfen uns diese als bewußte gedachte Konstruktion vorgenommene (in der Realität nur prinzipiell vorhandene) „Teilung“ der Volkswirtschaft in öffentliche und private Wirtschaft nun nicht so vorstellen, als ob hierdurch zwei verschiedene Sphären nebeneinander entstünden, die „Teilung“ also gleichsam vertikal vorgenommen worden wäre, sondern müssen uns klar darüber sein, daß dieser gedanklich zur besseren Orientierung vorgenommene „Schnitt“ nur horizontal der Realität entsprechend gelegt sein kann. Mit anderen Worten: Die öffentliche Wirtschaft[2]) und die Finanzwirtschaft im besonderen ist der privaten Wirtschaft, der „freien“ Volkswirtschaft überlagert.

---

[2]) Die öffentlichen Erwerbswirtschaften ragen in den unteren Sektor hinein und sind damit den privaten Wirtschaften gleichgeordnet. Nur ist der Staat hier Nutznießer der mit den Spielregeln dieser Sphäre erzielten Gewinne. An diesen Stellen sind eben die Grenzen verwischt, wie eben angedeutet. Wir nehmen diese öffentlichen Erwerbswirtschaften aber in den Begriff „öffentliche Wirtschaft“ mit herein.

RITSCHL vergleicht die Finanzwirtschaft mit einem „Saugapparat, der mit unzähligen Fangarmen aus den Einzelwirtschaften seinen Nährstoff zieht". „Die Struktur des Saugapparates muß dem Organismus angepaßt sein, an den er sich klammert." Dieser Saugprozeß geschieht damit nicht willkürlich und schmarotzerhaft, sondern nach bestimmten in höherer Einsicht gewonnenen und sich aus dem übergeordneten staatlichen Aufgabenbereich ergebenden Gesichtspunkten. Einer dieser Gesichtspunkte wäre für den Geltungsbereich der von uns betrachteten noch mit verhältnismäßig stark ausgeprägten kapitalistischen Wirtschaftsverfassungen ausgestatteten Volkswirtschaften der Goldblockländer, wo dem Staat relativ geringe „regelnde" Mittel zur Verfügung stehen, wo er mit seinen Eingriffen erst spät gleichsam nachträglich einsetzen kann, damit gegeben, wenn RITSCHL sagt: „Die Besteuerung bedeutet die nachträgliche Remedur der in der Volkswirtschaft unter der liberalen Wirtschaftsordnung vollzogenen Einkommensverteilung zu Gunsten der bis dahin zu kurz gekommenen Gesamtheitsbedürfnisse" [3]).

Othmar SPANN hat einmal gesagt: „Der Staat verwaltet ein Kapital höherer Ordnung" [4]). Er meint damit, daß der Staat Hüter und Förderer der überkommenen nationalen Werte der Verfassung, Verwaltung und Bildung ist. Die Arbeit des „Saugapparates" ist hiernach ausgerichtet.

5) Es ergibt sich nunmehr auch aus der eben aufgezeigten Problematik ohne weiteres die Rechtfertigung für unsere unter I, b) vorgenommene und dort bereits für diesen Zusammenhang näher begründete Festlegung der konkreten Verhältnisse in den Goldblockländern zu einer bestimmten Zeit! Wir wiesen oben schon darauf hin, wie in diesen Ländern ein ganz bestimmtes, gleichsam „ausgewogenes" Kräfteverhältnis der beiden Sektoren zueinander besteht. Wir fügen diese Festlegung des (bei unseren weiteren Erörterungen) Gegenüberstehens der im Grunde völlig verschiedenen, jedoch energiemäßig quantitativ gleichwertigen Kräfte [5]) der

---

[3]) Vgl. hierzu: Hans RITSCHL, Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung, Bonn und Leipzig 1925, S. 82 ff.

[4]) Ähnliches meint, allerdings bedeutend skeptischer, jedoch in mancher Hinsicht treffender und dabei die Problematik der tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigend E. v. BECKERATH, wenn er sagt: „Der Staat mit seinen historisch überkommenen Zwecken ist Schicksal für den einzelnen und zwingt ihm seine Vorteile und den Anteil an ihrer Deckung auf, gleichgültig, wie er sich dazu verhält." Vgl. E. v. BECKERATH„ Formen mod. Finanztheorie, Festg. f. G. v. SCHANZ, Tübingen 1928, S. 14.

[5]) Um Irrtümern vorzubeugen, möchten wir bemerken, daß diese Kräfte nicht etwa auf einer „wirtschaftlichen Eigengesetzlichkeit", die es nun einmal nicht gibt, beruhen sollen, sondern auf die nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ohne wesentliche staatliche Einflußnahme erfolgenden wirtschaftlichen Handlungen der Wirtschaftssubjekte zurückzuführen sind.

beiden rein gedanklich gebildeten Sektoren öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft in diesem Zusammenhang als sich für die finanzwirtschaftstheoretische Untersuchung notwendig ergebende Variation unserer im II. Kapitel vorgenommenen 1. Begrenzung ein[6]).

c) Nach diesen Abgrenzungen öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft müssen wir einen Schritt weitergehen und uns in kurzen Zügen (und lediglich unter ausschließlicher Berücksichtigung des gestellten Themas) über die grundlegenden Voraussetzungen des wirtschaftlichen Gebarens in beiden Sphären klar werden.

1) Die Grenze der Möglichkeiten für beide liegt letztlich in den qualitativen und quantitativen Grundlagen der betreffenden Volkswirtschaft. Es gilt für beide, diese möglichst ergiebig (d. h. nach dem ökonomischen Prinzip ausgerichtet) zur Erreichung ihrer Zwecksetzungen zu verwerten und zu gestalten. Wir sehen, wie oben unter I, d) schon näher erläutert, aus triftigen Gründen davon ab, in unsere Untersuchung eine speziell auf die deflatorischen Erscheinungen eingerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik mit einzubeziehen.

Die einzelnen Wirtschaftssubjekte und auch die Finanzwirtschaft richten sich jedoch entsprechend den sie jeweils treffenden Auswirkungen der Deflation ein. Diese jeweilige Anpassung erfolgt in den Privatwirtschaften im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten jeder einzelnen Einheit, in der Finanzwirtschaft aufgeteilt nach deren verschiedenen Sparten und erst dann, wenn sich für diese oder jene Sparte unmittelbar der Zwang zu einer solchen Anpassung ergibt. Die deflatorischen Auswirkungen lösen naturgemäß eine entsprechende Gegenbewegung aus, nur erfolgt diese aus den ursprünglichen Gegebenheiten heraus und nach den bisherigen Spielregeln, die auch bei den übrigen auf andere (nicht künstliche, von außen hereingetragene) Ursachen zurückzuführenden Änderungen der wirtschaftlichen Daten angewandt wurden. Diese Gegenbewegungen sind die automatischen, zwangsläufigen. Im Gegensatz hierzu steht die von uns grundsätzlich ausgeschaltete speziell nach einem einheitlichen Plan auf die Auswirkungen der Deflation ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik.

---

[6]) Es zeigt sich also auch hier, um es kurz zu wiederholen, daß wir in den liberalen Demokratien, wie sie vor allem heute noch in Kontinentaleuropa durch die Schweiz und in Form einer konstitutionellen Monarchie durch Holland repräsentiert sind, die zusammen mit Frankreich, wo bis zur Regierung Blum und schließlich auch heute noch in etwa die gleichen Voraussetzungen galten, den „Goldblock" darstellten, am besten die deflatorischen Auswirkungen bis zu ihren entferntesten Ausläufern verfolgen können.

Worin liegt nun die Verschiedenheit der Voraussetzungen für die wirtschaftlichen Handlungen in den beiden Sphären?

2) Man kann, von unserer konkreten Basis ausgehend, sagen, daß die öffentliche Wirtschaft in ihrer Struktur und ihren Prinzipien der privaten Wirtschaft entgegengesetzt ist. Letztere ist (zumindest tendenzmäßig) „ein elastischer Wirkungszusammenhang, der auf freier und spontaner Arbeitsteilung beruht", wie RITSCHL sich einmal ausdrückt [7]). Die öffentliche Wirtschaft ist dagegen im Grunde eine Bedarfsdeckungswirtschaft ohne freie Arbeitsteilung mit „herrschaftlich-organisatorischem Prinzip" [8]). Ist die private Wirtschaft mit ihrem sich in freier Konkurrenz vollziehenden Erwerbsstreben dynamisch, so ist die öffentliche Wirtschaft dagegen statisch. Ihre kennzeichnendste Ausdrucksform findet diese Statik der öffentlichen Wirtschaft im Etat, mit seinem Grundsatz des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben. Hierin sieht RITSCHL [9]) mit Recht einen gewissen Dualismus innerhalb der Volkswirtschaften, wo diese beiden Kräfte sich noch einander gegenüberstehen, ohne daß die Staatswirtschaft den Sektor der freien Marktwirtschaft, der privaten Wirtschaft, durch ihre lenkenden Eingriffe bestimmt und beherrscht.

Aus diesem Dualismus entstehen nun „die mannigfaltigsten wechselseitigen Abhängigkeiten und Ergänzungen, Berührungen und Verflechtungen, Einwirkungen und Rückwirkungen" [10]) dieser beiden Systeme. Wir werden die wechselseitigen Beziehungen gleich noch in einem besonderen Abschnitt kompendiös erörtern.

3) Wir wiesen schon daraufhin, daß die Schranken für die Staatswirtschaft so wie für die Einzelwirtschaften letztlich in der Begrenztheit der wirtschaftlichen Mittel bestehen, deren pflegliche Behandlung für beide gleichermaßen erforderlich ist.

Bei der Einzelwirtschaft wirken nun Bedürfnisse und Befriedigungsmöglichkeiten unmittelbar aufeinander ein. Der öffentlichen Wirtschaft fehlt diese Unmittelbarkeit, da diese die Mittel, die sie zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben notwendig hat, nicht selbst durch produktive Tätigkeit aufbringt. Für die Einzelwirtschaft ist es damit leichter, sich bei ihrem Gebaren nach der Begrenztheit der Mittel und der aus dieser abgeleiteten Notwendigkeit ihrer ökonomischsten Verwendung zu richten, da ihr „Inaktiontreten" dauernd und ohne weiteres durch den Mechanismus der ver-

[7]) Hans RITSCHL, Der Staatshaushalt in der Depression, Arch. f. Soz.Wissensch. u. Soz.Pol., 69. Bd., Juni 1933.
[8]) RITSCHL, a. a. O.
[9]) RITSCHL, a. a. O.
[10]) RITSCHL, a. a. O.

kehrswirtschaftlichen Zusammenhänge überprüft wird und überprüft werden kann.

Diese „Richtigkeit" des Handelns von Seiten der Einzelwirtschaft liegt zumindest im Bereich des praktisch Denkbaren und besteht bestimmt tendenzmäßig, wenn auch gerade die Eigenmächtigkeit und Selbständigkeit des wirtschaftlichen Handelns der einzelnen Betriebe auf der anderen Seite zu einer vollkommen falschen Mittelverwendung mit allen ihren katastrophalen Folgen führen kann. Wir werden in unserem IV. Kapitel dieser andersverlaufenden Entwicklung und ihren Ursachen noch begegnen. Wir müssen jedoch gedanklich bei unserer grundsätzlichen Gegenüberstellung der Voraussetzungen für das „Wirtschaften" in den beiden Sphären und bei der gemachten voraussetzungsgemäßen Festsetzung der Volkswirtschaften mit kapitalistischer Wirtschaftsverfassung von einem bestimmten Zustand ausgehen, wo der „Marktmechanismus" mit seiner gesamten Kontrollorganisation intakt ist, wo also diese Überprüfung wirklich eintritt.

Der öffentlichen Wirtschaft fehlt grundsätzlich diese Möglichkeit einer gleichsam automatischen Überprüfung, ihr fehlt diese „warnende Stimme von außen", sie muß sich bei der Mittelverwendung selbst bezähmen, unter Zugrundelegung „sinngemäßer Überlegungen über ihre Aufgaben" [11]).

Wilhelm VLEUGELS sagt hierzu [12]):

> „In der privaten Wirtschaft findet der einzelne den Ausdruck seiner Nutzenschätzungen auf der Basis seiner persönlichen Lust- und Unlustempfindungen, während die über die Gestaltung der öffentlichen Wirtschaft entscheidenden Organe der Gesamtheit für ihre Wertschätzungen auf die Beurteilung der Verhältnisse anderer angewiesen sind. Damit ist die Chance des Irrtums erheblich vergrößert. Ferner pflegt sich in der Einzelwirtschaft ein Fehler leichter zu offenbaren; die Korrektur wird erleichtert dadurch, daß jeder Fehler sich unmittelbar in der Bedürfnisbefriedigung des einzelnen rächt.
>
> Das alles ist in der öffentlichen Wirtschaft anders. Wenn in ihr Fehler gemacht werden, so braucht sich das durchaus nicht alsbald deutlich zu offenbaren. Wenn sich selbstverständlich auch in dieser Sphäre jeder Fehler in einem Ausfall an sonst möglich gewesener Bedürfnisbefriedigung auswirken muß, so wird man doch in jedem praktischen Einzelfall über die eigentlichen Ursachen in viel stärkerem Maße als in der durchsichtigeren Privatwirtschaft streiten können. In der öffentlichen Wirtschaft endlich brauchen sich die gemachten Fehler durchaus nicht den Leuten bewußt zu machen, die sie in Wirklichkeit begehen. Vor allem brauchen sich ihre Fehler durchaus nicht an ihnen selbst zu rächen, was in der privaten Einzelwirtschaft immer in mehr oder minder starkem Maße geschieht."

---

[11]) So Wolfgang HELLER, Die Grenzen der Besteuerung, SCHANZ Festg., II. Bd., Tübingen 1928.

[12]) W. VLEUGELS, Über Wesen und Grenzen der finanzwirtschaftlichen Theorie, in: Finanzarchiv 1932/33.

VLEUGELS geht dann fortfahrend auch darauf ein, daß die öffentliche Wirtschaft nicht „über dieselben automatisch eintretenden Warnungen und Korrektive" verfügt wie die Privatwirtschaft. Weiter weist er darauf hin, daß die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaft durch deren Ausrichtung nach „höheren Gesichtspunkten", deren Verwirklichung in ihrem Effekt nicht ohne weiteres meßbar ist, wesentlich komplizierter sind und daß damit die Gefahr des Irrtums, der Verschwendung gegeben ist.

Es ergibt sich so aus dem Wesen der öffentlichen Wirtschaft, daß sie eine Mittelverschwendung viel weniger leicht vermeiden kann als die private.

4) Es ist eben so, daß ein vorerst „reichlicher" Steuerertrag volkswirtschaftlich gesehen recht zweifelhaft sein kann. Das qualitative Prinzip wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit ist dauernd bedroht durch das quantitative Prinzip fiskalisch-technischer Ergiebigkeit, und es wird außerdem immer so sein, daß sich besonders bei der Ausgabengestaltung die Erwägungen, die sich aus der eigentlichen über dem Bereich der Wirtschaft liegenden staatlichen Zwecksetzung ergeben, im Wettstreit mit denen wirtschaftlicher Art befinden. Die Entscheidung jeweils zu fällen, bedarf der besonderen staatsmännischen Konzeption. Aber auch diese darf und kann schließlich nie die wirtschaftlichen Möglichkeiten außer Acht lassen. (Vgl. auch unter III, d, 3.)

Man sieht hieraus, wie überaus schwierig und verantwortungsvoll eine Anpassung an die deflatorischen Auswirkungen in der Sphäre der öffentlichen Wirtschaft ist, und welche großen Gefahren für die gesamte Volkswirtschaft hieraus jenachdem entstehen können. Wir werden später (unter VI) noch sehen, wie diese Tendenz durch rein äußere technische Momente (z. B. die „Schwerfälligkeit" der Behörden allgemein) verstärkt wird. Wir werden dann feststellen, daß letztlich durch die Zuspitzung der Ereignisse eine sinnvolle Anpassung zur Unmöglichkeit wird, und sehen, wie die Erscheinungen in der privaten Wirtschaft die statische öffentliche Wirtschaft zu sprengen drohen.

d)

„Die Steuern müssen wirtschaftlich und sozial tragbar sein; sie dürfen in ihrer Höhe und in ihrer Gestaltung einer gesunden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nicht zuwider laufen. Der Ausgabenwirtschaft des Staates sind durch das Leistungsvermögen der Volksgemeinschaft bestimmte Grenzen gezogen. Werden diese Grenzen überschritten, so werden Lähmung der Wirtschaft und Verschlechterung der sozialen Lage der Volksgemeinschaft in allen ihren Gliedern in der Regel die Folge sein."

(Staatssekretär Reinhardt, Die neuen Steuergesetze, Berlin 1934, S. 2.)

Diese Äußerung Reinhardts führt uns mitten in die Fragen, die wir in diesem Abschnitt anschneiden wollen.

1) Aus dem vorher Gesagten wurde schon ersichtlich, daß eine bestimmte Relation öffentlicher Bedarf zu Volkseinkommen und Volksvermögen bestehen muß. Vor dem Kriege lag dieser öffentliche Bedarf aus Gründen, die wir auch schon andeuteten, noch im großen und ganzen unterhalb der Grenze einer solchen „gesunden" Relation. Erst mit der weiteren Zunahme der Aufgaben und damit auch der Anforderungen der öffentlichen Wirtschaft wird diese Relation zum Problem.

Auf der anderen Seite trat eben nach dem Kriege noch außerdem eine Hemmung der Steigerung der Volkseinkommen bzw. sogar eine Schmälerung des Volksvermögens aus den bekannten Gründen als die Situation verschärfendes Element hinzu. Vor dem Kriege wuchsen Volkseinkommen und Volksvermögen schneller als der Aufgabenbereich der öffentlichen Wirtschaft. Nach dem Kriege überflügelte nicht nur der Wachstumsprozeß der öffentlichen Wirtschaft den der privaten, sondern dieser wurde darüber hinaus noch unterbunden, bzw. machte sogar einer rückläufigen Bewegung Platz. Man befand sich in einem circulus vitiosus, denn der Stagnierungs- und Schrumpfungszustand der privaten Wirtschaft war einer der Hauptantriebsfedern für das übermäßige Anwachsen der Anforderungen an die öffentliche Wirtschaft.

Trifft die eben geschilderte Lage in ihrer Kraßheit in den Nachkriegsjahren auch nur für die Volkswirtschaften der „besiegten" Nationen zu, wo noch als wesentliches weiter verschärfendes Moment das der politischen Verschuldung mit ihrer völligen Herauslösung von Volksvermögen und -einkommen aus der betreffenden Volkswirtschaft (die nur zeitweise durch die internationale Kreditwirtschaft verdeckt war) hinzukommt, so wurde dieser Zustand, der letztlich tendenzmäßig eigentlich in allen Volkswirtschaften bestanden hatte, in mehr oder minder heftiger Form auch in den Goldblockländern kurz vor bzw. infolge der Deflation akut.

Wir werden später noch sehen, daß das in diesem Zusammenhang auftauchende Problem zugespitzt so zu formulieren ist: Inwieweit bedeutet die nunmehr zwangsläufig zunehmende Belastung der privaten Wirtschaft durch die öffentliche eine Bestandsgefährdung jener?

2) Beide Wirtschaftssphären können allein nicht bestehen. Eine totale Staatswirtschaft scheitert ebenso an der menschlichen Unzulänglichkeit wie eine völlig freie ungebundene Privatwirtschaft; zwischen beiden gibt es Kompromisse oder aber auch als bisher ein-

zige wahrhafte Lösung des sich aus diesem Dualismus ergebenden Problems ein unter naturnotwendig staatlichem Primat erfolgendes organisches Ineinandergreifen beider Kräfte, wie es sich in Deutschland nach der nationalen Erhebung in immer stärkerem Maße entwickelt.

Abgesehen von den nur mittelbar in Erscheinung tretenden in der Existenz der öffentlichen Wirtschaft liegenden fundamentalen Voraussetzungen für die Sphäre der privaten Wirtschaft politischer, sozialer, kultureller, verfassungs- und verwaltungsmäßiger Natur, ist die öffentliche Wirtschaft auch schon rein äußerlich stark und eng mit der privaten verbunden. Erinnert sei nur an den Staat als bedeutendsten Großkonsumenten. Er bezahlt seine Beamten, Angestellten, Arbeiter, er ist Großarbeitgeber usw. ... Mit der oben gekennzeichneten Entwicklung, die F. K. MANN mit „Übergang vom Anteilsystem zum Kontrollsystem“ [13]) charakterisiert, nimmt die Bedeutung dieser Verflechtung naturgemäß immer mehr zu.

3) Im Folgenden wollen wir hiervon ausgehend noch kurz im einzelnen die Grenzen aufzeigen, die speziell der öffentlichen Wirtschaft in ihrer Einnahmebeschaffung, die in der Hauptsache durch Besteuerung erfolgt, aus der Tatsache der allgemeinen Knappheit der Mittel gezogen sind.

RICARDO sagt: „Die Steuern sind ein Teil von den Erzeugnissen des Bodens und der Arbeit eines Landes, der zur Verfügung der Regierung gestellt wird, und sie werden immer entweder von dem Kapital oder von dem Einkommen eines Landes bezahlt“ [14]).

Aus diesem Ausspruche RICARDOS ergeben sich ohne weiteres die beiden obersten Grenzen der Besteuerung überhaupt. Das ist einmal die Gesamtertragsfähigkeit der Volkswirtschaft und zweitens die Aufrechterhaltung der reproduktiven Kraft der Volkswirtschaft unter Miteinbeziehung eines (wenigstens vorläufig noch notwendigen) Wachstumskoeffizienten, der besonders nach der Entwicklung der übrigen Volkswirtschaften ausgerichtet sein muß. Wie wir schon sahen, ist die öffentliche Wirtschaft schließlich von hier aus gesehen eine alimentierte Wirtschaft, deren Grundlagen das Gedeihen und die Erfolge der Einzelwirtschaften sind. Das Machtgebot kann wohl die an sich vorhandenen, noch nicht zur vollen letzten Entfaltung gekommenen wirtschaftlichen Kräfte anregen, es stößt aber dabei einmal auf eine unübersteigbare Schranke. Eine darüber hinausgehende Auspowerung ist zwar möglich, entzieht

---

[13]) F. K. MANN, Die Staatswirtschaft unserer Zeit, Jena 1930, S. 11/12.
[14]) D. RICARDO, Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung, 2. Aufl., Jena 1921, S. 144.

aber damit gleichzeitig der öffentlichen Wirtschaft den eigenen Boden unter den Füßen [15]).

So leicht letzten Endes theoretisch diese Grenzen zu finden sind, so schwer ist es, sich in praxi von Fall zu Fall darüber klar zu werden, wann oder ob schon und warum diese Grenzen bereits erreicht, bzw. überschritten sind.

Von unüberwindbarer Schwierigkeit dürfte es sein, eine mengenmäßige Vorstellung des Besteuerungsspielraums zu gewinnen. Man könnte etwa vom Gesamteinkommen den für Konsumtion, Reproduktion und Akkumulation „notwendigen Betrag" abziehen usw. Jedoch hier eine wirklich treffende größenmäßige Bestimmung zu finden, ist unmöglich. Es bedarf eben eines dauernden gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausches der beiden Wirtschaftssphären nebst einer gründlichen Durchdringung der Einzelprobleme und der allgemeinen Zusammenhänge, um zu tendenzmäßig „richtigen" Maßnahmen zu gelangen.

Die „objektive" Grenze, so wie sie gedanklich konstruierbar ist, kann in der Wirklichkeit nie oder nur ganz selten erreicht werden. Man muß eben immer den unberechenbaren Faktor Mensch bei allen derartigen Erwägungen als Unbekannte mit einsetzen. Die praktischen Abweichungen von der objektiven Grenze sind vorwiegend psychologisch bedingt. Die psychologischen Faktoren können durch eine Umgestaltung des Steuersystems (als Komplex der Methoden der Anzapfung der Steuerquellen) ausgewertet, aber auch durch allgemeine politische Verhältnisse (z. B. nationale Begeisterung) steuerlich „angeregt" werden.

Eine weitere wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang die Art der Mittelverwendung. Inwieweit werden die erhobenen Mittel also beispielsweise zur staatlichen Schuldtilgung verwandt (was je nach den Bevölkerungskreisen, die im Besitz der Schuldtitel sind, lediglich eine Einkommensverschiebung darstellen würde), inwieweit werden sie konsumtiv, inwieweit produktiv verwandt? Die konsumtive Verwendung stellt den eigentlichen Verbrauch der öffentlichen Wirtschaft dar, bei der produktiven Verwendung greift der Staat von sich aus in die Verteilung ein ...

Es ist dabei nur von Fall zu Fall zu entscheiden, was konsumtiv und was produktiv ist. Die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus bei gleichzeitiger „Reproduktion der geistig qualifizierten

---

[15]) Derartige Erwägungen wurden in der Wissenschaft und auch in der Praxis noch bis vor kurzem verhältnismäßig wenig angestellt. Man beschäftigte sich mehr mit dem Problem der gerechten und zweckmäßigen Verteilung der „Steuerbürde" als mit dem der Anpassung dieser an die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft. Solche Erörterungen wurden vorwiegend erst durch die Reparationen und ihre Folgeerscheinungen akut.

Arbeitskraft" ist sicher „produktiv" [16]), wenn auch die dazu notwendigen Aufwendungen im ersten Augenblick als konsumtiv erscheinen mögen. Ebenso ist es bei den Ausgaben für diplomatische Vertretungen, Konsulate, Ausgaben für Normalisierung, Typisierung der Produktion etcetc. ...

Jedoch auch hier gibt es eine psychologisch bestimmte Grenze. Man kann nicht ohne weiteres argumentieren, daß diese so verwandten Mittel nun bei den Erwägungen über die steuerliche Belastung ohne Bedeutung wären, da sie ja nur eine Verschiebung darstellten, denn ihr Entzug löst trotzdem bei den Steuerzahlern einen gewissen Unwillen etc. aus, der sich in denselben Steuerwiderständen ausdrücken kann, wie bei einem effektiven (mit konsumtiver Zwecksetzung erfolgenden) Mittelentzug. Hinzu treten die komplizierten Veränderungen, die auf dem Wege der Überwälzung eintreten. ...

Es kam uns hier nur darauf an, auf die Tatsache des Bestehens der Besteuerungsgrenzen lediglich hinzuweisen. Eine eingehende grundsätzliche Erörterung dieses finanzwissenschaftlichen Problems ginge weit über unser gestecktes Ziel hinaus. Wir werden im VI. Kapitel der Arbeit noch einmal im Rahmen der dort auftretenden Fragen eingehender hierauf zurückkommen müssen.

Zusammenfassend wollen wir jedoch festhalten und folgern: Einen deduktiv gefundenen quantitativen generellen Maßstab für eine „verhältnismäßige" Besteuerung kann es nicht geben. Es ist damit auch unmöglich, einen solchen für die relative Erfassung der einzelnen Steuerquellen untereinander zu finden. Die praktische Finanzwirtschaft bedarf großer Erfahrungen, großer Einsicht in die Einzelprobleme und genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, sie muß den Sorgen und Forderungen der Privatwirtschaft zugänglich sein, und sie bedarf endlich und letztlich einer ganz besonderen intuitiven Erfassung der jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten, um mit allen ihren Maßnahmen die bestehende, aber nur gedanklich faßbare volkswirtschaftliche Grenze der Besteuerung nicht zu überschreiten. Diese Notwendigkeit kann immer nur für kurze Zeit außer Acht gelassen werden, andernfalls müssen bedeutende volkswirtschaftliche Schäden auftreten.

Wilhelm GERLOFF stellt der Finanzwirtschaft zwei grundsätzliche Aufgaben:

Einmal den Ausgleich zwischen den jeweils geltenden kollektiven und den jeweils geltenden individuellen Bedürfnissen nach Maßgabe der in der Volkswirtschaft vorhandenen wirtschaftlichen

[16]) D. h. im Sinne der Einschlagung eines neuen besseren „Umweges", also einer wahrhaften Kapitaldisposition. Im Gegensatz hierzu stehen Ausgaben für das Heer, Repräsentativbauten, Denkmäler usw., die notwendig sein können, aber dabei nicht produktiv im gekennzeichneten Sinne sind.

Kräfte zu finden, und zweitens sich den so ausgesonderten Anteil mit Hilfe des ökonomischsten Beschaffungssystems anzueignen [17]). Dies sind die beiden Dominanten des finanzwirtschaftlichen Gebarens.

Die erste Forderung richtet sich, finanzwirtschaftlich gesehen, nach außen, sie bezieht sich auf die entsprechende Auswahl und die entsprechende Belastung der Steuerquellen, die zweite Forderung bezieht sich auf die grundsätzliche Gestaltung des Steuersystems.

Ein Eingehen auf das Wesen des Steuersystems, eines mehr technischen finanzorganisatorischen, allerdings, wie wir in späterem Zusammenhang noch sehen werden, auch für unsere Fragestellung ungeheuer bedeutsamen Gegenstandes, erübrigt sich an dieser Stelle.

Es kam in diesem III. Kapitel darauf an, einige der wichtigsten grundlegenden Gegebenheiten der öffentlichen Wirtschaft im Vergleich mit der privaten Wirtschaft aufzuzeigen, Gegebenheiten, deren Berücksichtigung zum Verständnis der weiteren Ausführungen über den Lauf der Auswirkungen der Deflation notwendig war. —

---

17) W. GERLOFF, Steuerwirtschaftslehre, Handb. d. Finanzwissensch., I. Bd., Tübingen 1926.

IV. DIE AUSWIRKUNGEN DER DEFLATION IN DER PRIVATEN WIRTSCHAFT.

Wir legten den Startpunkt, von wo aus die deflatorischen Maßnahmen erfolgen, in das Bereich der privaten Wirtschaft.

Durch die Abwertungen ringsum ist die Ausfuhr gelähmt, die Einfuhr ist dagegen (zumindest) vorerst gleich geblieben, die Ausrichtung der Zahlungsbilanz erfordert damit Goldabflüsse ... Es gilt nun, um international konkurrenzfähig zu bleiben, ja, um in manchen Fällen überhaupt noch absetzen zu können, die inländischen Preise zu senken.

Der ungünstige Wechselkurs hat innere [1]) und äußere Goldabflüsse zur Folge. Als Waffe dient der Notenbank fußend auf den Spielregeln des Goldwährungsmechanismus die Heraufsetzung des Diskontsatzes. Eine Einfuhr fremden Kapitals zum Ausgleich scheidet voraussetzungsgemäß aus.

Der Druck liegt ganz auf den inländischen Preisen. Man verteuert den Kredit, um eine Verminderung der Wechseleinreichungen zu bewerkstelligen. Die damit Hand in Hand gehende Verminderung der Notenmenge hat letztlich prinzipiell die Senkung der Preise zur Folge, die man anstrebt. Es handelt sich also um den Einsatz des Prinzips der klassischen Diskonttheorie. Wir legten uns schon im II. Kapitel aus den dort dargelegten Gründen auf dieses eine Mittel zur „Zusammenziehung der Geldmenge" fest.

Von hier aus wollen wir die Auswirkungen dieses Zusammenziehens der Geldmenge verfolgen. Ein Eingehen auf die Verschiedenheiten der Prinzipien (currency-principle, banking-principle bzw. beide gemischt) der Währungsverfassungen und diese selbst mit ihren Einflüssen auf das mehr oder minder rasche oder automatische Intätigkeittreten unseres gewählten Mittels zur Zusammenziehung der Geldmenge müßte hier, wie unter II. auch schon erwähnt, zu weit führen, so bedeutsam in praxi diese Momente sind.

Für uns ist das alles Voraussetzung. Es muß uns an diesem Punkt der theoretischen Bewältigung unseres Problems genügen, daß „die Zusammenziehung der Geldmenge" künstlich erfolgt und daß sie von hier aus erfolgt. — Auf diese knappen Feststellungen und auf das in diesem Zusammenhang unter II. (beson-

[1]) Dies natürlich nicht bei der Goldkernwährung.

ders II, c) Gesagte müssen wir uns beschränken, um gleich in medias res zu gehen.

a) Es gilt grundsätzlich zu scheiden: das eigentliche Währungsgeld (Metallgeld), das Kreditgeld (Banknoten, Schecks und Wechsel etc.) und das Bankgeld (Entstehen durch Gutschrift im Kontokorrent- bzw. Umschreibeverkehr). Der Hebel unserer deflatorischen Maßnahmen setzt beim Kreditgeld ein. Die Erhöhung des Banksatzes bremst die Wechseleinreichung bei der Zentralnotenbank[2]) ab.

Als erstes müssen wir uns fragen: was geschieht damit in der Geldsphäre selbst. Bei der Schwierigkeit und Kompliziertheit des Phänomens Geld können wir in unserem Zusammenhang nur andeutungsweise einige der hierzu notwendigsten Grundzüge erörtern.

1) Das Geld ist Diener der Vorgänge in der Güterwelt[3]). Hier in der Güterwelt geschieht das eigentlich wirtschaftlich Relevante. Das Geld (immer im weitesten Sinne aufgefaßt)[4]) steht der Güterwelt gegenüber, es ist „Fahrzeug des Wertes", wie HERBERT V. BECKERATH es einmal ausgedrückt hat.

aa) Der Wert einer Geldeinheit ist einmal umgekehrt proportional der Anzahl der vorhandenen Geldeinheiten. Weiterhin, und das ist das Entscheidendste für die Bestimmung des Geldwertes, ist die der vorhandenen Geldmenge gegenüberstehende, mit ihrer Hilfe umzusetzende M e n g e an Waren und Leistungen zu berücksichtigen. Von hier aus empfängt die Geldeinheit ihre Bewertung, diese wird von den Wirtschaftssubjekten aus der Sphäre der Güterwelt in die Geldsphäre projiziert. Es liegt außerdem in der Dienerrolle des Geldes begründet, daß ein und dieselbe Geldeinheit während eines Zeitraums mehrmals ihre Funktion des Güterumsatzes ausübt, und es ist somit klar, daß auch die Häufigkeit des Inerscheinungtretens (die Umlaufsgeschwindigkeit) für den Wert einer Geldeinheit genau so wie die Menge aller vorhandenen Geldeinheiten mitbestimmend ist[5]).

---

[2]) Wir gehen in Zukunft nunmehr nur immer von dieser aus. Dieselben Funktionen könnte je nachdem eine andere Großbank bzw. mehrere solcher ausüben. Vgl. auch das unter II. Gesagte. Grundsätzlich ändert sich hierdurch nichts.

[3]) So SCHUMPETER, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige etc. S. 630.

[4]) Im Sinne A. SPIETHOFFS. Sp. definiert: „Geld ist a l l e s, was im wirtschaftlichen Verkehr als allgemeine Vermögensmacht gegeben und genommen wird." Vgl. A. SPIETHOFF, Kapital, Geld und Güterwelt in ihrem Verhältnis zueinander, Schmollers Jb. 33. Bd.

[5]) Diese Zusammenhänge sind nur dann in ihrem Wesen wirklich zutreffend, wenn man die drei Geldwert bildenden Faktoren vorerst genau festlegt. Dies gilt vor allem für die Geldmenge. Der Grundgedanke der oben angestellten quantitätstheoretischen Erörterung gilt nur dann, wenn man dabei von einer ganz bestimmt definierten „zirkulierenden" Geldmenge ausgeht. Die Quantitätstheore-

bb) Das Geld ist nun der Generalnenner, auf den sich alle Tauschvorgänge beziehen, es schafft ein einheitliches Tauschverhältnis für alle Parteien. Das Austauschverhältnis der Güter wird in Geld ausgedrückt, d. h., es bilden sich Preise, das Vorhandensein eines Marktes vorausgesetzt. Die Austauschverhältnisse werden durch die subjektiven Wertschätzungen der wirtschaftenden Individuen bestimmt. Bei freiem Wettbewerb bildet sich der Preis „innerhalb eines Spielraums, dessen obere Grenze bestimmt wird durch die Wertschätzungen des letzten noch zum Tausche kommenden Käufers und des tauschfähigsten ausgeschlossenen Verkaufsbewerbers, nach unten durch die Wertschätzungen des mindesttauschfähigen noch zum Tausch gelangenden Verkäufers und des tauschfähigsten vom Tausch ausgeschlossenen Kaufbewerbers“ [6]).

V. MISES sagt weiter: „Der subjektive Gebrauchswert des Geldes ist nichts anderes als der antizipierte Gebrauchswert der für das Geld anzuschaffenden Dinge“ [7]). So ergibt sich für jedes Wirtschaftssubjekt ein anderer subjektiver Geldwert.

Es folgt aus dem Vorhergesagten, daß jedes Wirtschaftssubjekt zwangsläufig, da es ja am Markt auftritt, eine bestimmte Kaufkraftvorstellung der Geldeinheit haben muß, und daß diese sich nur jeweils aus einer ganz bestimmten Konstellation, nämlich dem gerade auf dem Markt herrschenden bestimmten Austauschverhältnis zwischen Geld (= Menge + Umlaufsgeschwindigkeit) und Gütern ableiten läßt. Diese Größe kann dann mit „objektiver Tauschwert“ des Geldes bezeichnet werden [8]). Jedes Wirtschaftssubjekt weiß in etwa, was es effektiv für eine Geldeinheit auf dem Markte erlangen kann. Die Bedeutung, die es dem erworbenen Gut je nach dessen Grenznutzen innerhalb seiner eigenen Wirtschaft beimißt, ist für den jeweiligen subjektiven Geldwert des Individuums bestimmend.

cc) V. MISES führt dann weiter aus, wie dieses in einem Augenblick herrschende Austauschverhältnis seinerseits auf solchen der Vergangenheit aufbaut und seinerseits für alle noch folgenden in der Zukunft liegenden von Einfluß ist. Er sagt: „Die Geldpreise von heute sind mit den Geldpreisen von gestern und vorgestern und mit

---

tiker sehen einen durchaus richtigen Zusammenhang, sie operieren nur mit einer allzu naiv gefaßten „Geldmenge“. Für unsere Fragestellung reichen die gemachten Erörterungen jedoch aus, da es uns hier letztlich auf die Erklärung eines wirtschaftlichen Verhaltens aus einem bestimmten Zusammenhang überhaupt ankommt und nicht auf eine mengenmäßige Erfassung. Vgl. hierzu J. SCHUMPETER, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige, i. Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol., S. 666/667, Tübingen 1917. Über den Begriff „Umlaufsgeschwindigkeit“ vgl. unter IV, a, 3, aa).

[6]) v. MISES, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, München u. Lpzg., 1912, S. 107.

[7]) ders., a. a. O., S. 108.

[8]) ders., a. a. O., S. 107 ff.

denen von morgen und übermorgen durch ein Band verknüpft“ [9]).

Die Wirtschaftssubjekte neigen also dazu, mit einer konstanten Kaufkraft zu rechnen. Wir sind damit an dem Punkt angelangt, der uns in unserem Zusammenhang eigentlich angeht. Denn es ergibt sich aus dieser Tatsache, daß die Wirtschaftssubjekte bei einer Zu- und Abnahme ihrer Nominaleinkommen so handeln werden, als ob sich auch ihre Realeinkommen entsprechend verändert hätten, was ja bei einer „Zusammenziehung der Geldmenge“, die vorerst gänzlich unabhängig ist von der Güterseite, grundsätzlich gar nicht der Fall ist.

Eine nominelle Zu- oder Abnahme der vorhandenen Geldmenge [10]) ist an sich volkswirtschaftlich gleichgültig, wenn sie nicht, und hier liegt das Entscheidende für unsere ganze Untersuchung, von einer gleichzeitigen Einkommensumschichtung der Wirtschaftssubjekte begleitet ist. Die Volkswirtschaft benötigt an und für sich keine bestimmte Geldmenge. Sie kann mit höherem oder niedrigerem Geldumlauf funktionieren (natürlich immer ein bestimmtes Minimum vorausgesetzt).

dd) Die Einkommensumschichtung, die durch die Deflation ausgelöst wird, d. h. die Ungleichzeitigkeit des Auftretens der Auswirkungen des „Zusammenziehens der Geldmenge“, das ja von einem bestimmten Eingangspunkt aus erfolgt [11]), und die eben gekennzeichnete beharrende Einstellung der Wirtschaftssubjekte den Austauschverhältnissen gegenüber sind letztlich die beiden Wurzeln überhaupt, aus denen der Lauf der Auswirkungen der Deflation zu erklären ist!

Wir haben hiermit den Kernpunkt des Problems aufgedeckt: das Phänomen Geld, an sich nur Diener, Werkzeug, wird zur Gefahr. Es bewirkt eine Verschleierung der wahren Situation, es führt zu wirtschaftlichen Trugschlüssen. Eine der bestechendsten und geistreichsten Vervollkommnungen des Wirtschaftens der Menschheit, das Geld, wird verhängnisvoll.

2) Wir sprachen eingangs von den drei grundsätzlichen „Geldarten“, die es zu unterscheiden gilt [12]). Wir sagten, daß der Hebel

---

[9]) ders., a. a. O., S. 108.

[10]) Wir verstehen darunter Geld in der oben definierten weiten Fassung und eine gedanklich angenommene bestimmte Umlaufsgeschwindigkeit. Wir bitten, mit dieser groben Vereinfachung vorlieb zu nehmen. Wir glauben, mit dieser weitgehenden Abstraktion trotzdem das Grundsätzliche, worauf es uns hier nur ankommen kann, deutlich genug zeigen zu können.

[11]) Wir erinnern hier an die unter II, d) gemachten Bemerkungen. Vgl. auch die Anmerkung 22 S. 16!

[12]) Es wäre vielleicht nicht uninteressant, eine Untersuchung darüber anzustellen, wie sich nun die verschiedenen möglichen Erscheinungsformen dieser „Geldarten“ bei der Deflation verhalten. Hierauf in diesem Zusammenhang näher einzugehen, müssen wir uns aus Raumgründen versagen.

der Deflationsmaßnahme beim Kreditgeld einsetzt. Wie ändern sich nunmehr die Verhältnisse der „Geldarten" oder besser des Währungsgeldes (Geld i. e. S.) zu den Geldersatzmitteln und dieser untereinander durch die „Zusammenziehung" auf Seiten des Kreditgeldes, in welcher Beziehung untereinander stehen sie überhaupt?

aa) A. SPIETHOFF sagt: „Die Geldersatzmittel erhöhen die Dehnungsfähigkeit des Geldwesens, sie gehen aber immer auf das gesetzliche Zahlungsmittel zurück und stützen sich auch mengenmäßig darauf" [13]).

Das Geld-[14]) Gebäude eines Landes ist einer auf dem Kopf stehenden Pyramide vergleichbar. Die unterste schmalste Stufe wird durch das Währungsgeld gebildet. Seine Menge ist unmittelbar im Goldwährungssystem gesetzmäßig verankert, sie richtet sich nach dem Goldbestand. Darauf baut sich der vorwiegend durch Notenausgabe erfolgende Kredit der Zentralbank auf. Nach diesem wiederum ist der Kredit der eigentlichen Kommerzbanken ausgerichtet. Diese müssen immer dafür Sorge tragen, daß sie die Zentralbank mit Noten versorgt. Die Zentralbank muß ihrerseits darauf achten, daß die Notenausgabe dem Goldbestand währungsverfassungsgemäß entspricht. Dieser richtet sich letztlich seinerseits in normalen Zeiten nach dem Blütestand der Volkswirtschaft, sein Umfang ist also somit in dieser Beziehung Ausdrucksform des wirtschaftlichen Gedeihens. Auf diesen Grundlagen ruht dann als oberste letzte Stufe der nichtbankmäßige Geschäftskredit. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Entwicklung wuchs dieses Gebäude. Das eigentliche Währungsgeld füllt nur noch einen geringen Teil des ganzen Geldbedarfs aus.

Die Kredithergabe der Kommerzbanken erfolgt nicht nur in Form von Wechselhereinnahme etc., sondern auch lediglich durch Gutschrift; man räumt dem Kunden rein buchmäßig einen Kredit ein. Man spricht hier von Bankgeld. Sein Vorhandensein baut auf der Tatfache auf, daß nur ein geringer Teil des Geldbedarfs wirklich in Erscheinung tritt, die meisten Geldumsätze jedoch im reinen Umschreibeverkehr erfolgen. Aber auch dieses „Bankgeld" baut in seinem Umfang auf den anderen Geldarten, also letztlich auf dem Goldbestand, auf. Die gegenseitigen Mengenverhältnisse sind ebenso wie die Entwicklung dieses ganzen Kreditgebäudes durch die Praxis und aus der Praxis bestimmt. Es läßt sich nur eine grundsätzliche gegenseitige Abhängigkeit feststellen. Die Rollenverteilung innerhalb dieses Gebäudes ist je nach den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten des einzelnen Landes verschieden.

---

[13]) A. SPIETHOFF, Verhältnis Kapital, Geld u. Güterwelt, Schm. Jb. 33. Bd., S. 74.

[14]) Hier wieder der Geldbegriff im weitesten Sinne.

bb) Beim Kreditgeld setzt voraussetzungsgemäß der Hebel der deflatorischen Maßnahme ein. Der Banksatz wird erhöht, um die Menge der Wechselziehungen und die daraufhin erfolgende Notenausgabe zu beschränken. Hier liegt das „künstliche Zusammenziehen der Geldmenge", was wir mit „Deflation" bezeichneten. An dieser Stelle der Geldpyramide erfolgt die Zusammenziehung, da diese Stelle einen wirtschaftlich ungemein empfindlichen, worauf schon hingewiesen wurde, und gleichzeitig innerhalb des ganzen Aufbaus eminent potenzierenden Punkt darstellt[15]). Diese Stufe des Geldgebäudes wird mit Hilfe des ihr entsprechenden Mittels der Zinserhöhung (der Zins bildet gleichsam den Schlüssel zu dieser Stufe) verschmälert, eingeengt.

Hier bewährt sich bereits innerhalb der Geldsphäre die scharfe Trennung, die wir bei unserer Begriffsbestimmung „Deflation" zwischen den AMMONSCHEN Phasen „Restriktion" und „Kontraktion" machten (vgl. II, b, 4, S. 11). Wir sehen auch hier, zu welchen begrifflichen Unsauberkeiten es geführt haben müßte, auch noch die Kontraktionserscheinungen, die sofort und unmittelbar in der Geldsphäre einsetzen, mit einzubeziehen.

Wir finden die künstliche Einengung in der Sphäre des „Kreditgeldes", und zwar innerhalb dieser lediglich innerhalb des Banknotenumlaufs der Zentralbank. Man sieht, daß man auch innerhalb des „Geldgebäudes" von mehreren Seiten aus und mit entsprechenden verschiedenen Mitteln zu ihrer Durchführung Deflation betreiben kann. Unser Startpunkt bedeutet jedenfalls, wie sich hier ohne weiteres zeigt, den Angelpunkt für die Einengung, die Zusammenziehung schlechthin.

Das Maß der künstlichen Zinsverteuerung ist ein praktisches Problem. Hier und in den folgenden Erörterungen genügt uns lediglich die Tatsache, daß die Zinserhöhung voraussetzungsgemäß l a n g e a n h a l t e n d ist, daß damit ihre „Unerträglichkeit" fortschreitend wächst.

cc) Im Folgenden kommt es uns nun darauf an, einige grundsätzliche Verschiebungen der drei Grundtypen des Geldes untereinander und innerhalb dieser selbst infolge des „Zusammenziehens" des Notenumlaufs aufzuzeigen.

Es werden also weniger Noten ausgegeben, d. h., die Grundlage des Kredits der Kommerzbanken wird verkleinert, denn die Depositen der Kundschaft der Kommerzbanken, die die Grundlage für

---

[15]) Eine Einengung der untersten Stufe, der des Währungsgeldes, die heute auf anderen Voraussetzungen aufbauend bei den internationalen Währungsdebatten akut ist, hätte durch eine entsprechende Änderung der Währungsverfassung, die Herabsetzung des Goldankaufpreises, zu erfolgen. Es ist ohne weiteres klar, daß diese Möglichkeit bei unseren Voraussetzungen nicht in Frage kommen kann.

deren Ausleihung bilden, verringern sich von hier aus. Und zwar führt eine Minderung der Depositen zu einer Einschränkung der Kredite um ein Vielfaches.

Das hängt folgendermaßen zusammen: nehmen wir an, ein Kunde zahlt 1000 Einheiten Währungsgeld seiner Bank ein. Diese leiht davon 900 Einheiten wieder aus, da sie erfahrungsgemäß weiß, daß die restlichen 100 Einheiten genügen, um ihren laufenden Barverpflichtungen nachzukommen, die anderen Geldumsätze lediglich durch Umschreibung erfolgen. Die ausgeliehenen 900 Einheiten bilden für eine zweite Bank ein vollgültiges Depositum, sie leiht wiederum nach Vornahme der von uns angenommenen 10%igen Erfahrungsrücklage nunmehr ihrerseits 810 Einheiten aus usf.[16]). Es leuchtet ein, daß durch diese Zusammenhänge, die nur so lange funktionieren, wie alle Banken mitmachen können, d. h. die gegenseitigen Bankforderungen gegeneinander ausgewogen sind, die Verminderung eines Deposits gleichzeitig zu einer Kreditschrumpfung führen muß, die höher ist als die ursprünglich zugrunde liegende Summe der effektiven Verringerung.

Die Kundschaft, die sich nunmehr nur noch in geringerem Maße auf Grund von Wechselziehungen Mittel beschaffen kann, ist gezwungen, auf ihre Kassenreserven zurückzugreifen. Wir werden gleich noch bei Betrachtung der Änderungen der Umlaufsgeschwindigkeit auf diese Erscheinungen zurückkommen. Hier interessiert uns, daß sich, soweit die „Kassen" in Form von täglichem Geld bei den Banken gehalten werden, der gewohnheitsmäßige Einlösungsprozentsatz, auf dem die Ausleihpolitik der Banken beruht, verändert. Da die Banken auch nunmehr nur noch „teurer" an die Zentralbank herankommen, müssen sie zwangsläufig ihre Zinssätze erhöhen. Das Publikum trachtet deshalb danach, ebenfalls die Bankgeldkredite möglichst einzuschränken.

Es findet damit eine zwangsläufige Verschiebung aus der Sphäre des Wechsels und Bankgeldes zu den im Verkehr befindlichen Noten hin statt.

Von hieraus pflanzt sich die Tendenz zum Währungsgeld hin fort. Man präsentiert die Noten bei der Zentralbank, um Goldgeld zu erlangen (diese Möglichkeit einmal vorausgesetzt). Die Golddecke schrumpft damit auch von hier aus, abgesehen von den chronischen Abflüssen ins Ausland, die den Anstoß zu dieser Kette von Erscheinungen gaben. Diese Tendenz steigert sich in fortgeschrittenem Stadium der deflatorischen Auswirkungen durch das Anwachsen dieser bisher nur instinktiv begründeten Tendenz zur Angst-

[16]) Vgl. Friedrich A. HAYEK, Geldtheorie und Konjunkturtheorie, Wien und Leipzig 1929, S. 83 ff.; vgl. D. A. ROBERTSON, Das Geld, 2. Aufl., Wien 1935, S. 49 ff.

psychose, die zur Kapitalflucht und zur Hortung von Goldgeld im Inland[17]) führt. Auch die Notenausgabe muß damit von hier aus weiterhin überproportional einschrumpfen; denn auch sie ist gewöhnlich nur zu einem bestimmten Teil durch Gold gedeckt.

Von der anderen Seite sind die Banken in dieser Situation doppelt genötigt, erhöhte Barreserven zu halten, da die Illiquidität der Unternehmungen infolge des Geldmangels an diese ungewöhnliche Anforderungen stellt.

Weiterhin steigt ebenfalls der Bargeldbedarf der Unternehmungen, da die Schaffung des baren Geldes jeweils nach besonderem Bedarf (etwa am Ultimo) durch Diskont eigener Wechsel bzw. Lombard wie bisher nunmehr infolge der scharfen Heraufsetzung des Banksatzes stark verteuert ist, die eigentliche Kassenhaltung „zu Hause" erhöht sich damit von hier aus. Von diesen beiden Seiten wird der Druck nach barem Geld also nochmals verstärkt.

Die Einwirkungen auf den nichtbankmäßigen Geschäftskredit sind in diesem Zusammenhang theoretisch nicht ohne weiteres zu erfassen.

Diese in schlaglichtartig erfolgter Auswahl dargestellten grundsätzlichen Verschiebungen innerhalb unseres „Geldgebäudes" werden naturgemäß von Fall zu Fall modifiziert durch die jeweiligen monetären Voraussetzungen der zu untersuchenden Länder.

3) Wir sahen, daß eine Einengung, ein „Zusammenziehen" auf der Stufe des Kreditgeldes Verschiebungen innerhalb der Geldpyramide auslöst. Wir müssen nunmehr einen Schritt weitergehen und uns fragen, wie verändert sich nun die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes durch das Zusammenziehen?

Es ist denkbar, daß die Erscheinung der Umlaufsgeschwindigkeit bei diesen Verschiebungen mildernd wirkt, indem sie sich durch das Auftreten eines nunmehr noch häufigeren Benutzens jeder Geldeinheit für mehrere Umsätze von Seiten des wirtschaftlichen Verkehrs verstärkt. Sicher ist das, wie wir noch sehen werden, tendenziell der Fall.

Diese Frage bedeutet in ihrem Wesen nichts anderes, als daß sich durch das Vorhandensein der Umlaufsgeschwindigkeitswirksamkeiten der potenzierende Aufbau des Geld- und Kreditgebäudes der modernen kapitalistischen Volkswirtschaften, wie er vorhin kurz gekennzeichnet wurde, jenachdem sowohl verstärken als auch abschwächen kann.

---

[17]) Bei Goldkernwährung werden Noten gehortet, was nur noch verstärkt dieselbe Wirkung der überproportionalen Schrumpfung auslöst, da auf den Noten aufbauend sich der „Geldturm", wie schon gezeigt, von hier aus nochmals erhöht. Andere Wirtschaftskreise können naturgemäß gerade jetzt gezwungen sein, Horte aus früherer Zeit aufzulösen. Der hier „typische" Fall ist aber der oben erwähnte.

aa) Es würde uns zu weit von unserem eigentlichen Wege abbringen, wenn wir die Erscheinung der Umlaufsgeschwindigkeit eingehend analysieren wollten [18]).

Es ist überhaupt letztlich nicht möglich, von einer Umlaufsgeschwindigkeit schlechthin zu sprechen. Diese ist lediglich eine gedachte durchschnittliche Größe. In der Wirklichkeit gibt es eine Vielfalt von Umlaufsgeschwindigkeiten. Allein innerhalb unseres „Geldgebäudes" hat jede der angeführten Stufen eine andere Umlaufsgeschwindigkeit, die nicht nur rein äußerlich durch die jeweils verschiedenen geldtechnischen Voraussetzungen bedingt ist, sondern davon ausgehend, auch von den Gewohnheiten der wirtschaftenden Menschengruppen, die sich der einzelnen Geldarten bedienen.

Auch innerhalb der „Stufen" gibt es wieder verschiedene Umlaufsgeschwindigkeiten. Die Wechsel bewegen sich anders als die Schecks, diese wiederum anders als die Noten. Innerhalb der Noten haben die einzelnen Stückelungen wieder jeweils andere Umlaufsgeschwindigkeiten. ...

Darüber hinaus ist dieser ganze Bewegungskomplex dauernd in Fluß, er ist zu jeder Zeit anders, saisonmäßig und konjunkturell beeinflußt.

bb) Es mag uns hier genügen, nur einige Worte zu den nunmehr auftretenden deflatorisch bedingten Veränderungen in dem eben charakterisierten „Bewegungskomplex" zu sagen.

Einer der aufschlußreichsten äußeren Anhaltspunkte für eine Betrachtung der Bewegung der Umlaufsgeschwindigkeit ist der Stand der Kassenreserven der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Man kann sagen, daß, je kleiner die Kassenreserven sind, desto größer die Umlaufsgeschwindigkeit der Geldeinheiten ist. Wir leiteten schon eben unter 2, cc) in anderem Zusammenhang ab, daß die Wirtschaftssubjekte aus den dort ebenfalls schon angeführten Gründen gezwungen sind, ihre Kassenhaltung auf ein Minimum zu beschränken, daß aber andererseits Banken und Unternehmungen aus wiederum anderen, jedoch im selben Ursachenzusammenhang stehenden Momenten genötigt sind, dieses Minimum höher als früher zu halten. Die Umlaufsgeschwindigkeit erhöht sich also auf der einen Seite, auf der anderen vermindert sie sich entsprechend der Schrumpfung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Ebenso wiesen wir bereits auf die Erscheinung des Hortens von Metallgeld und

[18]) SCHUMPETER sagt, daß die Umlaufsgeschwindigkeit bestimmt ist durch die Anzahl Male, die eine Geldeinheit Einkommensfaktor wird. Er richtet sich mit dieser Festlegung vor allem gegen die sogenannte „Händewechseltheorie". Schump. weist weiter daraufhin, daß es nur eine Frage der gedanklichen Konstruktion ist, ob man die Umlaufsgeschwindigkeitssteigerung, die einer Vermehrung der Geldmenge gleich kommt, als Beschleunigung des Geldumlaufs oder als Vermehrung der Geldmenge bezeichnet. Vgl. J. SCHUMPETER, a. a. O., S. 670 ff.

Noten hin (auch Depositen werden aus demselben Grunde gehortet). Hier verringert sich die Umlaufsgeschwindigkeit. Nur sind es jeweils andere Wirtschaftskreise, die jeweils bei letztlich auf die gleiche Ursache zurückzuführenden Erscheinungen die Umlaufsgeschwindigkeit entsprechend der sich gerade für sie zwangsläufig ergebenden oder ihnen nur so erscheinenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten in verschiedener Richtung beeinflussen.

Wir werden weiter unten noch zeigen, daß eine bestimmte Verschiebung der Produktionsmittel innerhalb der verschiedenen Produktionsstufen unter dem Einfluß der Auswirkungen der Deflation erfolgt. Auch diese Tatsache ist für die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes von Bedeutung. Die dem Konsum näheren Produktionsstufen erfordern nämlich ohne weiteres jeweils einen größeren Geldbedarf zur Abwicklung ihrer Geschäfte als die vom Konsum weiter entfernten. Jede dieser Stufen hat einen jeweils verschiedenen bestimmten (bzw. mehrere) „Koeffizienten der Geldumsätze" (HAYEK).

Diese wenigen Andeutungen genügen schon, um zu erkennen, daß sich über die auf die Deflation zurückzuführenden Änderungen der Umlaufsgeschwindigkeit g r u n d s ä t z l i c h wenig sagen läßt, daß für diese Fragestellung vielmehr die jeweils vorhandenen konkreten Gegebenheiten von ausschlaggebender Bedeutung sind. Es gilt also, von Fall zu Fall festzustellen, welche sozialen Kreise etwa machen die Mehrheit der Wirtschaftenden aus, welche Zahlungssitten herrschen bei diesen überhaupt, welche Produktionsstufen sind von ausschlaggebender Bedeutung etc. etc.

cc) Man konnte auf der anderen Seite in diesen Zeiten in der Wirklichkeit beobachten, wie z. B. auf das Wirtschaftsleben einflußreiche Kräfte ihre Zahlungssitten den deflatorischen Auswirkungen entsprechend änderten. So zahlte der Staat etwa in den einzelnen Ländern die Gehälter seiner Beamten und Angestellten nicht mehr monatlich wie früher, sondern nunmehr 14-tägig, ein Beispiel, was mehr oder minder notgedrungen von der Wirtschaft nachgeahmt wurde. Ebenso bestand generell eine Tendenz, Medio und Ultimo zu entlasten. Das Geld wurde damit stärker „ins Rollen" gebracht. Die Einheiten befanden sich nicht mehr so lange wie früher in den Geldbörsen.

Weiterhin beeinflußte man die Staatsbeamten etc., ihre Zahlungen „bargeldlos" zu leisten, man zahlte ihre Gehälter, Pensionen usw. mit Schecks. Die breite Öffentlichkeit wurde ebenfalls in diesem Sinne beeinflußt, man propagierte das „bargeldlose Zahlen" gleichsam als „nationale Pflicht". Es war damit beabsichtigt, die Zahlungssitten bestimmter Kreise dahingehend und so zu ändern, daß sich die eben unter 2, cc) dargestellte zwangsläufige Verschie-

bung vom Wechsel und Scheck zur Banknote bei bestimmten anderen Kreisen des Wirtschaftslebens tendenziell kompensierte [19]). Damit wäre der „erfahrungsmäßige" Einlösungsprozentsatz vermindert, d. h. in diesem Falle also verbessert worden. Dieses Streben bedeutete den Versuch einer beschleunigten „volkswirtschaftlichen Aufklärung".

Bereits die angeführten Beispiele zeigen uns immerhin, daß per Saldo die die Umlaufsgeschwindigkeit steigernden Momente letztlich nur zwangsläufig sich ergebende bzw. bewußt herbeigeführte Versuche sind, sich gegen die allgemeine Tendenz der Geldschrumpfung aufzulehnen. Man kann sagen, daß nur jeweils durch den Übergang von einer höheren Stufe zu einer niedrigeren innerhalb des Geldgebäudes, sich dann in der entsprechend niedrigeren die Umlaufsgeschwindigkeit steigert, da sich nunmehr ein ungewohnt starker Geldbedarf gerade hierhin wendet. Aber in dem Übergang zu einer unteren Stufe liegt bereits die eigentliche Tendenz der Umlaufsgeschwindigkeitsverminderung begründet. Diese Tendenz ist herrschend und setzt sich mit fortschreitender Entwicklung immer mehr und immer rücksichtsloser durch. ...

4) Man könnte nunmehr vielleicht bei flüchtiger Betrachtung der Zusammenhänge einige Einwendungen erheben.

Wir legten den Startpunkt unserer Erörterungen u. a. in den ersten Anstieg. Welche monetäre Situation finden wir hier vor?

aa) „Ganz allgemein ist der Einfluß der Notenbank am zweifelhaftesten im Anfang des Aufschwungs, wo der Geldmarkt am kräftigsten und unabhängigsten ist" [20]).

Die Zentralnotenbank setzt den Zinssatz herauf. Sie verweist damit eine bisher von ihr befriedigte Nachfrage an den offenen Markt [21]). Dieser wäre nun an sich in der von uns zugrunde gelegten konjunkturellen Phase des 1. Anstiegs grundsätzlich stark genug, um sich von dem Einfluß der Zentralbank verhältnismäßig unabhängig zu machen, d. h., die Kommerzbanken könnten infolge der Liquidität der Geldmärkte den politischen Zins der Zentralbank unterbieten.

Wir zeigten schon unter 2, cc) und 3, bb), in welche Bedrängnis die Wirtschaft an sich durch die Deflation des Kreditgeldes geraten

[19]) Vgl. hierzu Aloys RASIN, Financial Policy of Tschéco-Slovakia during the first year of its history, Oxford, 1923, S. 24.

[20]) Vgl. A. SPIETHOFF, Kreditpolitik, Kölner Vorträge, Bd. 2, Leipzig 1927, S. 85.

[21]) Von Bedeutung hierbei ist auch die jeweilige Verfassung des Geld- und Kapitalmarktes in den zu untersuchenden Ländern. Man muß von Fall zu Fall feststellen, inwieweit die Zentralnotenbank maßgebend ist für die Hergabe von Leihkapital und die Geldschöpfung. Vgl. auch A. SPIETHOFF, Kreditpolitik, a. a. O.

ist, daß nur wenige begrenzte Wirtschaftskreise, die letztlich nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind, sich der allgemeinen Schrumpfungstendenz und da auch nur für begrenzte Zeit widersetzen können. ...

Wir zeigten außerdem bereits, daß die verschiedenen Geldarten untereinander in einem, wenn auch nur erfahrungsmäßigen, so doch letztlich irgendwie bestimmten Mengenverhältnis untereinander stehen, wir zeigten, daß sich darüber hinaus der „potenzierende" Aufbau der Geldarten zwangsläufig abmildert. ...

Trotzdem bleibt die Tatsache der im 1. Anstieg vorerst vorhandenen unbeschäftigten Kassenbestände und Guthaben und damit des grundsätzlich niedrigen Zinssatzes bestehen. Dies muß also zumindest eine anfänglich mildernde, auffangende Wirkung gegenüber den deflatorischen Maßnahmen ausüben. Das würde, wenn diese Kräfte wirklich stark sind, in unserem Fall eine Verzögerung der Durchschlagskraft der ganzen beabsichtigten Aktion, also dem Ziel einer möglichst raschen Wiederanpassung an den Weltmarkt, bedeuten.

bb) Es kommt damit hier gewissermaßen auf eine „Kraftprobe" an. Sicher werden die Bankwelt und die Börse anfänglich versuchen, den hohen Zentralbanksatz zu unterbieten.

Machen wir uns doch noch einmal kurz in diesem Zusammenhang klar, was geschieht. Die anfänglich vorhandenen Guthaben und Kassenbestände werden durch den Ausfall der Versorgung mit Geldmitteln von Seiten der Zentralnotenbank von der Wirtschaft dringendst benötigt. Der „Einlösungsprozentsatz" „verschlechtert" sich durch den Drang nach „Bargeld", der potenzierende Aufbau des Geldgebäudes fällt damit gleichsam mit progressiver Wucht nach rückwärts. ...

Wir werden noch sehen, wie unter den Auswirkungen der Deflation der Geldbedarf weiter steigen muß [22]), wie schnell mit anderen Worten diese ursprünglich vorhandenen Geldmittel aufgezehrt sein müssen, wie schnell die von ihnen anfänglich ausgehende zeitweise Gegenbewegung überflutet werden muß [23]).

Wir sprachen bereits von den Hortungserscheinungen, wir werden weiter sehen, wie es im Laufe der Entwicklung infolge der auftretenden Absatzstockung nötig ist, den Unternehmern Darlehen zur Haltung ihrer unverkäuflichen Vorräte zu geben, wir werden aus den späteren Ausführungen verstehen, daß Darlehen gegeben werden müssen, um Betriebsverluste der Unternehmer zu decken, ja, um den notwendigsten Verbrauch sicher zu stellen, wir werden

---

[22]) Vgl. auch S. 127.

[23]) Wir müssen immer berücksichtigen, daß die Deflation, die wir hier betrachten, voraussetzungsgemäß „lange anhaltend" ist.

der Kapitalflucht mit ihren geldmäßigen Anforderungen begegnen, mit anderen Worten, wir werden verstehen, daß die vorerst vorhandenen Geldmittel (dieser „geldmäßige Aufschwungsreservefond") schnell aufgezehrt sein müssen, und an Hand einiger ausgewählter repräsentativer Beispiele sehen, wie immer mehr „eine Wanderung aus volkswirtschaftliche Beschäftigung darstellenden Anlagen in volkswirtschaftlich müssige stattfindet" [24]).

Dies mag genügen, um zu zeigen, wie ungleich die Kräfte verteilt liegen. Mehr können wir hier nicht geben, mehr ist für unseren Gedankengang nicht notwendig. Eine wesentliche Beeinträchtigung im „Ablauf" der deflatorischen Auswirkungen erfolgt aus dieser bestimmten monetären Situation des ersten Anstiegs n i c h t. Dies ist die für uns bedeutsame Feststellung [25]) [26]).

Wir brechen hiermit die notwendig nur kompendiös erfolgte Betrachtung der durch die Deflation ausgelösten Veränderungen in der Geldsphäre ab. Wir erinnern daran, daß unsere eigentliche Aufgabe darin besteht, letzten Endes die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft zu beobachten, der geldtheoretische Teil der Ausführungen damit also auch auf ein Minimum beschränkt werden muß, das nicht mehr leisten kann und soll, als eine Skizzierung des „Quellgebietes" der deflatorischen Auswirkungen zu geben.

Der folgende Abschnitt soll komprimiert und eklektisch eine knappe Darstellung über den grundsätzlichen äußeren Ablauf der zeitlich ersten Auswirkungen der Deflation in ihrer zwangsläufigen Aufeinanderfolge in der privaten Wirtschaft geben. Mit Absicht wurden die Ausführungen in der Geldsphäre an den Anfang des ganzen Kapitels gestellt, da sie den Schlüssel zu dem Verständnis a l l e r in diesem Kapitel angestellten Erörterungen bedeuten, auch den zum Verständnis des äußeren Ablaufs der Erscheinungen.

„Die Geldmenge leitet als Maßstab der Preisrechnung alle Variationen ihrer eigenen Größe notwendig auf den ganzen Preiskosmos weiter und wirkt von hier aus auf die Elemente der Warenseite (ADOLF LÖWE)."

---

[24]) A. SPIETHOFF, Art. Krisen, im HdWB. d. St. Wiss., 4. Aufl., Jena 1925.

[25]) Ebenso werden die im Verlauf der Auswirkungen der Deflation von diesen infolge des allgemeinen Preisfalls etc. verursachten zeitweisen Geldmittelrückströmungen durch die eben aufgezeigte neuauftretende Geldnachfrage aufgesogen.

[26]) Es wäre nicht ohne Interesse zu untersuchen, inwieweit und ob die Deflation noch eine „Krise" im 1. Anstieg auslösen kann, weiterhin zu zeigen, wie durch sie infolge der Vernichtung der Aufschwungskeime eine Verewigung der Stockung stattfindet. — Zu weit müßte es von hier aus führen, die nunmehrigen Einflüsse des veränderten Geldmarktes auf den Kapitalmarkt zu verfolgen. A. Spiethoff sagt: „Ein als tatsächlich unterstellter Mangel an Umlaufsmitteln macht sich auch als Kapitalmangel fühlbar." Vgl. hierzu A. SPIETHOFF, Kapital, Geld und Güterwelt in ihrem Verhältnis zueinander, Schm. Jb. 33. Bd., S. 74 ff.

b) Nach den eben unter 4, bb) gemachten Feststellungen sehen wir nunmehr von den die Entwicklung vorerst „mildernden" Einflüssen, die sich aus der Verfassung der Geldmärkte im 1. Anstieg ergeben, ab und stellen im Folgenden unsere Beobachtungen lediglich unter dem Gesichtspunkt der Reagibilität verschiedener in unserem Zusammenhang typischer wirtschaftlicher Komplexe auf die nunmehrige „künstliche" Zinserhöhung an.

Die Erhöhung des Zinses muß dort naturgemäß am stärksten wirken, wo mit wenig oder überhaupt ohne eigenes Kapital gewirtschaftet wird und die Finanzierung relativ kurzfristig erfolgt.

1) Das empfindlichste Instrument der kapitalistischen Volkswirtschaften ist die Börse. Hier ist es nun wieder die Spekulation, die auf die Veränderung der wirtschaftlichen Daten zuerst reagiert. Andererseits ist es überdies gerade die Spekulation, die zum großen Teil ohne eigene Geldmittel arbeitet. An dieser Stelle setzt gleichsam die äußere Entwicklung der deflatorischen Auswirkungen in der privaten Wirtschaft ein. Die Börsenhändler, die vorwiegend mit geliehenem Geld arbeiten, sind durch die Zinserhöhung besonders benachteiligt.

Je nach der Art der vorliegenden Engagements sind sie nunmehr gezwungen, sofort effektiv zu verkaufen, da der erhöhte Reportsatz für sie unerschwinglich geworden ist, d. h., eine Prolongation viel zu riskant sein müßte. Eine Welle von Notverkäufen setzt ein, die im weiteren Verlauf der Entwicklung noch verstärkt wird durch Verkäufe anderer wirtschaftlicher Kreise, die sich um jeden Preis Mittel zu verschaffen suchen.

Diese am Aktienmarkt einsetzenden Erscheinungen reißen später den Rentenmarkt mit, besonders dann, wenn in späteren Stadien der Auswirkungen der Deflation dieser noch weiter durch die berechtigte Angst der Rentenbesitzer erschüttert wird, der Staat und die öffentlichen Verbände würden ihre Schuldverschreibungen konvertieren, bzw. wären durch den nun auch bei ihnen einsetzenden Verfall nicht mehr in der Lage, ihren Zinsverpflichtungen nachzukommen [27]).

Grundsätzlich denselben Auswirkungen begegnen wir an den Warenbörsen, besonders wenn vorher spekulative Vorratshäufungen erfolgt waren.

2) aa) In ähnlicher Lage ist der Großhändler. Bei ihm liegt in gewisser Hinsicht die „Initiative zur Produktion" (R. G. HAW-

[27]) Wir müssen uns aus Raumgründen nur mit wenigen Streiflichtern begnügen. Ein Eingehen auf die nunmehr auch erfolgenden Beeinträchtigungen des Geldhandels der Börse, die Veränderungen in den Bewegungen von Bankakzepten, Privatdiskonten etc., würde uns zu weit von unserem Wege abbringen. Wir verweisen hier auf unsere unter a) angestellten Überlegungen.

TREY). Er ist es, der den Fabrikanten à la longue Aufträge gibt, der diesen durch seine Funktion des Auffangens der stoßweise erfolgenden Veränderungen auf der Nachfrageseite eine relativ gleichmäßige Produktion, die in der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft eine technisch bedingte Notwendigkeit ist, garantiert.

Der Großhändler ist nun der Zinserhöhung gegenüber am beweglichsten. Seine Hauptinvestition besteht in seiner Lagerhaltung, Löhne, Miete, Versicherung sind dagegen anteilmäßig gering. Die Lagerhaltung „frißt" Zinsen, gleich ob sie vom eigenen oder vom geliehenen Kapital erfolgt. Der Großhändler schränkt also seine Aufträge an die Fabrikanten auf ein Minimum ein und sucht auf der anderen Seite sein vorhandenes Lager möglichst rasch zu liquidieren, um den teuren Kredit nicht mehr beanspruchen zu müssen, bzw. seine eigenen Mittel evtl. nutzbringender anlegen zu können. Die Preise müssen damit ebenso wie bei dem von der Wertpapier- und Warenbörse ausgehenden übermäßigen Angebotsdruck fallen.

Der Großhändler ist bei diesem Anpassungsprozeß voraussetzungsgemäß am elastischsten. Hinzu kommt, daß er meist zu den volkswirtschaftlich aufgeklärtesten, die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge genauestens kennenden wirtschaftlichen Kreisen gehört, eine Tatsache, die von in dieser Hinsicht schwerfälligeren Elementen sicher in den meisten Fällen zu Unrecht mit der Bemerkung: der Großhändler ist „gerissener", zu kennzeichnen versucht wird.

bb) Der Kleinhändler hat andere Funktionen. Er richtet sich nach den Preisen, die er beim Verbraucher laufend erzielt, er hat einen festen Zuschlagssatz etc. Im übrigen sträubt er sich grundsätzlich gegen Preissenkungen, da er darin lediglich eine Wertminderung seines mehr oder minder reich sortierten vorhandenen Lagers sieht, das für ihn häufig die einzige Kreditunterlage bedeutet. Wir werden später noch verstehen, inwiefern gerade diese Einstellung die Auswirkungen der Deflation, deren destruktive Folgen, wie wir uns erinnern, gerade in der „Ungleichzeitigkeit der Schrumpfung" bestehen, verschärft, wie sie, als eine Barriere wirkt, die den Druck auf der anderen Seite übermäßig verschärfen muß[28]).

Auf die Dauer ist naturgemäß der Verlust des durch den infolge der zeitweise möglichen Preishaltung dann letztlich doch erfolgenden Minderabsatzes größer als der anfänglich erzielte Vorteil[29]).

---

[28]) Diese Andeutungen sollen kein Werturteil einzelner Berufsgruppen darstellen, sie bedeuten lediglich die Feststellung einer Tatsache und ihrer Bedeutung in diesem Zusammenhang.

[29]) In diesem Zusammenhang sei auch der großstädtische Hausbau mit seiner wichtigen Schlüsselstellung in den Volkswirtschaften genannt. Auch die sich dem großstädtischen Hausbau widmenden Gesellschaften arbeiten vorwiegend mit relativ kurzfristigem Fremdkapital.

3) Auch für den Bankier bedeutet die Zinserhöhung eine Verminderung seines Geschäftsumfangs, die nur ganz geringfügig durch die nominelle Zinsmehreinnahme gemildert wird. Es wird sich noch aus den weiteren Ausführungen ergeben, wie die Bankrotte zunehmen, wie damit die Bonität der Bankschuldner sinkt etc. Es ist klar und braucht deshalb nicht näher beleuchtet zu werden, daß die Banken automatisch von den Einflüssen des Wirtschaftslebens berührt werden.

Das Geschäftsgebaren der Banken wird aber überdies zwangsläufig skeptischer. „Ungedeckte" Kredite werden fast unmöglich. Man gibt nur noch Kredit gegen bestimmte Unterlagen, deren Kreis ebenfalls zwangsläufig verengert ist, da ja der Wertbestand der meisten Güter relativ geworden ist. Je nach ihrem Kundenkreis ist die Bank mehr oder minder stark berührt. Muß sie ihre Schalter schließen, so kann auch der Rest der übrigen noch gesunden Unternehmungen, der zu ihren Klienten gehörte, bei anderen Banken nunmehr nicht einmal seiner tatsächlichen geschäftlichen Konstellation entsprechend, die nur auf Grund langjähriger gegenseitiger Geschäftsbeziehungen wirklich in ihrem vollen Umfang bewertet werden konnte, Kredite erlangen usw. .... — Wenn in der späterhin einsetzenden allgemeinen Verzweiflung, um jeden Preis sich Mittel zu verschaffen, teilweise die hohen Zinssätze einfach übersprungen werden, ist die Zentralbank zur Kreditrestriktion gezwungen, mit ihr auch die übrigen Banken. Darüber hinaus gehen sie dazu über, außer der erwähnten Anwendung strengerer Sicherheitsmaßstäbe die Höchstzeiten der Hergabe abzukürzen, Unterschiede nach dem Verwendungszweck zu machen etc.

Besonders kritisch ist die Situation der Bank, die noch in früherer Zeit übernommene Neuemissionen unterzubringen hat. Diese müssen jetzt zu dem verteuerten Kredit durchgehalten werden[30]).

4) Der Fabrikant ist entsprechend dem bei ihm vorhandenen großen Anteil an eigenem Kapital vorerst der Zinserhöhung gegenüber weniger empfindlich. Er denkt zuerst daran, seinen Betrieb aufrecht zu erhalten. Er zahlt damit bereitwilliger einen höheren Zins für das zur Aufrechterhaltung seiner Produktion erforderliche Betriebskapital, d. h. Mittel, die im Gegensatz zu den Verhältnissen beim Großhändler hier in der gesamten finanziellen Gebarung anteilmäßig meist nicht die ausschlaggebende Rolle spielen.

Wir sehen, daß hier die Reaktion nicht so unmittelbar zu sein braucht. Wir haben die letzten Endes auch hier erfolgenden Einwirkungen entsprechend ihrem gerade für uns eminent bedeutenden

[30]) Das sogenannte „gemischte Banksystem" kann hier besonders verhängnisvolle Folgen haben. Vgl. Charles ROGER, im Weltw. Arch., 43. Bd., Jan. 1936, S. 266/67.

Gewicht einer eingehenderen Analyse in einem besonderen späteren Abschnitt dieses Kapitels vorbehalten (unter d). Hier kommt es uns auf die Feststellung an, daß der Produzent grundsätzlich später von den Auswirkungen in ihrer vollen Wucht erreicht wird und weiterhin auf die Aufzeigung des Weges, auf dem die Erscheinungen ihren Lauf nehmen.

Auf der anderen Seite setzt ein Preisdruck von Seiten des Großhändlers auf den Fabrikanten ein. Jener versucht, die Zinsverteuerung auf diesen zu überwälzen, andererseits versucht dieser, durch einen geringeren Preis jenen doch über ein Minimum hinaus zur weiteren Abnahme zu bewegen. Weiterhin tritt dabei jeweils für den einen oder den anderen mildernd bzw. die Auswirkungen verstärkend von Fall zu Fall das mehr oder minder starke Vorhandensein von aus früherer Zeit bestehenden Abnahmeverpflichtungen zu bestimmten Preisen in Erscheinung.

Schränkt der Großhändler jedoch rigoros seine Aufträge an den Fabrikanten ein, so ist dieser jetzt gezwungen, auf Lager zu produzieren (je nach Maßgabe seiner eigenen Elastizität)[31]). Dies erfordert Festlegung von Mitteln bzw. Kreditaufnahme, d. h. Entgang bzw. Zahlen hoher Zinsen. Der Fabrikant kommt also in die Klemme. Auf die weiteren Folgen werden wir, wie schon erwähnt, weiter unten näher eingehen.

Es sei nur noch von hier aus der weitere Weg des Laufs der Auswirkungen der Deflation gewiesen:

Die eben angeführten neuen Verhältnisse veranlassen den Fabrikanten seinerseits, die Kosten seiner Produktion zu senken, m. a. W. veranlassen ihn, auf seine Lieferanten einen Preisdruck auszuüben, den Versuch zu Lohnkürzungen zu machen etc. ...

5) In Vielem anders liegen die Verhältnisse bei der Landwirtschaft. Der Landwirt produziert nicht auf Grund eines vom Händler gegebenen Auftrags. Die landwirtschaftliche Produktion ist naturbedingt, Einschränkungen und Erweiterungen geschehen in längeren Zeiträumen, das Ausmaß der Ernte ist letztlich von den jeweiligen Wetterverhältnissen bestimmt.

aa) Der wirtschaftlich bedeutendere Landwirt arbeitet heute auch mit Kredit, eine Tatsache, die uns weiter unten noch in anderem Zusammenhang interessieren wird. An dieser Stelle der Be-

---

[31]) Arbeit auf Lager ist nur möglich, wenn:
1) die technische Lagerungsfähigkeit vorhanden ist,
2) die wirtschaftliche Lagerungsfähigkeit, die sich nach der Art des Erzeugnisses richtet (z. B. Modeartikel oder dauernder unveränderlicher Verbrauchsartikel) vorhanden ist,
3) der Betrieb kapitalkräftig genug ist.
Vgl. hierzu W. RÖPKE, Die Konjunktur, Jena 1922, S. 104/105.

trachtung ist für uns folgendes von Wert: Erhöht sich der Zinssatz und sinken die Preise (bzw. ist ein Preisfall zu erwarten), so wird der Landwirt die anfallende Ernte bzw. die von ihm noch aus der letzten Ernte gehaltenen Vorräte möglichst rasch abzustoßen suchen. Wir sehen: auch die Landwirtschaft ist berührt, auch von hier aus Druck auf die Preise. Eine Mißernte ist in dieser Situation fast als Glück zu bezeichnen. Die hier bestehenden sich aus der jeweiligen Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Produktion ergebenden Variationen werden wir ebenfalls weiter unten behandeln.

bb) Bezog sich die eben angestellte Beobachtung auf den „kapitalistisch abgestimmten" Landwirt, also vorwiegend den Inhaber größerer modern eingerichteter Betriebe, so ist die Stellung des Kleinbauern in der von uns betrachteten Situation glücklicher [32]).

Er verkauft bei Anfall seine Ernte gegen bar, er übt durch Lagerhaltung keine Händlerfunktionen aus. Er verwahrt seinen Erlös zu Hause im Küchenschrank, oder er bringt in den heute wohl häufigeren Fällen sein Geld zur Bank. Er ist also bis zur nächsten Ernte Gläubiger, nicht Schuldner, er „gewinnt" im ersten Augenblick sogar durch den Genuß des erhöhten Zinses.

Jedoch dauert dieser Zustand längstens bis zur nächsten Ernte, wo gerade der Kleinbauer von der vollen Wucht des fortschreitenden Preisfalls getroffen wird, ist er doch am unelastischsten in der Produktionsgestaltung, wo er überhaupt nicht ausweichen, keine Produktionseinschränkung vornehmen kann, da meist der Ertrag seines Ackers gerade seinen Lebensunterhalt ausmacht. Gerade von dieser Seite aus wird ein Verkaufen um jeden Preis einsetzen, um überhaupt Bargeld in die Hände zu bekommen. Man kalkuliert ja nicht, man bewertet seine Arbeitskraft nicht. Je nach Bedeutung des kleinbäuerlichen Sektors kann damit von hier aus ein besonders starker Preisfall einsetzen [33]).

6) Mit diesen kurzen Andeutungen über die Einschlagung des Weges, den die Auswirkungen der Deflation nehmen, wollen wir uns begnügen. Wir sehen, wo und wie die Dinge in Fluß kommen, wo die ersten Einbruchstellen sind, sehen auch schließlich nunmehr deutlich, ein wie einschneidendes Instrument die Zinserhöhung als Maßnahme zur Durchführung der Deflation ist, wie sie wirklich einen Hebel zur Erreichung des gesetzten Zieles der Preissenkung

---

[32]) Wir betrachten hier alles lediglich unter dem Aspekt der vorgenommenen „künstlichen" Zinserhöhung.

[33]) Die bis hierhin erfolgte Darstellung lehnt sich in Vielem eng an die von R. G. HAWTREY in „Währung und Kredit" im VIII. Kapitel gegebene Betrachtung einer Krediteinengung und ihrer Folgen. Vgl. R. G. HAWTREY, Währung und Kredit, hg. v. Franz Oppenheimer, Jena 1926, S. 96 ff.

darstellt. Jedoch können wir uns bereits schon hier vorstellen, mit welchen Opfern auch die Durchführung verbunden sein wird.

Geben wir uns noch, den Problemkreis gleichzeitig vertiefend, mit ein paar Worten Rechenschaft darüber ab, was wir bisher gesehen haben:

aa) Der Deflationsprozeß wird naturgemäß innerhalb der von uns angedeuteten Reihenfolge zuerst die volkswirtschaftlich kranken und ungesunden Betriebe ausbrennen, es findet also anfänglich eine Art Läuterungsprozeß statt, der zwangsläufig den Drang auslöst, die „schlechten" Kombinationen von Produktionsmitteln in „bessere" umzubauen (um uns des Schumpeterschen Sprachbildes zu bedienen). Bei unserer Voraussetzung der notwendigerweise lang anhaltenden Deflation ist dieser Zustand aber nur von kurzer Dauer, sehr bald sind auch die Betriebe berührt, die unter normalen Verhältnissen durchaus lebensfähig sind, denen aber nunmehr die Lebensfäden von zwei Seiten abgeschnitten werden, sie können aus den geschilderten Gründen weder, wie wir noch im Laufe der Darstellung genauer erkennen werden, ihre Waren verkaufen, noch die zu ihrer Existenz notwendigen Geldmittel erlangen.

bb) HAWTREY sagt: „Eine Störungsursache gibt Veranlassung zu weiteren Wirkungen, die ihrerseits die Tendenz aufweisen, wieder die Ursache selbst zu erregen"[34]).

Er kennzeichnet damit das „Lawinenartige" der Auswirkungen der Deflation. Es erfolgt letztlich eine Häufung von Bankrotten. Die Preissenkungen vermindern die Aktiven, die Banken kommen in Gefahr, damit übersetzt sich der Lauf der Dinge in unzählige Kanäle, die die Volkswirtschaft durchziehen. Die anfänglich durch die Krediteinengung gesunkenen Preise sinken jetzt aus sich heraus immer weiter, die Lawine ist ins Rollen gekommen ...[35]). Eine Zahlungseinstellung zieht die andere nach sich. ...

Zuerst sind die Gewinne betroffen, die Löhne und Gehälter sind widerstandsfähiger, die Preise fallen entsprechend der Nachfrageelastizität ungleichmäßig, manche zuerst gar nicht[36]). Die Ungleichzeitigkeit aller schrumpfenden Erscheinungen und deren Ungleichmäßigkeit sind von verheerender Wirkung. Hemmend sind Aufträge, die zu den früheren Preisen angefertigt werden und, was das

---

[34]) R. G. HAWTREY, a. a. O., S. 114.

[35]) Hierauf beruht dann auch die Tatsache, daß man zeitweise in den Banken etc. steigende Geldmengen sieht. Das beruht darauf, daß eben die Umsätze schneller „schrumpfen" als die Zahlungsmittel.

[36]) Hier genügt diese Feststellung. Nähere Begründungen erfolgen weiter unten von Fall zu Fall in anderem Zusammenhang.

Entscheidende ist, auch abgenommen werden müssen[37]). Die zwangsläufig auftretenden Vorratsstauungen bewirken ihrerseits weiteren Preisdruck. Wir werden noch sehen, welche Folgen die gewerkschaftlichen und kartellmäßigen Bindungen in diesem Zusammenhang haben. Eine Stauung auf der einen Seite hat überproportionalen Druck auf der anderen Seite zur Folge ...

Es ist eben so, daß sich jeder so lange wie möglich sträubt, die Nachteile der deflatorischen Auswirkungen auf sich zu nehmen, er tut das mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Auch die in dieser Hinsicht zur Verfügung stehenden Mittel sind bei den Einzelnen verschieden. Die „Ungleichzeitigkeit" der Auswirkungen wird damit noch verstärkt.

cc) Wir können in Anlehnung an das unter a, 1) Gesagte zusammenfassend feststellen: Der objektive Tauschwert der Geldeinheit hat sich erhöht, der subjektive Gebrauchswert je Einheit geht dagegen noch von den vorher geltenden Vorstellungen auf Grund des früheren niedrigeren objektiven Tauschwertes aus. Die nunmehr notwendige Anpassung erfolgt zwangsläufig ungleichmäßig. Die modernen Volkswirtschaften sind Kreditwirtschaften. Diese Tatsache ist eine der Hauptgründe für die destruktiven Auswirkungen der Deflation. Die Gläubiger gehen von ihren „früher richtigen" subjektiven Geldeinheitsgebrauchswerten aus, die nach dem damaligen objektiven Tauschwert der Geldeinheit eingerichtet waren. Der jetzige objektive Tauschwert ist höher, die Gläubiger erhalten von den Schuldnern mehr, als sie seinerzeit hergaben! Die Schuldverhältnisse sind vertraglich verankert. Alles ist so ineinander verwoben, daß eine Lösung praktisch unmöglich ist. ...

Durch diese Ungleichzeitigkeiten können sich Angebot und Nachfrage nicht mehr angleichen. Die Wirtschaftssubjekte haben jede Übersicht verloren. Das elementare, tendenzielle Gleichgewicht des Wirtschaftslebens ist damit gestört.

Wir wollen nun im nächsten Abschnitt dieses Kapitels einige dieser grundsätzlichen Verschiebungen auf der Nachfrageseite betrachten, und dann in einem letzten Abschnitt die Änderungen auf der Angebotsseite analysieren. Erinnern wir uns hier an den oben angeführten Ausspruch RICARDOS, daß letztlich alle Steuern aus dem Einkommen oder dem Kapital eines Landes bezahlt werden müssen, so rechtfertigt sich ohne weiteres dieses Vorgehen: Wir müssen uns zuerst einmal ansehen, wie diese beiden Eckpfeiler aller Besteuerung durch die Auswirkungen der Deflation berührt wer-

---

[37]) Der Unternehmer wird je nach Leistungsvermögen unter Umständen auch versuchen, seinerseits durch erweiterte Kredithergabe an seine Abnehmer die schwindende Kaufkraft aufzuhalten.

den, um später etwas über die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft aussagen zu können.

7) Rufen wir uns an dieser Stelle noch einmal kurz die Gegebenheiten unseres im II. Kapitel unter 2, c) festgelegten Ausgangspunktes ins Gedächtnis (S. 12 ff.): Der Wechselkurs drängt infolge der Währungsabwertung der am Weltmarkt konkurrierenden Länder chronisch, so sagten wir oben, aus den Goldpunkten. Es gilt, den Kostenvorsprung der Devalvationsländer durch inländische Preissenkung wettzumachen, damit gleichzeitig den dauernden Goldabfluß durch die mit dem Sinken der inländischen Kosten angestrebte Wiedererreichung des früheren Handelsbilanzstatus abzudämmen.

Die Verwirklichung dieses Zieles kann nicht von heute auf morgen gelingen. Der Druck der Auswirkungen der Deflation wird mehr oder minder lange auf der Wirtschaft lasten.

Infolge der aufgezeigten Kraßheit der internationalen Disproportionalitäten ist der „automatische Ausgleich" sobald nicht abzusehen. Von Seiten einer sich vermindernden Einfuhr ist dieser Ausgleich nicht zu erwarten. Diese Bewegungen können nicht ausreichen, das Loch zu stopfen.

Wir müssen hier davon absehen, zu schildern, daß etwa diese Einfuhrbeschränkung nach unseren Voraussetzungen nur mit Hilfe einer rigorosen Zollpolitik eintreten kann, da der Preisvorsprung der Devalvationsländer eben sehr groß ist, wir können nicht darauf eingehen, wie sich letztlich die Verfassung der Zahlungsbilanz so zuspitzen kann, daß man zwangsläufig zu einer Devisenbewirtschaftung schreiten muß etc. ...[38]).

Eine Erleichterung der Lage auf Grund internationaler Kreditoperationen wurde bereits oben (S. 13, Anm. 15) von uns als untypisch aus der Erörterung ausgeschieden. Aus demselben Grunde erübrigt es sich, in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten und deren Bedeutung zu erörtern, inwieweit nun die eben erwähnten zwangsweise erfolgenden überstürzten Verkäufe und der daraufhin erfolgende lawinenartige Preisfall etwa durch einen beschleunigten, in unserer Situation nur zufällig möglichen Auslandsverkauf dieser Güter oder Wertpapiere gemildert werden könnten.

Das ist ja gerade das Problematische der von uns erörterten Deflationsaktion, daß vermutlich nicht einmal diese an verschiedenen Stellen auftretenden lawinenartigen Preiseinbrüche vorerst ausreichen werden, den Kontakt wenigstens an diesen Stellen mit den ausländischen Preisniveaus wiederzuerlangen!

---

[38]) Wir müssen darauf verzichten hier darzustellen, wie sich in den fortgeschrittenen Stadien der Entwicklung die Goldabflüsse aus psychologischen Gründen (Kapitalflucht) verstärken, wie sich die internationale Spekulation des Kurses bemächtigen wird, usw. (vgl. unten S. 180/181).

Wir sehen also, daß man vom gesetzten Ziel noch weit entfernt ist, daß die Auswirkungen der Deflation anhalten und sich verstärken werden.

Unsere nächste Aufgabe ist nun, wie schon eben erwähnt, die deflatorisch bedingten Veränderungen der Einkommen und der Kapitalstruktur zu beobachten. Erst dann sind wir in der Lage, über die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft zu urteilen.

Wir können uns so bei den folgenden Untersuchungen davon leiten lassen, daß sich infolge der notwendigerweise langen Dauer des auf der Wirtschaft lastenden Drucks der Deflation deren Auswirkungen immer tiefer in das Wirtschaftsleben hereinfressen werden, ohne daß fürs erste eine Abmilderung von irgendeiner Seite erfolgen wird.

c) Wir wissen jetzt, daß in der Folge der geschilderten Verhältnisse der Wert der betreffenden Geldeinheit gestiegen ist. Jede Geldwertänderung führt zu einer Veränderung der Verteilung der Realeinkommen.

Beschäftigen wir uns zuerst einmal mit dieser. Wir werden dann nach einer grundsätzlichen Betrachtung der auftretenden Veränderungen der Einkommensverwendung und der damit ebenfalls zusammenhängenden Änderungen des Preisniveaus anschließend eine Untersuchung über die eintretenden Änderungen in der Erzeugung anstellen.

1) Am ehesten und vorerst am stärksten müssen naturgemäß die Einkommen derjenigen Schichten von Wirtschaftssubjekten in einer Volkswirtschaft von den Auswirkungen der Deflation berührt werden, die am engsten mit dem Wirtschaftsleben in der privatwirtschaftlichen Sphäre verbunden sind.

Es sind dies also die Arbeiter, die Angestelltenschaft der Privatwirtschaft und die Unternehmer selbst. Wir werden aus den folgenden Untersuchungen noch erkennen, daß von den drei genannten Gruppen die Unternehmer zuerst betroffen sind, dann die Arbeiter und dann die Angestelltenschaft.

Etwas später wird grundsätzlich die landwirtschaftliche Bevölkerung von den Erscheinungen berührt sein[39]), dann erst die Beamtenschaft und das Rentnertum.

Diese Gliederung geschieht nach der prinzipiellen Wahrscheinlichkeit, nach der sich die bisherigen Geldeinkommen der Individuen nominell halten werden. Wir werden später noch deutlicher sehen, daß die Preise schneller sinken als verschiedene Geldeinkom-

[39]) Vgl. darüber u. über mögliche Variationen unter d (siehe auch unter b, 5).

men und umgekehrt, daß damit der Druck auf die übrigen irgendwie ungeschützten Positionen innerhalb der Geldeinkommen ganz besonders stark sein wird.

Der Unternehmer kann sich gegen den schwindenden Gewinn nur schwer sträuben. Lohn- und Gehaltssenkungen kann er erst dann mit dem nötigen Nachdruck durchsetzen, wenn die Rentabilität seines Betriebes selbst gefährdet ist und wenn auf Grund der äußerlich mehr sichtbaren fortgeschrittenen Zuspitzung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Boden hierfür auch psychologisch gelegt ist. Aber selbst dann, so wird sich uns noch zeigen, kommt es auf einen Machtkampf der einzelnen Gruppen an, dessen Ausgang von ganz bestimmten Konstellationen, die wir ebenfalls noch kenen lernen werden, abhängig ist. Schließlich ist der Arbeiter aus allgemeinen Gründen, die produktionstechnisch und durch die damit zusammenhängende Art des vertraglichen Beschäftigungsverhältnisses begründet sind, wiederum grundsätzlich eher von den Auswirkungen der Deflation betroffen als die in der Regel nicht so schnell entbehrlichen einzelnen Angestellten, die überdies unter erweitertem Kündigungsschutz stehen, der meist eine Gehaltssenkung von heute auf morgen nicht zulassen wird. Auch der staatliche Angestellte, der Beamte etc., wird zwangsläufig über kurz oder lang von einer Einkommenssenkung betroffen. ...

Wir deuteten schon weiter oben in anderem Zusammenhang (IV, a) an, wie der Drang nach Bargeld zunehmen wird. Wenn das Unternehmereinkommen, der Lohn, die Gehälter sinken, greifen die davon Betroffenen zuerst einmal auf vorhandene Reserven zurück, um ihren laufenden Verpflichtungen von früher, die sich erst allmählich abbauen lassen, weiter nachkommen zu können. Also auch von hier aus setzt weitere Verstärkung des deflatorischen Drucks ein. ...

Das Gläubigereinkommen muß vorerst automatisch wachsen. Aber wie groß ist dessen anteilmäßige Bedeutung? Wie viele sind schließlich nur Gläubiger und nicht auch gleichzeitig Schuldner, und wielange schließlich können die Schuldner den Gläubigeranforderungen überhaupt noch nachkommen?

Nach dem bereits vorher Gesagten und aus den unter anderem Aspekt noch folgenden Ausführungen ergibt sich und wird sich ergeben, daß sich eine nähere Erläuterung und Beantwortung dieser Fragen erübrigt. Wir stellen hier fest, daß dieser scheinbare Gewinn bei einzelnen Gliedern der Volkswirtschaft sehr problematisch ist und er da, wo er auftritt, nur von kurzer Dauer sein kann und bald von anderweitigen Verlusten überflügelt sein wird.

Wir müssen auch aus Raumgründen darauf verzichten, in diesem Zusammenhang die möglichen mit der Veränderung der Aus-

tauschverhältnisse zusammenhängenden sozialen Verschiebungen eingehender zu würdigen. Wir behalten uns jedoch vor, hierauf von Fall zu Fall zurückzukommen.

Für uns ist hier bedeutsam, daß zwangsläufig auch die Einkommen in ungleichmäßiger Weise und ungleichzeitig sinken müssen, daß auch von hier aus sich die durch die Deflation ausgelösten Disproportionalitäten vermehren werden.

2) Was geschieht nun weiter? Die irgendwie geschmälerten Einkommen[40]) verursachen Änderungen auf der Nachfrageseite.

aa) Der Unternehmer trifft infolge der geschmälerten Gewinne, der eintretenden Verluste andere Dispositionen. Die Veränderungen der Nachfrage nach Produktionsmitteln und in der Produktionssphäre überhaupt werden von uns entsprechend ihrer fundamentalen Bedeutung durch eine eingehendere Analyse im nächsten Abschnitt berücksichtigt.

Wie verändert sich die Einkommensverwendung nun allgemein? Alle Einkommensschichten werden weniger sparen. Wir kommen auch hierauf noch in anderem Zusammenhang (besonders unter VII) zurück. Es gilt, sich an dieser Stelle unter Ausrichtung auf unser eigentliches Ziel: die Beobachtungen der Auswirkungen in der Finanzwirtschaft vorwiegend einmal mit den Veränderungen der konsumtiven Nachfrage zu beschäftigen, einem in unserem Zusammenhang äußerst schwerwiegenden Erscheinungskomplex nämlich, da an ihn die indirekte Besteuerung anknüpft![41])

bb) Wir begegneten schon im vorigen Abschnitt (b) den ersten zwangsläufigen Preiseinbrüchen. Wir legen uns jetzt die Frage vor, wie wird nunmehr von Seiten der Veränderungen in der Einkommensverwendung das Preisniveau beeinflußt. Wir betrachten hier das Preisniveau gleichsam als Spiegelbild dieser Veränderungen in

---

[40]) Ob diese prozentual gekürzt sind, ob sie dadurch vermindert sind, daß die einzelnen durch Arbeitslosigkeit von Familienangehörigen mit demselben Einkommen mehrere erhalten müssen oder durch sonstige Mehrausgaben, die auf die Auswirkungen der Deflation zurückzuführen sind, ihre Einkommensdispositionen ändern müssen, etc. etc., braucht uns hier nicht zu interessieren.

[41]) Werden uns die eben gemachten Bemerkungen über die Veränderungen der Nominaleinkommen später Anhaltspunkte bei der Betrachtung der Verschiebungen in der Einkommensbesteuerung geben, so werden die nunmehr angestellten Erörterungen für das Verständnis der späteren finanzwissenschaftlichen Darstellung der Veränderungen der Grundlagen der Verbrauchs-, der Umsatzbesteuerung etc. von Aufschluß sein. ....

Eine weitergehende Abstimmung auf das nächste Kapitel schon hier allgemein vorzunehmen, empfiehlt sich deshalb nicht, weil dadurch der logische Aufbau dieses ganzen IV. Kapitels, das die zwangsläufigen Erscheinungen in der privaten Wirtschaft darstellen soll, beeinträchtigt würde. Eine solche weitgehende Abstimmung schon hier würde mit weitgehender Zerpflückung der Ereignisse in der privaten Wirtschaft gleichbedeutend sein.

der Einkommensverwendung. Aus diesen Veränderungen können wir dann für unseren nächsten Abschnitt, wo wir die Umschichtungen in der Produktion betrachten werden, wichtige Rückschlüsse gewinnen, muß sich der Unternehmer doch in seinen Dispositionen vorwiegend nach den Preisen einrichten.

Es führt zu Trugschlüssen, von einem Preisniveau schlechthin zu sprechen; denn für jeweils verschiedene Personen kommen jeweils verschiedene Preisausschnitte in Betracht. Grundsätzlich hat jedes Wirtschaftssubjekt ein ihm spezielles Preisniveau, das abhängig ist von seinem individuellen Haushaltsplan, der sich nicht nur nach der Höhe seines Einkommens richtet, sondern gerade auch nach der persönlichen Bedürfnisgruppierung, dem Aufbau der Bedürfnisskala des Individuums.

Je nach den in einer Volkswirtschaft vorhandenen sozialen Gruppen kann man diese persönlichen Preisniveaus, die bei den Einzelnen innerhalb dieser Gruppen meist nicht allzu sehr von einander abweichen, bündeln und bekommt so mehrere einander gegenüberstehende Preisniveau-Komplexe, die zusammengesetzt das „volkswirtschaftliche Preisniveau" darstellen würden.

Wir erkennen sofort, daß dieses „addierte" Preisniveau im allgemeinen und für unsere Feststellung im besonderen wenig aufschlußreich sein kann, da ja in dessen Bewegungen sich die Bewegungen der einzelnen Preise gegeneinander aufheben können, bzw. die Heftigkeit des Preisfalls mancher Güter, die in einem dieser gesellschaftlichen Gruppenpreisniveaus von besonderer Bedeutung sind, gar nicht in ihrer einzelnen Schärfe zum Ausdruck kommt und umgekehrt, etc. [42]).

Es genügt uns hier die Feststellung, daß die Preisniveaus verschiedener Personen, verschiedener homogener Personenschichten oder verschiedener Klassen in verschiedenem Ausmaß sinken können und werden.

Jede Preisänderung bewirkt nun eine Konsumverschiebung — es geschieht also „eine Veränderung in der Aufteilung des Geldeinkommens auf die verschiedenen Güterarten und in der Zusammensetzung des Verbrauchs" [43]), je nach Maßgabe der Bedeutung dieser jeweiligen Preisänderung (Preissenkung in unserem Falle) für die einzelnen Preisniveaus.

---

[42]) Vgl. hierzu und zu den in diesem Zusammenhang folgenden Ausführungen Gottfried HABERLER, Der Sinn der Indexzahlen, B. Ökonomischer Teil, Tübingen 1927.

Es empfiehlt sich also auch gerade für die empirisch-statistische Untersuchung, solche der Klassenschichtung der Gesellschaft homogene Preisniveaus festzusetzen und von hier aus Rückschlüsse zu ziehen etc. Vgl. hierzu G. HABERLER, a. a. O., S. 119 ff.

[43]) Vgl. G. HABERLER, a. a. O., S. 79.

Es kann nun sein, daß verschiedene Preise ganz besonders heftig sinken (s. unter b), daß die Güter, die von dieser Preissenkung betroffen werden, in der volkswirtschaftlichen Gütererstellung eminent wichtig sind, daß also durch ihren Preisfall tiefgehende Wirkungen in der Einkommensbildung der Volkswirtschaft auftreten werden, daß sich m. a. W. Löhne, Gehälter, Unternehmereinkommen etc., daraufhin rapide senken werden usw., daß aber andererseits, und hier liegt das Entscheidende, dieser Preisfall, der von der entsprechenden Einkommenssenkung begleitet ist, im Budget der einzelnen „homogenen Personenschichten" noch nicht einmal relativ die Einkommensverminderung in etwa kompensierend wirkt, da die von der Preissenkung betroffenen Güter für die Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen gar keine Rolle spielen (Produktionsgüter) oder nur von geringer Bedeutung sind (Luxusgüter, Vergnügungen, gehobene Konsumgüter etc.).

Auf der anderen Seite wird diese Situation weiter verschärft, wenn die von diesem heftigen Preiseinbruch in ihren Einkommensverhältnissen betroffenen Personengruppen solche Budgets haben, in denen gerade die Güter und Leistungen, deren Preise sich gegenüber den deflatorischen Auswirkungen besonders starr verhalten, die ausschlaggebende Rolle spielen [44]).

Es leuchtet ein, daß dann wieder von hier aus ein überproportionaler Druck auf die Preise der Güter einsetzen muß, die von diesen Kreisen bisher gekauft wurden, auf deren Anschaffung sie aber nunmehr plötzlich zu einem großen Teil und vielleicht sogar vollkommen verzichten müssen, um nur noch ihren notwendigsten Bedarf befriedigen zu können, der sich eben aus Gütern und Leistungen zusammensetzt, deren Preise den Auswirkungen der Deflation gegenüber starr sind, von diesen am spätesten erreicht werden.

Es läßt sich nun nur von den konkreten Verhältnissen ausgehend entscheiden, wie stark diese „Scherenbildungen" jeweils sind, welche Wirkungen sie für die einzelnen „Preisniveaubündel" und die hinter diesen stehenden Personen haben, und von welcher Bedeutung diese wiederum für die gesamte Volkswirtschaft sind [45]).

Wir sind hiermit einer der (besonders in sozialer Hinsicht) verhängnisvollsten „Ungleichzeitigkeiten" in den Auswirkungen der Deflation begegnet.

Im folgenden wollen wir noch kurz einige dieser grundsätzlichen Veränderungen aufzeigen.

---

[44]) Je kleiner die Einkommen sind, desto größer ist der Anteil der Güter und Leistungen mit starren Preisen an ihnen.

[45]) Für die empirisch-statistische Untersuchung wird sich hier eine besondere Schwierigkeit ergeben, da in vielen Ländern eine ausgebaute Statistik der Bewegungen der Kleinhandelspreise, Mieten etc., nicht vorhanden ist, da hier sehr starke lokale und individuelle Verschiedenheiten von ausschlaggebender Bedeutung

cc) „Die deflatorische Preissenkung setzt sich langsam, schrittweise unter großen Widerständen und Reibungen durch“ [46]). Jede Preisänderung muß eine Konsumverschiebung bewirken. Wir können nach dem Vorhergesagten jetzt verstehen, wie sich verschiedene Waren relativ verteuern (trotz nomineller Preissenkung), andere überproportional verbilligen werden.

Nehmen wir an, die Ware verteuert sich relativ. Was geschieht? Je nach der Elastizität der Nachfrage nach dieser Ware, die sich nach deren Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen richtet, wird nun entweder von ihr weniger gekauft oder aber die gleiche Quantität wie früher verlangt, usw. ...

Ist die Nachfrage nach unserer Ware unelastisch, muß diese also im gleichen Umfang wie früher gekauft werden, so kann das nur auf Kosten der bisherigen Nachfrage nach einer anderen Ware geschehen. Diese Beeinträchtigung erfolgt naturgemäß überproportional der Einkommenssenkung, wie aus dem vorhin Gesagten ebenfalls folgt.

Damit ändern sich gleichsam zwangsweise die Bedürfnisse und Gewohnheiten der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Neue billigere Ersatzgüter können verstärkt nachgefragt werden, allgemein gelockerte Qualitätsansprüche der einzelnen Verbraucherkreise treten ein etc. etc. ... [47]).

Dieser ungleichmäßige Preisfall, variiert durch das mehr oder minder starke Vorhandensein bestimmter „geschützter Positionen in der Volkswirtschaft“ (davon noch später), „dieses Auseinanderbrechen des Preisniveaus in absinkende und verharrende Gruppen“ (M. J. BONN) verursacht nun seinerseits wieder Umwälzungen in der Verteilung der Einkommen, da nunmehr die Realeinkommen durch die geschilderten Verhältnisse ganz verschieden beeinflußt werden. ...

Wir bezeichneten oben unter a, 1, dd) neben der sich gleichsam geldtheoretisch „automatisch“ ergebenden „Ungleichzeitigkeit“ der Erscheinungen, das bestimmte Beharrungsvermögen der Wirtschaftssubjekte als eine der geldtheoretischen Wurzeln zum Verständnis des Ablaufs der Auswirkungen der Deflation. Wir verwiesen hierauf schon in anderem Zusammenhang, wie wir das „Aus-

---

sind. Mit der Beobachtung der reagibleren und „den lokalen und sujektiven Verschiedenheiten vielmehr entrückteren“ (HABERLER) Großhandelspreise, die von den üblichen Kaufkraftindizes der Einfachheit halber vorwiegend benutzt werden, läßt sich bei einer gewissenhaften Würdigung der Auswirkungen der Deflation, wie wir nunmehr gesehen haben, allein auf keinen Fall auskommen.

[46]) So G. HABERLER, a. a. O., S. 113.

[47]) Vorwiegend „scherenbildend“, die „Ungleichzeitigkeit“ und „Ungleichmäßigkeit“ auch hier in erster Linie verursachend, sind die langfristigen Zeitkontrakte (also die Dienst-, Miet- und Lieferungsverträge etc.).

einanderklaffen" der subjektiven Wertschätzungen von Gläubigern und Schuldnern darstellten.

Auch hier muß dieses Element wieder in Erscheinung treten.

„Die Preise verändern sich (grundsätzlich — d. V.) nur langsam, weil sich auch die subjektiven Schätzungen der Menschen nur langsam verändern" [48]).

v. MISES weist daraufhin [49]), wie diese Tatsache sich darin äußert, daß die Wirtschaftspläne der Konsumenten und der Produzenten mit abhängig sind von den früheren Preisen usw. Er bezeichnet dann schließlich dieses Beharrungsvermögen als einen letztlich nicht rein wirtschaftlichen Preisbestimmungsgrund, als „Modifikation des Grundgesetzes der wirtschaftlichen Preisbildung".

Wir können uns ohne weiteres vorstellen, von welch praktischer Wirksamkeit auch in diesem Zusammenhang dieses Beharrungsmoment ist, welche Bedeutung ihm bei der Erklärung des Auseinanderbrechens der Preisniveaus zukommt [50]).

Nach dem bisher Gesagten leuchtet es weiterhin ein, daß durch die verminderten Verbraucherausgaben zuerst die Luxusgüter betroffen werden, dann entsprechend ihrer Nachfrageelastizität die übrigen Güter. Wir werden bei der Erörterung der Auswirkungen der Deflation auf die Verbrauchssteuern auf die jeweilige Elastizität der einzelnen Gütertypen noch eingehend zurückkommen.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung macht sich die Einkommensschrumpfung und darüber hinaus der Einkommensausfall überhaupt immer empfindlicher bemerkbar.

Beide müssen sich mehr und mehr auf die relativ starren Ausgaben für Nahrung und Wohnung auswirken. Auch hier setzt jetzt der Hebel zum Preisfall ein.

Nehmen wir das Bestehen einer Arbeitslosenunterstützungsorganisation als vorhanden an, so wächst mit ansteigender Arbeitslosenzahl die Mehrbelastung der noch Tätigen [51]). Das hat wiederum erneute Konsumschrumpfung und Konsumverschiebungen zur Folge. ...

3) Zusammenfassend und bewußt vereinfachend kann man eine bestimmte Tendenz innerhalb der Preisfälle dahingehend feststellen, daß zuerst gewisse industrielle Güter im Preise fallen, daß daraufhin die unmittelbar aus dem Wirtschaftsleben gezogenen Einkommen sinken [52]), daß dann von hier aus auch die bisher starreren

---

[48]) v. MISES, a. a. O., S. 112.

[49]) v. MISES, a. a. O., S. 112 ff.

[50]) Es ist im Prinzip das, was in der englisch-amerikanischen statistischen Literatur mit „lag" bezeichnet wird.

[51]) Ob diese durch direkte Beitragserhöhung oder indirekte steuerliche Mehrbeanspruchung der noch Tätigen erfolgt, ist hier grundsätzlich gleichgültig.

[52]) An dieser Stelle müßte man dann die Aktienkurseinbrüche einstufen.

Preise zurückgehen (Mieten, Agrarpreise etc.) und weiter nunmehr die unzähligen aus den Erträgen der privaten Wirtschaft dotierten Faktoren der Volkswirtschaft berührt werden (W i r verfolgen diesen Lauf in der Richtung der Finanzwirtschaft).

Wir lernten die Gefährlichkeit der „Scherenbildungen" im Preisgefüge, die sich im Verlauf dieser Entwicklung einstellen, kennen. Wir werden später noch verstehen, wie dieser Zustand weiter dadurch verschärft werden muß, daß auch die monopolistisch betriebenen öffentlichen Unternehmungen mit ihren für die Privatwirtschaft wichtigen Versorgungsaufgaben nur zögernd ihre Tarife senken werden (Eisenbahn, Post etc.).

Diese grundsätzlichen Zusammenhänge sind naturgemäß jeweils modifiziert durch den Grad der Starrheit der Preis-, Lohn- und Vertragsverhältnisse, eine Feststellung, die nur von Fall zu Fall getroffen werden kann.

Das Maß der hier in ihrem Wesen und Entstehen grundsätzlich erörterten Disproportionalitäten wird darüber hinaus weiterhin entscheidend durch das psychologische Moment beeinflußt, daß die Wirtschaftssubjekte in dieser Zeit auch mit den ihnen an sich möglichen Kaufkraftverwendungen in Erwartung noch weiterer Preisfälle weitgehendst zurückhalten werden [53]).

Wir glauben, daß die in diesem Abschnitt angestellten Beobachtungen der durch die Auswirkungen der Deflation ausgelösten Veränderungen der konsumtiven Nachfrage für das Verständnis der sich infolge dieser Auswirkungen in der Sphäre der privaten Wirtschaft allgemein einstellenden Umwälzungen ausreichen, und daß sie ebenso für die Erklärung der sich später in der Finanzwirtschaft zeigenden Erscheinungen genügen.

Wir wollen nun im Folgenden untersuchen, wie sich jetzt, wo wir auch die Änderungen des Preisniveaus kennen, die von der Nachfrageseite ausgegangen sind, die Entwicklung der Auswirkungen der Deflation in der Produktionssphäre fortsetzt, wie sich dann von da aus gesehen die Angebotsseite verändert.

d) 1) Es zeigte sich bisher immer wieder, daß die eigentliche Problematik der Auswirkungen der Deflation in der Ungleichmäßigkeit ihres Durchbruchs und der damit zusammenhängenden Störung der vielfältigen Gleichgewichtsbestrebungen der einzelnen wirtschaftlichen Faktoren, die dauernd in einer Volkswirtschaft tendenziell vorhanden sind, besteht. Diese Erscheinungen bewirken eben eine fundamentale Störung von Angebot und Nachfrage, dem letztlichen grundsätzlichen Ausrichtungsprinzip der Volkswirtschaft überhaupt.

[53]) Hierhin gehört dann die Erscheinung des Noten- und Währungsgeldhamsterns, die schon unter a) erwähnt wurde.

Nach den eben gemachten grundsätzlichen Bemerkungen zu den Veränderungen auf der Nachfrageseite wollen wir die Auswirkungen nunmehr von der Angebotsseite aus betrachten. Es genügt für unseren Zweck, der letztlich in den Beobachtungen der Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft besteht, die grundsätzlich aus Einkommen und Kapital der privaten Wirtschaft dotiert ist, die nunmehrige Untersuchung vorwiegend von den auftretenden Veränderungen in der Produktion aus anzustellen. Andere die Angebotsseite beeinflussende Faktoren bleiben also mit Absicht unberücksichtigt, werden bzw. nur von Fall zu Fall da, wo es uns notwendig erscheint, zur Abrundung der Darstellung herangezogen. Die Veränderungen in der produktiven Nachfrage werden sich hierbei gleichzeitig zeigen. Es kam uns darauf an, vor der Analyse dieser schwerwiegenden Änderungen in der Produktion den Folgeeintritt anderer zum Verständnis der Auswirkungen der Deflation elementarer Erscheinungen aufgezeigt zu haben, da ja die Beeinflussungen der Produktion von diesen wiederum teilweise verursacht sind. Es braucht wohl nicht besonders festgelegt zu werden, daß in der Wirklichkeit die Dinge sich nicht so säuberlich getrennt nacheinander abspielen, daß nur der Tendenz nach grundsätzlich eine solche Reihenfolge zu beobachten ist.

2) Die Produktion richtet sich aus nach ihren Kosten im Vergleich zu den für ihre Erzeugnisse erzielbaren Preisen. Diese sind nunmehr verändert, einmal durch den mehr oder minder schnell nach der künstlichen Zinserhöhung unmittelbar einsetzenden Preisfall bestimmter Güter, außerdem durch die weiteren Folgen der von diesem jetzt ausgelösten Veränderungen in der Einkommensverteilung und in der Einkommensverwendung.

Es ist nun nicht so, daß auf der einen Seite Kostenpreise stehen und auf der anderen die Preise der herzustellenden Güter. In Wirklichkeit sind die Produktpreise Kostenpreise und umgekehrt. Nur die Preise von Boden und Arbeit wären letztlich eigentliche Kostenpreise, nur die Preise bestimmter Konsumgüter wären letztlich eigentliche Produktpreise in diesem Sinne. Für jeden Produktionszweig gelten jeweils andere Güter als Kostengüter und jeweils die erzeugten als eigentliche Produkte.

Es gilt also, jeweils zu bestimmen, was sind hier Kosten, wenn wir das beiderseitige ungleichmäßige Verhalten (wie nach dem vorher Gesagten schon zu vermuten ist) der Kosten und der Preise in einzelnen Industriezweigen beobachten wollen.

Es kommt hier noch weit mehr als bei der Betrachtung der Veränderungen der konsumtiven Nachfrage durch die Auswirkungen der Deflation auf die Beobachtung der Veränderungen der einzelnen

Preise und dieser untereinander an, entsprechend der Mannigfaltigkeit der modernen arbeitsteiligen volkswirtschaftlichen Erzeugung.

Ein Mißverhältnis der einzelnen Preisbewegungen untereinander, eine Destruktion des Preisgefüges muß sich in der Produktionssphäre am schwerwiegendsten auswirken, wird doch hier von den Preisbewegungen unmittelbar eine bestimmte von einem oder nur wenigen Preisen abhängige Kombination von Erzeugungsfaktoren betroffen, deren Verletzung oder gar Vernichtung sich sofort um ein Vielfaches steigern muß, entsprechend der engen Verbundenheit der wirtschaftenden Kräfte in den differenziert arbeitsteiligen Volkswirtschaften.

Die plötzlichen Preisverschiebungen müssen sich umso schwerwiegender auswirken, je länger die Umwege sind, die die Erzeugung einschlägt, je länger m. a. W. die Erwägungen des Unternehmers über den Vergleich zwischen seinen Kosten und den erzielbaren Preisen einerseits und der tatsächliche Anfall des betreffenden Gutes aus der Produktion andererseits auseinanderliegen.

3) Wir bemerkten, daß das Maß der Schnelligkeit des Preisfalls der Güter grundsätzlich von der Elastizität ihrer Nachfrage abhängig ist. Wir sahen schon, wie die Einkommen schrumpften, wir wiesen bereits darauf hin, daß weniger gespart werden kann, daß die Einkommensverwendung disharmonisch auseinander gezerrt wird, da einzelne Preise starr bleiben, einzelne dagegen überproportional sinken, diese wiederum im einzelnen Budget der Wirtschaftssubjekte keine große Bedeutung zu haben brauchen etc.

Der Preisfall erstreckt sich auf Güter verschiedenster Kategorien, er nimmt seinen Lauf von den Rohstoffen, die auch gleichzeitig Konsumgüter sein können, über die Beeinträchtigung der Nachfrage zu anderen Konsumgütern, von hier aus weiter zu langdauernden Nutzungsgütern, zu Ertraggütern usw.

Wir müssen nunmehr versuchen, eine Trennung der einzelnen Güterkategorien vorzunehmen, um nachher den Gang der Ereignisse in den einzelnen Industriezweigen verstehen zu können.

Der Preiseinbruch setzt beim Großhandel und an den Warenbörsen ein, wie wir sahen. Was wird hier gehandelt? Die Warenbörse ist der Markt der Güter, die sich in bestimmte Typen einteilen lassen und in großen Mengen zu handeln gepflegt werden, also Wolle, Baumwolle, Kupfer, Zinn etc., aber auch Kaffee, Zucker etc. auf der anderen Seite. Es handelt sich also hier vorwiegend um Rohstoffe und bestimmte Nahrungsmittel kapitalistisch aufgezogener landwirtschaftlicher Produktion[54]).

[54]) Wir zeigten schon, wie dieser Preisfall durch die Spekulation verschärft wird.

Die Waren des Großhandels lassen sich schon nicht mehr ohne weiteres katalogisieren. Der Großhändler hält Läger von Waren aller möglichen Art. Er tritt zwischen Produzenten und Detailhandel mit wiederum vielen einzelnen Zwischenstufen unter sich. Er handelt mit Gütern des mittelbaren Verbrauchs, mit Rohstoffen, mit Fertigwaren. Die Lagerhaltung des Großhandels ist von Preisbildungen beeinflußt, die man in der Zukunft erwartet. Wir zeigten schon, wie infolge der Zinserhöhung diese Läger liquidiert werden müssen. Von hier aus setzt sich also, um es in diesem Zusammenhang noch einmal zu wiederholen, der Preisdruck entsprechend der Vielheit der Großhandelswaren in unzähligen Kanälen in das Gefüge der Volkswirtschaft hinein fort.

Jedoch ergeben sich von hier aus für unser jetzt gesetztes nächstes Ziel, die Preisbewegung bestimmter Güterkategorien zu beobachten, keine weiteren Anhaltspunkte mehr. Fest steht nur, daß die Güter mit unelastischer Nachfrage am längsten ihre Preise behaupten können und umgekehrt. Und daß damit auch zusammenhängend, wie wir unter c) ableiteten, weniger gespart werden kann.

Es findet eine relative Verschiebung innerhalb der Einkommensverwendung zwischen Konsumgütern auf der einen Seite und Gütern des mittelbaren Verbrauchs (Kohle, Eisen) und damit auch der Ertraggüter (Bergwerke, Hütten, Maschinenfabriken) auf der anderen Seite statt. Die langdauernden Nutzungsgüter [55]) (z. B. Nähmaschinen etc.) liegen dazwischen. Gerade hier findet naturgemäß eine besonders starke Beeinträchtigung der Nachfrage statt. Die Nachfrage vieler dieser Güterarten ist deshalb besonders empfindlich, da diese in dem von uns betrachteten Entwicklungsstadium der kapitalistischen Volkswirtschaften geradezu von den Herstellern gezüchtet worden ist [56]).

Die Preise bestimmter Nahrungsmittel erster Bedürfnisklasse dagegen müssen sich grundsätzlich am längsten halten, es sei denn, daß durch überstürzte Liquidation von gehaltenen Vorräten bzw. den Geldbedarf der Produzenten übermäßiges Angebot auf den Markt drängt.

Die Preise der Güter des mittelbaren Verbrauchs weiterhin sind letztlich entscheidend beeinflußt durch die Verschiebungen in der Produktionssphäre, die durch die infolge der veränderten Preis- und Kostensituation zwangsläufig geänderten Dispositionen der Unternehmer verursacht sind.

Zusammenfassend können wir sagen: die Preise sind Ausdrucks-

---

[55]) Wir bedienen uns der von A. SPIETHOFF geprägten Gütergattungsbezeichnungen. Vgl. A. SPIETHOFF, Art. Krisen im H. d. St., 4. Aufl., Jena 1925.

[56]) Erinnert sei an die in diesen Branchen in den letzten Jahren üblichen Kundenkreditverkäufe (besonders in USA.) mit ihren verhängnisvollen Auswirkungen in der Depression.

form bestimmter Austauschverhältnisse. Diese sind begründet in ganz bestimmten volkswirtschaftlichen Voraussetzungen, die, um den einmal erreichten Stand des Güteraustausches zu erhalten bzw. zu erhöhen, eine bestimmte Aufgliederung des Volkseinkommens nach den einzelnen Güterkategorien erfordern und damit auch deren Verhältnis untereinander bestimmen. Die Verwendung des Volkseinkommens liegt in den Händen der einzelnen Wirtschaftssubjekte. Deren Dispositionen werden nunmehr in der bisher dargestellten Weise beeinflußt. Die Folge ist eine Störung des grundsätzlichen, volkswirtschaftlichen Entsprechungsverhältnisses der einzelnen Güterkategorien, wie sie eben mit einigen Strichen anzudeuten versucht wurde.

4) Es ergibt sich, daß die Unternehmer je nach Branche und Erzeugungsstufe ihrer Betriebe zeitlich und gradmäßig verschieden von den Auswirkungen der Deflation betroffen werden müssen. Diesen Einwirkungen von der Preisseite gesellen sich, wie wir schon unter b) sahen und nachher noch verschiedentlich sehen werden, solche produktions- und betriebsorganisatorisch bedingter kostenmäßiger Art zu.

Hier interessiert uns vorerst noch von der Verschiedenheit des Preisfalls der einzelnen Güterkategorien ausgehend die Frage: wie verhalten sich die jeweiligen Kostengüter des Unternehmers zu seinen erzielbaren Preisen? Es ist durchaus denkbar, daß sich anfänglich zeitweise in einzelnen Sparten der Produktion sogar aus einer bestimmten Preiskonstellation von Kostengütern und Endprodukten heraus besondere Gewinnchancen ergeben, etwa dann, wenn die Endprodukte den, wie wir sahen, bereits sofort im Preis sinkenden Rohstoffen sehr nahe sind oder diese ganz allgemein in der Kalkulation des Endproduktes die ausschlaggebende Rolle spielen [57]).

Wir wollen, wie schon erwähnt, in einem besonderen Absatz, der Bedeutung dieser Erscheinungen entsprechend, den Einfluß der kartellierten Preise auf die ungleichmäßige Preisentwicklung zu kennzeichnen versuchen. An dieser Stelle sei bereits vorweg genommen, daß meist die Industrien der Zwischenproduktion ihren allgemeinen und organisatorischen Voraussetzungen entsprechend zu Kartellen zusammengeschlossen sind, und daß sich von hier aus der Schlüsselstellung dieser gemäß der allgemeine Preisdruck weitgehend auf die ungebundenen Preise verschärft fortpflanzen muß [58]).

---

[57]) Es können sich an einigen besonders unelastischen Stellen sogar Preiserhöhungen ergeben, nämlich da, wo der erhöhte Zinssatz unausweichliches Kostenelement ist.

[58]) Hier liegt eine besondere Aufgabe für die empirisch-statistische Untersuchung: jeweils festzustellen, an welchen Stellen der Produktion besteht Kartellierung und welche volkswirtschaftliche Bedeutung kommt diesen Stellen zu?

Die eben erwähnte mögliche Gewinnchance kann damit also wiederum von hier aus beeinträchtigt oder überhaupt vernichtet werden. Es wird sich noch zeigen, daß Steuern, Transport- und Energieleistungstarife nicht oder wenn erst sehr spät sinken werden. Der Zins, der für das Betriebskapital zu zahlen ist, hat sich voraussetzungsgemäß erhöht. Die Schuldenlast hat sich, wie wir schon in anderen Zusammenhang ableiteten, allgemein durch die Geldwertsteigerung, die eine zwangsläufige Folge der Deflation ist, verstärkt. Der Unternehmer als typischer Schuldner ist also auch hier besonders betroffen. Die infolge zunehmender Arbeitslosigkeit wachsende soziale Belastung der Allgemeinheit wird zu einem bedeutenden Teil auch von den Unternehmern getragen. ...

Von ausschlaggebender Bedeutung ist weiterhin der Zwang des jeweils mehr oder minder hohen Anteils der fixen Kosten, die Produktion unter Umständen unter Verlusten aufrecht zu erhalten [59]). Wir behalten uns vor, bei der eingehenderen Erörterung der Bedeutung der Kartelle in unserer Problemstellung auf den Einfluß der fixen Kosten auf die Dispositionen des Unternehmers zurückzukommen. Hier genüge lediglich ihre Erwähnung.

Diese wenigen Andeutungen reichen schon aus, um die ungleichmäßige Entwicklung der Produktpreise im Verhältnis zu den Kosten zu erkennen. Der Preisfall der hergestellten, bzw. herzustellenden Güter ist nicht ohne weiteres unmittelbar begleitet von einer entsprechenden Senkung der Kosten. Die Anhaltspunkte der Dispositionen des Unternehmers sind durch das Mißverhältnis zwischen den Preisen verschoben.

Bevor wir nun versuchen wollen, mit Hilfe der unter 3) gemachten Feststellungen über die Störung des gegenseitigen sich vorher volkswirtschaftlich „entsprechenden" Umsatzes der einzelnen Güterkategorien untereinander und der nunmehr andeutungsweise aufgezeigten weiteren notwendigerweise ungleichmäßigen Veränderungen zwischen Preisen und Kosten wiederum auch hier eine bestimmte Reihenfolge im Ablauf der Erscheinungen festzustellen, wollen wir einmal noch den bisher von uns noch nicht als Kostenelement genannten Lohn seiner besonderen Voraussetzungen und seiner Bedeutung wegen einer näheren auf breiterer Basis erfolgenden Betrachtung unterziehen und zweitens noch einige Bemerkungen über das kalkulationsmäßige Verhalten der einzelnen Unternehmer und dessen Bedeutung in der von uns betrachteten Situation machen.

5) aa) In dem Maße, wie die einzelnen Unternehmungen je nach ihrer Branche und nach ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten

[59]) Hierhin gehörte die Erörterung der jeweiligen Bedeutung degressiver, proportionaler oder progressiver Kostensituation.

Erzeugungsstufe von den Auswirkungen der Deflation betroffen werden, sind auch die Löhne beeinträchtigt. Abgesehen von den damit allgemein jedoch auch wieder in ihrer Heftigkeit graduell und sukzessive einsetzenden Lohnsenkungsaktionen der einzelnen Unternehmer, Aktionen, auf deren Möglichkeiten und Grenzen wir gleich noch einmal und später bei der Erörterung des Einflusses der Gewerkschaften zurückkommen werden, sind die Unternehmer nunmehr bei schrumpfenden Umsätzen gezwungen, Entlassungen vorzunehmen. Diese sind vorzugsweise durch die Art der volkswirtschaftlich technischen Produktionsausrüstung letztlich vorgeschrieben. Die Freizügigkeit der Unternehmerdispositionen ist in dieser Hinsicht beschränkt. Die technische Produktionsausrüstung diktiert an deren Stelle zwangsläufig die erforderlichen Maßnahmen.

Ebenso wie der Unternehmer aus diesen produktionstechnischen Gegebenheiten heraus gezwungen sein kann, wie wir schon andeuteten, auch bei dadurch entstehenden Verlusten, den zur Erlangung des zur Aufrechterhaltung seines kapitalintensiven Betriebes unbedingt erforderlichen Betriebskredites nunmehr überhöhten Zins zu zahlen, so kann er ebenso gezwungen sein, die zu dieser Aufrechterhaltung unbedingt notwendigen Arbeitskräfte ebenfalls mit Opfern weiter zu beschäftigen. Die Elastizität der einzelnen Unternehmer den Auswirkungen der Deflation gegenüber ist also auch in dieser Hinsicht verschieden [60]).

O. v. ZWIEDINECK-SÜDENHORST unterscheidet hier drei Haupttypen [61]):

1) Die arbeitsintensiven Industrien. Sie sind beschäftigungsmäßig am elastischsten.
2) „Die Industrien mit Spannungen zwischen Höchst- und Niedrigstleistungen" (z. B. die Hüttenindustrie). Hier ist der Arbeiterbedarf konstant, hier ist man beschäftigungsmäßig am unelastischsten.
3) Die Industrien, „in denen aggregatweise Zusammenhänge von Arbeitsmaschinen, fließendem Arbeitsfortgang und dergl. eine ganz bestimmte Arbeiterzahl je Aggregat benötigen." Auch hier ist der Arbeiterbedarf starr, jedoch sind den „Aggregaten" entsprechend Entlassungen eher möglich als unter 2), nur erfolgen diese im Gegensatz zu 1) ruckweise.

Auch von hier aus erfolgt also eine Verschärfung der ungleichmäßigen Erscheinungen, die die Deflation ursprünglich auslöste. Auch aus diesen angedeuteten produktionstechnischen Ge-

[60]) Wir werden auf die Bedeutung der hohen fixen Kosten bei Streiks noch kurz zurückkommen.

[61]) Vgl. O. v. ZWIEDINECK-SÜDENHORST, Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit, VJHefte z. Konj. Forschg. 2. Jg., 1927, ErgHeft 1.

gebenheiten mit ihren beschäftigungsmäßigen Folgen heraus können bestimmte Industrien in besonders kritische Zwangslagen kommen, da die Lohnkosten sich nicht ohne weiteres entsprechend senken lassen. ...

Wir müssen uns mit diesem kurzen Hinweis begnügen und diese Erörterung hier abbrechen. Es würde uns zu weit führen, nunmehr die grundsätzlichen produktionstechnischen Voraussetzungen der den einzelnen Güterkategorien entsprechenden Erzeugungsstufen, auf diesen wiederum der einzelnen Produktionszweige, und des damit nunmehr weiterhin arbeitsmäßig modifizierten Laufs der Auswirkungen der Deflation zu untersuchen. Hier genügt uns, daß von dieser Seite aus überhaupt eine Modifizierung erfolgt[62]).

bb) Wir wollen noch kurz auf einige grundsätzliche Reaktionen im Arbeitsangebot eingehen, die auf Grund der Lohnsenkungen und Entlassungen einsetzen. Von der Bedeutung der Gewerkschaften in dieser Beziehung sehen wir vorerst ab, sie bleibt der Erörterung eines besonderen Abschnitts vorbehalten, wie schon erwähnt[63]).

Das Arbeitsangebot kann naturgemäß bei mangelnder Nachfrage nicht ausweichen. Im Gegenteil: bei sinkenden Löhnen ist immer die Beobachtung zu machen, daß sich auch noch die früher nicht als Arbeitskräfte eingesetzten Familienmitglieder, die bisher zum Haushalt der einzelnen Arbeitnehmer gehörten (Frauen, Mädchen) und diesen versorgten etc., nunmehr zur Arbeit anbieten, um den Einkommensausfall pro Haushalt zu kompensieren[64]).

Wir werden aus der folgenden Erörterung der Umschichtung zwischen den einzelnen Erzeugungsstufen noch die entsprechenden Umschichtungen innerhalb der Arbeitskräfte verstehen, wie sich nämlich in der Folge zwangsläufig gelernte Arbeitskräfte als ungelernte anbieten müssen etc.[65]).

---

[62]) Wir wollen hierzu nur ein Beispiel geben, das zeigen soll, wie gerade die Verschiebungen auf der Nachfrageseite auch an dieser Stelle wieder von Einfluß sind: der Verbraucher geht zu einer einfacheren Qualität von Baumwolltuch über. Dieses gröbere Baumwollgewebe wird produktionsorganisatorisch so hergestellt, daß auf 6 Webstühle 1 Arbeiter entfällt, während das bisher weit mehr gefragte feinere Gewebe bereits auf 4 Webstühle einen Arbeiter erforderte. Also erfolgt hier von der Nachfrageseite aus eine Verschiebung produktionstechnischer Bedingtheiten. Vgl. O. v. ZW.-SÜDENHORST, a. a. O.

[63]) Die Bedeutung des jeweiligen massenpsychologischen und politischen Widertands gegen die Lohnsenkungen und die Entlassungen festzustellen, darf von der empirisch-statistischen Untersuchung nicht unterlassen werden.

[64]) Besteht ein Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Zeugung, so kann sich dieser erst sehr spät auswirken. Jedoch ist es durchaus denkbar, daß die Auswirkungen der Deflation sich auch in dieser Beziehung geltend machen (evtl. Steigen der unehelichen Geburten — damit wachsende Ansprüche an die öffentliche Fürsorge).

[65]) An dieser Stelle sei auf die auftretende Problematik der Arbeitslosenversicherung verwiesen: man ist gezwungen, auf Grund der wachsenden Ansprüche zu einer Verlängerung der Anwartschaftszeit, zu einer Herabsetzung der Höchstbezugsdauer. zu einer Senkung der Unterstützungssätze etc. überzugehen.

Weiterhin wird bei mangelnder industrieller Beschäftigung ein Rückstrom von Arbeitskräften auf das Land einsetzen. Hierhin kehren dann die früher in den Städten tätigen Familienangehörigen usw. zurück, arbeiten dann zu Hause lediglich für den nackten Lebensunterhalt und verdrängen damit Teile der bisherigen Landarbeiterschaft. Auch von hier aus sinken dann die Löhne überproportional. Diese Tendenz wird stärker oder schwächer zum Ausdruck kommen, je nach der Struktur des jeweiligen landwirtschaftlichen Sektors[66]) [67]).

6) Es sei uns noch gestattet, einige Worte zu dem Einfluß auf die Preisbewegungen zu sagen, der von der jeweiligen Art der Kalkulation der einzelnen wirtschaftenden Individuen ausgeht. Wir halten diesen psychologisch bedingten Modifikationsfaktor immerhin für bedeutsam genug, um einen besonderen Hinweis zu verdienen[68]).

Der Umfang der Produktion richtet sich maßgeblich nach dem erzielbaren Preis. Dieser dient dem Unternehmer als Grundlage seiner Kalkulation, auf Grund derer er die zu erwartende Rentabilität zu ermitteln sucht. Wir leiteten schon unter 4) ab, wie der dazu notwendige Vergleich zwischen erzielbarem Preis und aufzuwendenden Kostengütern in seinen bisherigen Grundlagen, seiner bisherigen Verhältnismäßigkeit durch die Auswirkungen der Deflation erschüttert ist, wie eben Rohstoffe, Arbeitskräfte, Halbfabrikate, Werkzeuge, Betriebskapital, Fertigerzeugnisse etc. völlig verschiedenen Preisbewegungen unterworfen sind.

Es ergibt sich für den Unternehmer aus dieser Ungleichmäßigkeit der bereits vorhandene Zustand oder die zu erwartende Möglichkeit, daß die Gelderlöse der produzierten Güter geringer sind als die aufgewandten Kosten. Diese Vernichtung einer gesunden wirtschaftlichen Kalkulationsbasis lähmt noch über das zwangsläufig notwendige Maß hinaus die Entschlußkraft des Unternehmers. Auch er gerät damit in den gefährlichen Zustand des Wartens auf noch weiteren Preisfall, dem wir vorhin bei den Konsumenten schon begegneten.

Ebenso wie damals der Konsument eine andere Verteilung seines Einkommens vornahm, so trifft nunmehr auch der Unternehmer andere Dispositionen mit den noch mehr oder minder stark anfal-

[66]) Wir verweisen hier auf die folgenden Ausführungen über die Empfindlichkeit der Landwirtschaft gegenüber den Auswirkungen der Deflation.

[67]) Die Personenfluktuation im Handel ist naturgemäß wesentlich geringer als in der Industrie. Die angedeuteten Erscheinungen werden sich als bedeutsam nur in einem ausgesprochenen Industrieland erweisen.

[68]) Auch hier zeigt sich wieder die Bedeutung des psychologischen Verhaltens der Wirtschaftssubjekte den Auswirkungen der Deflation gegenüber, eine Beobachtung, die wir auch noch später wiederholt machen können.

lenden Erlösen. Er findet es jetzt nicht mehr vorteilhaft, die bisherigen Beträge in seine Produktion zu stecken, (bzw. denselben Anteil der nunmehr schon an sich schrumpfenden Erlöse)[69]). Es ergab sich schon aus den bisherigen Ausführungen, wie hiermit das volkswirtschaftliche Entsprechungsverhältnis der einzelnen Güterkategorien gestört wird, eine Erscheinung, die von der Seite der Unternehmer naturgemäß ihren Hauptauftrieb erhält.

Es tritt außerdem nunmehr die Frage in unsere Erörterung: wie kalkulieren die Unternehmer überhaupt, was ist Geschäftsusus, inwieweit sind die Geschäftsleute volkswirtschaftlich aufgeklärt? Es muß auf den allgemeinen Preisfall in seinen ungleichmäßigen Auswirkungen innerhalb des Preisgefüges von Bedeutung sein, ob die einzelnen Wirtschaftssubjekte ihren Kalkulationen bei der Kostenrechnung die seinerzeitigen Einkaufspreise zugrundelegen, was am bequemsten ist und in einer Unzahl kleinerer noch immer verhältnismäßig traditionell wirtschaftender Betriebe Usus ist, oder ob man sich rigoros aus einer verstehenden Schau der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge heraus den neuen Preisverhältnissen anpaßt, die seinerzeitigen hohen Gestehungskosten der Materialvorräte und Kapitalien durch niedrigere Wiederbeschaffungswerte ersetzend, soweit man dazu in der Lage ist.

Es leuchet ein, daß von hier aus eine mehr oder minder starke Beeinflussung der Elastizitätsverhältnisse des Preissystems mit den entsprechenden Milderungen bzw. Verschärfungen der schon unter c) erwähnten grundsätzlichen Unelastizitäten vorhanden ist. Je gleichmäßiger die allseitige Preisanpassung erfolgt, desto schmerzloser sind die Auswirkungen der Deflation überhaupt und umgekehrt, so ergab sich immer wieder bei unseren Beobachtungen. ...

Man wird in dieser Hinsicht nach den einzelnen soziologischen Gruppen zu unterscheiden haben. Auch hier werden sich die volkswirtschaftlich aufgeklärtesten Bevölkerungselemente relativ am schmerzlosesten anpassen können. Wir sagten schon oben bei der Erörterung der Reaktionen im Handel, daß der anscheinend zuerst vorhandene Vorteil des Kleinhändlers infolge der Beibehaltung der bisherigen Preise durch den auf der anderen Seite damit einsetzenden überproportionalen zwangsläufigen Nachfrageausfall wieder mehr als wett gemacht wird.

7) Wir wollen nunmehr versuchen, die bisher gemachten Beobachtungen dazu zu verwenden, in kurzen Zügen eine bestimmte sich zwangsläufig tendenziell einstellende Reihenfolge des Laufs der Erscheinungen in der Produktionssphäre aufzuzeigen.

---

[69]) Wir verweisen hier auf das in anderem Zusammenhang unter 5, aa) Gesagte mit der Bemerkung, daß sich diese Änderungen in der Disposition nur auf den bewegbaren Teil der industriellen Anlage beziehen können.

Rein gedanklich ließen sich bisher zwei Beeinflussungsgruppen feststellen:

1) Einflüsse, die auf Grund der Änderungen der allgemeinen volkswirtschaftlichen Daten unmittelbar von außen auf die Produktionsstätten wirken und
2) solche Einflüsse, die auf den Bedingtheiten der einzelnen Betriebe beruhen und letztliche betriebliche Reflexbewegungen auf die Einflüsse unter 1) darstellen. Sie sind nach den jeweiligen betrieblichen Voraussetzungen modifiziert.

aa) Verfolgen wir zuerst einmal den Ablauf der Erscheinungen an Hand der von außen erfolgenden Einflüsse. Wir stellten hier als Hauptmaxime die Bedarfselastizität heraus. Mit dieser wurden die Ungleichmäßigkeiten in ihrem Wesenskern vorwiegend erklärt.

Damit ergibt sich zwangsläufig der Tendenz nach eine bestimmte Reihenfolge, in der die einzelnen die entsprechenden Güter herstellenden Industrien von den Auswirkungen der Deflation betroffen werden.

Als aus den aufgeführten Gründen besonders empfindlich in dieser Hinsicht kennzeichneten wir unter 3) bestimmte Industrien, die bestimmte langdauernde Nutzungsgüter herstellen. Diese Erzeugnisse sind besonders nachfrageempfindlich, da ihr Absatz zu einem wesentlichen Teil bei den Konsumenten forciert worden ist, wie wir bemerkten. Diese stehen also auf den untersten Stufen der subjektiven Wertschätzungen, man hat sie quasi künstlich aus dem Unterbewußtsein der Bedürfnisempfindungen des Wirtschaftssubjekts herausgehoben.

Von hier aus geht der Druck weiter zu den die Güter des mittelbaren Verbrauchs herstellenden Industrien. Man kann annehmen, daß die zuerst genannten Industrien relativ jungen Datums sind; ihre Anlagen sind im Ausbau begriffen etc., ihre Erscheinung geht auf den immer noch lebendigen Drang der kapitalistischen Entwicklung nach dem Weltkrieg zurück, unbedingt neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen. Die großen technischen Umwälzungen, die bisher die allgemein aufsteigende Entwicklung des Kapitalismus getragen hatten und die Möglichkeit zur Erschließung neuer Weltmärkte, die bereits kurz vor dem Krieg die relative Verlangsamung des technischen Fortschritts in dieser Beziehung kompensieren konnte, fehlten. Hier fand sich ein Ausweg, ein Ventil.

Die Beeinträchtigung dieser neuen „Pioniere“ muß sich somit bei den Gütern des mittelbaren Verbrauchs und den Ertraggütern empfindlich bemerkbar machen. Wir stellten fest, wie die Investitionspolitik der Unternehmer zwangsläufig dahingehend beeinflußt wird, weniger zu investieren. Auch die Industrien, bei deren Gütern

die Nachfrage unelastisch ist, die also später und weniger heftig berührt sind, setzt diese Erscheinung in Erwartung des später auch hier einsetzenden Preisfalls ein. So sind die Industrien der mittelbaren Verbrauchsgüter und der Ertraggüter ebenfalls von dieser Seite aus berührt.

Innerhalb der Konsumgüterindustrie richtet sich der Lauf der Erscheinungen naturgemäß ebenso nach der Nachfrageelastizität der erstellten Güter. (Die Bekleidungsindustrie ist z. B. eher betroffen als bestimmte Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Die ausgesprochenen Luxusindustrien, z. B. ein Teil der keramischen Industrie, die Spielwaren- Bijouterie-Industrien sind wiederum vor jener betroffen, etc.). Einzelne Produktionszweige sind ihren Erzeugnissen entsprechend ebenso wie die Industrien bestimmter langdauernder Nutzungsgüter am ehesten betroffen, lange vor den Auswirkungen in der Produktionsmittelindustrie [70]). Jedoch ist die Konsumgüterindustrie infolge des großen Anteils der von ihr hergestellten preisunempfindlichen Güter als Ganzes und grundsätzlich betrachtet am spätesten beeinflußt [71]).

Auch in den Industrien der mittelbaren Verbrauchsgüter finden sich naturgemäß entsprechende Verschiedenheiten. Kohlen sind etwa nicht so empfindlich wie Eisen, da Kohlen auch konsumtiv (Eisenbahnen, Haushalte) verwandt werden. Weiterhin richten sich diese Abstufungen nach den Erscheinungen in den belieferten Industriezweigen und deren spezifischen Anforderungen an Gütern des mittelbaren Verbrauchs.

Bestimmte Industrien haben ganz bestimmte nur ihnen eigentümliche Voraussetzungen. Die Papierindustrie z. B. ist relativ unempfindlich, da der Wert des anzuschaffenden Papiers in den meisten Wirtschaften verhältnismäßig gering ist... [72]).

Auch die landwirtschaftliche Produktion ist vorerst einmal in dem Maße der Nachfrageelastizität ihrer produzierten Güter von den Auswirkungen der Deflation berührt. Es fragt sich hier: erfolgt die Produktion vorwiegend durch Anbau oder Veredelung,

---

[70]) Erhöhter Auslandsabsatz, der hier als Bremse wirken könnte, schaltet voraussetzungsgemäß aus.

[71]) In den einzelnen Ländern wird das natürlich ganz verschieden sein, je nach der bestimmten Spezialisierung auf bestimmte Erzeugnisse und der anteilmäßigen Bedeutung dieser in der ganzen Volkswirtschaft (z. B. die Uhrenindustrie in der Schweiz). Die preisunempfindlichen Güter können hier gerade die Einfuhrgüter sein. Sind die Exportindustrien, denen man voraussetzungsgemäß gerade durch die Deflation helfen will, derartige Konsumgüterindustrien, so geraten sie nunmehr auch noch in den Verlust des Inlandmarktes.

Für die empirisch-statistische Untersuchung ergibt sich hier außerdem die Aufgabe, die vielleicht gerade vorhandenen Modeschwankungen in derartigen Industrien, die Einflüsse der Ernten, wenn diese Industrien organische Rohstoffe verarbeiten etc. etc., vorher zu eliminieren.

[72]) Die Ausführungen lehnen sich in vielem an die Darstellung Wilh. RÖPKES in „Die Konjunktur", V. Kap., Jena 1922.

sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Rohstoffe für den industriellen Bedarf oder Nahrungsmittel und hier wieder, sind es solche erster oder zweiter Bedürfnisklasse? Wir wiesen schon wiederholt auf die Nachfrageempfindlichkeit der Rohstoffe hin [73]). Am starrsten ist die Nachfrage nach Nahrungsmitteln erster Bedürfnisklasse, wie Brotgetreide, Kartoffeln etc., dagegen wird eine relativ starke Einschränkung im Verbrauch der hochwertigen veredelten und tierischen Produkte stattfinden, weite Verbraucherschichten werden mit zunehmender Einkommensschrumpfung z. B. Margarine oder andere billigere Fette statt Butter, weniger Fleisch etc. verwenden. Auch unter den Nahrungsmitteln erster Bedürfnisklasse finden Verschiebungen statt, man ißt Roggen- statt Weizenbrot, Kartoffeln statt Brot etc. [74]).

bb) Verfolgen wir nunmehr in kurzen Andeutungen die Entwicklung aus betriebswirtschaftlicher Perspektive. Die Produktion modernsten Typs ist infolge ihrer hohen Kapitalinvestition unelastisch. Wir zeigten schon in anderem Zusammenhang, wie sie damit genötigt ist, auf jeden Fall auch unter eventuellen Verlusten bestimmte kapital- und arbeitsmäßige Aufwendungen zu machen, wie das fixe Kapital auf stärkste Ausnutzung der Kapazität drängt [75]). Je größer die Kapitalinvestition ist, desto weniger anpassungsfähig ist die betreffende Industrie, so zeigten wir oben.

Die Produktionsmittelindustrien mit ihren außergewöhnlich hohen fixen Kosten sind hier wiederum besonders getroffen (Eisenindustrie, Maschinenindustrie, elektrotechnische Industrie [76]) etc.). Von besonderer Bedeutung ist in diesen Industriezweigen auch die Mitarbeit hochqualifizierter Arbeitskräfte, vorwiegend etwa bei der Maschinen- und Elektroindustrie (z. B. Konstrukteure, hochwertige Facharbeiter etc.), die man auf jeden Fall durchhalten will.

Ebenso sei auf das entscheidende Gewicht, das degressiver, proportionaler oder progressiver Kostensituation beizumessen ist, ver-

[73]) Dieser Hinweis hat hier lediglich für die Verhältnisse in den holländischen Kolonien Bedeutung. Bei Betrachtung der landwirtschaftlichen Verhältnisse Hollands durch die empirisch-statistische Untersuchung bedarf es einer eingehenden Analyse der niederländischen landwirtschaftlichen Struktur. In unserer theoretisch-deduktiven Betrachtungsphase müssen wir uns mit nur wenigen Andeutungen begnügen.

[74]) Grundsätzlich gelten dieselben Zusammenhänge für den Handel. Der Textilhandel ist z. B. stärker und eher betroffen als der Lebensmittelhandel. Hier sind wieder Unterschiede, ob allgemeiner Kolonialwaren- oder Feinkosthandel vorliegt usw. Ganz allgemein werden die Qualitätswaren zu Gunsten der Stapelwaren vernachlässigt, damit erfolgen entsprechende Einwirkungen auf die Organisation des Handels etc.

[75]) Es kann so ein Rationalisierungsdrang ausgelöst werden, falls die Mittel zu seiner Durchführung vorhanden sind.

[76]) Auch hier gibt es naturgemäß wieder Unterschiede. Erinnert sei etwa an die deutschen Verhältnisse, wo die Schwachstromindustrie arbeitsintensiver und damit in unserem Sinne elastischer ist als die Starkstromindustrie.

wiesen. Auch von hier aus erfolgt jeweils eine verschiedenartige Beeinflussung des Folgeeintritts der Auswirkungen der Deflation [77]).

Weiterhin ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, ob es sich jeweils um „alte" oder „neue" Betriebe handelt, die beeinträchtigt werden. SCHUMPETER verweist darauf, daß der „alte Betrieb", dessen Anlagen abgeschrieben sind, über „den Puffer der Quasirente" verfügt, daß seine Gläubiger weniger skeptisch sind und daß er im übrigen über gute Bankverbindungen verfügt usw., daß dagegen der „neue Betrieb" „scharf und mißtrauisch kontrolliert wird" [78]). Der „neue" Betrieb verfügt über wenig oder keine „Reservefettpolster" etc., er ist viel eher betroffen als der „alte".

Der Vollständigkeit halber machen wir noch einige entsprechende Bemerkungen über die Landwirtschaft: Eine betriebswirtschaftliche Wesenseigentümlichkeit der landwirtschaftlichen Produktion besteht in dem Vorhandensein hoher Nominallasten (Steuern, Hypotheken, Amortisation von Gebäuden und Maschinen etc.) bei langsamem Kapitalumschlag, lange naturbedingte Produktion. Darin ist die grundlegende Empfindlichkeit des landwirtschaftlichen Sektors überhaupt gegenüber den Auswirkungen der Deflation und der damit zusammenhängenden Geldwertsteigerung zu sehen. Weiterhin kann sich die Landwirtschaft bei Nachfrageausfall in ihrer naturbedingten Produktion nicht oder nur unter größten Opfern anpassen — der Preissturz muß demzufolge ganz enorm einsetzen [79]). In der Industrie versucht man dagegen, wenn eben möglich, die Produktion zu drosseln und die Preise einigermaßen zu halten. In der Landwirtschaft ist das unmöglich.

Außerdem erfolgt die Produktion in den meist zahlreichen kleinbäuerlichen Betrieben mit der Arbeitskraft der Familienangehörigen ohne wesentliche fremde Hilfe, sodaß sich automatisch die Produktion nach den vorhandenen Arbeitskräften richtet. Diese Erscheinung verstärkt sich nunmehr noch durch das Zurückströmen der Arbeitskräfte von der Stadt auf das Land.

Die tierische Produktion ist grundsätzlich am leichtesten einzuschränken, damit werden jedoch a. d. a. S. weniger Futtermittel nachgefragt und die bisherigen der tierischen Produktion dienenden Weiden angebaut. Durch die „Produktionsverfilzung" (SPIETHOFF) in der Landwirtschaft sind hier die Ausweich- und Anpas-

---

[77]) Die Zusammenhänge sind ohne weiteres abzuleiten. Wir ersparen uns deshalb ein näheres Eingehen hierauf.

[78]) Vgl. J. SCHUMPETER, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 2. Aufl., München und Leipzig 1926, S. 353.

[79]) Hinzu kommt, daß in der Landwirtschaft grundsätzlich die Produzentenorganisationen der Industrie fehlen.

sungsmöglichkeiten, soweit überhaupt technisch durchführbar, wirtschaftlich äußerst problematisch[80]).

Die Reagibilität der Landwirtschaft den allgemeinen wirtschaftlichen Erscheinungen gegenüber ist letztlich durch zwei entscheidende Momente in den letzten Jahren gestiegen:

1) durch die Tatsache, daß der Anteil des Verbrauchs an hochwertigen Nahrungsmitteln in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften fortdauernd im Steigen ist und sich damit die Empfindlichkeit der Erzeugnisse der Nachfrage gegenüber wesentlich verstärkt hat und
2) durch den Übergang der landwirtschaftlichen Produktion zu technischen Bearbeitungsweisen, womit Kapitalinvestitionen verbunden waren. Damit ist auch die Landwirtschaft gesteigert zinsabhängig geworden[81]).

Es leuchtet ein, daß die jeweilig mehr oder minder starke Bedeutung dieser Faktoren auf den Lauf und das Ausmaß der Auswirkungen der Deflation in der Landwirtschaft von Einfluß sein muß. Von der Landwirtschaft setzen sich die Einflüsse wieder rückwirkend auf den industriellen Sektor fort. Die Düngemittelindustrie, die Landmaschinenindustrie wird berührt usw. usw. ...

Wir glauben, mit den wenigen gegebenen Beispielen die Richtung gewiesen zu haben, von wo aus der im ersten Absatz (aa) behandelte tendenzmäßige allgemein volkswirtschaftlich bedingte Ablauf der Auswirkungen der Deflation in der Produktionssphäre durch betriebswirtschaftliche Momente variiert wird. Es ist zu vermuten, ohne daß wir hierauf näher eingehen können, daß die anfänglich auftretenden Ungleichmäßigkeiten von dieser Seite aus eher verstärkt als gemildert werden. ...[82])

Wir betonen an dieser Stelle nochmals, daß dieser 7. Abschnitt lediglich einen Versuch darstellen soll, wegweisend den Lauf der Auswirkungen der Deflation zu verfolgen, einen Anhaltspunkt zu geben, um sich durch die Vielfalt der Erscheinungen unter den hier aus guten Gründen gewählten Gesichtspunkten einer gewissen zwangsläufigen Folge und ihrer betriebswirtschaftlich bedingten Variationen hindurchzuarbeiten.

---

[80]) Für europäische Verhältnisse (bei unserem konkreten Ausgangspunkt) weniger bedeutsam ist die Frage Monokultur oder Gemischtwirtschaft? Die Monokultur ist naturgemäß weniger „krisenfest" als die Gemischtwirtschaft.

[81]) Vgl. hierzu auch unsere Ausführungen unter b, 5).

[82]) So sahen wir z. B., daß die an sich schon besonders schnell und überproportional betroffenen Industrien des mittelbaren Verbrauchs mit besonders hohen fixen Kosten arbeiten und sich damit ihre Situation noch verschärft, oder daß die Industrien bestimmter langdauernder Nutzungsgüter, deren Absatz als äußerst empfindlich gekennzeichnet wurde, vorwiegend von „neuen" Betrieben gebildet sind.

An sich „ist es natürlich nicht denkbar, daß die vielgestaltigen Vorgänge des Wirtschaftslebens, das eben lebendigstes Leben ist und kein automatenhaft ablaufender Mechanismus, sich so fein säuberlich auf Schnüre ziehen lassen". (Wilhelm RÖPKE).

8) Der kapitalistische Aufbau einer Volkswirtschaft, d. h. die Art der eingeschlagenen Umwege in der Gütererzeugung, der Aufbau der Produktion ist das Fundament der volkswirtschaftlichen Ertragskraft, auf der, wie wir zeigten, letztlich auch die Finanzwirtschaft aufbaut.

Es ist deshalb nunmehr für uns notwendig, an Hand der bisherigen Beobachtungen Rückschlüsse auf etwaige Strukturänderungen im Produktionsaufbau der Volkswirtschaft zu ziehen, die durch die infolge der Deflation auftretenden Erscheinungen ausgelöst wurden, bzw. bei noch weiterem Anhalten des Deflationsdruckes ausgelöst werden können.

aa) Wir erinnern daran, daß unsere Beobachtungen im 1. Anstieg angestellt sind. Wir sagten bei der Begründung dieses Vorgehens, daß in dieser Wechselstufe die konjunkturelle Bewegung stagniere.

Um Irrtümern vorzubeugen, möchten wir darauf hinweisen, daß die aufgeführten von der Deflation ausgelösten Ungleichmäßigkeiten, d. h. Abweichungen von einem gedachten Gleichgewichtsausrichtungspunkt, im ersten Anstieg in schwächeren Ansatzpunkten bereits voraussetzungsgemäß bestehen, daß sie durch die Deflation jedoch hochgradig verstärkt werden. Es liegt außerhalb des Bereichs unserer gesetzten Aufgabe, auf diese Problematik einzugehen. Wir wählten eben den 1. Anstieg als Ausgangspunkt, weil hier neben der uns zutreffend erscheinenden Kennzeichnung unseres konkreten Ausgangspunktes überhaupt die konjunkturellen Bewegungen am geringsten, vom gedachten Gleichgewichtszustand nicht zu weit entfernt sind, sich somit die gesuchten kausalen und funktionellen Zusammenhänge am ehesten herausarbeiten lassen.

SPIETHOFF sagt: „In der Stockung ist die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung eine Übererzeugungsursache" [83]).

Die Übererzeugung und damit auch die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung herrscht auch noch im 1. Anstieg. Die Deflation verschärft diesen Zustand. Es wäre, wie schon gesagt, interessant, die eintretenden Erscheinungen nun daraufhin zu beobachten, wie die Aufschwungskeime des 1. Anstiegs vernichtet werden, wie die Stockung wieder in den Niedergang zurücksinkt und diese damit verlängert wird, wie durch die Deflation noch im 1. Anstieg eine Krise ausgelöst werden könnte. ...

[83]) A. SPIETHOFF, Art. Krisen, a. a. O., S. 80.

Uns muß hier genügen, die unmittelbaren Auswirkungen der Deflation möglichst frei von allen in der Wirklichkeit vorhandenen variierenden Momenten herauszuarbeiten. Wir verweisen im übrigen wieder auf die im II. Kapitel gemachten Voraussetzungen.

bb) Wir deuteten schon an, wie die Bildung des Erwerbskapitals nachlassen wird, wie die Hervorbringung der Güter des mittelbaren Verbrauchs beeinträchtigt wird, kurz: wie die Disproportionalitäten anwachsen, die Übererzeugung verstärkt wird. ...

Uns soll nun im Folgenden das Verhältnis der Güter des mittelbaren Verbrauchs untereinander, die zueinander im Verhältnis der Ergänzungsgüter stehen und die damit in ihrer Verwertung voneinander abhängig sind, beschäftigen. Mit Hilfe der mittelbaren Verbrauchsgüter werden die Ertraggüter erstellt.

Nach dem Vorhergesagten leuchtet es ein, daß infolge der Deflation das Untergewinnarbeiten in weitestem Umfang einsetzen muß. Damit werden viele Erzeugungsanlagen wettbewerbsunfähig nach Maßgabe der skizzierten Entwicklungsrichtung.

Wir wiesen auf die lawinenartige Entwicklung der Auswirkungen der Deflation hin, wie die infolge des nunmehr wieder durch die Preisfälle allgemein sinkenden Kapitalertrages einsetzenden Kapitalverluste Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit, damit Verbrauchsverringerung und erneute Preissenkungen herbeiführen, die wiederum auf den Kapitalertrag, das Arbeitseinkommen und die Kapitalbildung und -ergänzung zurückwirken. Das sich noch bildende Kapital bietet sich zwangsläufig zum Teil kurzfristig an und dient als „Pufferausgleich von vernichtetem Kapital" (SPIETHOFF), es findet „die Wanderung aus volkswirtschaftliche Beschäftigung darstellenden Anlagen in volkswirtschaftlich müßige statt" (SPIETHOFF).

Es begegnen uns also zeitlich komprimiert und damit wesentlich verschärft die Erscheinungen des Niedergangs. ...

Wie vollzieht sich nun der Kapitalverzehr im einzelnen, wie wird das Verhältnis der Güter des mittelbaren Verbrauchs untereinander gestört?

Wir müssen ausgehen von einem bestimmten vorhandenen Aufbau der Produktion. Dieser Tatbestand bedingt ein bestimmtes Verhältnis der einzelnen Güterpreise zu den Preisen der sie erzeugenden Produktionsmittel. Wie wiesen schon darauf hin, wie damit auch ein bestimmtes Verhältnis der Einkommensverwendungen zur Produktion und zur Konsumtion bestehen muß und von hier aus durch die „künstliche" Zinserhöhung diese ganzen früheren Relationen verschoben werden. Diese Verschiebungen geschahen je nach dem Maß der mehr oder minder starken sachlichen und persönlichen Bindung der einzelnen Erzeugungskräfte.

Wir beobachteten ungleichmäßige Börsenbewegungen als erste Reaktion, verfolgten den Lauf der Ereignisse dann gedanklich bis in die Produktionssphäre und lernten hier verstehen, wie jetzt einzelne Maschinen, ja à la longue ganze Fabrikanlagen entwerten, wie Verschiebungen der Arbeitskräfte einsetzen müssen etc. etc. . . .

Wir können nun die Güter des mittelbaren Verbrauchs nach ihrer Verwendungsmöglichkeit gedanklich scheiden:

1) in solche, die in den meisten Erzeugungsstufen verwendet werden können (also „alle ursprünglichen Produktionsmittel wie menschliche Arbeit, viele Rohstoffe, nicht sehr spezialisierte Werkzeuge — Messer, Hämmer, Zangen —") [84]), und
2) in solche, die nur in wenigen Erzeugungsstufen verwendet werden können (also „Spezialmaschinen, alle nur in einem bestimmten Produktionsprozeß verwendbaren Hilfsmittel und Halbfabrikate, die meisten industriellen Unternehmungen als Ganzes betrachtet, also auch deren Anteile in Form von Aktien etc.") [84]).

Die erste Gruppe nennt HAYEK in Anlehnung an v. WIESER die „nichtspezifischen", die zweite die „spezifischen" Produktionsmittel.

Mit dieser Aufspaltung und der Beobachtung der Preisbewegungen der beiden komplementären Produktionsmittelgruppen sind wir am Kernpunkt unserer Untersuchung über die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft angelangt.

cc) Wir leiteten ab, daß in der Sphäre der Produktionsmittelindustrien die Preiszusammenbrüche und damit die Entwertungen besonders stark auftreten müssen usw., daß andererseits allgemein betrachtet, sich die Preise in konsumnäheren Erzeugungsstufen länger auf der alten Höhe halten.

Auf der einen Seite erfolgen nun durch den hier einsetzenden überproportionalen Preisfall in den originären Erzeugungsstufen, soweit das hier möglich ist, Betriebseinschränkungen bzw. Zusammenbrüche, auf der anderen Seite erscheint die Produktion in manchen niedrigeren Erzeugungsstufen vorteilhafter, da sich hier die Preise länger halten bzw. l a n g s a m e r sinken. Die durch die Zusammenbrüche freigewordenen nichtspezifischen Produktionsmittel drängen in die niedrigeren Erzeugungsstufen, die spezifischen Produktionsmittel können nicht ausweichen, sie entwerten. Dies ist die eine Richtung, in der die Entwertungen erfolgen.

Von der Sphäre der Konsumgüterindustrie geht der zweite Entwertungsprozeß aus. Wir zeigten, wie in dieser Erzeugungssphäre besonders gewisse Industrien bestimmter langdauernder Nutzungsgüter von vornherein äußerst heftig betroffen sind.

---

[84]) Friedrich A. HAYEK, Preise und Produktion, Wien 1931, S. 71 (vom Verfasser z. T. gekürzt).

Hier geht der Entwertungsdruck von bestimmten nachfrageempfindlichen Gütern niedrigster Ordnung zu den Gütern höherer Ordnung über. Der Vielfalt der Besetzung der niedrigeren Erzeugungsstufen entsprechend sind auch hier die Entwertungen von besonderen Ausmaßen. Die bedeutenden in diesen Erzeugungsstufen in spezifischen Erzeugungsmitteln (Spezialmaschinen etc.) investierten Kapitalien sind in Gefahr. ...

RITSCHL kennzeichnet die Relationen der einzelnen Güterarten und damit der sie erstellenden Erzeugungsstufen wie folgt: „... die Zahl der Güterarten sinkt mit aufsteigender Ordnung der Güter, während die Verwendungsmöglichkeiten im umgekehrten Verhältnis der aufsteigenden Ordnung der Güter stehen“ [85]).

Wir sehen, wie sich damit aus zwei Richtungen die nichtspezifischen Produktionsmittel in die Erzeugungen drängen, bei deren Erzeugnissen die Preise noch vorerst gehalten sind. Von hier aus müssen die Preise der nichtspezifischen Erzeugungsmittel scharf sinken, es ist möglich, daß Fehlinvestitionen gemacht werden ..., die Komplementarität ist grundlegend gestört [86]) [87]).

Besonders destruktiv für die Ertragskraft der Volkswirtschaft muß sich aber der zuerst geschilderte Entwertungsprozeß auswirken, der sich von den höheren in Richtung der niedrigeren Erzeugungsstufen bewegt. Verringert sich im umgekehrten Fall an sich schon je nach der Produktionsstruktur der betreffenden Volkswirtschaft in mehr oder minder großem Umfang die industrielle Ausrüstung, so ist hier der Entwicklungsstand der Gütererzeugung, die Basis dieser überhaupt, in Gefahr. Die eingeschlagenen Umwege werden durch diesen Vorgang verkürzt! Die Entwertung der spezifischen Erzeugungsmittel dieser hohen Erzeugungsstufen ist gleichbedeutend mit einer Entwertung ungeheurer zusammengeballter Kapitalien, die in ihren Auswirkungen zu Erschütterungen des ganzen volkswirtschaftlichen Gefüges führt.

dd) Die Ertragskraft der Volkswirtschafst ist durch diese letztliche Schrumpfung auch des Produktionsaufbaus in ihrem Kern getroffen. Von hier aus droht die Gefahr einer Erlahmung der volkswirtschaftlichen Erzeugungskraft. Damit ist gleichzeitig die Ergiebigkeit der Quellen bedroht, aus denen die Finanzwirtschaft schöpft.

---

[85]) Hans RITSCHL, Theorie der Staatswirtschaft und Besteuerung, Bonn und Leipzig 1925, S. 120/121.

[86]) Hier besteht wiederum eine Schwierigkeit für die empirisch-statistische Untersuchung: die Indexe der einzelnen Länder können naturgemäß nur die Preise der nichtspezifischen Güter widerspiegeln. Es wird schwer sein, das nötige Material bereitzustellen, um etwas über die tatsächlichen Bewegungen der spezifischen Güter aussagen zu können.

[87]) Wir müssen aus Raumgründen auf eine feinere Herausarbeitung dieser Zusammenhänge, wie sie von der Zurechnungslehre aus zu erfolgen hätte, verzichten.

e) Nach der bisher gegebenen Darstellung für unser Problem grundsätzlicher Zusammenhänge und der bisher erfolgten Erörterung über die grundlegenden Verschiebungen und Schrumpfungen, die die Deflation in der privaten Wirtschaft mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auslösen muß, erscheint es uns angebracht unter Lockerung der bisher erfolgten Abstraktionen noch kurz etwas über die Bedeutung der Kartelle und Gewerkschaften als wesentliche Ursachen für die Starrheit des Preisgefüges zu sagen, die Starrheit, die durch die Tatsache ihres Vorhandenseins, wie wir immer wieder sahen, letzten Endes der ganzen deflatorischen Aktion zum Verhängnis wird.

Kartelle und Gewerkschaften sind in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften entscheidende Faktoren. Sie stellen für uns hier Elemente dar, die die bereits gekennzeichnete Starrheit des Preisgefüges durch ihre Bindungen der Güterpreise bzw. der Löhne entscheidend beeinflussen.

Durch den anhaltenden Absatzrückgang und seine Folgewirkungen wird diese Konzentration und Organisation verstärkt. Diese Tendenz verschärft die wirtschaftliche Desorganisation ihrerseits.

Auf der anderen Seite setzt ein Machtkampf der Kartelle untereinander ein, man ringt um die Absatzquoten, die bisherigen Bindungen werden brüchig usw. Die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wachsen. ...

1) aa) In der Deflationssituation der Wirtschaft festigen sich einerseits die bestehenden Marktabreden, wenn diese den Markt einigermaßen beherrschen, also mehr oder minder monopolähnlich sind, andererseits sind diese Abreden in Gefahr, wenn nunmehr bedeutende Unterbietungen von Außenseitern einsetzen oder sich die Lage so verschärft, daß man kein Interesse mehr daran haben kann, die schwächsten Mitglieder weiter mit durchzuschleppen. Diese Entscheidungen sind jeweils abhängig „von der Organisation der betreffenden Industrie, ihren Produktions- und Absatzverhältnissen, technischen Rücksichten und persönlichen Imponderabilien“ [88]).

Lösen sich die Kartelle aus dem genannten Grund auf, so nur, um sich danach mit den leistungsfähigsten Betrieben doch wieder zusammenzuschließen [89]), da der Druck der hohen fixen Kosten in Zeiten der Absatznot in den in Frage kommenden Industriezweigen so stark ist, daß die erneute Sicherung gerade jetzt besonders notwendig erscheint [90]).

---

[88]) W. RÖPKE, Die Konjunktur, a. a. O., S. 97/98.

[89]) Vgl. hierzu z. B. E. LIPINSKI, Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik in Polen, Jena 1936, S. 4 ff.

[90]) Vgl. hierzu auch den Aufsatz von Wilhelm VLEUGELS, in der SPIETHOFF-Festschrift, München 1933.

Für die Kartelle ergibt sich von ihrer augenblicklichen Situation aus nunmehr folgende Frage: Ist es vorteilhafter, eine geringere Menge Güter zu höheren oder eine größere Menge zu niedrigeren Preisen zu verkaufen? Die Möglichkeiten und die Auswirkungen der jeweiligen Entscheidung sind neben dem Grad der Marktbeherrschung bedingt durch die jeweilige Erzeugungsstufe, in der die Kartellierung besteht. Denn es kommt auch hier auf den Lauf der Nachfragekurve an, und zwar in ihrem Verhältnis zu den Kostenkurven und zu den Rohertragskurven der angeschlossenen Unternehmungen. Es können sich Fälle ergeben, wo, für alle Kartellmitglieder durchschnittlich betrachtet, bei Preissenkungen ebenso rentabel gearbeitet werden könnte, wie bei Halten der Preise und abnehmender Erzeugung.

bb) Hält man die Preise, so hält man die schwächeren Betriebe, die Grenzbetriebe. Es besteht damit die Gefahr, daß an sich günstiger gelegene Betriebe, die vielleicht besonders kapitalintensiv und damit besonders empfindlich sind, nunmehr in ungünstigere Kostengestaltung kommen, per Saldo das Minus also über das zwangsläufig notwendige Maß hinausreicht. Eine weise Kartellpolitik wird dieser Gefahr zu begegnen wissen. Diese Gefahr besteht jedoch. Man hat rein technisch-organisatorisch das Instrument in der Hand, die Preise längere Zeit hochzuhalten und damit verschärfend auf den Preisfall in den ungebundenen Gebieten der Volkswirtschaft zu wirken, wenn man sich auch selbst schadet.

Diese mangelnde Einsicht kann sich grundsätzlich da am längsten halten, wo die eingangs erwähnte monopolähnliche oder besser monopolangenäherte Kartellsituation besteht, die so „vergewaltigten" günstiger gelegenen Unternehmungen werden sich naturgemäß bereits eher melden, wenn sie überdies auch noch durch Außenseiterunterbietungen besonders betroffen werden.

cc) Die volkswirtschaftlich unerfreulichen Auswirkungen erhöhen sich, je weniger empfindlich die Nachfrage nach den kartellierten Erzeugnissen ist.

Hier liegt die eigentliche Gefahr von Seiten der Kartelle für den von uns untersuchten wirtschaftlichen Zustand, wo die ungleichmäßigen Preisfälle von so verhängnisvoller Wirkung sind. Beim ersten Fall lag die mögliche verhängnisvolle Wirkung in dem sich so ergebenden retardierenden Moment für den letztlich doch einmal aus innerkartellpolitischen Notwendigkeiten heraus einsetzenden Preisfall. Anders liegen die Verhältnisse, wenn die Nachfrage relativ so unelastisch ist, daß sich Preise und Absatz mehr oder minder stark auf dem früheren Stand halten können, womit aus den Reihen des Kartells heraus sich sobald keine Korrektur einstellen wird, da man ja gut verdient, sogar jenachdem mehr als früher

(jetzt evtl. schon geringere Löhne, evtl. niedrigere Rohstoffpreise)[91]). Es ist klar, daß sich eine solche „Festung" auch nicht dauernd halten wird, jedoch leuchtet es ein, daß dieser Zustand weitaus länger anhalten kann, als der des zuerst geschilderten Falls. Hier gehen eben Kartellinteressen und allgemeine Interessen prinzipiell auseinander, wogegen sie vorhin auf Grund mangelnder kartellmäßiger Einsicht zeitweise mehr oder minder lang von einander abwichen, im Grunde genommen aber parallel verliefen.

dd) Die Erzeugungsstufe, wo sich die Kartellierung befindet, ist, wie erwähnt, maßgebend für die Auswirkungen und für die Möglichkeiten der Kartellpolitik.

Die Tatsache, daß die Erzeugungsstufen höherer und höchster Ordnung, die durch den unter d, 8, cc) geschilderten „ersten der Tendenz nach einsetzenden Entwertungsprozeß" besonders betroffen sind, vorwiegend kartelliert sind, könnte, was das letztliche Ausmaß der volkswirtschaftlichen Destruktion von Seiten der durch die Deflation ausgelösten Erscheinungen anbelangt, in etwa kompensierend wirken. Wir wiesen in anderem Zusammenhang bereits darauf hin, daß besonders die Halbfabrikate in ihren Preisen kartellmäßig gebunden sind. Hier kann jenachdem die Nachfrage relativ unelastisch sein (bei bestimmten „nichtspezifischen" Halbfabrikaten), von hier aus wird dann eine starke preisliche Komprimierung der Güter mit freier Preisbildung erfolgen. ...

Andererseits leiteten wir schon ab, wie letztlich gerade die Nachfrage nach Gütern des mittelbaren Verbrauchs generell sehr stark zurückgeht, wie also hier die Kartellpolitik mehr oder minder rasch in ihre Schranken gewiesen ist, wie m. a. W. im Grunde durch die eben angeführte Tatsache der Kartellierung in höheren Erzeugungsstufen und damit der Möglichkeit einer längeren Preishochhaltung die empfindliche Beeinträchtigung dieser Erzeugungsstufen durch unseren sog. „ersten Entwertungsprozeß" somit nur abgemildert, nicht kompensiert wird. ...

ee) Jedoch erfolgen auch von hier aus weitere Beunruhigungen und Verschiebungen. Diese haben Umdispositionen zur Folge, die die Auswirkungen der Deflation in den ungebundenen und empfindlicheren Gebieten der Volkswirtschaft verschärft auftreten lassen müssen.

Es ist möglich, daß gewisse im eben angedeuteten Sinne zeitweilig mehr oder minder lang geschützte Produktionspositionen der Volkswirtschaft zu überspitzten Rationalisierungen schreiten, die weitere Arbeiterentlassungen nach sich ziehen, es ist möglich, daß die je nach der Nachfrageelastizität ihrer Erzeugnisse naturgemäß

[91]) Die grundsätzlich in der Nachfrage begründete Starrheit der betreffenden Güterpreise wird durch die kartellmäßige Bindung weitgehendst verstärkt.

besonders von hier aus noch außerdem stärkstens betroffenen Fertigwarenindustrien, deren Kalkulation jetzt durch die gebundenen Preise ihrer Kostengüter unterminiert ist, zur Deckung ihrer immer weiter steigenden Verluste, um sich um jeden Preis Mittel zu verschaffen, kurz aus all den vielen möglichen aus unserer bisherigen Darstellung ableitbaren und verständlichen Gründen weiter gezwungen sind, Bestände an Aktien, Obligationen, Waren etc. zu verschleudern, daß dann etwa diese Aktien und anderen Beteiligungen unter weiterem von hier aus beeinflußten Kursfall von den Wirtschaftskreisen der „geschützten" Positionen übernommen werden und damit Verschiebungen innerhalb der Volkswirtschaft eintreten, die ihrer eigentlichen organischen Besitzstruktur zuwider laufen und damit von verhängnisvoller Wirkung sein können. ...

Es mag weiterhin sein, daß mit Hilfe der im Inland forciert hochgehaltenen Preise auf dem Weltmarkt geschleudert wird und so die Konkurrenzunfähigkeit abhängiger einheimischer Exportindustrien noch mehr gesteigert wird, als sie es schon durch die voraussetzungsgemäß ringsum erfolgten Abwertungen ist. Bei gewissen kartellmäßig produzierten vorwiegend für den Export bestimmten Fertigerzeugnissen wäre diese Politik vertretbar, wenn man durch die Haltung der Inlandpreise gerade die fixen Kosten decken könnte und somit weiterhin keine wesentlichen Entlassungen vorzunehmen brauchte, da man damit die vorhandene Kapazität einigermaßen ausnutzen könnte. Bei Rohstoffen und Halbfabrikaten müssen sich jedoch verhängnisvolle Folgen in der eben geschilderten Richtung zeigen. ....[92]).

Die gemachten Bemerkungen sollten lediglich auf Gefahren hinweisen, die durch die Tatsache des Vorhandenseins von Kartellorganisationen grundsätzlich bestehen, eine Kritik der Kartelle sollte damit nicht erfolgen. Zeitweise wurde von gewisser Seite sicherlich die Möglichkeit überschätzt, daß die Kartellpolitik den allgemeinen volkswirtschaftlichen Belangen zuwiderlaufen müßte, unter bewußter oder unbewußter Außerachtlassung der bedeutsamen Aufgaben, die die Kartelle im Rahmen der Volkswirtschaften durch ihren Einfluß auf die stärkere Stabilität des wirtschaftlichen Ablaufs leisten. In einer Situation des Wirtschaftslebens jedoch, wie sie von uns untersucht wird, können eben durchaus in normalen Zeiten volkswirtschaftlich nützliche Einrichtungen eine besonders verhängnisvolle Rolle spielen, ohne daß damit über ihre grundsätzliche Bedeutung in den Volkswirtschaften ein Urteil gefällt ist. ...

---

[92]) Auf die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe in die Kartellpolitik einzugehen, ist hier nicht der Ort. Ebenso müssen wir von einer Betrachtung des Einflusses der Monopole in dieser Beziehung absehen. Dieser stellt im Grunde genommen nur eine Variation der hier geschilderten Einflüsse der Kartelle dar und läßt sich aus dem Gesagten leicht ableiten.

2) Die Löhne stellen in fast allen Produktionen eins der wichtigsten Kostenelemente, wenn nicht das wichtigste Kostenelement überhaupt, dar.

Der Erfolg der mit der Deflation bezweckten Anpassung von Kosten und Preisen an die durch die Abwertung der Konkurrenzländer veränderte Weltmarktsituation ist somit wesentlich davon abhängig, daß eine den allgemeinen Preissenkungen entsprechende Lohnsenkung durchzuführen ist.

Nach dem bisher Gesagten ist es uns verständlich und braucht im einzelnen deshalb nicht mehr ausgeführt zu werden, daß schon an sich diese erforderlichen Kostensenkungen, besonders was die Löhne anbetrifft, äußerst problematisch sind. Hier interessiert uns nun der Einfluß des Bestehens von Gewerkschaften auf diesen bereits in der Natur der Sache liegenden Starrheitsfaktor des Preis- und Kostengefüges, wie er von den Löhnen dargestellt wird.

Es ist klar, daß, genau wie bei den Kartellen, bereits in dem Vorhandensein der Gewerkschaften eine Gefahr besteht, daß diese bereits unter verschiedenen Gesichtspunkten gekennzeichnete grundsätzliche Starrheit der erforderlichen Lohnbewegungen noch verstärkt wird.

Die Gewerkschaften von der Notwendigkeit einer wirklich den Verhältnissen grundlegend entsprechenden Lohnsenkung zu überzeugen, dürfte abgesehen von der Schwierigkeit der Überwindung der damit verbundenen politischen und soziologischen Widerstände bereits aus rein ökonomischen Gründen umso unmöglicher sein, als nach dem bisher Angeführten auch der wirtschaftliche Erfolg der ganzen deflatorischen Aktion unter den bestimmten voraussetzungsgemäß festgelegten Umständen, wie wir sahen, recht zweifelhaft ist [93]).

Wir können also wiederum von unserem konkreten Ausgangspunkt ableitend ohne weiteres annehmen, daß die Gewerkschaften der mit der Deflation ergriffenen Maßnahme mehr oder minder offen den Kampf ansagen, zumindest jedoch mit allen Mitteln bemüht sein werden, die Löhne zu schützen.

Nehmen wir an, daß dies auf Grund allgemeiner gütlicher Vereinbarungen auch gelingt [94]).

---

[93]) Besonders hätte, wie wir aus den vorher gemachten Ausführungen jetzt verstehen müssen, die Lohnsenkung v o r den einsetzenden Preissenkungen d e r Güter zu erfolgen, die im Haushalt des Arbeiters die Hauptrolle spielen. Es wäre also von Seiten der Gewerkschaften ungeheuer schwierig, ja praktisch wohl unmöglich, dem Arbeiter das Eingehen auf die Lohnsenkung plausibel zu machen.

[94]) Es sei hier auf die Gefahr dadurch verursachter Streiks verwiesen. Es mag sein, daß manchen Unternehmern in dieser Situation ein Streik nicht ungelegen kommen kann, die überwiegende Mehrzahl der Unternehmer ist jedoch infolge der gerade bei den volkswirtschaftlich bedeutsamsten Betrieben bestehenden hohen fixen Kosten Streiks gegenüber äußerst empfindlich geworden. Der „lange Atem" der Unternehmerschaft ist eben kürzer geworden!

Die Starrheit der Löhne ist damit verstärkt, m. a. W. die Lohnquote wird damit in dieser Situation im Verhältnis zum Kapitalkostenanteil bei der Erstellung des Sozialprodukts weiter erhöht, die Arbeit ist relativ überbezahlt. Die zwangsläufige Folge ist, daß dieser Zustand eine weitere überproportionale Beeinträchtigung der Gewinne bzw. der Kapitalstruktur überhaupt herbeiführen muß. Hiermit wird also eine weitere Wurzel zum rapiden Anwachsen der Arbeitslosigkeit gelegt. Die Lohnsenkungen werden so immer hinter den Preissenkungen herhinken. —

Wir glauben nach den bis hierhin angestellten Erörterungen über die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft, die betreffenden Zusammenhänge soweit aufgedeckt zu haben, daß wir theoretisch einigermaßen ausgerüstet an eine Sezierung der Vielfalt der uns bei Betrachtung der Wirklichkeit bestürmenden Erscheinungen unter dem Gesichtspunkt der gestellten Aufgabe herangehen könnten, daß wir weiterhin nunmehr in der Lage sind, aus den gekennzeichneten grundsätzlichenVeränderungen in der Sphäre der privaten Wirtschaft die grundsätzlichen Veränderungen der ökonomisch auf ihr aufbauenden Finanzwirtschaft zu verstehen. Es sei auch an dieser Stelle noch einmal betont, daß es uns darauf ankommt, eine gewisse Zwangsläufigkeit der Entwicklung der Auswirkungen der Deflation auch darstellerisch herauszuarbeiten, daß also keine unmittelbare jeweilige Einandergegenüberstellung entsprechender Erscheinungen in der privaten Wirtschaft und in der Finanzwirtschaft erfolgen soll, sondern die Verfolgung einer Entwicklung![95])

[95]) Vgl. noch einmal die unter I, S. 4 gemachten Bemerkungen.

V. DIE GRUNDSÄTZLICHEN BERÜHRUNGSPUNKTE ZWISCHEN ÖFFENTLICHER WIRTSCHAFT UND PRIVATER WIRTSCHAFT.

Wir sahen im III. Kapitel, wie die Staats- und Finanzwirtschaft, die öffentliche Wirtschaft der privaten Wirtschaft überlagert ist. Wir wiesen schon daraufhin, wie beide Systeme eng miteinander verflochten sind. Es ist ist jetzt notwendig, sich über die Berührungspunkte klar zu werden, die beide Sphären miteinander verbinden. Wir sagten bereits, daß eine scharfe Trennung unter dem Gesichtspunkt einer bestimmten „Sphärenteilung" zwischen beiden naturgemäß nicht vorgenommen werden kann (vgl. unter III, b).

Hier kommt es uns jedoch darauf an, systematisch die Fäden und Kanäle ganz allgemein aufzuzeigen, durch die der Staat und die öffentlichen Körperschaften als Träger der öffentlichen Wirtschaft ihren Anteil am Sozialprodukt aussondern, die Fäden und Kanäle aufzuzeigen, durch die nunmehr weiterhin die öffentliche Wirtschaft von den durch die Deflation verursachten Veränderungen der privaten Wirtschaft betroffen wird.

a) Wie vollzieht sich nun die Aussonderung des Anteils am Sozialprodukt von Seiten der öffentlichen Wirtschaft?

RÖPKE unterscheidet zwei grundsätzliche Möglichkeiten[1]):

1) Der Staat bewirtschaftet selbst Erwerbsunternehmungen und
2) durch „Abzapfung" der benötigten Mittel aus der privaten Wirtschaft.

RÖPKE scheidet hier wieder die freiwillige und die zwangsweise Mittelzurverfügungstellung[2]). Die freiwillige Hergabe unterteilt er dann in die ohne Rückerstattungsverpflichtung gegenüber dem Gebenden erfolgende (also Schenkungen an den Staat) und die mit Rückerstattungsverpflichtung erfolgende (Anleihen)[3]). Die zwangsweise erfolgende Hergabe der Mittel ist die eigentlich bedeutungsvolle. Die so herangezogenen Mittel sind die Abgaben, die aus Steuern, Gebühren und Beiträgen bestehen.

---

[1]) Vgl. W. RÖPKE, Finanzwissenschaft, Berlin und Wien 1929, S. 27, 28.

[2]) Von der Form der „Überlistung" (Inflation) sehen wir hier als außerhalb unseres Zusammenhangs liegend ab. Vgl. W. RÖPKE, a. a. O., S. 28.

[3]) RÖPKE sagt hierzu: „Dieser Unterfall bedeutet also nur einen Aufschub anderweitiger Mittelbeschaffung". a. a. O., S. 27.

Bei der ersten Methode „schaltet sich der Staat in den ökonomischen Gesamtprozeß ein“ [4]), bei der zweiten Methode leitet der Staat seine Einkünfte ab.

b) Die Flüssigkeit der Grenzen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft, so zeigten wir oben unter III, liegt in der erwerbswirtschaftlichen Betätigung des Staates begründet, die in den verschiedensten Formen erfolgen kann. Je nach diesen Formen wird auch die Reaktion auf die Auswirkungen in der privaten Wirtschaft verschieden sein. Es lohnt sich deshalb auch in unserem Zusammenhang, hierüber einige Bemerkungen zu machen.

Naturgemäß muß in dieser erwerbswirtschaftlichen Betätigung des Staates [5]) der unmittelbarste Berührungspunkt mit den aufgedeckten Erscheinungen in der privaten Wirtschaft liegen, da ja hier der Staat in dieser unter denselben Voraussetzungen als gleichberechtigter Faktor auftritt. Diese unmittelbare Berührung ist jedoch von Fall zu Fall modifiziert durch die Art und Weise, wie diese Bewirtschaftung jeweils erfolgt. Hier liegt eben die „Flüssigkeit“ der Grenzen der beiden Sphären.

1) Sehen wir uns dazu an, welcher Art die Betätigung ist, die der Staat in der privaten Wirtschaft betreibt [6]). Die erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen des Staates sind ein Teil seines Vermögens, sie sind sein „Erwerbsvermögen“, dem das „Gebrauchsvermögen“ (Amtsgebäude, Museen, öffentliche Anlagen etc.) gegenübersteht. Aus dem Erwerbsvermögen zieht der Staat unmittelbar Einnahmen. Er kann ihm gehörige Ländereien verpachten, er kann Kapitalien verleihen usw. Er spielt hier die Rolle des Gläubigers, des Kapitalisten. Wir erinnern uns hier an die im IV. Kapitel gemachten Ausführungen und erkennen, daß diese „Besitzeinkünfte“ des Staates sich unter den Auswirkungen der Deflation ganz anders verhalten müssen als die „Betriebseinkünfte“, d. h. die Einkünfte, die er auf Grund einer eigentlichen „unternehmerischen“ Tätigkeit bezieht.

2) Der Grad der Beeinflussung dieser unternehmerischen Betätigung durch die von uns untersuchten Erscheinungen muß nunmehr nach der in diesen staatlichen Betrieben erfolgenden Preispolitik ganz verschieden sein. RÖPKE unterscheidet drei Möglichkeiten:

---

[4]) RÖPKE, a. a. O., S. 58.

[5]) Wir sprechen in Zukunft der Einfachheit halber nur noch vom Staat als Träger der öffentlichen Wirtschaft und machen nur noch da die Scheidung zwischen Staat und anderen öffentlichen Instanzen, wo diese problematisch ist.

[6]) Die angestellte Gliederung ist den Ausführungen W. RÖPKES entnommen. W. Röpke, a. a. O., S. 59 ff.

1) Die Preise liegen unter den Kosten.
2) Die Preise sind gleich den Kosten.
3) Die Preise liegen über den Selbstkosten.

In den beiden ersten Fällen erfüllt der Staat mit einer derartigen Betätigung gleichzeitig irgendwelche sozial- oder wirtschaftspolitischen Aufgaben, für deren Durchführung nunmehr verstärkte Aufwendungen gemacht werden müssen. Im dritten Fall sind wiederum drei Möglichkeiten zu unterscheiden:

1) Die Preise können nur mäßig über den Selbstkosten liegen. Dieser Fall liegt auf der Grenze zu den eben gekennzeichneten beiden Möglichkeiten und hat dieselben Konsequenzen wie dort.

2) Die Preise liegen in Konkurrenz mit den privatwirtschaftlichen Kalkulationen über den Selbstkosten. Dies ist der Fall, wo das „Eintauchen" in die privatwirtschaftliche Sphäre vollkommen ist [7]), und wo damit dieselben Beeinträchtigungen durch die Auswirkungen der Deflation erfolgen müssen, wie in der Privatwirtschaft, und schließlich

3) die Preise liegen bereits so über den Selbstkosten, daß die in Monopolform erzielten Preise praktisch eine Besteuerung darstellen. Diese Einnahmen spielen besonders bei den Kommunen unter Umständen eine bedeutsame Rolle (Gas, Wasser, Elektrizität, Schlachthäuser etc.). Wenn die Nachfrage nach diesen Leistungen auch meist relativ starr ist, so kann doch von hier aus eine empfindliche Schmälerung der Einnahmen einsetzen.

Grundsätzlich müssen die Erwerbseinnahmen des Staates während der Deflation am empfindlichsten sein, da hier die Erhaltung der bisherigen Einnahmehöhe fast völlig außerhalb des staatlichen Machtbereichs liegt, wo also auch keine momentanen Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden können. Für den Grad der quantitativen Beeinträchtigung der Finanzwirtschaft von dieser Seite aus kommt es immer von Fall zu Fall darauf an, wie groß der Anteil der Einnahmen aus dieser Staatstätigkeit bei den Gesamteinnahmen ist und auf welche Gebiete innerhalb der Volkswirtschaft diese sich erstreckt [8]).

---

[7]) Genau ebenso kann das natürlich bei den vorher erwähnten Fällen, wo „Besitzeinkünfte" bezogen werden, geschehen.

[8]) Die Hauptgebiete der öffentlichen Betätigung ganz allgemein sind z. B.:
a) Wohnungsbau (Preise hier z. T. unter den Kosten),
b) Landwirtschaft und Forstwirtschaft (Preise meist gleich den Kosten),
c) Öffentliche Versicherungen, Verkehr (Preise mäßig über den Kosten),
d) Bergbau, Hüttenwesen, z. T. Banken (in erwerbswirtschaftlicher Konkurrenz),
e) staatsmonopolistisch erfaßte Erzeugung bzw. erfaßter Verkauf bestimmter Güter (Branntwein, Treibstoff, Zündhölzer usw.), wo die Preise weit über den Kosten liegen.

c) Einer theoretischen Erfassung im Rahmen unserer in diesem Kapitel gestellten Aufgabe sind die öffentlichen Erwerbseinnahmen nicht weiter zugänglich. Wir glauben mit den eben gemachten Bemerkungen für die Folge unserer Untersuchungen da, wo wir auf die Bedeutung der Veränderungen der Einnahmen aus öffentlicher Erwerbsbetätigung näher eingehen müssen, auszukommen.

Diese Einnahmeform spielt im übrigen anteilmäßig generell bei den Gesamteinnahmen der modernen Finanzwirtschaften heute nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Haupteinnahmeform sind die Abgaben. Innerhalb dieser stellen die Steuern den wichtigsten Faktor dar. Die Betrachtung des Steuersystems, also der Methoden der steuerlichen Anzapfung des Sozialproduktes, und der einzelnen Steuertypen wird damit in unserer folgenden Untersuchung einen bedeutenden Platz einnehmen.

Die Beiträge und Gebühren sind dagegen, abgesehen von ihrer im Verhältnis zum Steueraufkommen geringen quantitativen Bedeutung, auch in unserer Erörterung wenig problematisch, da die Bewegungen in ihrem Aufkommen o h n e w e i t e r e s aus den Bewegungen der sie betreffenden Vorgänge abzuleiten sind. Es ist dabei klar, daß die Gebühr ein besonders elastischer Faktor sein muß, da ja ihre Leistung fast in vollem Umfang in das Belieben der Einzelnen gestellt ist. — Sind die Einwirkungen auf das eigentliche Steuersystem einmal aufgedeckt, so wird es ein Leichtes sein, die Einwirkungen auf Gebühren und Beiträge zu verstehen.

d) 1) Wir wiesen schon unter III. auf die b e i d e r s e i t i g e enge Verflochtenheit und gegenseitige Abhängigkeit von öffentlicher Wirtschaft und privater Wirtschaft hin. Jede ist in ihrem Ablauf ohne die andere nicht denkbar. Bereits bei einer grundsätzlichen Betrachtung der gegenseitigen Berührungspunkte darf damit die Gestaltung der Ausgabeseite der Finanzwirtschaft nicht außer Acht gelassen werden [9]). Die Ausgaben sind letztlich bedingt durch die vom Staat erfüllten Aufgaben. Diese lassen sich in ihrem vollen Umfang nur von Fall zu Fall bestimmen. Sie sind jeweils eine Tatfrage.

Jedoch läßt sich auch hier begrifflich eine grundsätzliche Übersicht, auf die es uns in diesem Zwischenkapitel lediglich ankommt, geben. Gerhard COLM [10]) macht folgende Unterscheidung der Staatsaufgaben:

---

[9]) Dieser Absatz dient im besonderen dem späteren Verständnis des VII. Kapitels, wo die Rückwirkungen der in der Finanzwirtschaft auftretenden Ereignisse auf die private Wirtschaft dargestellt werden sollen.

[10]) Gerhard COLM, Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben, Tübingen 1927, S. 18 ff.

1) solche, die zur privaten Wirtschaft in keiner unmittelbaren Beziehung stehen, also vorwiegend solche, die sich aus dem Dasein des Staates als Institution schlechthin ergeben (Heer, Finanzverwaltung, Polizei, ein Teil der Rechtspflege usw.),
2) solche, die eine Bedingung für den Ablauf der privaten Wirtschaft darstellen (also generell: Sicherung des Eigentums, gesamte Rechtsgarantie, Ordnung des Geldwesens, Erschließung auswärtiger Absatzmärkte, Handelsattachés etc.; speziell: z. B. das Aktienrecht),
3) solche, die einen Eingriff in die private Wirtschaft darstellen. Hier unterscheidet COLM wieder solche, die der Förderung dieser Sphäre dienen (also z. B. Berufs- und Fachschulen, Handelskammern, industrielle Forschungsinstitute etc.) und solche, die der Sicherung der Grundlagen dieser Sphäre überhaupt dienen (z. B. die Pflege des grundsätzlich nicht volkswirtschaftlich produktiv privatwirtschaftlich verwaltbaren Waldbestandes, alle Landgewinnungs- und -sicherungsmaßnahmen, Anlage von Staubecken usw.) und schließlich
4) solche Aufgaben, die neben oder in Ergänzung der privaten Wirtschaft vom Staat auf den verschiedensten Kulturgebieten geleistet werden (z. B. sanitäre Veranstaltungen, Unterrichtswesen etc.).

Diese bestimmte Aufgabenstruktur findet ihre Verwirklichung mit Hilfe der vom Staat aus dem Sozialprodukt ausgesonderten Mittel. Der Umfang des Sozialproduktes ist aber wiederum durch diese Staatstätigkeit bedingt.

Wir schilderten schon unter III., wie sich die Staatstätigkeit im Laufe der historischen Entwicklung immer weiter ausgedehnt hat. Damit mußte naturgemäß der Anteil des Staates am Sozialprodukt immer größer werden. Das war nur möglich, weil auf der anderen Seite die so vom Staat verstärkt herangezogenen Mittel wiederum unter ganz bestimmten Gesichtspunkten unmittelbar privatwirtschaftlich oder irgendwie volkswirtschaftlich produktiv nutzbar gemacht wurden (zum mindesten ein bedeutender Teil dieser Mittel!).

Hierauf beruht die jeweilige Gliederung der „Fangarme des Saugapparates“ (siehe unter III.), mit dem die öffentliche Wirtschaft ihre Mittel aus der privaten Wirtschaft herauszieht. Die jeweils zugrundeliegende Aufgabengliederung hat sich quantitativ und qualitativ allmählich herausentwickelt. Ihr entspricht ein ganz bestimmtes Saugsystem, ein aus ganz bestimmten Steuertypen gebildetes Steuersystem, das eben nur unter dieser bestimmten quantitativ und qualitativ relativ gegeneinander ausgewogenen Aufgabenstruktur mit ihrer ganz bestimmten Mittelverwendung für die private

Wirtschaft tragbar ist. Grundlegende Verschiebungen in diesem Aufgabenbereich derart, daß sich unter dem Einfluß neueintretender Verhältnisse etwa gewisse Aufgaben als nunmehr besonders vordringlich erweisen, andere im bisherigen Umfang bestehen bleiben oder nur unverhältnismäßig zurückgehen, bzw. sogar auch steigen, müßten damit auch einen entsprechenden Umbau des Saugapparates, des Steuersystems, erfordern. ...

2) Wie erfolgt nun im einzelnen grundsätzlich die Berührung der beiden Sphären von Seiten der öffentlichen Ausgabengestaltung? Von der gegebenen Übersicht der Staatsaufgaben ausgehend können nunmehr die zu erfolgenden öffentlichen Ausgaben volkswirtschaftlich gesehen in zwei Gruppen geteilt werden [11]):

1) solche Ausgaben, die zur Befriedigung und Ermöglichung eigener staatlicher Verwaltungsleistungen vorwiegend entsprechend den eben unter 1), 2) und 4) angeführten staatlichen Aufgaben dienen [12]),
2) solche Ausgaben, die eine Weitergabe der vom Staat erhobenen Mittel an Dritte darstellen. COLM sagt: „Hier stellt (meist — d. V.) die Geldzahlung selbst den Verwaltungsakt dar, während sie ihn unter 1) nur ermöglicht."

An diesen Stellen liegen zusammen mit den öffentlichen Erwerbsunternehmungen die äußerlich engsten Verflechtungen öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft, Verflechtungen, deren Beeinträchtigung sofort sichtbar und deren Störung in ihren Auswirkungen am unmittelbarsten erfolgen muß. — Neben den vorhin unter 3) gegebenen Beispielen von Staatsaufgaben, deren Verwirklichung zum Teil auch in der Form der hier unter 1) genannten Ausgabengestaltung erfolgt, sind an dieser Stelle (nach COLM) als unmittelbare Geldleistungen, die hier am charakteristischsten sind, zu nennen:

a) Die von Staatsseite erfolgenden Unterstützungen. Sie werden vorwiegend, wenn nicht allein, komsumtiv verwandt. Die Unterstützungen werden sich in der von uns betrachteten Situation zumindest starr verhalten, vermutlich jedoch steigen [13]).

---

[11]) Gerhard COLM, a. a. O., S. 43 ff.

[12]) Diese Ausgaben sind rein technisch gesehen in Personal- und Sachausgaben zu teilen. Erstere haben unmittelbaren Einfluß auf die volkswirtschaftliche Konsum-, letztere auf die Produktionssphäre. Von hier aus sind also die Einwirkungen auf die Lieferindustrien unmittelbar zu verfolgen.

[13]) Durch die allgemeine Einkommensminderung fallen je nachdem auch Alte und Kranke, die bisher innerhalb der Familie unterhalten werden konnten, der Öffentlichkeit zur Last. (Es ist dieselbe Erscheinung, der wir vorhin bei der Betrachtung der Lohnbewegungen begegneten.) Im übrigen kann man aus psychologischen Gründen diese Unterstützungssätze erst sehr spät, erst zuletzt senken.

b) Die Staatssubventionen. Typisch sind hier erstens solche, die Betrieben, die aus staatspolitischen Zielen gehalten werden, zukommen, zweitens Subventionen, die Betrieben in augenblicklicher Notlage gegeben werden, und schließlich drittens Subventionen, die im Aufbau begriffenen Betrieben zufließen. Auch die Subventionen müssen in der Deflation wachsen. Die Zahl der notleidenden Betriebe wird sich vermehren, die Anforderungen an den Staat von hier aus werden sich damit erhöhen. Die anderen Betriebe erfordern zu ihrer weiteren Aufrechterhaltung nunmehr erhöhte Zuschüsse.

c) Die Zinszahlungen. Für die Bedeutung dieses Ausgabepostens ist das Maß der staatlichen Verschuldung ausschlaggebend. Wir sahen schon unter IV., wie gerade der Schuldner von den Auswirkungen der Deflation betroffen wird. In den Finanzwirtschaften der modernen Staaten stellen die Anleihen einen ins Gewicht fallenden Faktor dar. Ein beträchtlicher Teil des Volksvermögens ist damit dem Staat zur Verfügung gestellt. Auch hier besteht so eine enge Bindung der beiden Sphären.

Volkswirtschaftlich und finanzwirtschaftlich müssen gerade in der von uns untersuchten Situation diese unter 2) genannten Ausgaben von besonderer Bedeutung sein, weil sie ihren Niederschlag unmittelbar in der erwerbswirtschaftlichen Sphäre haben, von der die Auswirkungen der Deflation ausgehen. Volkswirtschaftlich gesehen bilden diese Ausgaben des Staates ein wichtiges Element, da ihre Leistung mit ganz bestimmten wirtschaftlichen Daten gleichbedeutend ist, nach denen man sich in der privatwirtschaftlichen Sphäre ausrichtet, eine Veränderung von dieser Seite aus muß sich hier also umso stärker dann geltend machen, wenn die private Wirtschaft bereits anderweitig beeinflußt ist, und finanzwirtschaftlich gesehen sind diese Ausgaben bedeutsam, weil sie auf der Ausgabeseite der Etats der Staaten der modernen kapitalistischen Volkswirtschaften einen breiten Raum einnehmen, mit anderen Worten, weil das Steuersystem damit weitgehend nach diesen Faktoren ausgerichtet ist, das Steuersystem, das wiederum auf den Erträgen der privaten Wirtschaft aufbaut. ....

Wir sagten eben, daß einer bestimmten Aufgabengliederung des Staates ein entsprechendes Steuersystem gemäß ist, daß eine Verschiebung der relativen Anteile der einzelnen Aufgaben in dieser Aufgabengliederung einen entsprechenden Umbau des Steuersystems auslösen müßte, da dieses der der Finanzwirtschaft ökonomisch zugrundeliegenden privaten Wirtschaft nur bei der anteilmäßig entsprechenden Verwirklichung der einzelnen Aufgaben erträglich ist.

Wir führten eben Staatsausgaben an, wo der Staat nominelle Verpflichtungen übernommen hat, wo er gleichsam in großem Umfang Schuldner der Volkswirtschaft ist[14]). Wir wollen mit unserer Arbeit zeigen, in welche Lage der Staat durch die Auswirkungen der Deflation kommt. Wir können schon hier erkennen, daß von diesen am engsten mit dem Wirtschaftsleben verbundenen Ausgabetypen und damit den ihnen zugrundeliegenden bestimmten Aufgaben Verschiebungen innerhalb der bisherigen Aufgabengliederung erfolgen müssen. .....

Wir haben nun gesehen, wo und worin die Verbindungen zwischen privater Wirtschaft und öffentlicher Wirtschaft bestehen.

Wir können uns damit vorstellen, wie sich die in der privaten Wirtschaft durch die Deflation ausgelösten Erscheinungen in die öffentliche Wirtschaft fortpflanzen werden.

Das nächste Kapitel wird zeigen, welchen Veränderungen nunmehr die öffentliche Wirtschaft, speziell die Finanzwirtschaft durch die Auswirkungen der Deflation, die diese Sphäre auf den eben angedeuteten Wegen erreicht haben, unterworfen ist. ...

---

[14]) Wir erinnern uns hier wieder, in welche Zwangslage die Schuldner durch die Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft gekommen sind.

VI. DIE AUSWIRKUNGEN DER DEFLATION IN DER FINANZWIRTSCHAFT.

Wir führten im III. Kapitel die zwei grundsätzlichen Aufgaben an, die Wilhelm GERLOFF der Finanzwirtschaft stellt: einmal die entsprechende Auswahl und entsprechende Belastung der Steuerquellen vorzunehmen und zweitens, sich den so ausgesonderten Anteil mit Hilfe des ökonomischsten Beschaffungssystems anzueignen (Seite 30/31).

GERLOFF definiert[1]): „Die Gesamtheit der Quellen, die für die Deckung des Finanzbedarfs einer öffentlichen Körperschaft (oder eines Systems solcher Körperschaften — der Verf.) in Anspruch genommen werden, bildet ihr Finanzsystem." — „Unter Steuersystem wird die Gesamtheit der einer öffentlichen Körperschaft oder auch einer Mehrheit einander neben- oder übergeordneter Körperschaften eigentümlichen Arten und Formen steuerlicher Finanzbedarfsdeckung verstanden."

a) Wir wollen uns zuerst einmal in kurzen Zügen ansehen, wie das Finanzsystem, die Gesamtheit der ökonomischen Quellen, aus denen die Finanzwirtschaft schöpft, durch die Auswirkungen der Deflation beeinträchtigt wird.

Wir kennen nach den Ausführungen des IV. Kapitels bereits die grundlegenden Veränderungen der wirtschaftlichen Faktoren, auf denen die Finanzwirtschaft aufbaut. Es gilt jetzt zu beobachten, was diese Veränderungen der privatwirtschaftlichen Sphäre für die Finanzwirtschaft bedeuten.

1) aa) Die Finanzwirtschaft baut — wie gesagt — auf einer entsprechend ausgewählten und jeweils entsprechend belasteten Vielfalt von einzelnen Quellen auf, die sich letztlich alle in Einkommen oder Kapital auflösen lassen[2]). Wir erwähnten schon, daß die Schranken für die öffentliche Wirtschaft so wie für die private Wirtschaft in der Begrenztheit der wirtschaftlichen Mittel bestehen, de-

[1]) Wilhelm GERLOFF, Steuerwirtschaftslehre, Handb. d. FinWschft. I. Bd., S. 50, Tübingen 1926.

[2]) s. den Ausspruch RICARDOS, S. 28..

ren pflegliche Behandlung somit für beide Sphären Grundsatz sein muß.

In der Produktivität der betreffenden Volkswirtschaft findet die finanzwirtschaftliche Betätigung ihre Grundlage und gleichzeitig ihre Grenze. Die Produktivität wird durch die private Wirtschaft herbeigeführt. Die Finanzwirtschaft fördert, weckt und garantiert diese in der Weise, wie sie vorhin im V. Kapitel bei der grundsätzlichen Betrachtung der Staatsaufgaben kurz skizziert wurde.

Der Bedarf für die Existenz der Privatwirtschaften muß also sichergestellt werden, wenn keine Beeinträchtigung der allgemeinen Produktivität eintreten soll. Wir zeigten schon, daß das darin besteht, die reproduktive Kraft der Volkswirtschaft + einen an der Entwicklung der übrigen im Wettbewerb stehenden Volkswirtschaften ausgerichteten Wachtumskoeffizienten zu erhalten — wir bezeichneten dies als objektive oberste Grenze der Besteuerung (S. 28). Das heißt finanzwirtschaftlich gesehen: Schonung (bzw. im Idealfall sogar Hebung) der Steuerquellen. Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Produktivität ist gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung der Nachhaltigkeit der Steuerquellen.

bb) Es ergibt sich daraus, daß die idealste Steuerquelle überhaupt in dieser Hinsicht das Einkommen ist. Das Einkommen ist die grundlegende Ausdrucksform der wirtschaftlichen Produktivität. Eine Besteuerung des Kapitals ist, ökonomisch betrachtet, nur bei bestimmten Voraussetzungen vertretbar, wie wir noch später verschiedentlich sehen werden.

Das Einkommen ist das Korrelat des beständigen Bedarfs der öffentlichen Wirtschaft schlechthin [3]). Oberster Leitsatz der Besteuerung ist „der wirtschaftliche Entnahmegesichtspunkt“ [3]), d. h. möglichste Schonung der Steuerquellen und ökonomischste Methode der Anzapfung dieser. HEIDRICH sagt, daß dann unter diesem wirtschaftlichen Entnahmegesichtspunkt „die Standorte und Erscheinungsweisen“ des Einkommens aufgesucht werden, daß man „seinem Werden und seinen ökonomischen Beziehungen“ nachgeht. Man sucht „die Möglichkeiten, das Bezugssystem in Tätigkeit treten zu lassen, um dann ins „Innere“ der Wirtschaft vordringen zu können“. „Nur wo wirtschaftliche Kraft vorhanden ist, kann der Besteuerungsapparat ansetzen“ [4]).

cc) Das ökonomische Prinzip muß damit auch in der Finanzwirtschaft herrschen. Es ist ein möglichst großer finanzieller Erfolg mit den kleinsten volkswirtschaftlichen Opfern zu erzielen.

---

[3]) s. Paul HEIDRICH, Die Lehre von den obersten Steuerprinzipien. Jena 1929.

[4]) Paul HEIDRICH, a. a. O., S. 83.

Wir sehen so, daß zwischen den fiskalwirtschaftlichen und den volkswirtschaftlichen Interessen unbedingt eine gewisse Harmonie bestehen muß, da ja die Finanzwirtschaft mit dem entsprechenden volkswirtschaftlichen Zustand letztlich steht und fällt.

Auch alle anderen Gesichtspunkte, unter denen die Besteuerung erfolgt, also etwa solche sozial- oder staatspolitischer Art müssen sich grundsätzlich nach den volkswirtschaftlichen Voraussetzungen einrichten. TERHALLE sagt: „Ein Wohlfahrtsstaat, der die Bedeutung der Kapitalversorgung für die allgemeine Wohlfahrt nicht genügend beachtet, trägt seinen Namen zu unrecht, wenn er sich die materielle Wohlfahrt seiner Angehörigen als Programm setzt“[5]).

dd) Das V. Kapitel zeigte uns, wie die Belastungsfähigkeit der Volkswirtschaft naturgemäß weitgehend dadurch bestimmt ist, wie die Einnahmen von der Finanzwirtschaft verwandt werden. Die Belastungsfähigkeit, d. h. die Möglichkeit der Anzapfung der privaten Wirtschaft unter Wahrung des ökonomischen Prinzips, ist damit keine quantitative sondern eine qualitative Frage. Es ist eben von Fall zu Fall zu fragen: wie werden die öffentlichen Einnahmen verwandt, und ist der Nutzeffekt der öffentlichen Ausgabe höher als der der durch die „Abzapfung“ unmöglich gemachten privaten? Daß die praktische Durchführung hierbei nicht immer im vollen Umfang den Voraussetzungen entsprechend gelingen kann, ist aus unseren Bemerkungen über die objektiven und subjektiven Grenzen der Besteuerung ohne weiteres ableitbar (im III. Kap., S. 30).

Wir sagten schon oben (S. 30), daß ein deduktiv gefundener quantitativer genereller Maßstab für eine „verhältnismäßige“ Besteuerung allgemein und eine relative Erfassung der Steuerquellen untereinander nicht aufzustellen ist, daß die praktische Finanzwirtschaft hierbei ganz besonderer Intuitionen bedarf etc. Die Maßstäbe werden jeweils verschieden sein müssen. Sie sind bedingt durch den jeweiligen Stand der Produktivität, der Lebenshaltung und der Kulturhöhe, der Rechtsentwicklung, der allgemeinen Moral usw.

Die vier Grundtypen des Einkommens, der idealen Steuerquelle schlechthin, wie wir sahen, sind das Arbeitseinkommen, der Unternehmergewinn, die Kapitalrente und die Grundrente[6]). Beim Arbeitseinkommen darf durch die Besteuerung, wenn nach den eben aufgestellten Grundsätzen gehandelt werden soll, der herkömmliche Sozialbedarf der einzelnen Schichten nicht angetastet werden. Beim Unternehmergewinn darf durch die Besteuerung nach dem geforderten Prinzip die Initiative des Unternehmers, die Voraussetzung

[5]) Fritz TERHALLE, Finanzwissenschaft, Jena 1930, S. 33.

[6]) Diese Ausführungen erfolgen in Anlehnung an die Darstellung von Wilhelm GERLOFF, Die Grenzen der Besteuerung, in „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 4. Bd., Wien 1928, S. 171 ff.

der kapitalistischen Wirtschaftsform ist, nicht beeinträchtigt werden, und bei der Besteuerung der Kapitalrente muß der Kapitalbedarf der Wirtschaft gewährleistet bleiben. Die Grundrente könnte ganz weggesteuert werden, da diese Steuerquelle nie versiegen wird, weil Bodenverwertung und -benutzung um des Arbeits- und Kapitalertrags willen auch dann erfolgen würde, wenn keine Rentenaussicht besteht. (Ebenso ist es mit dem Monopolgewinn). Jedoch wird gerade aus diesen Einkommen in starkem Maße der Akkumulationsfond gespeist, darüber hinaus bestehen hier technische Schwierigkeiten der gesonderten steuerlichen Erfassung, da die Grundrente (und der Monopolgewinn) meist mit anderen Einkommensteilen vermischt ist.

2) Die Finanzwirtschaft vollzieht durch die Besteuerung einen Eingriff in die private Wirtschaft. Es tritt damit vorerst eine Beeinträchtigung der Verbrauchs- und Sparkraft in dieser Sphäre ein, die dann zum Teil oder in manchen Fällen auch ganz durch die Tätigkeit der öffentlichen Wirtschaft wieder kompensiert werden kann. Wir schilderten unter III., wie sich diese Eingriffe historisch entwickelt haben, wie beide Sphären miteinander und ineinander gewachsen sind, kurz, wie sich beide Sphären gegeneinander eingespielt haben.

aa) Die Steuerlast ist also den jeweiligen Umständen nach gegeben. Ihre Umlegung auf die einzelnen wirtschaftlichen Faktoren geschieht bei gesunden finanzwirtschaftlichen Verhältnissen nach dem eben unter 1) erwähnten Prinzip, den beschränkten volkswirtschaftlichen Gütervorrat zu erhalten und zu vermehren. Bei dieser Inanspruchnahme von Seiten der Finanzwirtschaft sind nach Spielhagen[7]) in ihrem volkswirtschaftlichen Effekt 4 Möglichkeiten zu unterscheiden:

1. entzogene Kaufkraft wird in Kapital verwandelt,
2. entzogenes Kapital wird wieder als Kapital verwandt,
3. entzogene Kaufkraft wird anderen Personen wieder als Kaufkraft zugeführt, und
4. entzogenes Kapital wird in Kaufkraft verwandelt[8]).

bb) Es ist klar, daß bei Einbehaltung des obersten Prinzips der Finanzwirtschaft schlechthin, die Nachhaltigkeit der Steuerquellen nicht zu beeinträchtigen, zwischen diesen 4 Möglichkeiten bei ihrem Inerscheinungtreten eine entsprechende gegenseitige Abstimmung herrschen muß. Das Minimum muß hierbei sein, den vorhandenen Gütervorrat + den entsprechenden Wachstumskoeffizienten zu er-

[7]) W. SPIELHAGEN, Konjunkturausgleichende Ausgabenpolitik, Reich und Länder, V. Jg., 1931.

[8]) Durch die beiden ersten Fälle rechtfertigt sich eine entsprechende Besteuerung des Kapitals als solchem ohne weiteres.

halten, d. h., die Zukunft der Finanzwirtschaft zu garantieren, das erstrebenswerte Ideal ist darüber hinaus, den Gütervorrat bei gleichzeitiger Verwirklichung der Staatsaufgaben durch die Finanzwirtschaft zu mehren, wobei die Verwirklichung der Staatsaufgaben bei der Wertung des Erfolgs entscheidend ins Gewicht fällt. Nicht eine quantitative Vermehrung des Gütervorrats ist das erstrebenswerte Ziel, sondern die Gestaltung und Verwirklichung der im Wesen des Staates liegenden überökonomischen Ziele unter möglichster gleichzeitiger Mehrung zumindest aber Erhaltung der Quellen, die in gewisser Hinsicht eben Voraussetzung zur äußeren Verwirklichung der gesetzten Ziele sind.

cc) Es folgt aus dieser geforderten gegenseitigen Abstimmung bei der Realisierung dieser vier Möglichkeiten steuerlicher Beanspruchung, daß letztlich Boden, Arbeit und Kapital, die naturgemäß zusammen auch das Fundament der Steuerquellen darstellen, untereinander in einem entsprechenden Verhältnis steuerlich in Anspruch genommen s i n d. Diese Relationen haben sich historisch im gegenseitigen Wechselspiel allmählich organisch entwickelt, sie sind, wir wir schon wiederholt betonten, nicht berechenbar, sie sind nicht ohne weiteres systematisch-theoretisch greifbar, sie müssen sich jedoch zwangsläufig mit Hilfe aller Substitutionsmöglichkeiten des Marktes bilden, wo dauernd die T e n d e n z besteht, dieses Gleichgewichtsverhältnis der einzelnen Einkommensarten, die sich letztlich in Einkommen aus Boden, aus Kapital und aus Arbeit auflösen lassen, herzustellen [9]).

Damit müssen auch „die Arten und Formen steuerlicher Finanzbedarfsdeckung", also das Steuersystem, entsprechend eingerichtet sein, d. h., die einzelnen Steuertypen müssen dem eben Gesagten entsprechend aufeinander abgestimmt sein, Fragen, die uns später noch ganz besonders beschäftigen werden; denn nicht nur die Art der Verwendung der erhobenen Steuermittel ist für die Tragbarkeit der Steuerbelastung entscheidend, sondern auch die Lastenverteilung [10]).

3) aa) Hier und in den folgenden Untersuchungen glauben wir, den konkreten Verhältnissen und (besonders gerade) dem logischen Aufbau unserer bisherigen Erörterung keinen allzu großen Zwang anzutun, wenn wir nunmehr die folgenden beiden Vereinfachungen vornehmen (vgl. auch das auf S. 17 Gesagte):

---

[9]) Das Überwälzungsproblem an sich bleibt einem späteren besonderen Abschnitt vorbehalten.

[10]) Vgl. das treffende Beispiel BOISGUILLEBERT's vom Pferdefuhrwerk Paris-Lyon, angeführt bei F. K. Mann, Grundsätze der Besteuerung, Schmollers Jb., Bd. 50, 1; 1926, S. 80.

1. Wir nehmen an, daß die Finanzwirtschaft durch die allgemeinen Veränderungen von Seiten der Wechsellagen in unserem konjunkturellen Beobachtungsstadium nicht wesentlich getroffen ist.
2. Wir nehmen weiterhin an, daß in unserem konjunkturellen Beobachtungsstadium des 1. Anstiegs die steuerliche Belastung bis zu den von uns bisher verschiedentlich aufgezeigten volkswirtschaftlich tragbaren Grenzen erfolgt ist, daß also weder ein nunmehr noch ausnutzbarer Besteuerungsspielraum vorhanden ist, noch die bisherige Steuerbelastung über diese Grenze hinausging.

Wir setzen also „normale" finanzwirtschaftliche Verhältnisse vor Beginn der Deflation voraus. Ein entsprechender Umbau des Steuersystems, um die erforderlichen steuerlichen Mehrbelastungen durchführen zu können, wird in praxi sicherlich einsetzen müssen. Es besteht hier in normalen Zeiten unbedingt je nachdem die Möglichkeit, einen bisher ungenutzten Besteuerungsspielraum zu erschließen, d. h., die subjektive Besteuerungsgrenze der objektiven weiter anzunähern. In den modernen Finanzwirtschaften während der von uns betrachteten Zeit jedoch ist es wohl nicht als „normal" anzusehen, wenn noch ein unausgenutzter „Besteuerungsspielraum" in dem angeführten Sinne vorhanden ist. Aus dem bisher Gesagten läßt sich außerdem verstehen, wie problematisch das gerade in der von uns betrachteten Situation sein muß, wie schnell also ein vorher etwa vorhandener Besteuerungsspielraum nunmehr verschwinden müßte. Im übrigen ist die jährliche Einflußnahme auf die Einnahmeseite des Budgets nicht die Regel. Eine Umgestaltung der Einnahmeseite wird immer auf verfassungsmäßig bedingte Schwierigkeiten stoßen und damit eine gewisse Zeit erfordern. Weiterhin nähert sich hier eine entsprechende Umgestaltung des Steuersystems schon einer speziell deflatorisch ausgerichteten Finanzpolitik, von deren Erörterung wir aus den bestimmten Gründen absehen wollten.

Eine konjunkturbedingte Störung der Finanzwirtschaft im 1. Anstieg ist nicht notwendig, nicht zwangsläufig. Bei gesunder Finanzwirtschaft ist wohl eine wesentlichere Beeinträchtigung der öffentlichen Wirtschaft während des Niedergangs wahrscheinlich, jedoch ist während des 1. Anstiegs durchaus denkbar und auch praktisch möglich, daß keine wesentlichen Beeinträchtigungen bestehen. Evtl. noch vorhandene haushaltmäßige Belastungen aus dem Niedergang sind in unserer Betrachtung untypisch. Sie sind von Fall zu Fall in der empirisch-statistischen Untersuchung zu eliminieren, um die wirklich deflatorisch bedingten Auswirkungen herauskristallisieren zu können.

Beide Abstraktionen zusammen stellen eine Mittellinie dar, die die für die Erörterung des gestellten Problems sich logisch zwingend ergebende Gestaltung der Operationsbasis bedeutet. Es sollen ja die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft verfolgt werden. Ein etwa vorhandener Besteuerungsspielraum bedeutete ebenso wie ein bereits erfolgtes Überschreiten der volkswirtschaftlich tragbaren Grenze eine Variation des aufzudeckenden funktionellen Zusammenhangs, eine Verunreinigung des logischen Aufbaus der Darstellung.

Weiterhin nehmen wir an, wie schon eingangs von Anfang an erwähnt, daß eben keine auf die neuauftretenden deflatorisch bedingten Erscheinungen abgestimmte Finanzpolitik getrieben wird, daß also kein bewußter und konstruktiver Umbau der Aufgabenstruktur erfolgt (entsprechend einem solchen von hier aus notwendigen des Steuersystems), sondern die Finanzwirtschaft vielmehr in ihrem bisherigen Zustand von den Auswirkungen der Deflation gleichsam überfallen wird [11]) [12]).

bb) Wir führten eben unter 2) die vier volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Besteuerung an. Wir folgerten, daß bei Beachtung des Prinzips, die Nachhaltigkeit der Steuerquellen zu garantieren, die Finanzwirtschaft auf eine gewisse Abstimmung dieser durch die Besteuerung erfolgenden Umlagerungen untereinander Bedacht haben muß, d. h., es darf per Saldo keine Beeinträchtigung der Kapitalstruktur derart erfolgen, daß „die unterste Grenze der Aufrechterhaltung des vorhandenen Gütervorrats einschließlich des entsprechenden Wachstumskoeffizienten" unterschritten wird. Die „Speisung" der Steuerquellen von Seiten der Finanzwirtschaft darf nicht zu Gunsten rein konsumtiver Verwendungen vernachlässigt werden. Die Aufgabenstruktur und damit die Ausgabearten sind entsprechend eingerichtet, wie wir unter V. (S. 89/90) sahen.

Nehmen wir z. B. an, daß bisher durch eine hohe progressive Einkommensteuer, Kapitalverkehrssteuer, Erbschaftssteuer, Vermögenszuwachssteuer etc. die privatwirtschaftliche Kapitalbildung beeinträchtigt wurde, dieser Zustand aber zum Teil oder ganz seinen Ausgleich durch staatliche Investitionen fand, daß aber nunmehr unter den Auswirkungen der Deflation eine zwangsläufige Verschiebung der öffentlichen Aufgaben in der Richtung erfolgt, daß rein konsumtive Ausgaben durch den Zwang der Verhältnisse derart vordringlich werden, daß die Verwirklichung der übrigen Aufgaben ins Hintertreffen geraten muß, daß also die Mittel aus den

[11]) Kompensierende Möglichkeiten von Steuereinholungen werden in der von uns betrachteten Situation naturgemäß beschränkt sein.

[12]) Von diesen etwa tatsächlich doch in mehr oder minder starkem Maße vorhandenen Einflüssen in praxi zu eliminieren, ist eine sicherlich nicht leicht zu bewältigende Aufgabe der empirisch-statistischen Untersuchung.

eben genannten Steuern hierfür zu einem großen Teil herangezogen werden müssen, so erfolgt damit schon eine Sprengung des geforderten Entsprechungsverhältnisses der geschilderten einzelnen volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Besteuerung untereinander, die „Mindestgrenze" ist in Gefahr.

cc) Wir können uns schon aus dem im IV. Kap. Gesagten vorstellen, wie es die Auswirkungen der Deflation notwendig machen müssen, bedeutende Teile des Volkseinkommens auf die nunmehr anwachsend beschäftigungslos werdenden Volkskreise zu übertragen, überhaupt immer mehr der privaten Wirtschaft entsprechend den sich dort häufenden Unfällen mit Unterstützungen beizuspringen, wir verstehen aus dem V. Kapitel, wie damit innerhalb der öffentlichen Aufgaben- und entsprechend innerhalb der Ausgabenstruktur bestimmte Aufgaben und Ausgaben besonders vordringlich werden müssen etc. Es muß so eine relative (als zwangsläufige Folge der Verschiebung innerhalb des Entsprechungsverhältnisses der vier volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Besteuerung zu Ungunsten der kapitalmäßigen Verwendung) oder sogar effektive Mehrbesteuerung einsetzen (vgl. auch S. 89/90). Wir werden später noch erkennen, wie die konsumtive Verwendung der Steuermittel immer mehr anzuwachsen droht. Der konsumtive Bedarf ist naturgemäß der vordringlichste. Seine Beeinträchtigung macht sich am ehesten und heftigsten geltend, diese zu mildern. empfiehlt sich schon aus sozialpolitischen Gründen.

dd) Wir wissen, alle Steuern werden letztlich aus Einkommen oder Kapital bezahlt. Die unmittelbare steuerliche Kapitalerfassung ist ökonomisch, wie wir schon erwähnten, nur bei bestimmten Voraussetzungen vertretbar. Hiervon abgesehen werden die Steuern aus dem Einkommen bezahlt. Alles Einkommen leitet sich aus den drei volkswirtschaftlichen Grundelementen Boden, Arbeit und Kapital ab. Wir folgerten schon, wie deren steuerliche Belastung in einem organisch-historisch gewachsenen untereinander entsprechenden Verhältnis stehen muß.

Boden, Arbeit und Kapital als Einkommenträger, als die fundamentalen Steuerquellen überhaupt, sind also in einem bestimmten historisch-organischen Verhältnis besteuert, das sich durch dauerndes gegenseitiges Abtasten und dauernde wechselseitige Überwälzungsvorgänge eingespielt hat.

Wir können schon aus der bisherigen Darstellung, wie gesagt, erkennen, daß relativ oder effektiv die Steuerbelastung unter den Auswirkungen der Deflation ansteigen wird. Was geschieht damit? Die steuerliche Belastung des Kapitals als der einzigen international relativ beweglichen Größe der drei fundamentalen Steuerquellen, muß naturgemäß bei der in normalen Zeiten gewährleisteten Auf-

rechterhaltung des volkswirtschaftlichen Versorgungsstandes und Wachstumsprozesses nach dem Ausland ausgerichtet sein. Die Besteuerung steigt jetzt. Das Kapital wird nun zwangsläufig versuchen, das steuerliche Mehr auf die beiden anderen Faktoren Boden und Arbeit zu überwälzen. Beim Boden ergibt sich die Grenze von selbst. Geht die Besteuerung über die Grundrente hinaus, setzt auch nunmehr von hier aus der Überwälzungsdruck auf die Arbeit ein[13]). Das Kapital versucht sich gleichsam als beweglichster Faktor loszubeißen; es kämpft um seine Rentabilität[14]). Die unter 1, dd) dargestellten Besteuerungsmaßstäbe sind so grundsätzlich nicht mehr eingehalten.

Hier setzt nun durch die Besteuerung ein erneuter Druck ein, der die im IV. Kapitel geschilderte Situation seinerseits erneut verschärft. Die Rentabilität sinkt durch die geschilderten privatwirtschaftlichen Erscheinungen fortdauernd, wie wir sahen, weitere Überwälzungen auf die Arbeit scheitern endlich am Existenzminimum, am Widerstand der Gewerkschaften. Soweit jetzt das Kapital beweglich ist, sucht es sich freizumachen; es setzt damit von hier aus eine Verstärkung der Kapitalflucht ein. Die Erscheinungen, die uns im IV. Kapitel begegneten, werden verschärft: Die Entwertungsprozesse werden von hier aus beschleunigt[15]).

Hier genüge die Aufdeckung dieser grundlegenden Zusammenhänge, die unter der Voraussetzung geschah, daß kein Besteuerungsspielraum mehr vorhanden ist und kein finanzpolitisch den neuen Verhältnissen angepaßter konstruktiver Umbau innerhalb der öffentlichen Aufgaben und des Steuersystems einsetzt[16]), erst in den folgenden Abschnitten dieses VI. Kapitels werden wir sehen, in welchen Erscheinungsformen sich diese Verschiebungen im einzelnen äußern, wie sich weiterhin die finanzwirtschaftliche Situation immer mehr zuspitzt[17]).

4) aa) Wir leiteten im IV. Kapitel ab, wie durch die Auswirkungen der Deflation die Ertragskraft der privaten Wirtschaft anhaltend sinkt. Die Ergiebigkeit der Steuerquellen ist auch von dort aus

---

[13]) Vgl. hierzu Alfred AMMON, Zur Frage der steuerlichen Lastenverteilung, Conrads Jb., III. Folge, 68. Bd., 1925, S. 193 ff.

[14]) Daß auch diese Beweglichkeit des Kapitals nur relativ ist, sahen wir verschiedentlich im IV. Kapitel.

[15]) Vgl. dann auch die Ausführungen des VII. Kapitels.

[16]) Vgl. die Anm. 5, S. 4.

[17]) Wir erinnern hier an die eingangs auf S. 4 gemachten Bemerkungen über unsere theoretische Arbeitsweise. Es ist so verständlich, daß an dieser Stelle und bei den folgenden Untersuchungen nicht auf die Fragen der Gerechtigkeit der Besteuerung und die nunmehr dort einsetzenden Veränderungen eingegangen wird. In unserer lediglich finanzwirtschaftstheoretischen Erörterung ist hierfür kein Raum. Vgl. hierzu auch Wilh. VLEUGELS, Über Wesen und Grenzen der finanzwirtschaftlichen Theorie, Finanzarchiv 1932/33, S. 371, 372.

dauernd beeinträchtigt. Die Staatsaufgaben und damit die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Ausgaben bestehen grundsätzlich noch im früheren Umfang, ja wachsen in der aufgezeigten Richtung.

Wir sahen, daß somit zwangsläufig die Einhaltung des „wirtschaftlichen Entnahmegesichtspunktes" durch diese einsetzenden Verschiebungen innerhalb der Struktur der öffentlichen Aufgaben und durch die damit verbundene vorerst zumindest relative Mehrbelastung der Steuerquellen, die außerdem noch, wie wir ausführten, zu Ungleichmäßigkeiten der organisch-historisch entwickelten verhältnismäßigen Belastung dieser untereinander führen muß, problematisch geworden ist.

Die Abstimmung innerhalb der vier volkswirtschaftlichen Besteuerungskonsequenzen ist gestört, es droht auf lange Sicht [18]) die Gefahr einer immer weiteren Beeinträchtigung der Steuerquellen [19]).

Hierdurch ist der Fortbestand im bisherigen Umfang nicht nur der Finanzwirtschaft als solcher bedroht, sondern auch die volkswirtschaftliche Substanz (einschließlich des notwendigerweise am Ausland ausgerichteten bestimmten Wachstumskoeffizienten) ist von dieser Seite wiederum angegriffen, wie wir eben ableiteten.

Es ist hier schon klar, wie in dieser Situation der Finanzwirtschaft, wo die Ergiebigkeit der Steuerquellen einmal privatwirtschaftlich und nunmehr auch — wie wir eben sahen —finanzwirtschaftlich bedingt (durch die Verschiebungen innerhalb der Aufgabenstruktur) sinkt, die zu verwirklichenden Aufgaben quantitativ aber vorerst gleichbleiben, bzw. in einer volkswirtschaftlich besonders destruktiven Weise (zum Konsum hin) anwachsen [20]), die zwangsläufige relative Steuermehrbelastung dauernd ansteigen wird, verschärft durch die wahrscheinliche [21]) Aufrechterhaltung der nominellen früheren Besteuerung, eine Maßnahme, die sich mit dem

---

[18]) Es sei immer wieder daran erinnert, daß die „Deflation" voraussetzungsgemäß lange anhaltend sein muß.

[19]) Es bleibt den Ausführungen eines besonderen Abschnitts vorbehalten, die hiermit verbundenen Beeinflussungen der „Arten und Formen der steuerlichen Finanzbedarfsdeckung", der Struktur des Steuersystems, zu untersuchen.

[20]) Diese gegenläufige Bewegung ist naturgemäß jeweils mehr oder minder stark gemildert durch die in verschiedenem Ausmaß erfolgenden Preisfälle der Güter und Leistungen, deren die Finanzwirtschaft bedarf. Bei der aufgezeigten fundamentalen Verschiebung und deren Auswirkungen bedeutet diese Tatsache aber lediglich eine Variation, da sie naturgemäß nicht so stark in Erscheinung treten kann, daß sie die einsetzenden Störungen auch nur in etwa kompensieren könnte (vgl. noch unter b, 3)).

[21]) Wir erinnern daran, daß voraussetzungsgemäß die Finanzwirtschaft von den Auswirkungen der Deflation gleichsam überfallen wird, wie wir uns vorhin ausdrückten. Ein planmäßiges Senken der Steuertarife setzt also nicht ein. (Dies wäre, eine speziell ausgerichtete Finanzpolitik einmal vorausgesetzt, nur im Rahmen einer Vielfalt von entsprechenden Maßnahmen durchführbar, da ja die ganze geschilderte Situation zu einer Erhöhung der steuerlichen Belastung geradezu drängt.)

Fortschreiten der Erscheinungen naturgemäß immer krasser geltend machen muß.

bb) Die dem „wirtschaftlichen Entnahmegesichtspunkt" entsprechenden Besteuerungsmaßstäbe werden in der Folge nunmehr hinfällig: Der Unternehmer wird im Laufe der weiteren Entwicklung gezwungen sein, auf Kosten entsprechender Abschreibungen seinen nunmehr erhöhten steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, ein Privatmann, der verschiedene Einkommen hat, wird die erhöhten Steuern vielleicht mit Hilfe von Zinserträgnissen, die er früher anlaufen ließ (ersparte), bezahlen, mancher Rentner wird gezwungen sein, eins seiner Wertpapiere zu veräußern, um seinen erhöhten Steuerverpflichtungen nachzukommen, (besonders, wenn er auf Dividenden angewiesen ist, die am ehesten ausfallen müssen, wie wir aus den Ausführungen des IV. Kapitels wissen) etc.[22]). Es besteht die Tendenz, die Steuern nicht mehr aus dem Einkommen, sondern unmittelbar aus dem Kapital zu zahlen!

Die objektive Steuergrenze ist damit überschritten, da in der Mittelverwendung durch die Finanzwirtschaft keine volkswirtschaftliche Kompensation eintreten kann, denn diese Nichteinhaltung der Abstimmung der vier volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Besteuerung ist es ja gerade, die von der Finanzwirtschaft aus den Stein ins Rollen bringt. Wir werden später noch sehen, welche ungeheueren psychologisch bedingten Schäden damit verbunden sein müssen. Bei der Betrachtung der grundsätzlichen Beziehungen öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft im III. Kapitel wiesen wir bereits daraufhin, daß die „objektive Grenze" der Besteuerung normaliter nur selten zu erreichen ist. Wir werden noch (unter d) sehen, daß sich die Steuerwiderstände häufen werden, daß damit die subjektive Besteuerungsgrenze im Lauf der Entwicklung als Reaktion auf diese dauernd erfolgenden zwangläufigen Überschreitungen der objektiven Grenze, die quantitativ gesehen schon allgemein anhaltend zurückgehen muß[23]), immer mehr in übermäßigen Spannungen zur objektiven Grenze stehen wird[24]).

cc) Wir führten schon aus (S. 20—21), daß die Grenzen zwischen öffentlicher Wirtschaft und privater Wirtschaft nur historisch zu erklären sind, daß sie „gewachsen" sind, daß die Berührungspunkte

---

[22]) Wir werden noch auf die Folgen des zeitlichen Auseinanderliegens von Steuertatbestand und Steuererhebung unter c) näher eingehen.

[23]) Im fortgeschrittenen Stadium der Entwicklung wird allein durch die in der privaten Wirtschaft bedingten Destruktionen diese „objektive" Grenze relativ, da dann von Reproduktion und Akkumulation per Saldo kaum mehr die Rede sein kann. Eine objektive Grenze wäre dann da überschritten, wo die Entwertungsprozesse von der Steuerseite her beschleunigt werden.

[24]) Je normaler die Zeiten sind, desto mehr werden sich subjektive und objektive Grenze der Besteuerung nähern.

durch feine Verästelungen und Fäden, aber auch vernarbte Wunden dargestellt werden.

Zum Wesen der Finanzwirtschaft gehört „eine in sich relativ gefestigte Struktur" (Harald Fick), wir sagten oben, die Finanzwirtschaft, die öffentliche Wirtschaft ist statisch (S. 24). Alle Finanzakte sind Planakte. Die Aufgaben des Staates sind auf lange Sicht gestellt — damit besteht zwangsläufig eine gewisse Unelastizität der Finanzwirtschaft[25]). Die meisten Finanzakte sind eben nicht einmalige Aufwendungen, sondern eine Kette von solchen (Finanzpläne).

Die private Wirtschaft schrumpft in der geschilderten Weise — die öffentliche Wirtschaft ist infolge ihrer Unelastizität nicht ohne weiteres in der Lage, sich dem neuen verkleinerten Unterbau anzupassen. Sie wird so zwangsläufig zu einem Blutsauger der privaten Wirtschaft. Andererseits sucht sie nunmehr die Destruktionen in der privaten Wirtschaft in ihren äußeren Erscheinungsformen (also durch Unterstützungen der Arbeitslosen, Subventionen notleidender Betriebe etc.) zu mildern, zögert damit aber nur die notwendige mit der Deflation bezweckte Anpassung weiter hinaus, da der hierzu notwendige Mittelentzug aus der privaten Wirtschaft dort weitere Destruktionen verursacht ..., es ist ein circulus vitiosus .., man stopft ein Loch und reißt damit ein tieferes auf ....

Von Seiten der Finanzwirtschaft, so kann man sagen, erfolgt also aus ihrer Natur heraus der schwerwiegendste Impuls für die Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit im Ablauf der Auswirkungen der Deflation, für die beiden Momente also, die zusammen den Grund für die volkswirtschaftlich verhängnisvollen von der Deflation ausgelösten Erscheinungen darstellen .....[26])

Das in organisch-historischer Entwicklung gebildete Größenverhältnis beider Sphären zueinander innerhalb der Volkswirtschaft wird in kürzester Zeit gestört ....

---

[25]) Diese „Stetigkeit" ist ein „Urwesenszug" (Fick) der Finanzwirtschaft, der unabhängig vom politischen System ist.

[26]) Eine weise Finanzpolitik, die mit einer entsprechenden staatlichen Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen müßte, hätte zu einer Bewältigung der auftretenden Schwierigkeiten den Hebel bei den Ursachen dieser Erscheinungen (also der Ungleichzeitigkeit und der Ungleichmäßigkeit), nicht bei ihren Symptomen anzusetzen, wie es mit Unterstützungen, Subventionen usw. geschieht. Die Brauchbarkeit der benutzten Waffe: Deflation zur Bekämpfung der bestimmten Erscheinungen unseres konkreten Ausgangspunktes werden wir noch kritisch im Schlußkapitel würdigen (VIII). Unsere Aufgabe besteht eben in der Darstellung einer zwangsläufigen Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen. Die Erörterung, inwieweit hier der Staat gestaltend in die Verhältnisse eingreifen kann, schaltet voraussetzungsgemäß aus guten Gründen aus (vgl. S. 3/4, besonders S. 4 Anm. 5).

Wir verweisen an dieser Stelle auf die Schrift Harald Fick's, Finanzwirtschaft und Konjunktur, Jena 1932, wo für die Möglichkeiten des Staates auch in unserem Fall einige grundlegende Hinweise gegeben sind. Hier findet sich auch eine reichhaltige Literaturangabe zu diesem Problem.

dd) In Anlehnung und Erweiterung an das unter 2, aa) Gesagte ist zu folgern, daß grundsätzlich Steuererhöhungen bezahlt werden müssen:

1. Aus der Einschränkung des persönlichen Konsums. In der von uns betrachteten Situation schaltet (immer allgemein volkswirtschaftlich gesehen) diese Möglichkeit, wie wir aus den Erörterungen des IV. Kapitels verstehen müssen, so gut wie vollkommen aus.
2. Durch Steigerung der Produktivität infolge der Steuermehrbelastung. Dies ist ein Idealfall, der in normalen Zeiten schon verhältnismäßig selten auftritt, bei Verhältnissen, wie wir sie untersuchen, jedoch naturgemäß ohne jede Bedeutung sein muß, ist es ja gerade die allgemeine Beeinträchtigung der Produktivität, die zu der vermehrten steuerlichen Belastung führt.
3. Aus dem volkswirtschaftlichen Akkumulationsfond. Wir können aus dem bisher Gesagten ableiten, daß das bis zu einer gewissen Grenze, nämlich solange der an der Entwicklung der konkurrierenden Volkswirtschaften ausgerichtete „Wachstumskoeffizient" nicht gehemmt ist, ohne unmittelbare volkswirtschaftliche Schäden möglich ist, und
4. aus dem volkswirtschaftlichen Reproduktionsfond.

Die beiden zuletzt genannten Fälle sind die verhängnisvollen, wenn, wie hier, keine entsprechende Kompensation durch die Staatsausgaben erfolgt. An dieser Stelle liegt die eigentliche Problematik der nunmehr auftretenden Erscheinungen. An sich ist (wie gesagt) eine Besteuerung der Akkumulation nicht ohne weiteres schädlich (etwa Besteuerung von Kriegs-, Konjunkturgewinnen, des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden usw.), ja schließlich als Minimum alle Besteuerung, die den „Wachstumskoeffizienten" nicht trifft. Jedoch schaltet ein irgendwie gearteter „Besteuerungsspielraum" voraussetzungsgemäß aus.

Wir leiteten vorhin unter 4, bb) ab, wie nunmehr die Besteuerungsgrenzen überschritten sind, daß also jetzt die zwangsläufige Steuermehrbelastung nicht nur den „Wachstumskoeffizienten" berühren muß (der bei unseren konkreten Voraussetzungen schon längst nicht mehr akut ist, da die währungspolitischen Aktionen im Grunde nichts anderes als den Versuch bedeuten, den erreichten Stand der Volkswirtschaft zu verteidigen, bzw. dessen Abbröckeln zu verlangsamen), sondern aus dem Reproduktionsfond bezahlt werden muß.

Die an sich schon gelähmte wirtschaftliche Initiative wird nunmehr von steuerlicher Seite weiter beeinträchtigt, Vermögenssteuertarife z. B., die bisher nur eine „formelle" Besteuerung des Vermögens darstellten, werden zur „reellen" Vermögensbesteuerung . . .

Wir erkennen, daß die Finanzwirtschaft in der Klemme ist, sie kann die Tarife nicht entsprechend senken, da ihre Aufgaben sich nicht entsprechend der Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Produktivität verringert haben, sondern sich sogar parallel den privatwirtschaftlichen Desorganisationen erhöhen ....

So ist, wie wir bereits andeuteten und später noch genauer sehen werden, gerade auch die Haltbarkeit einer bestimmten Progression der Einkommenbesteuerung von der Art der Verwendung der Steuermittel abhängig. Sie rechtfertigt sich nur, wenn eine bestimmte „kapitalmäßige" Verwendung der Steuermittel von Seiten der Finanzwirtschaft geschieht. Wir leiteten ab, wie dagegen nunmehr die verhängnisvolle Verschiebung von der produktiven zur konsumtiven Verwendung der Steuermittel einsetzen muß ....

Ebenso muß früher oder später eine Beeinträchtigung in der Verwirklichung der „überökonomischen" eigentlichen Staatsaufgaben eintreten, die, wie wir unter V. sahen, wiederum zu einem bedeutenden Teil für das gesamte Produktionsvermögen einer Volkswirtschaft von Bedeutung sind (also der jeweilige Stand der Rechtssicherheit, der Volkerziehung, der Volkssittlichkeit, der Volksgesundheit etc.).

Es gilt eben nunmehr für die Finanzwirtschaft durch den Zwang der Verhältnisse unter bewußter oder unbewußter Hintansetzung der notwendigen volkswirtschaftlichen Belange, koste es, was es wolle, den ansteigenden laufenden Bedarf zu befriedigen[27]); die Ausgaben, die eine Weitergabe der vom Staat erhobenen Mittel an Dritte darstellen, wachsen immer mehr an (vgl. S. 83, Anm. 93; S. 90, Anm. 13; vgl. auch S. 130).

Diese Tendenz wird in ihren volkswirtschaftlichen schädlichen Auswirkungen verstärkt, wenn in parlamentarisch regierten Ländern[28]) einflußreiche politische Gruppen aus Popularitätshascherei oder anderen mehr oder minder verantwortungsbewußten Motiven heraus darauf drängen, bestimmte ökonomisch unhaltbare Steuern aufzuerlegen (bzw. jetzt unhaltbar gewordene aufrechtzuerhalten) oder bestimmte entsprechende Mittelverwendungen vorzunehmen ....[29])

Wir wollen nun in den folgenden Abschnitten dieses Kapitels beobachten, wie diese bis jetzt nur grundlegend abgeleiteten Ver-

---

[27]) Die staatlichen Sozialversicherungen werden, wie wir das in den betreffenden Jahren in Deutschland beobachten konnten, ihre einkommenden Mittel nicht deren versicherungstechnisch bedingten Anlagecharakter entsprechend verwenden können, sondern dem Staat für seine in der gekennzeichneten konsumtiven Verwendungsrichtung erfolgenden nunmehr erhöhten Aufwendungen zur Verfügung stellen müssen.

[28]) Solche bilden ja den Hintergrund unserer Untersuchung.

[29]) Wir verweisen hier auf das S. 25/26 Gesagte!

schiebungen in der Sphäre der öffentlichen Wirtschaft, speziell der Finanzwirtschaft, im einzelnen zum Ausdruck kommen.

b) Die Finanzwirtschaft repräsentiert sich nach außen durch ihre Organisation. Es gilt damit, zunächst festzustellen, wie die Finanzorganisation allgemein nunmehr durch die Auswirkungen der Deflation berührt sein muß. Von hier aus lassen sich dann alle besonderen Veränderungen, die in der Finanzwirtschaft hervorgerufen werden, am folgerichtigsten beobachten. Hier zeigen sich die Veränderungen, hier muß das für die Würdigung der eintretenden Ereignisse maßgebliche geschehen, erst von hier aus sind am zweckmäßigsten die Ursachen für die einzelnen Veränderungen der Finanzwirtschaft durch die Auswirkungen der Deflation aufzuspüren.

1) aa) Alle Finanzwirtschaft im Staate läuft letzten Endes im Budget zusammen. „Hier findet der Staatszweck seine Ausdrucksform[30])." „Das Budget ist ein politischer Akt, die Verwirklichung eines politischen Handlungsprogramms" (Gaston Jèze). Das Budget ist das Ordnungsinstrument der öffentlichen Wirtschaft. Mit ihm macht sich die öffentliche Wirtschaft der Allgemeinheit kenntlich. Vom Budget aus wird die Finanzlage eines Staates beurteilt.

„Das Budget ist seinem Wesen nach ein Regierungsprogramm für ein kommendes Jahr. Es enthält die Zusammenstellung der einzelnen Ausgaben, die die Durchführung dieses Programms nach sich zieht, und die Zusammenstellung der Einnahmen, die zur Dekkung dieser Ausgaben bereit gestellt werden müssen[31])."

Zwischen Einnahmen und Ausgaben muß Gleichgewicht herrschen. Im Budget wird dieses herbeigeführt.

Die eigentlich „schöpferischen" finanzwirtschaftlichen Gedanken dagegen finden ihren Niederschlag im Finanzplan. Dieser ist vom Budget zu scheiden. Der Finanzplan legt eine bestimmte „Marschroute" (G. v. SCHANZ) des kommenden finanzwirtschaftlichen Gebarens fest. Er ist niedergelegt in Denkschriften, in politischen Programmen, in Exposés der Finanzminister etc.[32]). Das Budget ist jedesmal eine meist jährlich wiederkehrende besondere Erscheinung, die für einen bestimmten Zeitraum (eben meist den eines Jahres) vorgenommene Verwirklichung eines Teils der im Finanzplan aufgestellten allgemeinen Grundsätze. Es ist, wie gesagt, ein politischer Akt, dessen äußere Vollziehung meist in Form eines Gesetzerlasses zu geschehen hat. Damit verselbständigt sich dieses für ein Jahr festgelegte Ausgaben- und Einnahmenprogramm, es ist zu einer unbedingten Verpflichtung geworden . . . (vgl. hierzu

[30]) Aus: BREDT, Etatrecht und Finanzwirtschaft, Berlin 1927.
[31]) Gaston JÈZE, Allgemeine Theorie des Budgets, Tübingen 1927, S. 292.
[32]) Es sind wieder „generelle" und „spezielle" Finanzpläne zu unterscheiden usw. Vgl. G. v. SCHANZ, Art. „Budget" i. H. d. St., 4. Aufl., Jena 1926.

oben S. 24!). Das Budget ist damit der Zentralpunkt der Finanzwirtschaft. Budget und Finanzplan zusammen sind die Voraussetzung für die formelle und materielle Ordnung der Finanzwirtschaft überhaupt!

Das Budget bietet gleichzeitig den finanzwirtschaftlichen Anhaltspunkt für die Beurteilung des Verhältnisses Staatsausgaben zu Volkseinkommen.

bb) „Ein Budget aufstellen heißt: regelmäßig, im Voraus und für einen zukünftigen Zeitraum die zu leistenden Ausgaben und die zu erhebenden Einnahmen aufzählen, veranschlagen und miteinander vergleichen“ [33]). Das Budget weist in die Zukunft, es bedeutet die Vergleichung von Ausgaben und Einnahmen für einen zukünftigen Zeitraum; im Budget werden die Leistungen der öffentlichen Wirtschaft danach gegeneinander abgewogen, was sie kosten. Die Aufstellung des Budgets geschieht behördlich gesehen von unten nach oben.

Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist eine der wichtigsten Eigenschaften des Budgets. Es ist damit notwendig, bei der Aufstellung des Budgets eine möglichst genaue Erfassung aller in dem betreffenden Zeitraum zu erwartenden Einnahmen und aller in demselben Zeitraum notwendigen Ausgaben vorzunehmen. In praxi werden dabei natürlich immer Korrekturen notwendig sein. Mit je größerer Aufrichtigkeit und je umfassenderem Weitblick die Budgetisierung aber erfolgt, desto weniger Korrekturen werden notwendig sein, normale wirtschaftliche Verhältnisse vorausgesetzt.

Eine ideale Forderung bei der Budgetisierung ist neben dem grundsätzlich unantastbaren Prinzip des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben, volkswirtschaftlich gesehen, gleichartige Einnahmen und gleichartige Ausgaben einander gegenüberzustellen, eine Forderung, deren Berechtigung aus der unter a) abgeleiteten letztlichen Notwendigkeit einer gewissen Harmonie im geschilderten Sinne der vier volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Besteuerung untereinander ohne weiteres einleuchten muß.

Aus den Darlegungen unseres V. Kapitels ist verständlich, daß generell die Leistungen der öffentlichen Wirtschaft nicht so ohne weiteres volkswirtschaftlich bewertbar sind, daß nicht eine unter diesem Gesichtspunkt erfolgende unmittelbare Gegenüberstellung und Abwägung von Einnahmen und Ausgaben erfolgen kann (vgl. hierzu auch S. 29 ff.). Die im vorigen Abschnitt geforderte „Harmonie“ ist schwerlich konstruierbar, sie muß eine Folge gegenseitigen Abtastens in historisch-organischer Entwicklung sein in der Art, wie es im III. Kapitel darzustellen versucht wurde. Jedoch ist, wie

[33]) JÈZE, a. a. O., S. 7.

wir sahen, diese Forderung als allgemeine Ausrichtungstendenz von größter Bedeutung.

Praktisch geschieht heute lediglich die Trennung zwischen der Gesamtheit der Einnahmen und der Gesamtheit der Ausgaben schlechthin. Die Mittel zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben werden ohne Rücksicht auf ihre jeweilige Herkunft herangezogen. Man spricht hier vom „Grundsatz der Nonaffektation" (JÈZE), d. i. die Nichtspezialisierung der öffentlichen Einkünfte. Man sagt: „Jede Einnahme gehört dem Budget als solchem". (JÈZE) [34]).

Eine Beobachtung der einsetzenden Veränderungen unter dem Gesichtspunkt des volkswirtschaftlichen Abwägens der einzelnen Einnahmen und Ausgaben gegeneinander ist damit in diesem Abschnitt nicht möglich, diese kann und soll hier nur vom finanzorganisatorischen Standpunkt aus erfolgen.

cc) Man muß unterscheiden: das Brutto- und das Nettobudget. Im Bruttobudget sind im Gegensatz zum Nettobudget auch die Bewirtschaftungs- und die Erhebungskosten der Finanzwirtschaft enthalten. Wir werden weiter unten noch verschiedentlich sehen, wie wichtig ein entsprechendes Verhältnis zwischen finanzwirtschaftlichem Ertrag und den dazu notwendigen Erhebungs- und Bewirtschaftungskosten ist, daß eine Beobachtung des Bruttobudgets also auch im Rahmen der Lösung der uns gestellten Aufgabe erforderlich ist [35]).

Einnahmen und Ausgaben stehen sich im Budget gegenüber. Wie werden sich nun unter den Auswirkungen der Deflation beide Seiten verhalten?

2) aa) Die Gesamtheit der Arten und Formen steuerlicher Finanzbedarfsdeckung bezeichnet man, wie schon oben festgelegt, mit: Steuersystem. Wir wiesen bereits daraufhin, daß die Steuern die Haupteinnahmeform der Finanzwirtschaft darstellen. Den speziellen Veränderungen im Steuersystem durch die Auswirkungen der Deflation ist deshalb ein besonderer ausführlicher Abschnitt dieses VI. Kapitels gewidmet (c).

An dieser Stelle kommt es vorerst darauf an, einige grundsätzliche Bemerkungen zu den Veränderungen der Einnahmeseite des

[34]) Dieser Grundsatz darf allerdings normaliter keine Anwendung auf Anleihemittel finden. JÈZE weist im übrigen auf die Gefährlichkeit einer Zweckbindung öffentlicher Einnahmen hin, die aus rein finanzwirtschaftlichen Erwägungen, nicht aus den von uns aufgezeigten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus erfolgt. Vgl. hierzu G. JÈZE, a. a. O., S. 103 ff. Über die eigentlichen finanzwirtschaftlichen Deckungsregeln noch ausführlicher später in anderem Zusammenhang.

[35]) Früher wurden fast allgemein nur Nettobudgets veröffentlicht. Auch heute sind die veröffentlichten Budgets weder rein Brutto- noch rein Nettobudgets. Hier liegt wieder eine Schwierigkeit für die empirisch-statistische Untersuchung. Wir werden unter d) noch erkennen, daß auch die „Erhebungskosten" als solche quantitativ nicht so ohne weiteres erfaßbar sind.

Budgets zur späteren Gegenüberstellung mit den Veränderungen der Ausgabeseite zu machen, um so die erfolgende Beeinträchtigung der Finanzorganisation, die in den Veränderungen des Budgets zum Ausdruck kommt, zu verstehen.

bb) Die maßgeblichen Einnahmen der Finanzwirtschaft sind, wie wir sahen, grundsätzlich aus der privaten Wirtschaft abgeleitete Einnahmen. Die private Wirtschaft befindet sich in dem unter IV. dargestellten Zustand allgemeiner Rückläufigkeit. Eine der wichtigsten Voraussetzungen der Budgetaufstellung, die Ausrichtung nach den Vorjahren, ist damit hinfällig geworden. Die auftretenden privatwirtschaftlichen Veränderungen und damit die Beeinträchtigung der finanzwirtschaftlichen Einnahmen in einer für die Budgetisierung notwendig präzisen Weise mengenmäßig zu berechnen, ist unmöglich.

Besonders trifft das naturgemäß für die Einnahmen zu, die am unmittelbarsten auf die privatwirtschaftlichen Veränderungen reagieren, also — wie wir in anderem Zusammenhang weiter unten noch ausführlich darstellen werden, das Aufkommen aus Zöllen, Stempelabgaben, der Umsatzsteuer, den indirekten Verbrauchssteuern, der Besteuerung des Einkommens aus beweglichen Werten usw., kurz für Einnahmeposten, die in den Haushalten der modernen Finanzwirtschaften auch quantitativ bedeutende Posten darstellen. Die (unter III) gekennzeichnete Ausweitung der Tätigkeit der öffentlichen Wirtschaft hat zu einer immer weiter reichenden Heranziehung derartiger Einnahmetypen geführt (vgl. hierzu die Ausführungen unter c).

Die Aufstellung eines Budgets oder die „Richtigkeit" eines bestehenden ist damit mehr als problematisch geworden.

Durch die Desorganisationen der privaten Wirtschaft muß nicht nur eine Veränderung der Steuerobjekte einsetzen, sondern auch eine Verminderung der Häufigkeit der Steuerfälle erfolgen. Es geschieht also gleichzeitig eine quantitative und qualitative Beeinträchtigung der öffentlichen Einnahmen.

cc) Man unterscheidet im Budget die ordentlichen Einnahmen und die außerordentlichen Einnahmen. Erstere sind die jährlich wiederkehrenden, also solche aus der Nutzung des Staatsvermögens, die Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge). Die außerordentlichen Einnahmen bilden sich etwa durch Überschüsse von Rechnungen, durch Verwendung von Schatzgeldern, verstärkte Holzeinschläge in staatlichen Forsten, Veräußerungen von staatlichem Vermögen (Wälder, Domänen etc.) [36]). Die eigentlich typischen und auch quantitativ maßgeblichen Einnahmen der Finanzwirtschaft

[36]) Beispiele aus G. JÈZE, Allgemeine Theorie des Budgets, a. a. O.

sind die ordentlichen Einnahmen. Die außerordentlichen Einnahmen bilden nur einen Zusatz, sie sind mehr zufällig bedingt.

Wir können hier Gefahren erkennen, die sich aus einer Verschiebung der beiden Einnahmekategorien ergeben müssen. Wenn auch eine verstärkte Heranziehung außerordentlicher Einnahmen den zwangsläufigen Ausfall an ordentlichen Einnahmen ihrer letztlich geringen quantitativen Bedeutung wegen nicht wettmachen kann, so wird doch aller Voraussicht nach unter dem Zwang der Verhältnisse, nur ja den, wie schon abgeleitet, anschwellenden laufenden Bedarf der Finanzwirtschaft um jeden Preis zu decken, die Tendenz einsetzen, sich von Seiten der außerordentlichen Einnahmen zu bezuschussen[37]); man wird etwa geneigt sein, Staatsbesitz zu veräußern oder sich überhaupt irgendwelcher materiell verwertbarer Rechte zu entäußern, also „Teile der Staatssouveränität" abzusplittern, was von beträchtlichen moralischen und materiellen Verlusten begleitet sein kann. ...

Diese wenigen aphoristisch erfolgten Bemerkungen mögen zur Illustration der auf der Einnahmeseite des Budgets unter den Auswirkungen der Deflation nunmehr zwangsläufig auftretenden Vorgänge genügen. Klar ist die allgemeine Schrumpfung der Einnahmen. Wir sehen aber darüber hinaus bereits hier auf der Einnahmeseite, daß sich, abgesehen von der auftauchenden Schwierigkeit, überhaupt in dieser Zeit zu budgetisieren, innerhalb der Finanzwirtschaft durch die Aufgabe grundlegender Prinzipien (hier eben die verstärkte Heranziehung außerordentlicher Einnahmen) fundamentale Umschichtungen ergeben werden ....

Uns genügt hier prinzipiell, daß 1. die Einnahmen der Finanzwirtschaft algemein zurückgehen und 2., daß sich für die Aufstellung der Einnahmeseite des Budgets keine entsprechenden Anhaltspunkte mehr bieten können. Was geschieht nun im Gegensatz hierzu auf der Ausgabenseite?

3) Unter IV. wurde dargestellt, wie der „marktwirtschaftliche Wirkungszusammenhang in seiner Aufgabe einer volkswirtschaftlichen Versorgung" (RITSCHL) gestört ist, wir wiesen schon verschiedentlich darauf hin, wie nunmehr der Staat gezwungen sein wird zu versuchen, die aufspringenden Lücken dieses „marktwirtschaftlichen Wirkungszusammenhangs" zu schließen. Die neue Lage erfordert einen gegenüber den bisherigen Verhältnissen erhöhten Einsatz der Gemeinschaft (vgl. hierzu S. 19/20)[38]).

[37]) Erinnert sei hier nur an den Verkauf von Domanialbesitz durch Preußen an das Reich 1931.

[38]) Je weitgehender die Sozialpolitik des Staates jeweils ausgebaut ist, desto stärker wird die unmittelbar einsetzende Beanspruchung sein.

Jedoch auch da, wo etwa keine Arbeitslosenunterstützungsorganisation etc. besteht, „ist es für die Gesellschaft kostspielig, wenn Arbeitslose auf Bänken im Freien übernachten und hungern" (J. M. Clark).

Die Fürsorgelasten, die Subventionen wachsen an. Wir leiteten schon ab, daß nicht nur eine mengenwertmäßige Ausgabensteigerung von hier aus einsetzen muß, sondern, daß gleichzeitig mit dieser eine grundlegende Verschiebung in der staatlichen Aufgaben- und Ausgabenstruktur verbunden ist, mitausgelöst und gleichzeitig anhaltend verstärkt durch den zwangsläufigen Rückgang der Einnahmen, Erscheinungen, die letztlich zu einer fundamentalen Störung des organisch-historisch entwickelten Verhältnisses der vier volkswirtschaftlichen Konsequenzen der Besteuerung untereinander und damit zu einer Unterminierung des ganzen finanzwirtschaftlichen Systems führen müssen.

Wir wollen nun im Folgenden kurz untersuchen, wie sich diese steigenden Anforderungen auf der Ausgabeseite des Budgets im einzelnen zeigen müssen und welche Folgen sie nach sich ziehen.

Es empfiehlt sich hier, zuerst die zwangsläufig erfolgenden Veränderungen auf der Ausgabenseite zu beobachten, um dann abzuleiten, wie man jetzt unter dem Druck der neu geschaffenen Verhältnisse zu einer notgedrungenen Umgruppierung der einzelnen Ausgabepositionen des Budgets schreiten muß (vgl. hierzu S. 23).

aa) Wie gesagt, ist der moderne Staat mehr oder minder stark ausgeprägt: Wohlfahrtsstaat. Der Wohlfahrtshaushalt muß in unserem Zusammenhang, wie bereits verschiedentlich abgeleitet, am stärksten anschwellen. (Ebenso verhalten sich die Subventionen.) Dazu kommt, daß bisher etwa selbständige Wohlfahrts- und Unterstützungsorganisationen infolge der erhöhten Anforderungen notleidend werden und staatlicher Hilfe bedürfen. Bisher von privater und kirchlicher Seite Betreute fallen entsprechend der allgemeinen Einkommen- und Einnahmeverringerung nunmehr auch der Allgemeinheit zur Last usw.

Eine ganze Reihe von Ausgaben wird vorerst mehr oder minder lange starr bleiben, besonders die allgemeinen Personalausgaben, wie wir später noch näher erläutern werden. Hierunter fallen weiterhin naturgemäß die Ausgaben, zu deren Leistung der Staat allgemein gesetzlich und vertraglich verpflichtet ist. Beide Ausgabegruppen liegen meist in vollem Umfang nominell fest, es wird damit also entsprechend der Geldwertsteigerung eine unmittelbare reele Mehrbelastung für den Staat entstehen, der sich hier in der Lage des, wie unter IV. abgeleitet, durch die Auswirkungen der Deflation besonders betroffenen Schuldners befindet (vgl. S. 90/91).

Die Sachausgaben der Staatsverwaltung etc. sind natürlich entsprechend den Preissenkungen vermindert. Wir wissen aber, daß diese Preissenkungen ganz ungleichartig erfolgen. Die bedeutenden Ausgaben z. B. für Beleuchtung und Heizung der Dienstgebäude, die Verpflegung des stehenden Heeres, der Polizei usw. werden

jedoch infolge der geringen Nachfrageelastizität der entsprechenden Güter und dem daraus folgenden späten Preisfall zumindest vorerst gleichbleiben bzw. sich erhöhen[39]).

Maßgebend für die endgültige mengenmäßige budgetäre Bedeutung dieser verschiedenartigen Veränderungen ist der jeweilige verhältnismäßige Anteil der Personal-, Sach-, Wohlfahrts- etc. Ausgaben an den Gesamtausgaben. Generell läßt sich sagen, daß gerade die in diesem Zusammenhang als starr bzw. zwangsläufig ansteigend gekennzeichneten Personal- und Wohlfahrtsausgaben in den modernen Finanzwirtschaften einen bedeutenden Platz einnehmen, die Sachausgaben dagegen anteilmäßig erst nach ihnen (beide zusammengenommen) einzustufen sind[40]). Im übrigen wird für die Bedeutung der nominellen Verpflichtungen des Staates in praxi besonders die Höhe der Staatsschuld von ausschlaggebender Bedeutung sein...

Weiterhin besteht die Gefahr, daß „Sonderrechnungen" (d. h. besondere Ausgaben für besondere einmalige öffentlich-wirtschaftliche Maßnahmen, die aus sich heraus unrentabel oder nur à la longue produktiv oder gar völlig unproduktiv — was noch gar nicht sagt, daß sie etwa aus der allgemeinen Staatsraison heraus nicht unbedingt notwendig sind — sein können, z. B. der Bau strategischer Straßen, die Errichtung „hübscher neoklassischer Gebäude"[41]) aus repräsentativen Zwecken, die Beschaffung von Kriegsmaterial, usw.) durch ihr nunmehr zwangsläufiges „Nichtaufgehen", da sie meist durch besondere Einnahmen, deren Vorschätzungen jetzt völlig abwegig geworden sind, finanziert werden, auch noch Ansprüche an die schwindenden ordentlichen Einnahmen innerhalb des Budgets stellen. Man wird hier fast immer gezwungen sein, den einmal beschrittenen Weg auch bei wirtschaftlich oder politisch nicht unbedingt vertretbaren Projekten zu Ende zu gehen, da die auftretenden Verluste bei Nichtvollendung der begonnenen Maßnahmen in der Regel noch größer sein werden als bei

---

[39]) Außerdem besteht hier in praxi je nach der verwaltungsmäßigen Organisation der Finanzwirtschaft in mehr oder minder starkem Maße die Gefahr, daß diese auf Grund der Preissenkungen erfolgte Minderung bei den Sachausgaben von den einzelnen Instanzen „verwirtschaftet" wird. Das Finanzministerium wird das in vielen Fällen erst spät aufdecken können, besonders wo sich diese Tendenz durch die allgemein erfolgenden Abstriche bei den einzelnen Positionen noch verstärken wird.

Maßgebend dabei ist auch jeweils die Methode, wie die Kassenreste behandelt werden, ob sie in den neuen Etat als Plus oder Minus eingesetzt werden können bzw. müssen, ob sie zu einer Fondbildung herangezogen werden können usw. Je zersplitterter die Verwaltung von Fall zu Fall ist, umso schwerwiegender können diese Möglichkeiten in Erscheinung treten.

[40]) Vgl. hierzu die Ausführungen Fritz TERHALLES, in „Finanzwissenschaft", Jena 1930, S. 44 ff., Zahlen besonders S. 60/61.

[41]) So D. H. ROBERTSON i. and. Zush. in Das Geld, II. Aufl., Wien 1935, S. 107.

deren nunmehr auch nur noch mit Opfern durchführbaren Vollendung. In jeder Finanzwirtschaft sind derartige Sonderrechnungen zu jeder Zeit vorhanden. Es kommt jeweils von Fall zu Fall auf ihre kapitalmäßigen Ausmaße an, d. h. auf die Höhe der in ihnen festgelegten der Volkswirtschaft irgendwo entzogenen Mittel, deren Verlust durch ein vorzeitiges Aufgeben der Projekte bzw. ihre Liquidation in mehr oder minder starkem Maße befürchtet werden müßte. Es fragt sich außerdem, ob es überhaupt noch aus rein äußerlichen, technisch oder auch juristisch bedingten Gründen ein Zurück hierbei gibt.

bb) Wir haben schon soviel gesehen, daß wir sagen können: sinkenden Einnahmen stehen steigende Ausgaben gegenüber; die automatisch durch die Preissenkung erfolgenden gleichzeitigen Ausgabenrückgänge können nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Staatshaushalt gerät so in eine Schere: hier steigende Ausgaben, dort sinkende Einnahmen. Man ist damit gezwungen, zu versuchen, irgendwo Ausgabendrosselungen vorzunehmen (vgl. hierzu S. 23).

Man kann die Staatsausgaben scheiden in primäre Ausgaben, das sind solche, die „dem Wesen des Staates entspringen und von keinem Staate unterlassen werden dürfen“ [42]) (Heer, Polizei, Rechtspflege, Schuldendienst usw.) und in sekundäre Ausgaben [43]), „von denen dies nicht gilt“.

Die Ausgaben, die zur Verwirklichung der auf S. 89 gegebenen grundsätzlichen Einteilung der unter 1. und 2. und teilweise auch unter 3. aufgeführten Staatsaufgaben dienen, müßte man hier als primäre bezeichnen; die den besonders unter 4. aufgeführten Aufgaben entsprechenden dagegen als sekundäre Ausgaben ansehen. Hier werden grundsätzlich die ersten Abstriche erfolgen müssen, dann unter 3. und so fort entsprechend der grundsätzlichen Bedeutung der einzelnen Ausgaben.

Abgesehen von den sachlich am tragbarsten erscheinenden Ausgabebeschränkungen (eben grundsätzlich vermutlich am ehesten bei den sekundären Ausgaben) wird man in praxi da Abstriche vornehmen, wo die geringsten politischen Widerstände vorhanden sind. Diese und auch die Art der vorgenommenen Abstriche selbst müssen sich ganz anders zeigen, je nachdem die Regierung sozialistisch, liberal oder konservativ orientiert ist. Der einen Regierung erscheinen die Ausgaben für zusätzliche Bewaffnungen jetzt in ihrer Aufrechterhaltung wichtiger als bestimmte Ausgaben für kulturelle Zwecke usw. Wir werden auf diese politisch bedingten Momente noch wiederholt zurückkommen müssen. Hier genüge ihre Erwähnung.

---

[42]) W. RÖPKE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 49.

[43]) Die Einteilung in primäre und sekundäre Staatsausgaben erfolgte durch Findlay Shirras, vgl. W. RÖPKE, a. a. O., S. 48.

Röpke nennt als typisches Beispiel für sekundäre Ausgaben auch die Wohlfahrtsausgaben. Nun sind es in unserer Situation gerade die Wohlfahrtsausgaben, die aus den geschilderten Gründen anschwellen müssen. Es erfolgt von dieser Seite eine Bedrohung der anderen Ausgaben, darunter letztlich auch solcher Ausgaben, die sich unmittelbar aus dem Wesen des Staates ableiten.

Es ergibt sich also, daß gerade von Seiten der sekundären Ausgaben empfindliche zwangsläufige Erhöhungen erfolgen, die die grundsätzliche Tendenz der hier einsetzenden Abstriche zunichte machen. Das Anwachsen der Wohlfahrtslasten kann, wie verschiedentlich schon gezeigt wurde, aus sozial-psychologischen und innerpolitischen Gründen praktisch noch nicht einmal wesentlich abgebremst werden, und wenn, nur erst sehr spät, d. h. dann, wenn ein Abbremsen ohne Effekt sein muß [44]).

Als sekundäre Ausgaben wären darüber hinaus auch zu nennen: Aufwendungen für bestimmte öffentliche Arbeiten, Schiffsbauten z. B., kurz gerade für verschiedene langwierige Projekte, soweit sie in den Etat eingestellt sind und nicht auf Grund von „Sonderrechnungen" erfolgen. Wir bemerkten vorhin bei der Erwähnung dieser Sonderrechnungen, daß die Möglickkeiten für ein Abbremsen eines erheblichen Teils von der Art der gerade aufgezählten Ausgabetypen recht bedingt sind, eine Entlastung von hier aus also auch äußerst problematisch ist.

Jedoch sind die sekundären Ausgaben eben doch grundsätzlich leichter zu beschränken als die verfassungsmäßig verankerten Ausgaben, (die Dotationen für die öffentlichen Gewalten etwa) oder der Staatsschuldendienst (wo das Prestige des Staates auf dem Spiele steht) oder der vielen anderen für die ganze Volkswirtschaft fundamentalen Staatsausgaben, die den oben auf S. 89 unter 2. und 3. aufgeführten Staatsaufgaben entsprechen.

Auch innerhalb der primären Ausgaben müssen, wenn die anderen Möglichkeiten erschöpft sind, Sparmaßnahmen auftreten. Es muß dies naturgemäß so erfolgen, daß eine prinzipielle Beeinträchtigung der verfassungsmäßig gebotenen Verwirklichung der entsprechenden Staatsaufgaben tunlichst vermieden wird.

Hier wie bei den ganzen Ausgabebeschränkungsaktionen überhaupt wird es allgemein immer leichter sein, die Sachausgaben zu senken als die Personalausgaben.

Ein Teil der Sachausgaben ist allerdings immer laufend erforderlich, also Aufwendungen für Büromaterial, Heizung, Beleuch-

---

[44]) Man könnte sagen, daß in der von uns betrachteten Situation die bisher bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen s e k u n d ä r e n Wohlfahrtsausgaben nunmehr in ihrer Bedeutung den grundsätzlich primären Ausgaben ebenbürtig geworden sind, hängt doch letztlich von ihrer Vornahme das Wohl und Wehe der ganzen bestehenden politischen, soziologischen und wirtschaftlichen Ordnung ab!

tung, Unterhalt der Staatsgebäude etc. Hier kann nur gespart werden, diese Ausgaben können nicht plötzlich ganz wegfallen. Andererseits ist es relativ einfach, (auch hier wieder mit den bei Betrachtung der „Sonderrechnungen" gemachten Einschränkungen) bestimmte Ausgaben für Brückenbauten, neue Universitäten, Kliniken, Gerichtsgebäude usw. einfach zu unterlassen. Es ist das wiederum eher möglich als personelle Ausgaben an sich desselben Vordringlichkeitsgrades einfach zu streichen, da hier mit starken unmittelbaren psychologisch bedingten Widerständen zu rechnen sein wird, abgesehen von den dabei auftauchenden allgemeinen humanitären Erwägungen.

Etwas Altes, einmal Bestehendes wird darüber hinaus weniger leicht fallen gelassen als etwas Neues noch nicht Verwirklichtes, wenn diesem auch bei sachlicher (volkswirtschaftlich und staatspolitisch und schließlich auch fiskalwirtschaftlich ausgerichteter) Würdigung vor dem Alten der Vorrang gebührte[45]). Wir erinnern uns an dieser Stelle der eingangs auf Seite 24 ff. gemachten Bemerkungen über das „Wirtschaften" in der öffentlichen Wirtschaft, um die Schwierigkeiten zu verstehen, die hier jetzt auftauchen müssen. Wir wiesen damals darauf hin, wie ungeheuer schwierig und verantwortungsvoll eine Anpassung an die deflatorisch bedingten Verhältnisse in der Finanzwirtschaft sein muß, welche volkswirtschaftlichen Gefahren damit verbunden sind (S. 26).

Die Personalausgaben, soweit sie die Beamtenschaft betreffen, zu senken, ist für den Staat, abgesehen von den erwähnten starken psychologischen Widerständen, die bei allen Einkommensenkungen vorhanden sind, rein technisch schon schwierig. Die Beamtenbesoldung erfolgt nach starren Prinzipien, historisch zu erklärenden, „vorliberalen Prinzipien", wie HELANDER sie bezeichnet[46]). Die „standesgemäße Lebensführung" ist z. B. ein derartiges (qualitatives) Prinzip.

Eben schon rein äußerlich stellt auf diesen Prinzipien aufbauend die Beamtenbesoldung mit ihren festbestimmten Anordnungen über die einzelnen Gehaltsgruppen, die Kinderzulagen, die entsprechenden Dienstwohnungen usw. einen starren Faktor innerhalb der finanzwirtschaftlichen Ausgabengestaltung dar, da man bei Vornahme von Gehaltssenkungen über die allgemeinen Widerstände hinaus hier noch mit auf diesen Prinzipien beruhender verstärkter Opposition rechnen muß. Die Privaten können[47]) und müssen sich

---

[45]) Von hier aus müßten sich die den Verhältnissen entsprechenden von uns voraussetzungsgemäß ausgeschalteten finanzpolitischen Maßnahmen entwickeln.

[46]) Sven HELANDER, Die Grenzen der Besteuerung, Finanzarchiv 1931.

[47]) Siehe S. 24/25.

mit ihren Einkommen, wie wir unter IV. sahen, „vorbehaltloser" der neuen Lage anpassen [48]).

Die Gehaltskürzungen der Beamtenschaft stoßen damit auf besondere Schwierigkeiten, sie müssen so in besonders starkem Maße bei der allgemeinen Anpassung nachhinken [49]).

cc) Nach diesen allgemeinen Bemerkungen, die nur einige der hauptsächlichen Bewegungsrichtungen, in denen die zwangsläufig „eintretenden" sowohl wie die zwangsläufig „vorgenommenen" Ausgabenänderungen erfolgen müssen, aufzeigen sollten, ist zusammenfassend zu sagen:

Alle Ausgaben, die der Staat zu leisten hat, beziehen sich letztlich auf die drei Grundaufgaben der modernen Staatsbetätigung, das sind der Landesschutz, der Rechtsschutz und die Pflege von Kultur und allgemeiner Wohlfahrt (Terhalle). Dabei sind manche Ausgaben für die Erhaltung des Staates als solchem besonders vordringlich, die primären Ausgaben, andere, die letztlich in anderer Richtung nicht minder bedeutsam sind, treten unter diesem Gesichtspunkt zurück, die sekundären Ausgaben. Die damit bei einem bestimmten Stand staatlicher Wirksamkeit naturnotwendig bestehende Proportionalität zwischen den diesen drei Grundaufgaben der Staatsbetätigung entsprechenden Ausgabenkategorien ist durch die angedeuteten Veränderungen gestört. Gerade die hier finanzwirtschaftlich mit sekundär bezeichneten Ausgaben werden volkswirtschaftlich gesehen in bedeutendem Umfang eine Speisung der Steuerquellen, also produktive Verwendungen darstellen, während die primären oft rein konsumtive Verwendungen in dieser Hinsicht bedeuten, so notwendig sie für den allgemeinen äußeren Ablauf des Wirtschaftslebens auch sein mögen.

Eine der Schrumpfung der Einnahmen entsprechende Anpassung der Ausgaben ist nicht möglich, da die Ursachen, die zur Schrumpfung der Einnahmen führen, gleichzeitig eine Erhöhung bestimmter Ausgaben bewirken [50]). Der bisherige Überbau der Finanzwirtschaft

[48]) Es besteht zu jeder Zeit ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Beamtenkörper und der privaten Berufsbetätigung ebenso wie zwischen der öffentlichen und privaten Wirtschaft allgemein. Auch an dieser Stelle muß sich die Störung dieser grundsätzlichen Relation und zwar, wie aus den oben angeführten hier vorliegenden besonderen Starrheitsmomenten hervorgeht, in überproportionalem Ausmaß zeigen. Diese Verschiebung kann sich in einer eventuellen beruflichen Abwanderungstendenz in die Beamtenstellen — z. B. in der Art der Wahl der Vorbildung zum Ausdruck kommend — geltend machen.

[49]) Aus dieser äußerlich gut sichtbaren Verzögerung der Einkommensanpassung der Beamtenschaft im Gegensatz zu den übrigen Bevölkerungsteilen können sich je nachdem erhebliche innerpolitische Spannungen ergeben.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis auf das in England übliche System der gleitenden Gehälter. Ein Teil des Gehalts ist in seiner Höhe nach den Bewegungen bestimmter Preise ausgerichtet.

[50]) Der zur Verfügung stehende Raum erlaubt es uns nicht, die bei diesen Zusammenhängen aus natürlichen voraussetzungsgemäßen und organisatorischen

entspricht nicht nur nicht mehr der schrumpfenden ihm zugrundeliegenden privaten Wirtschaft, sondern droht darüber hinaus dauernd, noch weiter anzuwachsen.

Es ergibt sich für die Finanzwirtschaft ein andauernd steigender Bedarf, der sich wie folgt zusammensetzt: Mehrbedarf = (Ausgabenmehrbelastung — Ausgabenminderbelastung) + Einnahmeausfall. In der Ausgabenminderbelastung bestünde das Ventil, da, wie wir sahen, die „zwangsläufig eintretenden" Ausgabeerhöhungen kaum nennenswert abzubremsen sein werden, weil ihre Ursache in den Erscheinungen des privatwirtschaftlichen Unterbaus der Finanzwirtschaft begründet liegt, Erscheinungen, auf die die Finanzwirtschaft nur durch eine speziell ausgerichtete Finanzpolitik Einfluß nehmen könnte. Nach den gemachten Voraussetzungen soll sich die Finanzwirtschaft hier aber nur auf die passive Rolle der „Anpassung" beschränken, um die deflatorisch bedingten Einflüsse auf die Finanzwirtschaft speziell bis zu ihren entferntesten Auswirkungen verfolgen zu können. Die Möglichkeiten zu einer Ausgabenverminderung sind, wie wir erkennen mußten, beschränkt. Die Anpassung erfolgt darüber hinaus zwangsläufig in der Richtung, daß damit der Einnahmeausfall teilweise noch verstärkt wird, wie unter VI, a, 3) und a, 4) grundsätzlich dargestellt wurde. ...

Ein Loch wird gestopft und ein neues größeres dabei aufgerissen. So sagten wir oben. ...

4) aa) Unter 1, bb) sagten wir, daß heute praktisch in den modernen Finanzwirtschaften ohne weiteres die Gesamtheit der Einnahmen der Gesamtheit der Ausgaben gegenüberstünde. Das besagt aber nicht, daß eine geordnete Finanzwirtschaft nun allgemein wahllos Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellte, ohne sich wenigstens in großen Zügen über die besondere Art dieser Einnahmen und Ausgaben vom fiskalwirtschaftlichen Standpunkt aus im klaren zu sein. Sie muß diese Überlegungen deshalb anstellen, weil, wie wir zeigen wollen, von der Art der gegenüberstellenden Kombinierung der einzelnen unter bestimmten Gesichtspunkten gebildeten Einnahmearten und Ausgabearten die praktische Durchführbarkeit, die strukturmäßige Solidität des aufgestellten Budgets zusammen mit der Richtigkeit der Schätzungen entscheidend mit abhängt.

Das Prinzip der Nonaffektation besagt nur, daß nicht bestimmte Einnahmen an bestimmte Ausgaben gebunden sein sollen, womit bestimmte Ausgaben mit dem Fließen bestimmter Einnahmen stehen und fallen würden. Die Anwendung dieses Prinzips stellt damit letzlich außerdem eine verwaltungsmäßige Erleichterung für die ausführenden finanzwirtschaftlichen Organe dar, eine gewisse

Gründen verschiedenartig erfolgenden Reaktionen von Staat und Gemeinden aufzuzeigen.

Selbständigkeit im Handeln gegenüber den Kontrollorganen der Staatsgewalt, in unserem Fall also den Parlamenten; dieses Prinzip ist Voraussetzung für die Möglichkeit einer einigermaßen lebendigen Verwaltung ohne jeweils bei allen etwa auftretenden Verschiebungen der Einnahmen und Ausgaben den mehr oder minder schwerfälligen Verfassungsapparat in Bewegung setzen zu müssen. Wir werden allerdings nachher noch sehen, daß die Selbständigkeit der finanzwirtschaftlichen Organe andererseits gerade in dieser Hinsicht praktisch beschränkt ist.

Jedoch ist es eben aus rein fiskalwirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus, im Hinblick auf die zweckmäßigste, durchführbarste Konstruktion des Budgets angebracht, sich bei der Budgetisierung von bestimmten finanzwirtschaftlichen Deckungsregeln leiten zu lassen. Wohl gemerkt soll das nicht heißen, daß man sich nun bemühen wird, soll oder überhaupt kann, wie unter 1, bb) auch schon vermerkt, die historisch-organisch gebildete tendenzmäßige Harmonie der im Abschnitt a) dieses Kapitels dargestellten vier volkswirtschaftlichen Besteuerungskonsequenzen untereinander zu garantieren oder sich ihr weiter zu nähern (vgl. hierzu auch das S. 29 Gesagte).

bb) Das wird sofort klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bereits rein äußerlich das Budget, der Etat, meist in einen sogenannten „ordentlichen" und einen sogenannten „außerordentlichen" Teil zerfällt. Wir werden gleich noch sehen, daß ein Teil der außerordentlichen Ausgaben mit außerordentlichen Einnahmen bestritten werden darf. Das Prinzip der Nonaffektation ist dann aber andererseits hier bei korrektem finanzwirtschaftlichem Verhalten nicht mehr ohne weiteres anwendbar. Es kann naturgemäß nur innerhalb des ordentlichen Etats unumschränkt Geltung haben [51]), innerhalb des außerordentlichen Etats ist es grundsätzlich nur beschränkt anwendbar.

Was sind nun ordentliche Ausgaben, was sind außerordentliche Ausgaben? In Praxis ist diese Begriffsteilung aus guten Gründen meist verschwommen. Die Finanzwirtschaft hat hier technisch ein Mittel in Händen, über die wahre Sachlage hinwegzutäuschen, durch Verschiebungen zum außerordentlichen Etat hin bringt man den ordentlichen ins Gleichgewicht etc.

Hier geht uns vorerst aber einmal die finanzwissenschaftlich fundierte grundsätzliche Scheidung ordentliche und außerordentliche Ausgaben an [52]). Die Teilung erfolgt dabei nach der Periodizität, d. h. die ordentlichen Ausgaben sind im Gegensatz zu den

---

[51]) Vgl. hierzu auch G. JÈZE, a. a. O., S. 104 unter II.

[52]) Die Ausgaben sind finanzwirtschaftlich immer das Primäre. Es heißt: Die Einnahmen richten sich nach den Ausgaben.

außerordentlichen grundsätzlich zu bestimmten Zeitpunkten voraussehbar — sie schwanken nur in der Höhe.

Die außerordentlichen Ausgaben sind nach Bruno MOLL[53]) zu scheiden:

1) in ganz unvorhergesehene Ausgaben,
2) in solche Ausgaben, wo die Wiederkehr feststeht, wo aber die Periodizität (das Kriterium der ordentlichen Ausgaben) fehlt[54]);
3) in solche Ausgaben, die auf begrenzte Zeit laufen, also wohl vorhergesehen (i. Gegs. zu 1)), aber nicht permanent (im Gegs. zu 2)) sind[55]).

Moll[56]) faßt nun unter Berücksichtigung der Flüssigkeit der Grenzen zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben, die sich je nach der als „normal" angesehenen Zeitdauer bzw. des Grades der Abweichung von dieser richtet, alle öffentlichen Ausgaben in 5 Gruppen zusammen:

1. die (im genannten Sinne) typischen ordentlichen Ausgaben (also z. B. die Beamtengehälter, best. Sachausgaben etc.),
2. die ordentlich-einmaligen Ausgaben (z. B. ein konkreter, auf mehrere Jahre verteilter Neubau eines Verwaltungsgebäudes),
3. die unvorhergesehen einmaligen Ausgaben (für Katastrophen-, Unwetterschäden z. B.),
4. die unberechenbar-permanenten Ausgaben (z. B. Substanzersatz — Substanzerneuerung[57]) des staatlichen Vermögens),
5. die irregulär rentabeln Ausgaben (z. B. Eisenbahnbauten).

Ausgaben der Gruppen 1. und 2. betrachtet MOLL als in den ordentlichen Etat gehörig, Ausgaben der Gruppen 3., 4. und 5. gehören nach MOLL dagegen in den außerordentlichen Etat.

cc) Aus den eben genannten Forderungen nach praktischer Durchführbarkeit und strukturmäßiger Solidität des aufgestellten Budgets ergeben sich nun bestimmte ideale Deckungsregeln von Seiten der Einnahmearten, die diesen fünf Ausgabegruppen entsprechen müßten, ist die Finanzwirtschaft doch immer gezwungen, darauf zu achten, jederzeit das Haushaltgleichgewicht aufrecht erhalten zu können. Diese Ausbalancierung der Ausgabe- und der

---

[53]) Bruno MOLL, Probleme der Finanzwirtschaft, S. 58 ff., Leipzig 1924.

[54]) Hier zeigt sich die grundsätzliche Relativität dieser Scheidung in ordentliche und außerordentliche Ausgaben. Sie ist eben ein praktisches Problem. Es kommt dabei auf die Zeitdauer an, die man als „normal" ansieht. Eine Ausgabe z. B., die alle 5 oder 6 Jahre wiederkehrt, als ordentliche zu bezeichnen, empfiehlt sich eben aus praktischen Gründen nicht.

[55]) Auch hier sind grundsätzlich naturgemäß die Grenzen zu den „ordentlichen" Ausgaben flüssig.

[56]) MOLL, a. a. O.

[57]) Aufwendungen hierfür müßten grundsätzlich ordentliche Ausgaben sein. Jedoch kann praktisch ein gleichmäßig auf die Jahre verteilter Durchschnittssatz hierfür in praxi schwerlich berechnet werden, der Bedarf erfolgt deshalb stoßweise unregelmäßig; somit empfiehlt sich die Einstufung hier.

Einnahmeseite gegeneinander erfolgt nun tendenzmäßig in einer möglichst treffenden Abwägung der Einnahmen und Ausgaben hinsichtlich Periodizität und ökonomischer Wirkung, d. h. man fragt sich: wann und wie oft haben die Aufwendungen zu erfolgen, und sind sie etwa derart, daß sie einen (unmittelbar sich finanzwirtschaftlich niederschlagenden!) wirtschaftlichen Ertrag liefern oder nicht?

MOLL fordert davon ausgehend:

1. die ordentlichen Ausgaben sind mit ordentlichen (also entsprechend = regelmäßig voraussehbar fließenden) Einnahmen zu decken;
2. die ordentlich-einmaligen Ausgaben ebenso;
3. die unverhergesehen-einmaligen Ausgaben ebenso, nur wenn sie den Charakter von Aufwendungen für in begrenzter Zeit sich verzehrenden Anlagen haben, können sie durch Anleihen, die in der gleichen Zeit getilgt sein müssen, finanziert werden;
4. die unberechenbar-permanenten Ausgaben können, wenn sie
   a. in einzelnen Elementen in das Budget eingestellt sind, mit Anleihen gedeckt werden, müssen dagegen, wenn sie
   b. in der praktisch nur möglichen „Form einer Fiktion" (Moll) als dauernde ordentliche Durchschnittsausgaben in das Budget aufgenommen sind, aus ordentlichen Einnahmen bestritten werden.
5. Die irregulär-rentabeln Ausgaben können bzw. „dürfen" (wie MOLL sagt) durch Anleihen gedeckt sein.

Diese Deckungsregeln sind naturgemäß, um es zu wiederholen, nur oberste Maxime, sie bedeuten ein Ideal, dem man sich in praxi mehr oder minder annähern kann, von dem man aber auch in praxi unter dem Zwang der jeweiligen Verhältnisse mehr oder minder stark abweichen muß.

Es ist jedoch notwendig, daß die Finanzwissenschaft einseitig und rücksichtslos diese Forderungen als oberste Leitsätze stellt, ungeachtet der Möglichkeit, diese praktisch auch wirklich einzuhalten [58]), denn diese Deckungsregeln mit ihrer energischen Empfehlung möglichst weitreichender Verwendung nur ordentlicher Einnahmen sind gegenüber der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung meist nur mit großen Schwierigkeiten zu verfechten und durchzusetzen. Die Finanzwirtschaft müßte schließlich als Mindestes immer darüber Klarheit haben, wie weit sie sich unter dem Drang bestimmter Verhältnisse von den finanzökonomischen Erfordernissen und den auf diesen beruhenden Spielregeln entfernt ...

dd) Was geschieht nun in unserer Situation? Die Einnahmen sinken, die Angaben steigen in der vorhin dargestellten Richtung,

[58]) So Bruno MOLL, a. a. O., S. 62.

man nimmt Anpassungen vor im Rahmen der unter 3, bb) abgeleiteten Möglichkeiten. Es gilt jetzt, weiter zu fragen, wie damit die Struktur des Budgets, des Zentralnervs der ganzen Finanzorganisation, beeinträchtigt wird.

Nehmen wir vorerst noch weiter an, daß die bisherige Aufteilung in ordentlichen und außerordentlichen Etat bestehen bleibt. Die eigentlichen Möglichkeiten der Anpassung an die verringerten Einnahmen liegen naturgemäß im außerordentlichen Etat. Wir leiteten ab, wie gerade die laufenden, die „ordentlichen" Ausgaben anwachsen. Man wird also versuchen müssen, vorerst alle vorhandenen noch anfallenden ordentlichen Einnahmen auf den ordentlichen Etat zu konzentrieren.

Am ersten wird man dabei die Posten des außerordentlichen Etats anpassen, die für die „unvorhergesehen-einmaligen Ausgaben" bereitgestellt sind, die nur einen Sicherheitsfaktor darstellen, man wird es hier am ehesten „einmal darauf ankommen lassen" [59]). Weiterhin wird man versuchen, die Substanzersatz- und Substanzerneuerungsbeschaffungen des staatlichen Vermögens abzustoppen. Man handelt ja jetzt notgedrungen ganz aus streng fiskalwirtschaftlich-verwaltungsmäßiger Perspektive, es kommt darauf an, auf jeden Fall den Haushalt zu balancieren, die gerade von hier ausgehenden, die Situation der privaten Wirtschaft verschärfenden Momente können dabei zwangsläufig gar nicht berücksichtigt werden.

Damit sind aber auch schon die Anpassungsmöglichkeiten von dieser Seite aus erschöpft. Wir sahen bereits, welche Gefahr aus den laufenden „Sonderrechnungen" entstehen kann. Diese „Sonderrechnungen" treten in praxi auf bei den ordentlich-einmaligen Ausgaben (was nach dem Gesagten eine Durchbrechung der Deckungsregeln bedeutet) und dann, als typische und normaliter auch nach den Maximen der Deckungsregeln haltbare Erscheinungen, bei den irregulär-rentabeln Ausgaben. Es ist aus dem unter 3, aa) und 3, bb) Ausgeführten ohne weiteres klar, daß nun von diesen Ausgaben her ein erneuter Druck auf die ordentlichen Einnahmen einsetzen wird. Die zugrundeliegenden Anleihen müssen weiter bedient werden, die Rentabilität der erstellten Anlagen ist rückläufig oder gar völlig verschwunden. Bei den in Entstehung begriffenen Anlagen sieht man sich, wie ausgeführt, vor der Alternative, das Projekt als solches ganz fallen zu lassen oder aber durch Heranziehung der schon von allen anderen Seiten fortschreitend belasteten ordentlichen Einnahmen zu vollenden, falls die entsprechenden Anleihen noch nicht

---

[59]) In praxi tritt hier diese Möglichkeit gleichzeitig beschränkend und damit die allgemeine Situation verschärfend die Tatsache hinzu, daß diese 3. Deckungsregel realiter zu allen Zeiten am allerwenigsten befolgt wird. Vgl. B. MOLL, a. a. O., S. 64.

aufgelegt oder voll bezahlt sind. Nunmehrige Anleiheauflage speziell für diesen Zweck ist jetzt völlig ausgeschlossen.

Andererseits ist es umgekehrt möglich, daß, wenn bereits mit Anleihen finanzierte Projekte abstoppbar sind, die daraus noch vorhandenen Anleihemittel zur Bestreitung anderer grundsätzlich nicht der Anleihedeckung entsprechender Ausgaben herangezogen werden [60]).

Die Finanzwirtschaft wird immer stärker gezwungen sein, wenn überhaupt noch möglich, zu den ungünstigsten Bedingungen allgemeine kurzfristige Kredite aufzunehmen und mit den so einkommenden Mitteln wahllos die verschiedensten Ausgaben bestreiten. ...

ee) Es ist ohne nähere Erläuterung aus allem Vorhergesagten verständlich, daß sich in der von uns betrachteten Situation nunmehr der Abstand von der Einhaltung der idealen Deckungsregeln immer mehr vergrößern muß, daß es für die finanzwirtschaftlichen Organe gar nicht mehr möglich sein wird, auch nur tendenzmäßig eine Ausrichtung auf diese Prinzipien vorzunehmen. Es kommt für sie jetzt einzig und allein auf die Rettung des momentanen Haushaltgleichgewichts an, ja, im fortgeschrittenen krassesten Stadium [61]) nur noch darauf an, an den Zahltagen gerade noch so viel Bargeld in der Kasse zu haben, daß ihnen die Wohlfahrtsunterstützten nicht die Fenster einschlagen, wenn sie ohne oder mit weniger Geld oder mit einer wiederum zeitlich verkürzten Abschlagsrate nach Hause gehen müßten, daß sie die dringlichsten Lieferantenrechnungen bezahlen, die Zinszahlungstermine der staatlichen Anleihen einhalten, kurz alles tun können, um die Öffentlichkeit einigermaßen über den latenten Staatsbankerott hinwegzutäuschen.

Das Ordinarium bedrängt also das Extraordinarium und umgekehrt, die Einhaltung von Deckungsprinzipien, die Ausrichtung

---

[60]) Es ist dann jeweils von Fall zu Fall zu untersuchen, ob innerhalb des betreffenden Budgets sogenannte „selbstgenügsame" Positionen vorhanden sind, d. h. Ausgabeposten bzw. laufende Projekte mit spezifischen Deckungsmitteln. Eine Verschiebung dieser Mittel zu anderen Verwendungszwecken hin wird in den meisten dieser Fälle juristisch nicht möglich sein. — Ein Beispiel wäre hier der britische Straßenbaufond. — Außerdem fand sich früher in Bayern eine Reihe solcher verselbständigter Budgetbestandteile. — Weiter ist zu fragen, ob die öffentlichen Erwerbsunternehmungen völlig aus dem Budget ausgegliedert sind oder ob durch deren eventuelle Verluste auch Anforderungen an den Etat hervorgerufen werden können.

[61]) Wir erinnern daran, daß wir die Auswirkungen der Deflation auf die Finanzwirtschaft voraussetzungsgemäß bis zu ihren zwangsläufigen entferntesten Ausläufern verfolgen wollen, frei von den in der Wirklichkeit naturgemäß vorhandenen natürlich und politisch bedingten Gegenbewegungen. In praxi haben sich die Erscheinungen in der oben geschilderten krassen Form in den bei unserer Untersuchung im Hintergrund stehenden Ländern nicht abgespielt. Bei den Erscheinungen während der Deflationsjahre in Deutschland wirkten andere Momente (vorwiegend die polit. Verschuldung) wiederum besonders verschärfend mit.

nach fundamentalen finanzökonomischen Prinzipien rücken in immer weitere Ferne, von einer Solidität der Budgetstruktur kann im Laufe der Entwicklung keine Rede mehr sein, die Durchführbarkeit eines Budgets überhaupt ist mehr als problematisch geworden. Das Budget, das Ordnungsinstrument der Finanzwirtschaft, muß zwangsläufig auseinanderbrechen: Gegen die Erhöhung der Ausgaben ist man so gut wie machtlos, ebenso wie gegen die Einnahmeminderung. Schätzbar sind diese Veränderungen, wie wir zeigten, darüber hinaus auch nicht. Die zwangsläufigen Anpassungsversuche treiben die Destruktion nur noch weiter vor.

5) aa) Bei unserer grundsätzlichen Betrachtung der Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft ist es nicht notwendig, die finanzwirtschaftlichen Erscheinungen und Erfordernisse danach noch einmal getrennt zu verfolgen, ob sich die geschilderten Verhältnisse während des Laufs eines Haushaltjahrs oder während der Vorbereitung eines kommenden Haushaltjahrs einstellen; denn praktisch wird sich beides meist überschneiden. Die Budgetisierung erfolgt nämlich in den modernen Staaten bereits 3—6 Monate vor der Einberufung der Volksvertretung. Diese tritt zur Budgetberatung wiederum durchschnittlich 3 Monate vor Beginn des Haushaltjahres zusammen.

Ein unter ganz anderen Voraussetzungen aufgestelltes Budget nunmehr durchzuhalten, ist sicherlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, andererseits sind dann noch die abgeleiteten Erscheinungen in ihren Auswirkungen weniger heftig, während die eigentliche Problematik erst im fortgeschrittenen Entwicklungsstadium bei der dann notwendigen Budgetisierung auftreten muß. Es entspricht damit nur dem abgesteckten Ziel unserer Erörterung, also möglichst „sofort einsetzbare theoretische Werkzeuge“ (s. oben S. 17) zu erarbeiten, wenn wir auch hier unsere Beobachtungen unter dem Gesichtspunkt der Neuaufstellung eines Budgets machen, damit auch wieder hier eine Art „Generalnenner“ gefunden zu haben glauben.

bb) Wir stehen vor dem Dilemma des öffentlichen Haushalts: sinkenden Einnahmen stehen erhöhte Ausgaben gegenüber. Der Verlauf der Auswirkungen der Deflation und damit die finanzwirtschaftliche Einnahmeminderung sind weiterhin zeitlich und in ihren Ausmaßen nicht im Voraus berechenbar.

Zwangsläufig entfernt man sich von der Einhaltung der notwendigsten Prinzipien der Ausgabebasierung, den finanzwirtschaftlichen Deckungsregeln, immer mehr. Durch die Zusammenstellung von Ausgaben und Einnahmen, die gemäß diesen Prinzipien nicht zueinander passen, verliert das Budget immer mehr an innerer Stetigkeit, die finanzwirtschaftliche Disposition damit ihren Ausrich-

tungspunkt; in der Folge stößt eine wirkliche Budgetisierung auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten.

Wiederholt wurde darauf hingewiesen, wie schwierig und verantwortungsvoll alle nunmehr zwangsläufig einsetzenden Anpassungsversuche der Finanzwirtschaft, abgesehen von der finanzwirtschaftlich-technischen Seite, sein müssen, da die Leistungen der öffentlichen Wirtschaft, die sich zu einem großen Teil auf Sicherheit, Macht, Bildung usw. beziehen, unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht abwägbar sind. Die jeweiligen ethischen, sozialen und kulturellen Erfordernisse zeigen sich den einzelnen Machtgruppen innerhalb des Staats verschieden. Der Regierung notwendig erscheinende Abstriche bei einzelnen Ausgaben zur Verwirklichung dieser Staatsaufgaben verursachen so mehr oder minder heftige Widersprüche und damit verbundene innerpolitische Spannungen.

Die im Laufe der nächsten Finanzperiode zu leistenden Ausgaben sind ebenso wenig wie die anfallenden Einnahmen zu übersehen. Nur ein Teil der Ausgaben (Schuldzinsen, Bezüge der Minister, Besoldungen allgemein etc.) ist vorher feststellbar. Die anderen Ausgaben (Wohlfahrtslasten, bestimmte Sachausgaben, wirtschaftspolitische Ausgaben etc.) müssen normaliter geschätzt werden. Nunmehr sind diese erforderlichen Schätzungen ohne Anhaltspunkte[62]).

Staatsgläubiger, Staatslieferanten, die gesamte inländische und ausländische Öffentlichkeit überhaupt warten andererseits gerade jetzt gespannter denn je auf die Veröffentlichung des Budgets. Ungeheuere Schwierigkeiten türmen sich auf, um das Ordnungsprinzip der Finanzwirtschaft, die Festlegung eines bestimmten Ausgabenprogramms und die Bereitstellung der dazu notwendigen Einnahmen, wie sie im Budget geschehen, aufrecht zu erhalten.

Eine Einnahmesteigerung ist, wie aus allen bisherigen Darlegungen klar sein muß, mehr als problematisch. Eine wesentliche Ausgabenminderung ist, wie gezeigt, nur beschränkt möglich, muß im übrigen früher oder später durch die zwangsläufigen relativen und effektiven Ausgabensteigerungen mehr als kompensiert werden. Die Finanzwirtschaft steuert also unaufhaltsam dem Defizit zu!

cc) Knüpfen wir wieder bei der Scheidung in ordentliches und außerordentliches Budget an, ohne näher darauf einzugehen, ob diese nun auch rein äußerlich durch die völlige Herausnahme des außerordentlichen Budgets aus dem Haushaltplan zum Ausdruck kommt oder aber dieser an sich in einen ordentlichen und außer-

---

[62]) Maßgebend hierbei wird auch die Methode sein, die in der Praxis der Veranschlagung jeweils angewandt wird. Vgl. über die „direkte" und die „automatische" Methode etc., Fritz NEUMARK, Konjunktur und Steuern, Veröfftlchg. d. Frankft. Ges. f. Konj.-Forschg., Heft 8, Bonn 1930, S. 23 ff.

ordentlichen Teil zerfällt, was den Publizitätserfordernissen mehr genügen würde. Grundsätzlich sollen alle Einnahmen und Ausgaben im Budget (ordentlichem und außerordentlichem) enthalten sein. Die in praxi vorhandene mehr oder minder starke Zersplitterung in Etats und besondere Fonds, die außerhalb des Budgets liegen, braucht uns hier nicht weiter zu interessieren.

Wir leiteten vorhin die Verschiebungen zwischen ordentlichem und außerordentlichem Budget ab. Wir sahen, wie das Ordinarium mit Mitteln des Extraordinariums gespeist werden muß, sahen, daß diese Möglichkeiten letztlich beschränkt sind und daß nunmehr auch wieder aus dem außerordentlichen Budget heraus verstärkt Anforderungen an die allgemeinen periodisch fließenden Einnahmen gestellt werden.

Man wird nunmehr als erstes wiederum umgekehrt versuchen, möglichst viele Ausgaben aus dem ordentlichen Etat heraus zu pakken, um nur ja hier erst einmal um jeden Preis ein Gleichgewicht zu konstruieren — der außerordentliche Etat wird somit anschwellen [63]). Erleichtert wird dieser Vorgang in finanzwirtschaftlich-technischer und moralischer Hinsicht dadurch, daß es nunmehr in der Tat jeweils fraglich geworden ist, was jetzt „ordentliche" und was jetzt „außerordentliche" Ausgaben sind. Das Unterscheidungsmerkmal nach Periodizität und Wirkung ist nicht mehr ohne weiteres anwendbar.

dd) Der zweite Schritt ist jetzt folgerichtig weiter, den Anforderungen des angeschwollenen a. o. Budgets durch Kreditaufnahme nachzukommen. Anleihen aufnehmen ist, auch dem Parlament gegenüber, grundsätzlich immer bequemer als energische Ausgabensenkung oder direkte Einnahmeerhöhung. In unserem Fall sind die beiden letztgenannten Wege darüber hinaus nicht mit Erfolg beschreitbar. Der Drang, Kredit aufzunehmen, ist damit umso stärker.

Wir wissen nun aber, daß in unserer Situation die alte Faustregel der „wohlfeilen Bedienung" (SCHANZ), d. h. Kredit aufnehmen, da der Zins in der „Krise" billig ist (gleichzeitig als Linderung der privatwirtschaftlichen Verhältnisse durch nunmehr über das Maß der Stopfung der Haushaltlöcher durch zu billigem Zins erfolgende Kreditaufnahme heraus einsetzende vermehrte staatliche Bestellungen gedacht) nicht einmal als ideale Notlösung anzusehen ist, da der Zins eben hoch ist.

Aus dem Vorhergesagten ist es klar, daß Anleihebegebungen, wenn überhaupt, nur zu einem Zinsfuß erfolgen könnten, der einen besonderen Anreiz darstellen müßte, der also wesentlich über die

[63]) Besonders beliebt wird diese Methode sein, wenn ordentliches und außerordentliches Budget völlig getrennt sind und nur das erstere veröffentlicht wird.

allgemein schon überhöhten Zinssätze hinauszugehen hätte. Aber auch hier wird, von der damit verbundenen allgemeinen finanzwirtschaftlichen Belastung und Aufgabe solider Wirtschaftsführung einmal abgesehen, die absolute Grenze öffentlicher Kreditaufnahme bald dann erreicht sein, wenn im Laufe der Entwicklung auf Grund des wachsenden Mißtrauens von Banken und Publikum dem Staatskredit gegenüber eine Steigerung des Verzinsungsangebotes nicht nur nicht mehr kapitalanziehend, sondern sogar kapitalabstoßend wirkt.

Man wird nun nicht sofort zu dem Versuch schreiten, eine Anleihe unterzubringen, sondern vorerst bemüht sein, ein auftauchendes Defizit als einfaches Kassendefizit zu behandeln[64]), in der Hoffnung, dieses im Rahmen der allgemeinen Anpassungsversuche über kurz oder lang beseitigen zu können. Wir verfolgten bereits deren Möglichkeiten und erkannten, daß sie letztlich zum Scheitern verdammt sein müssen. Aus dem zuerst nur vorübergehend erscheinenden Kreditbedarf wird ein dauernder.

Langfristiger Kredit ist, wie wir sahen, nur in äußerst beschränktem Umfang und zu den ungünstigsten Bedingungen erreichbar. Es bleibt nur übrig, zu letztlich noch ungünstigeren Bedingungen, kurzfristige Kredite aufzunehmen[65]). Es ist eine Frage der jeweiligen Verhältnisse, wie lange das möglich ist. Die Versuchung, im Laufe der sich steigernden Schwierigkeiten je nachdem die Notenpresse in Bewegung zu setzen, ist groß. — Das Gespenst einer Inflation taucht auf!

ee) Die zwangsläufig einsetzenden Verschiebungen zwischen Ordinarium und Extraordinarium werden nun, wie gesagt, verstärkt durch das Bestreben, auf jeden Fall das Ordinarium im Gleichgewicht zu halten. Es ist jetzt nur noch eine Auslegungsfrage, von wann ab man im Laufe der weiteren Entwicklung von Budgetverschleierung — frisierten Budgets — sprechen kann. Das Prinzip der Wahrheit bei der Budgetisierung ist dann ebenfalls aufgegeben. Man beginnt „die ‚Krise' durch optimistische Etatisierung zu bekämpfen" (Neumark), man wendet Täuschungsmittel an, um das ordentliche Budget ausbalanziert erscheinen zu lassen[66]).

Eine endgültige Lösung zu finden, ist für die Finanzwirtschaft bei der zur Aufdeckung des gestellten Problems notwendig gemach-

---

[64]) Für den Staat ergeben sich im übrigen, was seine allgemeine Kassenhaltung überhaupt anbelangt, grundsätzlich naturgemäß dieselben Erfordernisse, wie für die Unternehmungen in der privaten Wirtschaft (s. S. 40, allerdings auch S. 41!).

[65]) Vgl. auch S. 43.

[66]) Hier auf Methoden und Möglichkeiten solcher Verschleierungsversuche näher einzugehen, müßte uns zu weit von den eigentlichen Ausführungen abbringen. Vgl. hierzu u. a. z. B. die Ausführungen über die „budgets annexes" bei G. JÈZE, a. a. O., S. 271, 272.

ten Voraussetzung der nur passiven Rolle der Finanzwirtschaft unmöglich[67]); der Fehlbetrag wird chronisch.

Die Verschiebungen zum außerordentlichen Budget hin bewirken von dort aus Kreditaufnahme, die Schuldenlast wächst, eine entsprechende Abtragung rückt in immer weitere Ferne. Durch diese Verschiebung, durch diese Täuschung geschieht nichts anderes als „eine Einbürgerung des chronischen Fehlbetrags"![68])

6) Es liegt außerhalb des Rahmens unserer unter volkswirtschaftlichem Aspekt angestellten Betrachtung des vorliegenden Problems, auf die Bedeutung der allgemein politischen, verfassungsmäßigen und verfassungsrechtlichen Verhältnisse in diesem Zusammenhang näher einzugehen. Wir machen aber im folgenden der Vollständigkeit halber einige andeutende Bemerkungen in dieser Richtung[69]):

In den von uns voraussetzungsgemäß betrachteten Ländern mit „demokratischer" Regierungsform muß es jeweils von verschiedener Bedeutung für den Einfluß politischer Faktoren bei den nunmehr notwendigen Aapassungsversuchen an die sich in der Finanzwirtschaft geltend machenden Auswirkungen der Deflation sein, ob sich etwa in diesen Staaten eine dauernde konstante Mehrheit der Parteien auf die Regierung auswirkt, oder ob aber ein dauerndes Abwechseln verschiedenster Parteirichtungen in der Regierung zum Ausdruck kommt. Es ist ohne weiteres klar, daß im zweiten Fall die Regierungen mehr Rücksicht auf die auftretenden politischen Widerstände nehmen werden als im ersten Fall, daß derartige Regierungen eben schwächer sind, sich den verschiedenen Parteieinflüssen eher beugen müssen.

Außerdem ist dabei naturgemäß von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, welcher Art diese Parteieinflüsse sind, d. h. inwieweit sie von Parteien ausgehen, die die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mehr oder minder heftig bekämpfen, und inwieweit diese Parteien nun derart mehr oder minder stark nationale Disziplin zeigen, daß sie nicht jetzt „im Trüben fischen"....

Weiterhin muß hier bedeutsam sein, ob das Unterhaus oder das Oberhaus mit ihren verschiedenen hinter ihnen stehenden politischen und soziologischen Gruppen verfassungsrechtlich die Priorität in Finanzangelegenheiten haben, wer von beiden also jeweils die Budgetisierung beherrscht. Es ist also z. B. zu untersuchen, ob

---

[67]) Vgl. auch das unter VI, a, 4, cc) und VI, b, 3, cc) Gesagte.

[68]) G. JÈZE, a. a. O., S. 256.

[69]) An sich hat sich später eingehend mit diesen Fragen von Fall zu Fall die empirisch-statische Untersuchung zu beschäftigen. Hier sei nur der Weg gewiesen.

es sich von Fall zu Fall um einen Bundesstaat (i. u. Fall Schweiz) oder Einheitsstaat handelt. Das Oberhaus des Bundesstaates vertritt vorwiegend die Interessen der einzelnen Staaten, die nicht unbedingt mit denjenigen des Bundesstaates parallel zu laufen brauchen, haben die Einzelstaaten doch meist ungeachtet ihrer eigentlichen Bedeutung und ihres gebietsmäßigen Umfangs lediglich auf Grund ihres Vorhandenseins Sitz und Stimme im Oberhaus. Es besteht damit die Gefahr, daß die Ausgabendrosselungen zu sehr auf Kosten der großen Länder erfolgen, diese überproportional belastet werden können, wenn das Oberhaus die ausschlaggebende Rolle spielt. ...

Schon diese Hinweise lassen erkennen, welch starke Hemmnisse für die Finanzwirtschaft in praxi vorhanden sein werden, etwa Ausgabendrosselungen an der ökonomisch und allgemein staatspolitisch „richtigen" Stelle vorzunehmen, bestimmte Einnahmequellen neu zu erschließen oder nicht zu erschließen (s. z. B. unter 2, cc)), bestimmte Verschiebungen zwischen ordentlichem und außerordentlichem Budget vorzunehmen oder gerade nicht vorzunehmen usw.

Aber auch schon rein äußerlich können Anpassungsschwierigkeiten bestehen durch eine etwa vorhandene schwerfällige und komplizierte parlamentarisch-demokratische Verfassungsmechanerie, wodurch eine unnötige Verzögerung der notwendigen Anpassungsmaßnahmen der Finanzwirtschaft verursacht werden könnte. Für letztlich politisch nicht einflußreiche Parteigruppen bestünde hier dennoch die Möglichkeit zu Quertreibereien, Verzögerungen mit Hilfe bestimmter verfassungsrechtlicher Bestimmungen. ...

Besonders die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über die Budgetisierung selbst sind dabei naturgemäß von größter Bedeutung. Eine solche Frage ist etwa neben den übrigen bereits in anderem Zusammenhang verschiedentlich gegebenen Beispielen: Wie geschieht die Ausgabenermächtigung der Regierung durch das Parlament überhaupt? Geschieht sie nach dem „Spezialitätsystem" oder nach dem „Abonnementverfahren", ist im praktisch häufigen Falle des „Spezialitätsystems" dieses mehr oder minder stark detailliert usw.?[70]) M. a. W., es kommt von Fall zu Fall auf den Handlungsspielraum an, der der Exekutive bei der finanzwirtschaftlichen Gebarung von der Legislative abgesteckt ist, d. h., es kommt darauf an, wie groß die verfassungsmäßig bedingte äußere Elastizität des Budgets den hereinbrechenden Auswirkungen der Deflation gegenüber jeweils ist.

Muß die Regierung bei allen Ausgaben- und Einnahmenumstellungen immer vorher einen komplizierten Verfassungsapparat in

[70]) Darüber G. JÈZE, a. a. O., S. 143 ff.; S. 154 ff.; vgl. auch Fritz TERHALLE, Finanzwissenschaft, Jena 1930, S. 23/24.

Bewegung setzen, so müssen damit die im Wesen der Finanzwirtschaft schon an sich liegenden Starrheitsmomente von hier aus noch verstärkt werden, die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Auswirkungen der Deflation erhalten von hier aus neue Impulse.

c) Der folgende Abschnitt wird sich damit beschäftigen, wie nun unter den Auswirkungen der Deflation „die Arten und Formen der steuerlichen Finanzbedarfsdeckung" (das Steuersystem) beeinträchtigt werden.

1) aa) Die Steuern sind die Haupteinnahmeform der Finanzwirtschaft. Von hier aus brechen die privatwirtschaftlichen Erscheinungen am stärksten in die öffentliche Wirtschaft ein. Durch die fortschreitende Verflechtung der Beziehungen zwischen privater und öffentlicher Wirtschaft müssen sich Erscheinungen der privaten Sphäre der Volkswirtschaft immer schneller und unmittelbarer auch in der Finanzwirtschaft niederschlagen.

Die Steuerbelastung mußte entsprechend ihrer wachsenden Beanspruchung des einzelnen Wirtschaftssubjekts immer mehr individualisiert werden, die Empfindlichkeit der einzelnen Steuern auf Veränderungen der privatwirtschaftlichen Verhältnisse wurde somit gleichzeitig fortschreitend stärker. Diese Individualisierung der steuerlichen Beanspruchung des Einzelnen drückt sich aus in einer immer weitergehenden Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers. Nur so war eine weitreichende steuerliche Erfassung überhaupt möglich, nur so ist diese andererseits für den Einzelnen tragbar. Hand in Hand mit dieser Entwicklung gehen entsprechende Verfeinerungen der Steuertechnik.

bb) Die Besteuerung knüpft an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Der wachsende Staatsbedarf treibt zwangsläufig zu einer immer verfeinerteren Kasuistik der Leistungsfähigkeitsmerkmale. Das heißt: die Finanzbedarfsdeckung erfordert entsprechend dem wachsenden Bedarf ein immer mehr durchdachtes und ansteigend differenziertes System vieler Steuern. Bei diesem weitgehenden Abtasten der Möglichkeiten steuerlicher Erfassung ist die Finanzwirtschaft gezwungen, sich nach den jeweiligen wirtschaftlichen Strukturverhältnissen, nicht zuletzt aber auch nach dem Volkscharakter und der gesellschaftlichen Schichtung auszurichten. Die konkreten Steuersysteme sind darüber hinaus weitgehend politisch beeinflußt. Es ist für die Möglichkeit und wirkliche Tragbarkeit einer bestimmten steuerlichen Belastung von ausschlaggebender Bedeutung, wie dabei die Steuerlast auf die einzelnen Kreise innerhalb der Volkswirtschaft verteilt wird[71]). GERLOFF fordert eine „Beschränkung der Besteuerung auf die Be-

[71]) Siehe auch S. 97.

steuerungsfähigen nach Maßgabe ihrer Steuerfähigkeit“ [72]). Weiterhin sollte grundsätzlich eine Steuer den jeweiligen Zielen der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht widersprechen.

cc) Die volkswirtschaftlichen Wirkungen der einzelnen Steuertypen innerhalb des Steuersystems entsprechen und ergänzen einander, d. h., eine bestimmte Steuer ist nur beim Vorhandensein einer bestimmten anderen vertretbar, ja manchmal überhaupt nur möglich. So wird etwa das Maß der Progression der Einkommenbesteuerung durch bestimmte Verbrauchssteuern gemildert und damit je nachdem gleichzeitig gerechtfertigt, so sind bestimmte Verbrauchssteuern andererseits nur möglich bei dem Vorhandensein bestimmter Zölle etc. ...

dd) Die Vielheit der einzelnen Steuern bildet das Steuersystem. Bei unserer Fragestellung sind diese einzelnen Steuern nun daraufhin zu beobachten, wie sie sich jetzt unter den Auswirkungen der Deflation verändern. Diese Beobachtung erfolgt aus finanzwirtschaftlicher Perspektive danach, wie die einzelnen Steuern auf die Veränderungen der privaten Wirtschaft reagieren. Je nach den einzelnen Steuertypen wird man so unterscheiden können: solche, die sich automatisch mit den wirtschaftlichen Veränderungen bewegen, und solche, die dabei mehr oder minder starr sind. Maßgebend hierbei ist naturgemäß der wirtschaftliche Tatbestand, an den die Steuer knüpft, und die technische Ausgestaltung der Steuer.

Es müßte sich so in einer Zeit, wie der von uns betrachteten ergeben, daß diese starren Steuern zum Rückgrat des Steueraufkommens werden. Es wird sich aber zeigen, daß gerade die wichtigen Steuertypen der modernen Finanzwirtschaften unter den Auswirkungen der Deflation zurückgehen müssen, daß die „starren“ Steuern in den modernen Steuersystemen darüber hinaus eine sekundäre Rolle spielen und daß deren Starrheit letztlich, abgesehen von den volkswirtschaftlichen Schäden, die die Aufrechterhaltung dieser Steuern mit sich bringt, von einem bestimmten Punkt ab selbst einseitig fiskalwirtschaftlich gesehen ebenfalls problematisch wird [73]).

2) Die modernen Steuersysteme vereinigen in sich eine Vielheit von einzelnen Steuertypen. Es ist schwer, diese mannigfaltigen vorwiegend in historischer Entwicklung gebildeten Besteuerungs-

[72]) Wilhelm GERLOFF, Steuerwirtschaftslehre, Handb. d. FinWschft, I. Bd., Tübingen 1926, S. 457.

[73]) Innerhalb jedes Steuersystems werden jeweils bestimmte Steuern die Hauptträger darstellen. Es gilt also in praxi immer zunächst eine dahingehende Kennzeichnung des zu untersuchenden Steuersystems vorzunehmen, um die Möglichkeiten und das Ausmaß der Beeinträchtigung des Steueraufkommens und des Steuersystems durch die Auswirkungen der Deflation überhaupt am folgerichtigsten beobachten zu können.

formen systematisch zu ordnen. In der Fachliteratur finden sich zahlreiche Einteilungen. Die amtlichen Finanzstatistiken nehmen wiederum andere teils nach praktischen Gesichtspunkten erfolgte Gruppierungen der verschiedenen Steuerformen vor.

Systematisch befriedigend erscheint uns vor allem die Einteilung Franz Gutmanns in seinen „Bemerkungen zur Theorie der Steuersystematik“ [74]. Gutmann bildet zwei große Steuerkomplexe: die Individual- und die Gruppensteuern. Er gibt folgende Übersicht der Individualsteuern[75]:

I. Die Personal- oder Subjektsteuern.

Diese können darstellen:

a) eine Einnahmebesteuerung. Hierbei sind grundsätzlich zu scheiden:

1) Steuern auf das fundierte Einkommen (bei physischen und bei juristischen Personen).

2) Steuern auf das unfundierte Einkommen (Lohn- und Gehaltsteuer).

b) eine Differenzbesteuerung (Vermögenszuwachs-, Bodenwertzuwachssteuer etc.);

c) eine Aufwandsbesteuerung.

d) eine Besteuerung des Vermögens als solchem (laufend und einmalig), (die Vermögensbesteuerung muß nach dem Grade ihrer Individualisierung zu I oder II gerechnet werden).

II. Die Real- oder Objektsteuern. Diese können darstellen:

a) eine Ertragbesteuerung (z. B. die Gewerbesteuer — die Kapitalertragsteuer etc.).

b) eine Besitzobjektbesteuerung (die Grundsteuer, die Gebäudesteuer, zum Teil die Gewerbesteuer).

Im Laufe der gekennzeichneten Entwicklung sind auch diese Steuern (unter II) mehr oder minder stark individuell ausgestaltet worden.

Die Gruppensteuern teilt Gutmann ein in:

I. Die Verbrauchssteuern:

a) generelle Steuern (Umsatzsteuern, generelle Zölle).

b) spezielle Steuern (Steuern auf bestimmte Waren und Lei-

---

[74]) Franz GUTMANN, Bemerkungen zur Theorie der Steuersystematik, Jb. f. N. u. St., 128. Bd., III. Folge, 73. Bd. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns mit den verschiedenen Einteilungsversuchen auseinanderzusetzen. Wir glauben mit dem hier aufgeführten Schema auszukommen. Das genügt uns. Vgl. aber hierzu W. Röpke, Finanzwissenschaft, a. a. O., § 26, S. 74 ff., vgl. auch Fritz TERHALLE, Finanzwschft., a. a. O., § 11, S. 132 ff.

[75]) Gleichzeitig von uns durch die teilweise erfolgte Zuordnung einzelner häufiger Steuertypen illustriert.

stungen — etwa Tabak-, Getränke-, Essigsäure-, Zucker-, Zündwaren-, Leuchtmittel-, Vergnügungs-, Spielkarten-, Hundesteuern — spezielle Zölle).

II. Die Verkehrssteuern (Grunderwerbs-, Kapitalverkehrs-, Börsenumsatz-, Wechsel-, Wertpapier-, Versicherungssteuern etc.).

3) Im Folgenden werden wir verschiedene repräsentative Steuertypen aus der gegebenen Übersicht herausgreifen und daraufhin untersuchen, wie ihre Erträge nun ihrem Wesen entsprechend unter den Auswirkungen der Deflation zurückgehen müssen.

Ganz allgemein sagt Neumark: „..., weil die Konjunktur umso zahlreichere Ansatzpunkte findet, je größer die Zahl der Komponenten ist, aus denen sich die Steuerbemessungsgrundlage zusammensetzt, je differenzierter diese mit anderen Worten wird [76])."

Die Frage: Konjunkturempfindlich oder nicht?, ist auch bei unserer Untersuchung entscheidend [77]). Es kommt eben auch für uns darauf an, wie schnell und wie stark die einzelnen Steuertypen auf die Veränderungen ihrer privatwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen reagieren. Das ist grundsätzlich abhängig:

1) von der Steuerbemessungsgrundlage selbst, also letztlich von der „Struktur der volkswirtschaftlichen Grundfaktoren, so namentlich von Umfang, Zusammensetzung und Verteilung des Volkseinkommens und -vermögens, von den Konsumgewohnheiten usw." [78]).
2) von der technischen Ausgestaltung der einzelnen Steuern (z. B. das Maß der Progression, die Erhebungsweise, die Termine der Erhebung etc.).
3) von psychologischen Momenten (darüber dann im einzelnen unter d).

4) Am unmittelbarsten knüpfen die Verbrauchs- und Verkehrssteuern an die Erscheinungen in der privatwirtschaftlichen Sphäre an. Die Besteuerung findet hier ohne weiteres in einer Vielfalt wirtschaftlicher Handlungs- und Betätigungsformen ihre Bemessungsgrundlagen, sie knüpft unmittelbar an die eigentlichen wirtschaftlichen Verkehrsvorgänge. F. K. Mann sagt: „Die Verbrauchs- und Verkehrsbesteuerung paßt sich dem wechselnden Volumen der Wirtschaftsprozesse wie ein elastisches Gewebe an [79])."

---

[76]) Fritz NEUMARK, Konjunktur und Steuern, Veröff. d. Frankfurter Gesellschaft f. Konj.Forschg., Heft 8, Bonn 1930, S. 34.

[77]) Siehe unter 1, dd).

[78]) F. NEUMARK, a. a. O., S. 19.

[79]) F. K. MANN, Konjunkturausgleich durch die öffentliche Hand? in der SPIETHOFF-Festschrift, München 1933.

aa) Bei der Verbrauchsbesteuerung belastet der Staat nach dem „Prinzip des geringsten Widerstandes" (Mildschuh) die Preise. Nach dem unter IV, c) (S. 53 ff.) Gesagten ist es klar, daß die Erträge der Verbrauchssteuern unter den Auswirkungen der Deflation je nach der Elastizität der Nachfrage der Güter, auf die sie sich beziehen, verschieden reagieren müssen. Es kommt darauf an, auf welchen Verbrauchsgütern die Steuern liegen, ob auf ausgesprochenen Luxusgütern, ob auf den sogenannten „Massengenußmitteln" oder ob schließlich auf den eigentlich lebensnotwendigen Waren. Es ist also jeweils zu fragen, ob der besteuerte Verbrauch „entbehrlich" oder aber „absolut" bzw. „relativ unentbehrlich" ist.

Der Luxusverbrauch ist (soziologisch modifiziert) elastisch. Die Nachfrage nach den Massengenußmitteln, wie Tabak, Bier (je nachdem auch Wein), Tee, Kakao ist verhältnismäßig konstant. In Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs kann sich gerade dort sogar eine leichte Steigerung bemerkbar machen, da manchem jetzt vielleicht mehr als vorher eine derartige Bedürfnisbefriedigung wichtig erscheint. Andere bisher vor diesen rangierende Bedürfnisbefriedigungen scheiden infolge der Einkommensschrumpfung aus, diese rücken an ihre Stelle. ... Hier wird sich allerdings je nach der technischen Ausgestaltung der Besteuerung (davon noch später) der über kurz oder lang sicher einsetzende Übergang zu niedrigeren Qualitäten und Surrogaten dieser Gütergattungen in den anfallenden Erträgen auswirken. Vielleicht ist die Konsumeinschränkung hier auch nur vorübergehend. Es bedarf einer gewissen Zeit, bis die Bedürfnisskala umgruppiert ist. ... Auch innerhalb der Güter des lebensnotwendigen Bedarfs gibt es naturgemäß entsprechend deren Elastizität der Nachfrage Abstufungen. Es sind hier zu scheiden: solche Erzeugnisse (wie etwa Salz), deren Verbrauch nach oben wie nach unten starr ist [80]), und solche, deren Verbrauch bei verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen mehr oder minder stark überproportional zurückgeht (wie etwa beim Fleisch (mehr) oder beim Mehl (minder)) [81]). Es ist durchaus denkbar, ja sogar wahrscheinlich, daß die Erträge z. B. aus einer Besteuerung des Fleisches relativ weit stärker zurückgehen als die aus einer Besteuerung des Tabaks oder des Bieres.

---

[80]) Je lebenswichtiger ein Gut ist, desto „unsozialer" ist seine Besteuerung. Allerdings kann diese gerade auch eine Kompensation einer scharfen Progression der Einkommenbesteuerung darstellen. Das ist nur von Fall zu Fall zu entscheiden. Grundsätzlich ist eine derartige Besteuerung allerdings unsozial. TERHALLE nennt die Salzsteuer „das Muster einer stetigen und einer unsozial wirkenden Steuer". (Finanzwschft., a. a. O., S. 498). Die Salzsteuer finden wir heute übrigens noch in Österreich, der Schweiz, Italien und Polen!

[81]) Vgl. hierzu die Ausführungen F. NEUMARKS in Konjuktur und Steuern, a. a. O., S. 49, 50.

Es zeigt sich auch hier, daß die finanzpolitisch zweckmäßigste Verbrauchsbesteuerung jedenfalls die des konventionellen Luxusbedarfs der Massen ist. Jedoch finden sich heute noch in allen modernen Steuersystemen meist wohl als Überbleibsel vergangener Zeiten Steuern auf Brot, Mehl, Fleisch, Salz, Kohlen usw., auf deren Erträgnisse man nicht verzichten kann (vgl. hierzu auch S. 20)[82]).

Eine weitere wichtige Frage für unsere Problemstellung ist nun: Wie wird die Verbrauchssteuer erhoben? Das Gegebene ist grundsätzlich die Besteuerung des konsumfähigen Produkts. „Die Besteuerung von Produktionsaufwendungen oder -einrichtungen an Stelle der Belastung des fertigen Produkts ist ihrer Natur nach immer ein Notbehelf[83])." Wir wollen deshalb auf die Einflüsse, die davon ausgehen, ob die Verbrauchssteuern nun als Rohstoff-, Halbfabrikat- oder Fertigfabrikatsteuer erhoben werden, im Rahmen dieser grundlegenden Untersuchungen nicht näher eingehen.

Wichtiger für uns ist festzustellen, ob die Verbrauchsbesteuerung so aufgezogen ist, daß sie sich in ihrem Ertrag unmittelbar auch mit den Preisen der betreffenden Güter ändert oder aber nur mit deren mengenmäßigem Absatzrückgang! Wir wissen: die Marktsituation ist durch die Auswirkungen der Deflation verändert. Die Besteuerung kann nun eine spezifische sein, also nach Maß, Stückzahl oder Gewicht erfolgen, sie kann aber auch eine Wertsteuer sein, die sich nach dem Verkaufspreis bemißt. Im zweiten Fall ist eine Abstufung der Steuersätze entsprechend der Verschiedenheit der Qualitäten, die sich eben in den Preisen ausdrückt, die unmittelbare Folge. Dies bedeutet eine Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Steuerträger auch bei der Verbrauchsbesteuerung; höhere Qualitäten, deren Anschaffung von Seiten des Steuerträgers dessen erhöhte Leistungsfähigkeit zum Ausdruck bringt, werden entsprechend höher besteuert. Das macht diese Steuern Konsumverschiebungen gegenüber empfindlicher[84]). Wenn die Besteuerung sich aber in einem bestimmten Geldbetrag pro Verbrauchseinheit ohne Berücksichtigung von Qualitätsverschiedenheiten ausdrückt, so ist diese Empfindlichkeit geringer. Es fragt sich aber je nach der Nachfrageelastizität der belasteten Güter, ob dieser zweite Fall nicht gerade häufig zu einem überproportionalen Rückgang im Steueraufkommen führen wird, da jetzt auch noch die starre Besteuerung von sich aus weiteren Nachfrageausfall bewirkt[85]).

---

[82]) Diese Steuern könnten je nachdem sogar eine leichte Erhöhung ertragen.

[83]) So Fritz TERHALLE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 415.

[84]) Vgl. Fritz NEUMARK, Konjunktur und Steuern, a. a. O., S. 36.

[85]) Vgl. hierzu die interessante mathematisch belegte Darstellung Herbert GROSS', Verbrauchsbesteuerung und Kaufkraftschwund, FinArch. 1933, Bd. I, S. 245. Es wäre hier natürlich klüger, eine entsprechende Senkung des Steuersatzes

bb) Die Zölle sind letztlich nichts anderes als Verbrauchssteuern. RÖPKE meint: „Es ist stets ein ungesunder und eigentlich nur halbzivilisierter Staaten ohne modernes Steuersystem würdiger Zustand, wenn die Zolleinnahmen im Staatsbudget eine so große Rolle spielen, daß sie allgemeinen volkswirtschaftlichen Rücksichten, die vielleicht zum Freihandel drängen, nur schwer zum Opfer gebracht werden können[86])." Trotzdem sind die Zölle in den modernen Staatshaushalten von großer Bedeutung[87]).

Man scheidet nach den Zielen der Zölle grundsätzlich Finanz- und Schutzzölle. In ihrem Wesenskern sind die Schutzzölle lediglich wirtschaftspolitisch von Bedeutung. Die Finanzzölle sind eine der vielen staatlichen Einnahmeformen, bestimmte Verbrauchssteuertypen an die Einfuhr von Waren anknüpfend, die im Inland nicht hergestellt werden. In der Wirklichkeit sind beide Typen nicht streng voneinander zu scheiden[88]).

Durch die Abwertung ringsum erfolgt vorerst eine Erhöhung der Einfuhr[89]). Im weiteren Verlauf der deflatorischen Aktion geht diese Erscheinung entsprechend der sinkenden Preise und dem allgemeinen Kaufkraftschwand mehr und mehr zurück. Bis dahin wird sich aber sicher schon die Forderung der einheimischen Industrien nach Einführung von Notstandszöllen und Erweiterung der Schutzzölle mehr oder minder stark durchgesetzt haben. Die Anhänger einer einseitigen egoistischen Schutzzollpolitik sehen jetzt ihre Zeit gekommen. Es besteht damit die Gefahr, bei den nunmehr grundsätzlich vielleicht notwendigen zollpolitischen Maßnahmen über das Ziel hinauszuschießen — man sucht je nachdem jetzt die Rettung in allgemein hohen Zöllen, immer nur auf einen zahlenmäßigen Ausgleich der Ein- und Ausfuhrrelationen bedacht, ohne zu erkennen, daß dieser damit nur noch problematischer wird, da derartige Bestrebungen über die Unzulänglichkeit dieser Maßnahmen in dieser Situation hinaus durch die jetzt auftretenden Verärgerungen und Gegenmaßnahmen im Ausland eine weitere Schrumpfung des Außenhandelsvolumens bewirken müssen. ...

Im fortgeschrittenen Stadium der Erscheinungen (siehe S. 123) wird der Staat überdies jeder Forderung, die eine Einnahmeerhöhung, sei sie auch nur von kurzer Dauer, mit sich bringt, umso

---

vorzunehmen. Die beteiligten privatwirtschaftlichen Kreise werden sich sofort zur Wehr setzen. Ihre Bemühungen müssen umso eher von Erfolg gekrönt sein, eine je bedeutendere Rolle der Ertrag gerade dieser Steuer für die Finanzwirtschaft spielt. Grundsätzlich wird der Staat nicht zum Steuerabbau geneigt sein. Er sieht die Zusammenhänge nicht so unmittelbar.

[86]) W. RÖPKE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 132.

[87]) Zahlen hierzu siehe bei Fritz TERHALLE, Finanzwschft, a. a. O., S. 407.

[88]) TERHALLE, a. a. O., S. 403.

[89]) Die betreffenden Zolleinnahmen werden sich also zeitweise erhöhen.

leichter zugänglich sein [90]). Schutzzölle und Finanzzölle vermengen sich so immer mehr.

Rein fiskalwirtschaftlich gesehen gilt bei den Zöllen dasselbe, was eben über die Bedeutung der technischen Ausgestaltung der Verbrauchssteuern gesagt wurde: der Ertrag von Wertzöllen ist empfindlicher als der gemischter Zölle, und dieser wiederum empfindlicher als der der spezifischen Zölle. Der letztgenannte Typ überwiegt in den modernen Zolltarifen. Außerdem ist auch hier genau wie eben die Elastizität der Nachfrage nach den zollbelasteten Gütern maßgebend.

Es ist dabei weiter von Fall zu Fall von Bedeutung, wo jeweils in den Zolltarifen das Schwergewicht liegt, ob bei den Agrarzöllen oder den Industriezöllen ..., ob diese Zolltarife sogenannte „autonome Tarife" oder aber „Vertragstarife" sind etc. ...

cc) Die Verkehrssteuern sind Gelegenheitssteuern. Sie sind von den persönlichen Verhältnissen der Steuerzahler völlig losgelöst. „Der die Steuerpflicht begründende Tatbestand ist ein Akt des wirtschaftlichen Verkehrs [91])." RÖPKE sagt weiter: „Verkehrssteuern sind Steuern vom entgeltlichen wirtschaftlichen Verkehr unter Lebenden", sie knüpfen an „die Übertragung von dinglichen und obligatorischen Rechten, besonders an den entgeltlichen Eigentumsübergang" [91]).

Es ist nach dieser kurzen Kennzeichnung schon zu erwarten, daß die Erträge der Verkehrssteuern bei der durch die Deflation ausgelösten rückläufigen Entwicklung der privaten Wirtschaft besonders betroffen werden müssen. Die Verkehrssteuern stellen außerdem bereits bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen eine starke Belastung für den wirtschaftlichen Verkehr dar, sie greifen in das Wirtschaftsleben ein „ohne ein in der Einkommens- oder Vermögenssphäre zu Tage tretendes Ausgleichsmoment abzuwarten" [92]). Wurde bisher der der Besteuerung zugrundeliegende wirtschaftliche Vorgang belästigt oder je nachdem auch schon gedämpft, so müssen nunmehr die jetzt viel empfindlicheren sozusagen „blutarmen" wirtschaftlichen Vorgänge durch die Aufrechterhaltung der bisherigen Tarife dieser Steuern grundlegend in ihrer Rationalität beeinträchtigt werden, eine Folge, die Röpke der Verkehrsbesteuerung schon allgemein zuschreibt, die sich aber in unserer Situation umso eher und heftiger einstellen muß. Die Erträge dieser Steuern sinken also nicht nur unmittelbar mit den an sich schon äußerst empfindlichen wirtschaftlichen Tatbeständen, an die

---

[90]) Welche volkswirtschaftlichen Folgen eine übermäßige Ausschöpfung der Steuerkraft von Seiten der Zölle verursacht, darüber RÖPKE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 37!

[91]) W. RÖPKE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 124.

[92]) W. RÖPKE, a. a. O., S. 125.

diese Besteuerung knüpft, sondern darüber hinaus sinkt ihr Aufkommen nunmehr durch die Tatsache des Vorhandenseins dieser Steuertypen überhaupt, diese Steuern vernichten gleichsam ihre eigenen Grundlagen; denn das Bestehen dieser Besteuerungsformen bewirkt jetzt ein Vermeiden wirtschaftlicher Vorgänge der Art, an welche sie knüpfen — diese Besteuerungsform führt sich damit selbst ad absurdum! Aus dem unter IV. Gesagten ist zu verstehen, wie etwa gerade die Börsenumsatzsteuer in ihrem Ertrag rapide zurückgehen muß, wie sie andererseits die noch erfolgenden Bewegungen jetzt besonders stark hemmen muß ... Es wird nach dem unter IV. Gesagten weiter verständlich sein, daß die Erträge gerade der Steuern stark betroffen werden müssen, die an die Verkehrsvorgänge auf dem Gebiete des Kredit- und Beteiligungswesens knüpfen [93]).

Auch hier werden von Fall zu Fall je nach der Einrichtung des jeweiligen Steuersystems verschiedene Reaktionen der einzelnen Steuererträge zu beobachten sein. So wäre z. B. bei der Urkundenbesteuerung zu fragen: Stützt sie sich vorwiegend auf Verkehrsakte, wo ein formalrechtlicher oder ein materiell-wirtschaftlicher Zwang [94]) (TERHALLE) zur Errichtung einer Urkunde besteht, oder auf andere Vorgänge, bei denen der wirtschaftliche Verkehr die Urkundenerrichtung eher vermeiden kann. Bei der Wechselstempelsteuer wäre wieder zu fragen, inwieweit sich in der betreffenden Volkswirtschaft überhaupt der kommerzielle Umsatz auf der Grundlage des Warenwechsels vollzieht etc.

Jedenfalls genügen diese wenigen Bemerkungen, um zu zeigen, daß die Erträge der Verkehrssteuern unter den Auswirkungen der Deflation in mindestens ebenso starkem Maße wie die der Verbrauchssteuern betroffen werden, daß andererseits deren in ihrem Wesen liegende allgemeine volkswirtschaftliche Belastung als immer drückender empfunden werden muß, daß sich immer mehr der Zustand heraushebt, den Roscher einmal sehr zutreffend wie folgt kennzeichnete: „Eine hohe Verkehrssteuer ist eine Geldbuße für jede entwickelte Arbeitsteilung, die ja immer eine entsprechende Zunahme der Verkehrsakte mit sich führt; sie hemmt also das Wachstum der Volkswirtschaft gerade an der empfindlichsten Stelle". Wenn es sich hier auch nicht um eine „Hemmung des Wachstums" der Volkswirtschaft handeln kann, so gilt diese Bemerkung aber jetzt umso mehr zur Kennzeichnung der von dieser Seite aus erfolgenden Verstärkung in der allgemein schon im Laufe der durch die Deflation ausgelösten Erscheinungen bewirkten Be-

[93]) Z. B. dürfte eine Neugründung von Gesellschaften während der von uns betrachteten Zeit recht selten sein!

[94]) Wie z. B. beim Wechsel.

einträchtigung der volkswirtschaftlichen Struktur (siehe unter IV, d, 8, S. 75 ff.) [95]).

dd) Im besonderen Maße trifft das eben über die Verkehrssteuern Gesagte für die Umsatzsteuer zu. Die Umsatzsteuer ist ein „fiskalwirtschaftlicher Lückenbüßer". Schon bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen „drückt (sie) an die Grenzen, welche eine so rohe Durchschnittsbesteuerung, wie die allgemeine Umsatzsteuer doch ist, an sich setzen muß" [96]).

Unter den Auswirkungen der Deflation wird sich dieser Druck in unliebsamer Weise verschärfen, erstreckt sich doch die Umsatzsteuer von allen Verkehrssteuern am ausgedehntesten auf sämtliche Gebiete der Volkswirtschaft.

Die Umsatzsteuer richtet sich nicht unmittelbar nach der Gütermenge, sondern gerade nach den Preisen, was bei den geschilderten wirtschaftlichen Verhältnissen von verhängnisvoller Wirkung für ihren fiskalwirtschaftlichen Ertrag sein muß, volkswirtschaftlich gesehen allerdings eine gewisse Milderung bedeutet. Infolge der verschiedenartigen Reaktionen der einzelnen Umsätze, auf deren gütermäßige Unterschiede die Umsatzsteuer grundsätzlich keine Rücksicht nimmt, werden deren Erträge weiter deshalb rapide sinken, weil diese nunmehr verstärkte steuerliche Belastung für die einzelnen Gebiete der Wirtschaft eine jeweils ganz ungleichartige jetzt wesentliche Beeinträchtigung ihrer Rentabilität bedeutet, was zu erneuten steuerlich bedingten Ungleichmäßigkeiten der wirtschaftlichen Voraussetzungen der einzelnen Produktionszweige untereinander führen muß (ihre unterschiedliche Betroffenheit durch die Auswirkungen der Deflation weiter verschärfend [97])).

Bedeutungsvoll ist auch hier wieder in praxi die äußere Ausgestaltung der Umsatzbesteuerung und die jeweilige Struktur der betreffenden Volkswirtschaft.

Die Erträge aus einer Besteuerung der Produktionsmittelumsätze werden naturgemäß ganz anders reagieren als die aus einer Besteuerung der Verbrauchsgüter, die Kleinhandelsumsätze verhalten sich jetzt anders als die Großhandelsumsätze etc. Weiter ist jeweils zu fragen: was ist umsatzsteuerfrei, bestehen für verschiedene Wirtschaftsformen, Warengattungen etc. andere Steuersätze,

---

[95]) Mit Absicht ist hier (ebenso wie z. T. bei den folgenden Erörterungen) die Grenze zu dem VII. Kapitel überschritten worden. Dort können wir uns nur allgemein richtungweisend mit den Rückwirkungen der finanzwirtschaftlichen Erscheinungen auf die private Wirtschaft beschäftigen. Andererseits gehört auch die oben erfolgte Charakterisierung zu den „Veränderungen der Verkehrssteuern"; deren Wesen kristallisiert sich eben jetzt erst wirklich heraus. Eine zu strenge Einhaltung der Disposition würde hier auf Kosten der darstellerischen Vertiefung und gegenseitigen Verknüpfung der einzelnen behandelten Punkte gehen.

[96]) TERHALLE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 439.

[97]) Vgl. dann unter VII.

und wie sind jetzt diese den Abstufungen zugrundeliegenden wirtschaftlichen Faktoren durch die Auswirkungen der Deflation berührt?[98]) Hier können gerade die Umsätze solcher Waren befreit sein, deren Nachfrage relativ starr ist (z. B. lebenswichtige Nahrungsmittel), womit fiskalwirtschaftlich gesehen eine gewisse Milderung im Rückgang der Umsatzsteuererträge wegfiele. Andererseits könnte eine bisherige Höherbelastung der Umsätze einzelner Wirtschaftsformen nunmehr völlig unhaltbar werden oder sich unter Umständen nun auch gerade (wieder fiskalwirtschaftlich gesehen) bewähren. Dabei können wirtschaftspolitische Ziele durch eine Aufrechterhaltung der bisherigen Abstufungen sowohl beeinträchtigt werden oder aber auch gerade näher rücken, was allerdings in diesen Zeiten einen recht zweifelhaften „Erfolg" darstellt; denn die gekennzeichnete Entwicklung bedeutet ja nichts anderes als die weitere Aufrechterhaltung einer bestimmten Relation zwischen verschiedenen Wirtschaftsformen — etwa Einzelhandel zu Warenhaus — indem man jetzt nämlich erreicht, daß auch die Rückgänge dieser untereinander in der entsprechenden Relation erfolgen, ja sich infolge der nunmehr besonders drückenden Höherbelastung der „bekämpften" Wirtschaftsformen diese Relation als solche genommen sogar „verbessert".

Weiter kann sich ein fiskalwirtschaftlich gesehen überproportionaler Ertragsrückgang dadurch einstellen, daß unter der jetzt unter den Auswirkungen der Deflation als besonders hart empfundenen Umsatzbesteuerung „eine Rationalisierung des Handels im engeren Sinne durch Ausschaltung von Zwischengliedern mittels Fusion und der anderen bekannten Wege"[99])[100]) als privatwirtschaftliche Abwehr einsetzt. Dieser Weg ist allerdings nur in den Ländern beschreitbar, wo keine sogenannte Phasenpauschalierung besteht.

Zuletzt verdient noch die Tatsache Erwähnung, daß aus dem rein steuertechnischen Moment der meist unmittelbaren Erhebung und sofortigen (in vielen Fällen gerade bei den bedeutenden Beträgen: monatlichen) Abführung der Steuerbeträge, sich die Ertragminderung hier besonders schnell für den Fiskus fühlbar machen muß.

---

[98]) Vgl. Fritz NEUMARK, a. a. O., S. 52.
[99]) Vgl. F. NEUMARK, a. a. O., S. 52.
[100]) Vgl. unter VII.

Anhang.

Wir wollen das Gebiet der Verbrauchs- und Verkehrssteuern nicht verlassen, ohne vorher noch einige Bemerkungen zu der nunmehrigen Stellung des Steuermonopols unter den Auswirkungen der Deflation gemacht zu haben.

„Die Größe des Monopolertrags ist bedingt von der Wirtschaftlichkeit des Betriebes und von der Höhe des Steuerzuschlages." [101]) Der Wunsch nach möglichst hohen Einnahmen stößt nach v. Eheberg auf folgende Schranken:

1) Die Wertschätzung des Monopolguts durch den Verbraucher,
2) die Zahlungsfähigkeit des Verbrauchers,
3) der Widerstand der öffentlichen Meinung gegen eine zu hohe Preisstellung.

Es sind dies also dieselben Schranken, die auch den Verbrauchspreissteuern im Freiverkehr gezogen sind.

Was tritt nun unter den Auswirkungen der Deflation ein? Abgesehen von den besonderen Erscheinungen, die sich aus der Art des Monopols als Einkaufhandels- oder als Fabrikations- oder als Kleinhandelsabsatzmonopol ergeben werden, kann man allgemein sagen: bisher fand durch das Steuermonopol eine Ausnutzung und Abschöpfung der Konsumentenrenten statt. Nunmehr muß entsprechend der sinkenden Kaufkraft die Bedeutung der Konsumentenrenten immer mehr schwinden, die Abstufungen der Konsumenten untereinander verlagern sich gütermäßig zu den niedrigeren Konsumentenstufen. Es kommt dabei auch hier auf „das Maß der Zähigkeit" (v. EHEBERG) an, mit dem der Verbraucher an dem betreffenden Gut haftet bzw. haften muß. Je wichtiger die betreffenden Güter volkswirtschaftlich sind, desto größere Schäden können durch die Beibehaltung früherer Monopolpreise für das Wirtschaftsleben entstehen [102]).

Auch hier muß die Möglichkeit des Ersatzes bestimmter Waren durch Surrogate eine Rolle spielen. Schmuggel und unerlaubte Herstellung werden als unerfreuliche Begleiterscheinungen verstärkt auftreten. Weitere Mängel entstehen sicher aus der Schwerfälligkeit, der geringen kaufmännischen Beweglichkeit der öffentlichen Betriebe allgemein, die sich jetzt verstärkt geltend machen müssen, da die staatliche Monopolleitung die evtl. Möglichkeiten, die zurückgehenden Monopoleinnahmen abzubremsen, nicht so nutzen wird und kann, wie es eine unmittelbar nach dem persönlichen Erwerbstrieb handelnde privatwirtschaftliche Monopolleitung könnte (vgl. unter III, c).

Allerdings vertragen fiskalwirtschaftlich gesehen die von den Steuermonopolen bevorzugten Waren wie Salz (!), Tabak, Branntwein etc. schon eine gewisse Auspowerung, da das „Maß der Zähigkeit" von Seiten des Verbrauchers hier notgedrungen oder nicht vorwiegend recht groß ist. ...

5) aa) Die Einkommensteuer nennt TERHALLE [103]) die „Königin aller Steuern", „die fortgeschrittenste Steuer der Verkehrswirt-

---

101) So v. EHEBERG in: Theorie der Steuermonopole, Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Wien 1928, S. 180.

102) Diese Zusammenhänge wurden bereits mehrfach aufgedeckt. Eine weitere Verfolgung dieses Gedankengangs erübrigt sich damit.

103) Fritz TERHALLE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 284.

schaft", „das Ergebnis einer kulturell, wirtschaftlich und verwaltungstechnisch vorgeschrittenen Entwicklung".

Die unter 1, aa) begründete Notwendigkeit wachsender Individualisierung der Besteuerung findet in der Einkommensteuer ihre höchste Ausdrucksform[104]). Nur mit ihrer Hilfe kann der Staat eine der vorhandenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die eben in den Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte[105]) am greifbarsten zum Ausdruck kommt, wirklich entsprechende Anzapfung der privaten Wirtschaft bei gleichzeitiger größtmöglicher Gewährleistung von deren Bestand und Entwicklung vornehmen.

Bei unserer Untersuchung der Einflüsse der Auswirkung der Deflation auf die Finanzwirtschaft und hier speziell auf den Ertrag der Einkommenbesteuerung, müßten wir uns als erstes fragen: woher stammen die Bezüge der Wirtschaftssubjekte, leitet sich ihr Einkommen ab aus ländlichem oder städtischem Grundbesitz, aus mobilem Kapitalbesitz oder ist es gemischt aus Kapitalbesitz, Unternehmergewinn und Lohn, oder ist es reines Profiteinkommen, reines Lohneinkommen etc.[106]), und wie groß ist jeweils der Anteil der einzelnen Einkommenquellen am Gesamteinkommen, wie sind diese darüber hinaus nunmehr durch die Auswirkungen der Deflation jede für sich verschieden berührt. Aus der Darstellung des IV. Kapitels (s. besonders S. 53 ff.) lassen sich jedoch die notwendig verschiedenen Reaktionen der einzelnen Einkommenquellen in ihrer grundsätzlichen Zwangsläufigkeit ohne weiteres ableiten[107]).

Hier sei allgemein vom fiskalwirtschaftlichen Standpunkt aus nur gesagt, daß der der privatwirtschaftlichen Schrumpfung entsprechende Rückgang der Einkommensteuererträge insgesamt darüber hinaus von Fall zu Fall abhängig sein muß von der Art der jeweiligen quellenmäßigen Zusammensetzung des Volkseinkommens und damit der Struktur der Volkswirtschaft überhaupt. Bei einem typischen Händlerland wird man andere Reaktionen des Rückgangs der Einkommensteuererträge beobachten können, als bei einem Land mit stark ausgeprägtem landwirtschaftlichen Sektor, andere wiederum bei einem ausgesprochenen Industrieland, wo-

---

[104]) Vgl. hierzu das auf S. 94 unter bb) Gesagte.

[105]) d. h. hier physische und juristische „Personen".

[106]) Aufzählung nach G. FINDLAY SHIRRAS in: Volkseinkommen und Besteuerung, Jena 1926.

[107]) Es leuchtet also nach dem dort Gesagten ein, daß das Einkommensteueraufkommen aus Unternehmergewinnen heftiger zurückgehen muß als das aus Löhnen (dies verstärkt durch gewerkschaftlichen Einfluß), dieses wiederum eher und sicher auch stärker als das aus Pensionen und Beamtengehältern. Bei den Löhnen werden wieder am schnellsten die der ungelernten und angelernten Arbeiter zurückgehen und ihr Steueraufkommen entsprechend etc. etc. Verschiedene Industriezweige sind auch wieder eher und heftiger betroffen als andere usw. .... Von einem bestimmten Zeitpunkt ab muß infolge der wachsenden Arbeitslosigkeit das Lohnsteueraufkommen überhaupt sehr scharf sinken.

bei auch wieder die Arten der betreffenden Industrien eine bedeutsame Rolle spielen müssen. Es wäre weiter jeweils auch hier zu fragen, inwieweit das betreffende Land Schuldner- oder Gläubigerland ist usw.[108]).

Fiskalwirtschaftlich entscheidend ist vor allem die Streuung der Einkommen. Die großen Einkommen (aus Unternehmergewinnen, Dividenden, Spekulationsgewinnen) müssen, wie unter IV. abgeleitet, in der von uns betrachteten Situation am empfindlichsten zurückgehen. Bestehen nun zwischen den Einkommengruppen große Spannungen, beruht, konkreter gesagt, der Hauptertrag der Einkommenbesteuerung auf relativ wenigen großen Einkommen, so macht sich die wirtschaftliche Schrumpfung nunmehr fiskalwirtschaftlich gesehen heftiger und schneller bemerkbar, als wenn sich dieser Rückgang auf eine Vielzahl gleichmäßig gestreuter Einkommen verteilt, d. h. auf Einkommen, deren Struktur gefestigter ist, die nicht so unmittelbar und scharf auf die wirtschaftliche Schrumpfung reagieren wie die „großen" Einkommen.

Die in unserer Darstellung immer wieder herausgestellte Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft führt nunmehr durch die nach den früheren Verhältnissen ausgerichtete Besteuerung zu finanzwirtschaftlich bedingten unerwünschten Verschiebungen der Relationen der steuerlichen Belastung der einzelnen Einkommengruppen[109]).

Die bisherige steuertechnische Ausgestaltung der Einkommenbesteuerung entsprach der bisherigen quellen- und größenmäßigen Zusammensetzung des Volkseinkommens. Die individuelle Ausgestaltung kommt im Grad der Progression der Steuersätze und im Maß der Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse zum Ausdruck. Die Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse bei der Einkommensteuer läßt deren Ertrag fast automatisch mit der Schrumpfung der privatwirtschaftlichen Erträge zurückgehen[110]).

Die bisherige progressive Skala der Steuersätze besteht andererseits auch jetzt noch. Der Grad dieser Progression entspricht, wie gesagt, den früheren Verhältnissen. Die Bestimmungsgründe dieser Progressivskala sind neben dem Bedarf der öffentlichen Wirtschaft überhaupt und der in diesem Zusammenhang bereits als bedeutsam angeführten Streuung der Einkommen die geltenden Vor-

---

108) Vgl. Fritz NEUMARK, Konjunktur und Steuern, a. a. O., S. 43.

109) Eine Untersuchung in Richtung der notwendig auch einsetzenden Beeinträchtigung der Verwirklichung steuerlicher Gerechtigkeitsprinzipien liegt voraussetzungsgemäß außerhalb des Rahmens unserer Untersuchung.

110) Diese Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse kommt zum Ausdruck etwa durch die Schulden- bzw. Schuldzinsabzugsmöglichkeit, durch Familienabzüge etc. etc.

stellungen über das Maß der den einzelnen Klassen zuzubilligenden Bedarfsbefriedigung, die Stärke des Gemeinsinns und schließlich immer wieder die naturnotwendige Rücksicht auf den Kapitalbedarf der Wirtschaft und auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit[111]). Weiterhin ist die Progression auch ausgerichtet nach der Struktur des ganzen Steuersystems als solchem. Sie kann durch das Vorhandensein ganz bestimmter Steuertypen sowohl je nachdem gemildert als auch verschärft werden (s. unter 1, cc).

Durch die Auswirkungen der Deflation haben sich die dieser technischen Ausgestaltung entsprechenden Voraussetzungen in den bereits früher im einzelnen abgeleiteten Formen grundlegend geändert. Durch das Fortbestehen der nach der früheren Situation ausgerichteten technischen Ausgestaltung der Einkommensteuer müssen sich nun von hier aus unbeabsichtigte Einwirkungen auf die steuerliche Ertragsgestaltung geltend machen.

Nicht nur die Höhe der Steuersätze für einzelne Einkommensummen bringt das Maß der Progression zum Ausdruck, sondern auch die Höhe der Steuerfreigrenze. Die Einkommen gehen zwangsläufig zurück. Es gilt, von Fall zu Fall zu untersuchen, wie weit nun diese Freigrenze, die nach wie vor besteht, von der durchschnittlichen Höhe der kleinsten Einkommen entfernt liegt. Je nach der im Einkommensteueraufkommen anteilmäßigen Bedeutung der in der Nähe der Freigrenze liegenden Einkommen wird bei dem jetzt erfolgenden allgemeinen Einkommenrückgang die damit Hand in Hand gehende Schmälerung des Gesamtaufkommens durch die nunmehr in die Steuerfreigrenze hereinfallenden Einkommen mehr oder minder stark gefördert.

Die Abstände zwischen den Progressionsstufen sind entsprechend bedeutsam[112]). Auch hier fragt es sich jeweils, inwieweit gerade die diesen einzelnen Stufen „zugeteilten" Einkommen sinken und wieder, welche anteilmäßige Bedeutung sie am Gesamtaufkommen haben. Je geringer die Abstände der Progressionsstufen auseinanderliegen und je schärfer die Progression von Stufe zu Stufe ist, desto größer muß die überproportionale Minderung des Steuerertrages durch die Schrumpfung der Einkommen und das damit erfolgende Unterschreiten der steuerlich kritischen Grenzen sein.

Von hier aus wird die besondere Empfindlichkeit des Einkommensteueraufkommens den schrumpfenden wirtschaftlichen Erträgen gegenüber verstärkt, eine Empfindlichkeit, die sich aus der Natur dieser Steuer ergibt und die umso stärker ist, desto mehr ihre Bemessungsgrundlage den „tatsächlichen" Werten entspricht, desto

---

[111]) Vgl. W. GERLOFF, Steuerwirtschaftslehre, a. a. O., S. 467.

[112]) Bei „Staffelprogression" wird das Steueraufkommen schneller zurückgehen als bei durchlaufender Progression. Vgl. W. GERLOFF, a. a. O., S. 468.

weiter mit anderen Worten die dem Wesen der Einkommensteuer entsprechende Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse getrieben ist. Diese Abstimmung auf die persönlichen Verhältnisse ist eben Voraussetzung bei weitgehender Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen.

Jedoch sind es gerade auch wieder technische Momente, die diese Empfindlichkeit filkalwirtschaftlich gesehen in etwa abschwächen. So sagt F. K. MANN in der Spiethoff-Festschrift, daß bei der (veranlagten) [113]) Einkommenbesteuerung meist „die zeitliche Koinzidenz von Wirtschaftserfolg und fiskalischem Zugriff" fehle. Und zwar hängt auch das wieder ab von der jeweiligen technischen Ausgestaltung der Einkommenbesteuerung. Dies kann in unserer Situation, wie wir gleich sehen werden, zu einem vorübergehenden fiskalwirtschaftlichen „Vorteil" führen, es wird dadurch nämlich der sofortige mit der privatwirtschaftlichen Entwicklung parallel verlaufende Abfall der Steuererträge eine Zeitlang hinausgezögert. Die Veranlagung des Einkommens erfolgt immer ausgerichtet nach dem Wirtschaftserfolg des Vorjahres, und zwar in der Regel n a c h Abschluß des Steuerjahres, welches dann gleichzeitig das Vorjahr ist. Es ergibt sich so, daß je nachdem noch gewisse Nachzahlungen von Seiten des Steuersubjekts zu leisten sein können. Ebenso erfolgen die laufenden Vorauszahlungen noch nach dem (in unserer Situation der anwachsenden Schrumpfung entsprechend immer „besseren") Vorjahr. Wird das Steuerprovisorium der Vorauszahlungen (die an sich anfänglich nur nach dem Vorjahr ausgerichtet sein können) im Laufe des betreffenden Jahres aber dem nunmehr bereits ersichtlichen geschmälerten Wirtschaftserfolg entsprechend korrigiert, so ist dieser fiskalwirtschaftliche Vorteil schon nicht mehr vorhanden, abgesehen davon, daß später die Erträge umso heftiger sinken werden. Der Vorteil besteht nur darin, daß die Finanzwirtschaft dann vielleicht eher auf die neuen Verhältnisse eingerichtet ist, soweit die Möglichkeit hierzu besteht. Erfolgt die Veranlagung aber überhaupt jeweils vor Abschluß des Steuerjahres, so ist dieser fiskalwirtschaftliche Vorteil allerdings praktisch greifbarer gegeben. Ebenso müßte das Bestehen der Möglichkeit einer mehrjährigen Durchschnittsberechnung der Einkommen bei der Veranlagung eine entsprechende Milderung des Steuerertragrückgangs zur Folge haben.

Andererseits kann steuertechnisch bedingt auch gerade wieder der Fiskus über das entsprechende Maß hinaus benachteiligt werden. Als Beispiel hierzu diene etwa die in dieser Zeit besonders schwierige Abschreibungsfrage [114]). Legt der Steuerpflichtige die

[113]) Wir behandeln in diesem Abschnitt mit unseren allgemeinen Bemerkungen g r u n d s ä t z l i c h die Besteuerung a l l e r Einkommenarten.

[114]) Vgl. Fritz TERHALLE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 294.

Wiederbeschaffungswerte oder die Anschaffungswerte den Abschreibungen zugrunde, wozu ist er steuergesetzlich gehalten? Im zweiten Fall kann er Einkommensteile der Besteuerung entziehen [115]).... Die Bewegungen der Steuererträge aus reinem Lohn- und Gehaltseinkommen erfolgen naturgemäß fast gleichzeitig mit den Veränderungen ihrer privatwirtschaftlichen Grundlagen. Hier liegt der Steuerzahlungstermin in der unmittelbaren Nähe des Zeitpunktes, wo das Einkommen entstanden ist, über dessen Höhe kann ebenfalls kein Zweifel bestehen.

Bei Einkommen, deren exakte Erfassung dem anfallenden steuerlichen Ertrag entsprechend unverhältnismäßige Kosten verursachen würde, ergab sich für den Fiskus die praktische Notwendigkeit der Pauschalierung und Schätzung derartiger Einkommen. Der Ertrag aus der Gesamtheit dieser so erfaßten Einkommen kann von Fall zu Fall mehr oder minder große Bedeutung haben. Es leuchtet ein, daß jedenfalls von dieser Seite aus fiskalwirtschaftlich gesehen eine gewisse Abmilderung des grundsätzlich der wirtschaftlichen Schrumpfung gegenüber sehr empfindlichen Einkommensteuerertrages erfolgen muß. Diese Schätzungen und Pauschalierungen entsprechen an sich nicht dem Wesen der Einkommensteuer. Diese findet hier nur eine praktische Grenze bei ihrem Vordringen in die persönlichen Verhältnisse. Je wirtschaftlich gebildeter die Steuerzahler sind, desto weiter wird diese Grenze herausgeschoben werden können, desto empfindlicher wird aber auch das Einkommensteueraufkommen Veränderungen der privatwirtschaftlichen Anknüpfungspunkte gegenüber sein.

bb) Fragen wir uns jetzt kurz, welchen Änderungen die Vermögensbesteuerung durch die Auswirkungen der Deflation unterworfen sein muß. Es gilt bei der konkreten Würdigung der zu beobachtenden Erscheinungen jeweils zu fragen, inwieweit die Vermögenssteuer eine Einkommensteuer etwa ganz ersetzt oder nur ergänzt, bzw. welche Variationen zwischen diesen beiden grundsätzlichen Möglichkeiten bestehen. Im ersten Fall wird ihre Ausgestaltung zwangsläufig mehr auf die persönlichen Verhältnisse des Steuersubjekts abgestimmt sein müssen als im zweiten, ein ausgebautes Steuersystem, das die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen weitgehend erfassen will, vorausgesetzt. Die Reagibilität den veränderten wirtschaftlichen Daten gegenüber wäre damit bereits vorausetzungsgemäß größer. ... Grundsätzlich ist die Anpassung der Vermögenssteuer an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen naturgemäß bei weitem nicht so ausgebildet wie bei der typischen Einkommensteuer.

---

[115]) Hier stellte sich der Schuldner dann auf den „Gläubigerstandpunkt"! Vgl. hierzu S. 51 unter cc).

Abgesehen von diesen von Fall zu Fall verschiedenen grundlegenden Voraussetzungen läßt sich allgemein etwa folgendes zu der vorliegenden Frage sagen: Auch hier kommt es wieder auf die Art der besteuerten Vermögenswerte an. Mobile Vermögenswerte werden von den Auswirkungen der Deflation ganz anders getroffen als immobile. Die Entwertung von Aktien erfolgt beispielsweise, wie wir unter IV. ableiteten, wesentlich heftiger und vor allem auch schneller als die der ihnen zugrundeliegenden industriellen Anlagen oder etwa die des Haus- und Grundbesitzes.

Weiterhin ist die Schichtung der Vermögen innerhalb der betreffenden Volkswirtschaft für die Rückgangsbewegungen des Vermögenssteueraufkommens von wesentlichem Einfluß. Die kleinen Vermögen werden vielleicht je nach der vorhandenen soziologischen Struktur nunmehr eher von ihren Besitzern unter dem Druck des wirtschaftlichen Rückgangs angegriffen als die großen, deren Besitzer leichter in ihrer Bedürfnisbefriedigungsgestaltung bei der allgemeinen Einkommenschrumpfung auszuweichen in der Lage sind. Je nachdem können es aber wieder die kleineren Vermögen sein, deren Bestand mit besonderer Zähigkeit gehalten wird. Gerade auch diese kleineren Vermögen sind „wertbeständiger" angelegt, ihre Grundlagen sind erst später von den wirtschaftlichen Destruktionen berührt, da der kleine Sparer und mittlere Rentner sein Geld „todsicher" anlegen will, diesen Kreisen das Unternehmerische der großen Vermögensbesitzer und damit deren erhöhtes wirtschaftliches Risiko fehlt.

Die vorhandenen steuertechnischen Gegebenheiten spielen auch hier wieder eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn gerade jetzt ist es von entscheidender Bedeutung, welche Bewertung der Vermögensteile steuergesetzlich zu erfolgen hat und steuergesetzlich erfolgen kann, ob also etwa ein bestimmter Stichtag für die Feststellung der Wertpapierkurse vorgeschrieben ist und — wenn ja — in welchen Abständen dieser neu festgesetzt wird, ob die Veranlagungsverfahren ganz allgemein in ein- oder mehrjährigen Zeiträumen erfolgen, ob es bei einer gewissen Wertminderung von Vermögensobjekten möglich ist, eine Wertberichtigung der Veranlagung außerhalb der normalen Fristen vorzunehmen, wobei es natürlich von größter Wichtigkeit sein muß, ob die dazu notwendige Entwertungsquote z. B. bei 20% oder erst bei 50% liegt etc.

Bekanntlich sind zu unterscheiden: eine nominelle und eine reelle (materielle) Vermögensbesteuerung. Letztere erfolgt grundsätzlich nur in Ausnahmefällen, die nominelle Vermögenssteuer ist dagegen die Regel, sie wird und soll auch aus dem Einkommen bezahlt werden. Der allgemeine wirtschaftliche Verfall zwingt nunmehr in vielen Fällen den Steuerzahler die zur Steuerzahlung not-

wendigen Beträge aus dem Vermögen selbst zu nehmen. Man denke etwa an Vermögensbesitz, der sich aus Wäldern und Ländereien zusammensetzt. Hier wird eine Wertberichtigung der noch geltenden Veranlagung besonders schwierig sein. Ebenso ist ein Flüssigmachen derartigen Besitzes nur unter großen Opfern möglich. Es fragt sich dabei, ob der Fiskus gewillt ist, eine Steuerzahlung „in natura" anzunehmen, was vielleicht eine Milderung des an sich in beiden Fällen eintretenden Verlustes des Steuersubjekts bedeuten könnte.

Die nominelle Vermögenssteuer kann so zu einer materiellen werden. Die Erörterung der damit verbundenen volkswirtschaftlichen Schäden gehört in das nächste Kapitel. ...

Sind in den anfallenden Einkommensteuererträgen anteilmäßig bedeutende Posten enthalten, die auf Grund der fast sofortigen steuertechnischen Erfaßbarkeit unmittelbar mit der privatwirtschaftlichen Schrumpfung zurückgehen (aus Löhnen, Gehältern), was diese in unserer Situation besonders empfindlich machte, so fällt das bei den Vermögenssteuererträgen naturgemäß fort. Die bei der Einkommensteuer aufgezeigten Veranlagungsprobleme sind darüber hinaus bei der Vermögenssteuer infolge der gerade hier in starkem Maße bestehenden teilweisen Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Veranlagung überhaupt, weit stärker vorhanden. Die von erhebungstechnischer Seite bedingte Starrheit der anfallenden Erträge ist dadurch hier größer, man wird hier m. a. W. noch mehr geneigt sein, so lange wie möglich bei den einmal festgesetzten Ausgangswerten zu bleiben. Das macht das Vermögenssteueraufkommen vorerst fiskalwirtschaftlich gesehen unempfindlicher gegegenüber dem allgemeinen Rückgang als das der Einkommenbesteuerung. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß in den modernen Volkswirtschaften die dieser entsprechenden „Vermögenswerttypen" bei rückläufiger Bewegung des Wirtschaftslebens vielfach heftiger und vor allem auch schneller berührt sein können als die einzelnen Einkommen [116]).

Anhang.

Es verdienen noch einige Besonderheiten in den Bewegungen des Erbschaftssteueraufkommens der Erwähnung. An sich spielt die Erbschaftssteuer in ihrem finanziellen Aufkommen anteilmäßig im Etat in der Regel keine große Rolle. Jedoch wird sie in der Literatur häufig als Beispiel einer „konjunkturunempfindlichen" Steuer angeführt. Ohne uns im Rahmen dieser Untersuchung hiermit im

[116]) Vgl. Fritz NEUMARK, Konjunktur und Steuern, a. a. O., S. 45.

einzelnen auseinandersetzen zu können, möchten wir dazu aber kurz folgendes sagen:

Es ist richtig, daß die Erbschaftssteuer in ihrer normalen vorwiegenden Ausgestaltung, also der Differenzierung nach dem Verwandtschaftsgrad in erster Linie ohne jedwelche Rücksicht auf die persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Steuerzahlers den Bewegungen des Wirtschaftslebens, hier dessen Rückläufigkeit, weniger Angriffsflächen bietet. Die betreffenden Steuertarife können je nachdem sehr hoch sein — die Besteuerung stellt immer in ihrem Prinzip eine unmittelbare Vermögensabgabe dar.

Auch hier gilt aber im selben Maße das eben bei der Vermögenssteuer über das Bewertungsproblem Gesagte. Durch die hohen Steuersätze ist die Gefahr der eintretenden Illiquidität des Steuerzahlers noch größer. Man denke etwa an die Fälle, wo ganze Unternehmungen vererbt werden. Ein Angreifen der Vermögenswerte als solche kann hier praktisch kaum in Frage kommen. Die Rückstandsquote der Steuerforderungen wird sich so zwangsläufig erhöhen. Es fragt sich von Fall zu Fall weiter, ob auch die notwendigen gesetzestechnischen Maßnahmen bestehen, die die jetzt verstärkt einsetzenden, bei der Erbschaftssteuer besonders gegebenen und beliebten Hinterziehungsversuche abmildern können etc. ...

6) aa) Die Ertragsteuern sind die ältesten Steuertypen innerhalb der modernen Steuersysteme. Beliebt und deshalb auch anteilmäßig noch stärker vertreten, als es eine den Aufgaben des Staates gemäß den Anforderungen der modernen kapitalistischen Volkswirtschaften an diesen entsprechende Besteuerungsform rechtfertigt, sind die Ertragsteuern vor allem in den „individualistischen" Ländern, da bei ihnen kein weites Eindringen in die persönlichen Verhältnisse zu erfolgen braucht. Dementsprechend sind die Ertragsteuern auch meist mit proportionalem Steuerfuß ausgestaltet. Sie knüpfen grundsätzlich lediglich an den Ertrag als solchen, oder besser an die Ertragfähigkeit bzw. -möglichkeit, die bei dem Vorhandensein einer bestimmten Besitzart als gegeben anzusehen ist[117]). Die Erfordernisse der weitgehenden Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen haben es in praxi dann auch bei den Ertragsteuern notwendig gemacht, Modifikationen nach den persönlichen Verhältnissen des Steuerzahlers vorzunehmen.

Die Ertragsfähigkeit und Ertragsmöglichkeit der einzelnen Vermögensobjekte sind naturgemäß in unserer Situation, wie bekannt, stärkstens beeinträchtigt. Bei dem Ertrag- oder Objektsteueraufkommen liegen aber aus steuertechnischen Gründen die Verhältnisse so, daß vorerst eine Minderung der fiskalwirtschaftlichen Einnahmen trotz starkem und stärkstem Schwund der Ertragsfähigkeit ihrer äußeren privatwirtschaftlichen Anknüpfungspunkte nicht erfolgt.

---

117) Aus bestimmten historisch und sachlich zu erklärenden Gründen sind die Ertragssteuern nicht nur in Deutschland die Vorzugsform der durch die nachgeordneten Verbände erfolgenden Besteuerung.

Die älteste Form der Ermittlung der nach den Kriterien der Ertragbesteuerung geltenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeitsäußerung ist die sich nach Durchschnitten (selbst nur wieder geschätzter Erträge) oder lediglich nach äußeren Merkmalen (z. B. Zahl der Fenster, Wohnräume, Türen eines zu besteuernden Hauses) richtende steuerliche Erfassung. Erst später legte man einen bestimmten Kapitalwert der Ertragquelle als solcher fest. Einen Schritt weiter bedeutet dann auch die Scheidung eines „Reinertrages" von einem „Rohertrag". Wird das „Reineinkommen" bei der Festsetzung der Bemessungsgrundlage mit berücksichtigt, so sind die Grundsätze der Ertragbesteuerung bereits verwischt. In vielen Fällen erfolgt die Festsetzung der Steuerwerte durch behördliche Schätzung.

bb) Die der Grund- und Gebäudesteuer zugrundeliegenden Werte sind in Katastern festgelegt. Diese Katastrierung ist kostspielig, eine Neufestlegung ist daher relativ selten, sie geschieht nur in Zeiträumen von mehreren Jahren. Damit werden die Ertragsteuern den wirtschaftlichen Bewegungen gegenüber unelastisch. Die zugrundeliegenden Werte werden nunmehr unter den Auswirkungen der Deflation völlig zur Fiktion. Die Steuer muß nach wie vor in der bisherigen nominellen Höhe gezahlt werden. Es kommt dabei (verschärfend oder mildernd) auch noch darauf an, in welcher Konjunkturphase die Wertfestsetzung seinerzeit vorgenommen wurde.

Die Ertragbesteuerung des Haus- und Grundbesitzes ist im einzelnen unterschiedlich. Fällt z. B. eine Neufestsetzung der Steuerwerte gerade in die betrachtete kritische Zeit, so ist es fiskalwirtschaftlich nunmehr auch jetzt von größter Bedeutung, ob die Grund- und Gebäudebesteuerung nach dem gemeinen Wert oder nach dem Ertragwert erfolgt. Der gemeine Wert, in dem sich die zu erwartende wirtschaftliche Lage gleichsam eskomptiert, muß jetzt fiskalwirtschaftlich gesehen als Bemessungsgrundlage ungünstiger sein als der Ertragswert[118]).

cc) Mit den wirtschaftlichen Bewegungen am engsten verbunden ist von den Ertragsteuern die Gewerbesteuer. Ihre Ausgestaltung läßt schon eher Angriffsmöglichkeiten von Seiten der wirtschaftlichen Destruktionen auf ihren steuerlichen Ertrag zu. Eine etwas elastischere Handhabung dieser Besteuerung ist naturgemäß eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Bei der Gewerbebesteuerung ist deutlich sichtbar praktisch meist ein Kompromiß zwischen dem fiskalwirtschaftlichen Ergiebigkeitsstreben und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten geschlossen. Eine Ausrichtung nur

[118]) Wir erinnern uns hier, daß die Mieten relativ spät sinken. Vgl. oben S. 59.

nach dem Ertrag ist durch die damit verbundene Empfindlichkeit bei rückläufiger wirtschaftlicher Bewegung fiskalwirtschaftlich unerwünscht, eine solche lediglich nach einem mehr oder minder zutreffenden Kapitalwert wäre privatwirtschaftlich und auch gerade volkswirtschaftlich unhaltbar. So weist die Gewerbesteuer meist Gewerbeertrag und Kapital als Besteuerungsgrundlagen auf (in Deutschland tritt dazu noch die Lohnsumme). Diese sich bei der Ausgestaltung der Gewerbesteuer aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus ergebenden Erfordernisse, die sich allerdings bei aufsteigender wirtschaftlicher Entwicklung fiskalwirtschaftlich entsprechend positiv auswirken, müssen nunmehr den Gewerbesteuerertrag der wirtschaftlichen Schrumpfung gegenüber empfindlicher machen als die Aufkommen der durch ihre Ausgestaltung völlig starren Grund- und Gebäudesteuern [119]).

dd) Grundsätzlich sind die Ertragsteuern unelastisch (sie sind „altmodisch"). Diese Unelastizität bedeutet nunmehr für die Finanzwirtschaft eine gewisse Erleichterung. An dieser Stelle bricht ihr der Boden weniger schnell unter den Füßen fort [120]).

Gingen die Erträge der Verbrauchs- und Verkehrssteuern automatisch mit der Schrumpfung des privatwirtschaftlichen Lebensraumes zurück, war dieser Prozeß bei dem Aufkommen aus der Einkommenbesteuerung von steuertechnischer Seite bereits etwas abgemildert (was auch in wieder etwas stärkerem Maße von der Vermögenssteuer galt), so sind die Steueraufkommen aus den Ertragsteuern auch hier wieder mit Abstufungen aus den steuertechnischen Gegebenheiten heraus jetzt am starrsten. Die steuertechnische Ausgestaltung ihrerseits leitet sich prinzipiell ab aus dem Wesen der jeweiligen Steuerbemessungsgrundlage.

Diese Feststellungen mußten bei der hier an Hand einiger typischer grundlegender Besteuerungsformen in fiskalwirtschaftlicher Blickrichtung erfolgten Aufzeigung der durch die Auswirkungen der Deflation sich vollziehenden Einbrüche in die Finanzwirtschaft von Seiten der einzelnen Steuerarten unser einziges Ziel sein. Es kam eben darauf an, das Maß der verschiedenen Rückgänge „aus der Eigentümlichkeit der verschiedenen Arten und Formen steuerlicher Finanzbedarfsdeckung" [121]) abzuleiten!

---

[119]) Es ist klar, daß die Kapitalertragsteuer in ihrem Aufkommen von den Objektsteuern am stärksten und schnellsten zurückgehen muß.

[120]) Auf die damit auf der anderen Seite verbundenen volkswirtschaftlichen Schäden einzugehen, ist hier nicht der Ort. Es ist, soviel sei gesagt, jedenfalls praktisch ausgeschlossen, daß durch die so eintretende Mehrbelastung irgendwo eine nur in etwa ins Gewicht fallende Produktivitätssteigerung eintritt. Im übrigen schaltet ja eben das Vorhandensein eines „Besteuerungsspielraums" mit guten Gründen aus. Vgl. VI, a, 3, aa), S. 98, 99.

[121]) Vgl. S. 93.

Wir glauben, daß die hier gegebenen Fingerzeige zusammen mit der unter IV. erfolgten Analyse der Auswirkungen der Deflation in der privaten Wirtschaft ausreichen, um der empirisch-statistischen Untersuchung den Weg zu ihren Ansatzpunkten zu weisen. Ihr bleibt es nun von Fall zu Fall vorbehalten, die jeweilige anteilmäßige Bedeutung des Aufkommens der einzelnen Steuergattungen im Etat festzustellen und von da aus zu einer quantitativen Festlegung der zu untersuchenden Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft zu gelangen (vgl. hierzu das unter 1, dd) Gesagte; vgl. auch S. 1/2).

7) Die einzelnen Steuertypen innerhalb des Steuersystems sind unter dem Gesichtspunkt der Tragbarkeit der allgemeinen Steuerbelastung aufeinander abgestimmt[122]). Es muß so jeweils als Annäherungstendenz, als Idealtypus, eine bestimmte Proportion zwischen „direkter" und „indirekter" Besteuerung bestehen, die vorhandene Progression der Einkommensteuer verlangt etwa steuerliche Belastungen gewisser Verbrauchsgüter als Kompensation, die Kapitalverkehrssteuern richten sich vielfach nach der Vermögenssteuer und umgekehrt etc. Aber auch innerhalb der direkten und indirekten Besteuerungsformen bestehen Abhängigkeiten. Die Vermögenssteuer ist auf die Einkommensteuer abgestimmt und umgekehrt, die Ertragsteuern häufig auf die Vermögens- und Einkommensteuer, die Ertragsteuern wieder gegenseitig aufeinander[123]), das Zollsystem auf die inländischen Verbrauchssteuern, die Umsatzsteuer vielleicht wieder auf diese etc. Ebenso müssen die Erhebungskosten der einzelnen Steuerarten zu deren Erträgen in einem der Steuerökonomie entsprechenden Verhältnis stehen (vgl. unter 1, cc)).

Die Symptome der Leistungsfähigkeit, an die die Besteuerung bisher knüpfte, verschwinden, ändern sich nun unter den Auswirkungen der Deflation. Das bisherige steuerliche Erfassungssystem verliert seine Berechtigung. In manchen Teilen ist dieses allerdings erhebungstechnisch elastisch, die steuerliche Abzapfung richtet sich automatisch nach den geschrumpften privatwirtschaftlichen Besteuerungsgrundlagen ein. In vielen Fällen aber arbeitet der schwerfällige finanzwirtschaftliche Verwaltungsapparat zwangsläufig mit den bisherigen steuertechnisch schematisierten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeitsmerkmalen, die jetzt völlig zu Fiktionen werden, weiter. Wo im zweiten Fall wirklich Versuche einer

[122]) Siehe S. 97.

[123]) So sieht u. a. in der neuen deutschen Realsteuerreform § 6 des Einführungsgesetzes vor, „daß der Reichsminister des Inneren im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister Bestimmungen darüber erlassen wird, in welchem Verhältnis die Hebesätze für die Grundsteuer, die Gewerbesteuer und die Bürgersteuer zueinander stehen müssen."

wertmäßigen Berichtigung gemacht werden, stößt man auf große Schwierigkeiten. An sich ist die Taxierung gewisser Arten unbeweglichen Besitzes, die keinen Gegenwartspreis zu haben brauchen, und auch verschiedener Formen des beweglichen Besitzes, für die teilweise ein Verkehrswert ebenfalls nicht festzulegen ist, schon in normalen Zeiten problematisch. Eine Neutaxierung in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage muß ohne jede Anhaltspunkte sein [124]).

Wir stellten fest, daß fiskalwirtschaftlich betrachtet diese auf der technischen Ausgestaltung verschiedener Steuern beruhende weitere äußere Aufrechterhaltung des bisherigen Leistungsfähigkeitsmerkmalschemas einen gewissen Vorteil bedeutet. Der Stoß, der durch die Einnahmeverminderung die Finanzwirtschaft trifft, wird dadurch abgemildert (vgl. S. 104!).

Die Aufkommen der einzelnen Steuern gehen, wie gezeigt und erklärt wurde, verschieden schnell und verschieden stark zurück. Welche greifbare Bedeutung diese Abmilderung nun wirklich hat, ist naturgemäß nur von Fall zu Fall zu entscheiden. Es kommt dabei auf die jeweilige Struktur des betreffenden Steuersystems an. Es bedarf dazu eines genauen Studiums der Steuergesetze. Man muß feststellen, welche Steuern jeweils den Hauptbestandteil des Steuersystems bilden und damit den bedeutendsten Einnahmeposten im Staatshaushalt darstellen, oder ob etwa mehrere Steuertypen in ihrem Aufkommen gleichwertig nebeneinanderstehen und welcher Art diese dann wieder sind. Man wird so Steuersysteme antreffen, die vorwiegend auf den sogenannten „indirekten" Steuern (Verbrauchs- und Verkehrssteuern), andere wieder, die vorwiegend auf den sogenannten „direkten" Steuern (Einkommen-, Vermögen-, Ertragsteuern) aufgebaut sind, und schließlich vielleicht solche, wo direkte und indirekte anteilmäßig gleichwertig auftreten. Nach dem bisher Gesagten leuchtet es ein, daß jedes dieser Steuersysteme entsprechend der in ihm vorherrschenden Steuertypen und deren gemäß ihrem Wesen mehr oder minder heftigen Reaktionen auf die Schrumpfung des privatwirtschaftlichen Lebensraumes verschieden berührt sein wird.

Man müßte dann noch weiter gehen und z. B. fragen: trifft das Verbrauchsbesteuerungssystem des betreffenden Landes mehr die elastische oder mehr die unelastische Nachfrage, bezieht es sich m. a. W. also vorwiegend auf den reinen Luxusverbrauch oder auf den sogenannten Massenluxusverbrauch und den lebensnotwendigen Konsum, oder weiter: stützt sich die Einkommenbesteuerung

[124]) Durch das verstärkte Auseinanderklaffen zwischen finanzwirtschaftlich-technischer und privatwirtschaftlicher Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit müssen sich auch von dieser Seite aus die Erhebungskosten erhöhen. Davon noch unter d).

mehr auf die großen oder auf die mittleren und kleinen Einkommen, was sich im Verlauf der Progression äußert (unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen volkswirtschaftlichen Streuung der Einkommen) etc. .... ?

Die Einnahmesenkung ist bei den einzelnen Steuerkategorien von verschiedener Stärke. Dadurch erfolgen nicht nur Verschiebungen im Einnahmesystem, sondern auch in der Verteilung der Steuerlast. Ein Teil der Steueraufkommen paßt sich automatisch dem wirtschaftlichen Rückgang an, ein anderer Teil bleibt aber mehr oder minder lange Zeit in seiner früheren nominellen Höhe bestehen. Die Folge ist neben einer höheren steuerlichen Belastung der von diesen Steuern getroffenen wirtschaftlichen Faktoren an sich auch eine Veränderung der allgemeinen Belastungsrelationen! (vgl. S. 97).

Wir beschäftigen uns hier voraussetzungsgemäß nicht mit der von Seiten eines bestimmten Gerechtigkeitsprinzips geforderten „Gleichmäßigkeit" der steuerlichen Belastung, sondern lediglich mit der Forderung nach gleichmäßiger Belastung, die „der relativen gliedlichen Zugehörigkeit zur Wirtschaftsgemeinschaft entspringt"[125]).

Die entsprechende „richtige" Mischung von Erwerbs-, Besitz-, Verkehrs-, Verbrauchs- usw. -steuern kann in ihrer völligen Verwirklichung nur einen Idealtypus vorstellen. Jedoch näherte man sich bei der früheren „normalen" Entwicklung des Verhältnisses öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft mit Hilfe vieler gesammelter Erfahrungen und auch vieler Kompromisse diesem idealen Ausrichtungspunkt mehr oder minder weit. Die nunmehrigen Ereignisse, die Auswirkungen der Deflation, bedeuten einen beträchtlichen Rückschritt in dieser Entwicklung, letztlich sogar ein völliges Zunichtemachen der bisherigen Ergebnisse, eine Zerstörung dieses feinen Gewebes der kunstvoll konstruierten[126]) oder organisch entwickelten Relationen.

Das geltende Steuersystem war Ausdrucksform dieser aufeinander abgestimmten Beziehungen. Durch die Auswirkungen der Deflation in der Finanzwirtschaft wird das Steuersystem auseinandergerissen, das bisher in ihm herrschende gestaltende Prinzip geht verloren, übrig bleibt nur ein Bündel ohne innere gegenseitige Beziehung nebeneinanderstehender Abzapfungsmethoden: die ehemals nach bestimmten geltenden Verhältnissen der Besteuerungsarten untereinander ausgeklügelte Progression der Einkommensteuer z. B. ist nunmehr ohne jede fiskalwirtschaftliche und volks-

[125]) Vgl. F. K. MANN, Grundsätze der Besteuerung, Schm. Jb. 50, 1, 1926.

[126]) Normaliter kennt man auch die Lastenverteilung, die sich nach den Überwälzungsvorgängen herausstellt (vgl. unter d).

wirtschaftliche Berechtigung und muß so die unerwünschtesten Folgen haben; waren bisher im Dienste der Kapitalerhaltung und -bildung die engeren Kapitalsteuern durch eine entsprechende Anspannung derjenigen Steuern, die nur bei Befriedigung eines Bedarfs anfallen, entlastet, so ist — neben der effektiven Erhöhung der Kapitalsteuern an sich — auch diese Relation jetzt gestört[127]). Die Gewerbebesteuerung, die nicht nur „die Gewerbe i. e. S.", also die stoffverarbeitende und veredelnde Tätigkeit, „sondern auch den Handel mit seinen Hilfs- und Nebengewerben, also Handelsgeschäfte, Transportgeschäfte, Bank-, Agentur-, Versicherungsunternehmungen, Schankwirtschaften, Dienstgewerbe etc." (EHEBERG) umfaßt, muß nunmehr entsprechend der Starrheit ihrer steuertechnischen Ausgestaltung mehr oder minder stark den Gegensatz der verschiedenen volkswirtschaftlichen Produktionszweige, der, voraussetzungsgemäß latent oder sichtbar in jeder Volkswirtschaft vorhanden, durch die Ungleichzeitigkeit und Ungleichmäßigkeit des durch die Deflation ausgelösten Schrumpfungsprozesses weiter herausgehoben und verstärkt ist, ihrerseits verschärfen.

Weiterhin wird sich der Zustand herausstellen, daß immer mehr die Erhebungskosten in ein ungünstiges Verhältnis zu den entsprechenden Steuererträgen geraten. Durch die wachsende steuerliche Belastung tritt das „Gesetz des abnehmenden Steuerreinertrages" in Erscheinung!

Der Rückgang der Steuererträge beruht überdies bald nicht mehr allein auf der Schrumpfung der privatwirtschaftlichen Grundlagen der Finanzwirtschaft, sondern mit der wachsenden steuerlichen Belastung vergrößert sich auch der innere Widerstand des Steuerzahlers gegen die Besteuerung überhaupt. Das führt nicht nur zu einer möglichsten Vermeidung der Steuertatbestände etc., sondern darüber hinaus zu einer starken Zunahme der Steuervergehen und Steuerverbrechen.

Die praktische Bedeutung dieser Fragen erfordert es, sich mit ihnen in einem besonderen Absatz eingehender zu befassen. Wir werden uns dann ebenfalls im Rahmen dieses nächsten Abschnitts des VI. Kapitels zu den nunmehr auch einsetzenden Änderungen der Überwälzungsvorgänge äußern.

d) 1) „Die Besteuerung selbst aber verteilt sich alsdann schließlich nach Steuerquellen und Steuerträgern ganz anders als ursprünglich nach Steuerobjekten und Steuerzahlern. Diese schließliche Verteilung ist das Wesentliche." (Adolph WAGNER).

---

[127]) Die Verbrauchssteuern drängen damit auf eine entsprechende Erhöhung, die Kapitalsteuern auf eine entsprechende Senkung.

aa) Diese Verteilung geschieht auf Grund der Eigenbewegungen der Volkswirtschaft. Sie durchkreuzen je nachdem den Willen der steuerlichen Gesetzgebung. Der Steuerzahler reagiert ganz verschieden auf den Steuerdruck. Uns interessieren hier vorerst die im Rahmen der wirtschaftlichen Gebarung des Einzelnen liegenden Möglichkeiten der Steuerabwehr [128]), d. h. die „legitimen" Abwehrprozesse des Steuerzahlers [128]). F. K. MANN hat folgende Einteilung der Steuerabwehrprozesse vorgenommen [128]):

A. Steuerminderung.
   I. Steuervermeidung.
   II. Steuereinholung.

B. Steuerverschiebung.
   I. Steuertilgung (Steueramortisation).
   II. Steuerüberwälzung.
      a) Steuerüberwälzung 1. Grades.
         1) Fortwälzung (Preis- oder Lohnerhöhungen).
         2) Rückwälzung (Preis- oder Lohnherabsetzungen).
      b) Steuerüberwälzung 2. und höheren Grades (Weiterwälzung).

Bei den folgenden Erörterungen richten wir uns nach diesen Mannschen Begriffsbestimmungen. Die Auswirkungen der Deflation haben nunmehr völlig veränderte Marktverhältnisse geschaffen, der Steuerdruck hat zugenommen, die Steuerabwehr muß damit im einzelnen andere Wege einschlagen, muß sich darüber hinaus insgesamt verstärken.

bb) Steuervermeidungen bedeuten „fiskalisch einen Schlag ins Wasser" (F. K. MANN). Die Tendenz, Steuertatbestände einfach nicht eintreten zu lassen, wird sich naturgemäß in der von uns betrachteten Situation verstärken. Gesagt sei nur, daß der Hauptansatzpunkt dazu bei den Verkehrssteuern liegen muß. Hier sind die Steuersubjekte dem steuerlichen Zugriff gegenüber am beweglichsten, es ist hier am ehesten möglich, die Steuertatbestände, die bei den Verkehrssteuern bestimmte äußere Erscheinungsformen in der Abwicklung wirtschaftlicher Beziehungen der Einzelnen untereinander sind, nicht zum Entstehen kommen zu lassen und sich „anders zu behelfen" [129]).

---

[128]) Vgl. das Referat von F. K. MANN, a. d. Konferenz von Eilsen, Veröff. d. Friedr.-List-Ges. e. V., 3. u. 4. Bd., Berlin 1930, Teil 1, S. 266, 267.

[129]) Das ändert nichts an den einschneidnden volkswirtschaftlichen Wirkungen, die allgemein bei der Erhöhung der Verkehrssteuern eintreten. Gerade die fiskalwirtschaftlich ergiebigsten (und volkswirtschaftlich meist drückendsten) Verkehrssteuern (z. B. die Umsatzsteuer) werden nicht leicht oder oft gar nicht zu „vermeiden" sein. Außerdem kann bereits die Unterlassung von Verkehrsakten volkswirtschaftliche Störungen hervorrufen.

cc) Die Bedeutung der Steuereinholung wird meistens überschätzt, sie ist volkswirtschaftlich nicht ohne weiteres so erfreulich, wie man oft glaubhaft machen will. Man muß bei einer derart eintretenden Steigerung der Produktivität immer fragen: War die aufgelegte Steuer auch wirklich ursächlich daran beteiligt und vor allem: wird die erhobene Steuer vom Staat produktiv verwandt?[130]). Im übrigen erfordert eine verbesserte Produktionsmethode vorerst meist gewisse Einrichtungskosten, die in der von uns betrachteten Situation schwer zu beschaffen sein werden. Außerdem können schwächere und kleinere Betriebe nunmehr hierdurch gerade den Todesstoß erhalten, da die Vorteile dieser Verbesserung vorwiegend erst bei großen Umsätzen wirksam werden, abgesehen davon, daß ihnen die Mittelbeschaffung zu der erforderlichen Umstellung am wenigsten möglich sein wird. Steuereinholungen wären allerdings auch jetzt umso eher gegeben, desto frühere Anfangsstadien der Produktion steuerlich getroffen werden[131]). Eine intensivere Ausnutzung des Rohstoffs ist möglicherweise ohne ins Gewicht fallende Umstellungskosten durchzuführen.

Eine Steuereinholung ist jedoch voraussetzungsgemäß in unserem Fall schon deshalb ohne wirkliche Bedeutung, weil die Produktivität allgemein so stark sinkt, daß Steuereinholungen, wenn überhaupt jetzt noch möglich, nur ganz geringe Verzögerungsmomente in dieser Entwicklung darstellen können. (Um den geschilderten Produktivitätsschwund wirklich entsprechend zu kompensieren, müßten umwälzende technische und wirtschaftsorganisatorische Neuerungen erfolgen. Die Annahme, daß diese in der dazu notwendig kurzen Zeit und dazu noch auf steuerliche Anregung hin erfolgen, wäre utopisch.) Möglich ist eine derartige Teilkompensation höchstens durch entsprechende Mehrarbeit ...![132])

Von größerer Wichtigkeit ist in unserem Zusammenhang die Frage nach den Einwirkungen der von der Deflation ausgelösten Erscheinungen auf die Steuerverschiebungen.

dd) Die Steuertilgung besteht in einem einmaligen Überwälzungsakt; mit „capitalisation of taxation" bezeichnet man diesen Vorgang in England sehr treffend. Naturgemäß können einmalige Besteuerungen nicht „getilgt" werden. Ebenso ist das bei den eigentlichen Personalsteuern nicht möglich. Die Steuertilgungen können erfolgen bei den Grund- und Gebäudesteuern, dann aber

130) Vgl. F. K. MANN, Die Grundformen der Steuerabwehr, Conrads Jb., 120. Bd., III. Folge, 65. Band, S. 502. Vgl. Paul MOMBERT, Besteuerung u. Volkswirtschaft, Karlsruhe 1922. M. überschätzt u. E. die Bedeutung der Steuereinholung, S. 43/44.

131) Siehe P. MOMBERT, a. a. O., S. 43.

132) Wir rühren hier an eine Frage, deren Beantwortung im Rahmen der unter VIII. angestellten kritischen Würdigung der Deflation als Maßnahme bei den gemachten Voraussetzungen zu erfolgen hat.

auch, weniger unmittelbar sichtbar, bei den Verkehrs- und den Verbrauchssteuern [133]). Der Druck der Auswirkungen der Deflation wird jetzt bei der zwangsläufigen Erhöhung der Steuerlast von dieser Seite aus verstärkt [134]). Die Steuertilgungsvorgänge haben die Wirkung einer materiellen Vermögenssteuer, sie bedeuten eine Teilkonfiskation des vorhandenen Vermögens [135]).

An sich ist die Steuertilgung im Vergleich mit den übrigen Steuerabwehrprozessen selten. Wo sie allerdings auftritt, muß sie gerade jetzt besonders unerfreuliche Folgen haben, ein Beschleunigungsmoment in der allgemeinen Entwertung der Kapitalgüter darstellen. Man wird überdies nunmehr doppelt bestrebt sein, die Möglichkeiten, eine Steuer zu tilgen, voll auszunutzen, was umso leichter sein muß, da sich zwangsläufig die Position des Käufers dem jetzt vielfach aus Not handelnden Verkäufer gegenüber verstärkt hat.

ee) Durch die Überwälzungsvorgänge pflanzt sich der Steuerdruck in Wellenbewegungen fort. Die Überwälzungsvorgänge gehen in die allgemeinen Preisbildungsprozesse ein, eine scharfe Trennung ist umso schwieriger, je größer der Abstand von dem letzten Überwälzungsprozeß wird. In normalen Zeiten sind die Überwälzungen 1. Grades vom Gesetzgeber zu übersehen, sie sind in der Steuergesetzgebung dementsprechend berücksichtigt. Die Wirkungen der Weiterwälzung können nur geschätzt werden, ihre Erfassung kann letztlich nur erfahrungsgemäß erfolgen, über ihren Verlauf können anfänglich nur Vermutungen angestellt werden. Jedoch haben auch sie sich allmählich eingespielt, ohne in ihren Bewegungen nunmehr noch zu wesentlichen Störungen des Verhältnisses öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft zu führen [136]).

Ebenso wie die Steuertilgung trifft auch die Steuerüberwälzung die Finanzwirtschaft nicht unmittelbar. Beide bedeuten eben nur Steuerverschiebungen. Wir wissen aber, daß die Finanzwirtschaft auf eine den volkswirtschaftlichen Belangen entsprechende Auswahl und Belastung der Steuerquellen Bedacht haben muß. Die bisherige Steuerbelastung war nach den bisherigen berechenbaren, bzw. vermutbaren und erfahrungsmäßig bekannten Überwälzungs-

[133]) Die Steuertilgung knüpft nach F. K. MANN an drei Voraussetzungen: Der besteuerte Gegenstand muß: 1. einer Prägravation unterliegen, 2. einen Kapitalwert haben und 3. muß die Steuer als solche relativ dauerhaft sein. Vgl. F. K. MANN, Wesen und allgemeiner Verlauf der Steuerüberwälzung, Ref. b. d. Verhandlg. d. Ver. f. Sozialpolitik in Wien, 1926, S. 280. München und Leipzig 1926.

[134]) So wird sich z. B. unter bestimmten Voraussetzungen eine erhöhte Biersteuer auf den Veräußerungswert ganzer Brauereien auswirken.

[135]) Vgl. F. K. MANN, Wesen und allg. Verlauf der Steuerüberwälzung, a. a. O., S. 281.

[136]) Ein gewisser steuersystematischer Ausgleich unliebsamer Überwälzungserscheinungen kann z. B. durch Auflegung bestimmter Zölle, durch Steuerrückvergütungen etc. erfolgen.

vorgängen ausgerichtet. Auch das ist Voraussetzung bei weitgehender steuerlicher Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Grundlegende Veränderungen dieser Überwälzungsprozesse treffen damit mittelbar auch die Finanzwirtschaft.

Je niedriger die Steuer, desto weniger lohnt sich der immerhin lästige Überwälzungsversuch. Durch den nunmehr erhöhten Steuerdruck muß sich die Überwälzungstendenz verstärken.

Die Überwälzung erfolgt im Preis. Maßgebend ist jeweils der Grad der Elastizität des Angebots und der Nachfrage. F. K. MANN formuliert [137]): „Die Überwälzung gelingt, wenn das Angebot elastischer ist als die ihm jeweils gegenüberstehende Nachfrage, oder wenn die Nachfrage elastischer ist als das ihm jeweils gegenüberstehende Angebot". Das Verhältnis der Elastizität der Nachfrage allgemein zu der des Angebotes allgemein wird jetzt infolge der Auswirkungen der Deflation verschoben.

Aus unseren Darlegungen im IV. Kapitel muß es verständlich sein, daß diese Verschiebung so erfolgt, daß sich die für die differenziert arbeitsteiligen kapitalistischen Volkswirtschaften infolge ihrer ungeheueren Kapitalinvestitionen, die Ausdrucksform der der kapitalistischen Entwicklung eigenen Verlängerung der Erzeugungsumwege und der notwendigen produktionstechnischen Bereitschaft zur Befriedigung des vielseitigen Bedarfs in den modernen Kulturstaaten sind, typische grundsätzliche Unelastizität der Angebotsseite durch die im Verhältnis zum bisherigen Versorgungsstand überaus heftige Schrumpfung der Einkommen und Gewinne scharf heraushebt, daß sich m. a. W. ein bedeutender Teil des Drucks der rückläufigen Bewegung (jetzt außerdem noch von steuerlicher Seite aus verschärft) auf die Angebotsseite der Marktwirtschaft verlagert [138]). Es kommt dabei jetzt weiter diesen Zustand zum Teil wieder kompensierend auf die Rückwälzungen an, die die Angebotseite vornimmt. Wie das geschieht, wurde unter VI, a, 3, dd) in grundlegenden Zügen darzustellen versucht. Diese Weitergabe erfolgt nach außen durch Rückwälzungen auf Löhne und Lieferantenpreise. Die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Schrumpfungserscheinungen werden von hier aus weiter verstärkt [139]).

Im einzelnen stellen sich die Elastizitätsverhältnisse nun folgendermaßen dar: je notwendiger ein Gut für die Bedürfnisbefrie-

137) F. K. MANN, Ref. Wesen u. allg. Verlauf usw., a. a. O., S. 290.

138) Vgl. Sven HELANDER, Über die Überwälzbarkeit der spezifischen Unternehmungssteuern, Kapitalbildung und Steuersystem, Veröff. der Friedr.-List-Ges., 3. Bd., II. Teil, S. 342, Berlin 1930.

139) Wir leiteten unter VI, a, 3, dd) (S. 101) ab, wie die Nachhaltigkeit der Steuerquellen durch die zwangsläufig einsetzende Steuermehrbelastung bedroht ist, wie letztlich auf dem Wege der Überwälzungen die volkswirtschaftliche Kapitalstruktur dezimiert wird.

digung ist oder je fester die Konsumgewohnheit bei einem Gut ist, desto unelastischer ist die Nachfrage nach ihm. Dabei, was notwendig ist und was nicht, sind nicht nur physiologische Notwendigkeiten entscheidend. Neben den Gütern des sog. Massenluxusverbrauchs können sich etwa auch gerade jetzt bestimmte Modetorheiten hartnäckig als unbedingt zu befriedigender Bedarf halten. Es kommt hierbei weiter darauf an, daß die Produzenten diese Einstellung des Verbrauchers durch entsprechende geschickte Reklame wachhalten und anspornen. Es kann ihnen so die Überwälzung der erhöhten Steuerlast (durch Halten des bisherigen nominellen Preises für die betreffende Ware) gelingen. Je nachdem beherrscht man auch die Ersatzmittelindustrien und kann dann deren Preise entsprechend halten, um die „Torheit" des Käufers auf diesem Gebiet voll auszunutzen. Die Nachfrage bestimmter zur Aufrechterhaltung der Betriebe unbedingt notwendiger Kapitalgüter ist ebenso unelastisch wie die bestimmter tatsächlich oder nur eingebildet unbedingt zur Lebensfristung notwendiger Konsumgüter. ...

Diese Unelastizität der Nachfrage nach Gütern der eben geschilderten Art kann in der von uns betrachteten wirtschaftlichen Situation der allgemeinen Rückläufigkeit die gekennzeichnete Verlagerung im Verhältnis der Elastizität der Nachfrage zu der des Angebots zu Ungunsten des letzteren nur von Fall zu Fall je nach der anteilmäßigen Bedeutung dieser betreffenden Güter in der Gesamterzeugung mehr oder minder stark abmildern. Unsere These, daß die Überwälzung der durch die nominelle Aufrechterhaltung der bisherigen Steuersätze automatisch erfolgten steuerlichen Mehrbelastung von Seiten der Produzenten auf die Konsumenten allgemein gesehen nicht bzw. nur zum Teil gelingt, ist dadurch nicht beeinträchtigt; denn die vielseitige Erzeugung der modernen Volkswirtschaften ist weitgehend gerade auf die Befriedigung von nachfrageempfindlichem Bedarf eingerichtet. Das gilt sowohl für den Konsumgüterbedarf (vgl. S. 70/71) als auch für den Produktionsgüterbedarf (vgl. S. 77/78).

Die Stellung des Produzenten dem Abnehmer gegenüber ist bei diesen Überwälzungsbestrebungen ganz anders bei freier Konkurrenz als bei einer vorhandenen Monopolstellung. Für die Lage bei freier Konkurrenz gilt allgemein der Satz, daß das Angebot umso leichter eingeschränkt werden kann (und damit auch die Überwälzungsmöglichkeit umso leichter gegeben ist), desto geringer jeweils der feste Kapitalanteil ist, sonst gleichartige Nachfrageelastizität der verschiedenen Erzeugnisse vorausgesetzt. — Beim Monopol liegen die Verhältnisse anders. Der Monopolist hat die günstigste Marktsituation ausgenutzt. Veränderungen seines Produktionsumfangs können empfindlichere Gewinnbeeinträchtigungen zur

Folge haben als das Tragen der Mehrbesteuerung. RÖPKE [140]) sagt, daß „eine Steuer umso mehr auf einem Produktionszweig liegen bleibt, je mehr dieser monopolisiert ist“ [141]).

Was die Bedeutung der jeweiligen betriebswirtschaftlichen Konstellation (sinkende bzw. steigende Kosten) anbelangt, so hat das Röpke wie folgt formuliert: „Im Falle des Monopols wird bei Produktion unter wachsenden Kosten die Überwälzung erleichtert, bei Produktion unter sinkenden Kosten erschwert, umgekehrt im Falle freier Konkurrenz, beides unter der Voraussetzung, daß die Nachfrage elastisch ist.“ In praxi sind die Fälle völlig freier Konkurrenz und völliger monopolistischer Bindung selten. Hier kann es nur auf das Durchdenken dieser beiden grundsätzlichen Möglichkeiten ankommen. Die Elastizitätsbedingungen der vielen möglichen Mischungsformen beider Grundrichtungen sind nur von Fall zu Fall festzulegen. Für uns folgt hieraus nur, daß die weitgehende kartell- und monopolmäßige Bindung in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften, die eine Folge der hohen Kapitalinvestitionen ist (!), die Überwälzung einer auftretenden Mehrbesteuerung auf die Nachfrage erschwert bzw. verhindert.

Diese grundsätzlichen Zusammenhänge, die wir in der Frage der Veränderungen der Überwälzungsvorgänge unter den Auswirkungen der Deflation herauszustellen versuchten, sind in ihren Auswirkungen jeweils modifiziert durch die Erfassungsformen der jetzt erhöhten Besteuerung, die einzelnen Steuertypen. Es müßte im Rahmen dieser Arbeit zu viel Raum beanspruchen, nun die einzelnen Steuertypen auf ihre Überwälzungsgegebenheiten hin zu untersuchen. Gesagt sei nur, daß grundsätzlich die Überwälzbarkeit umso eher gelingt, als die Besteuerung als solche mit den eigentlichen Produktions- und Tauschvorgängen verbunden ist. F. K. Mann hat im Gegensatz zu früheren Auffassungen verschiedentlich darauf hingewiesen, daß grundsätzlich j e d e Steuerart überwälzbar ist [142]). Der Verlauf der Überwälzung ist entsprechend der im jeweiligen einzelnen Steuertyp begründet liegenden verschiedenen Schwierigkeit der jeweiligen Überwälzung nur bei der einen Steuerart leichter zu verfolgen als bei der anderen. So ist z. B. bei den Ertragsteuern der Weg der Überwälzung einigermaßen vorausbestimmbar. Bei der Einkommensteuer dagegen ist dieser Verlauf infolge der unendlich vielseitigen Quellen der Einkommenbildung

---

140) RÖPKE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 101/02.

141) Vgl. hierzu das Referat von MAYER über Steuerüberwälzung, Ref. bei den Verhandlungen des Ver. f. Sozialpolitik, S. 309, Verhdlg. d. Ver., 172. Bd., München und Leipzig 1926; vgl. ebenso Sven HELANDER, Die Überwälzbarkeit der spezifischen Unternehmungssteuern, in Kapitalbildung u. Steuersystem, a. a. O., S. 347 ff.

142) Vgl. z. B. F. K. MANN, Steuerüberwälzung, a. a. O., S. 287.

nicht ohne weiteres vorzuzeichnen[143]). „Die Streuung der Überwälzung" (F. K. MANN) erfolgt gerade von hier aus in mannigfaltigster und verschiedenartigster Weise. .....

Wir müssen uns mit den gemachten Andeutungen begnügen. Es kam uns lediglich darauf an, zu zeigen, daß sich infolge der durch die Deflation ausgelösten Erscheinungen die Voraussetzungen und besonders die Konsequenzen der bisherigen Überwälzungsvorgänge grundlegend geändert haben, daß die eintretende Steuermehrbelastung tendenzmäßig der Struktur der modernen kapitalistischen Volkswirtschaften entsprechend zu einer überproportionalen Belastung der Produktion führen muß, daß m. a. W. von Seiten der Überwälzungsvorgänge fundamentale Verschiebungen in der steuerlichen Belastung erfolgen, Verschiebungen, die über unzählige Rück- und Weiterüberwälzungen dann letztlich zu einer Beeinträchtigung der drei volkswirtschaftlichen und ebenso finanzwirtschaftlichen Grundelemente Boden, Arbeit und Kapital führen.

2) Nicht nur auf die den volkswirtschaftlichen Belangen entsprechende Auswahl und Belastung der Steuerquellen und eine den jeweiligen konkreten Voraussetzungen (s. unter c, 1, bb) entsprechende Gestaltung des Steuersystems kommt es an, um ein Maximum bei der steuerlichen Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erzielen, sondern auch in hervorragendem Maße auf die Steuerpsychologie und die Steuerethik der beteiligten Bevölkerungskreise. Trägt die Ausgestaltung des Steuersystems diesen Faktoren auch schon Rechnung[144]), so bleibt den Steuerzahlern, ohne deren Mithilfe eine Besteuerung nun einmal nicht möglich ist, noch ein weiter Spielraum die „subjektive Grenze" der Besteuerung von der „objektiven Grenze" zu entfernen (vgl. S. 28 ff.).

Die Steuerpsychologie und die Steuerethik sind jeweils abhängig von dem bestimmten Volkscharakter und Volkstemperament. Weiter spielen dabei sozialpsychologische Faktoren eine bedeutsame Rolle.

In dem einen Land wird man so etwas ganz anderes als „Steuerdruck" ansehen als in einem anderen. Je stärker bei den Einzelnen jeweils die Überzeugung von der Richtigkeit (volkswirtschaftlich, privatwirtschaftlich und sozial) der vorhandenen Besteuerung ist, desto williger zahlen sie ihre Steuern.

Grundsätzlich ist bei vorübergehender erhöhter steuerlicher Beanspruchung die Belastungsgrenze höher als bei ständigen Erfordernissen. — In Augenblicken nationaler Begeisterung weiter ist

[143]) F. K. MANN, Steuerüberwälzung, a. a. O., S. 312/313.

[144]) So ist eine bestimmte Luxussteuer etwa nur vorhanden, um die Geneigtheit der Bevölkerung der allgemeinen Umsatzsteuer gegenüber zu erhalten. Weiter ist eine bestimmte Besteuerung des Besitzes zu einer bestimmten Besteuerung des Lohnes erforderlich etc. ...

die Bevölkerung wieder eher geneigt, größere Opfer zu bringen als gewöhnlich. Die „Staatsgesinnung" ist überhaupt von entscheidendem Einfluß.

aa) Allgemein läßt sich jedoch sagen, daß fast überall und zu allen Zeiten [145]) die Steuermoral von den herrschenden Sittengesetzen abweicht [146]). Die Steuertäuschung ist irgendwie „gesellschaftsfähig". Die öffentliche Meinung sieht in der Steuerpflicht lediglich eine Rechtssatzung, nicht ein Sittengesetz (SCHMÖLDERS).

Die von der Deflation ausgelösten wirtschaftlichen Rückschläge wirken sich naturgemäß auch psychologisch aus. Der Steuerzahler muß jetzt die vorwiegend gleichgebliebene Steuerlast als besonders drückend empfinden. Er wird sich nun viel eher gegen die steuerliche Erfassung auflehnen und nach Mitteln und Wegen suchen, ihr auszuweichen, als früher. Das Bewußtsein der Verpflichtung zur ehrlichen Steuerzahlung wird durch die Übersteigerung und die eintretende Verteilungsänderung der Steuerlast untergraben. Man schießt dabei vielfach weit über das Ziel hinaus und macht nunmehr die Steuerlast je nachdem für den wirtschaftlichen Rückgang überhaupt verantwortlich.... Die Kluft Steuermoral — Geschäfts- und Privatmoral vergrößert sich so. Die Erscheinungen der Kapitalflucht, des Schmuggels, der Schwarzbrennerei etc. nehmen zu.

bb) Die Psyche der einzelnen Bevölkerungskreise ist je nach Beruf, Geschlecht und Stammeszugehörigkeit verschieden. Je nach der Bevölkerungsschichtung müssen sich so ganz andere Reaktionen auf den erhöhten Steuerdruck zeigen. Conrad weist z. B. darauf hin [147]), daß zu Zolldefraudationen im Kleinen eher die Frau neigt, zu solchen im Großen mehr der Mann. Weiter kann man annehmen, daß die Großstadtbevölkerung der Steuermehrbelastung gegenüber größeres Verständnis zeigt und sich gegen sie dementsprechend weniger sträuben wird als die Landbevölkerung usw. [148]).

Allgemein wird sich der passive Widerstand des Steuerzahlers aber vergrößern. Auch Kreise, die früher nicht hinterzogen haben, werden jetzt durch die scharfe rückläufige wirtschaftliche Bewegung gleichsam dazu gezwungen. Die ungleichmäßige Verschiebung in der steuerlichen Belastung erhält damit von dieser Seite aus neue Impulse. Diejenigen Kreise, die sich ihrer steuerlichen Belastung nicht so ohne weiteres entziehen können, sind so den

---

145) Als Beispiel hierzu etwa die „Pönalgesetze" der Scholastik. Vgl. G. SCHMÖLDERS, Steuermoral und Steuerbelastung, Berlin 1932, S. 4.

146) z. B. fällt die Steuertäuschung nicht unter den Betrugsparagraphen des StGB. Praktisch sind die Strafbestimmungen der RAO. „eine Art Schutzvorschrift für den Hinterzieher" (SCHMÖLDERS, a. a. O.).

147) Herbert CONRAD, Psychologie und Besteuerung, Stuttgart 1928.

148) In Erinnerung sind noch die Boykottmaßnahmen der Landwirtschaft in Deutschland gegen die vom Fiskus zur Eintreibung der Steuerschuld durchgeführten Zwangsversteigerungen (Bernkasteler Winzer, die Landwirte von Naugard).

anderen gegenüber wirtschaftlich benachteiligt. Die „Gerissenheit" wird hier zu einem entscheidenden Faktor. „Die Dummheit der Kleinkapitalisten kommt in der großen Welt nicht vor." (!) (MEISEL). Der Beamte, der Lohnempfänger, der Rentenbezieher — sie sind in dieser Weise vorwiegend „benachteiligt". — Soziale Spannungen erhöhen sich. . . .

cc) Weiter sind die Reaktionen des Steuerzahlers auf die Mehrbelastung bedingt durch die jeweilige Besteuerungsform. Der eine Steuertyp verursacht beim Zahler mehr Widerstand als der andere. Je komplizierter überdies ein Steuergesetz ist, desto größer sind die möglichen und tatsächlichen Auseinandersetzungen zwischen Steuerschuldnern und Fiskus.

Der Steuerwiderstand ist gegen die direkten Steuern allgemein meist größer. Es sind dies eben die für den Steuerträger unmittelbar sichtbaren Steuern. Die indirekten Steuern empfindet der Steuerträger weniger schmerzlich. Der Zwang, das Eingreifen der Steuerbehörde gegen ihn persönlich fällt hier fort. „Die Steuerpille im Kaufpreis eingewickelt schmeckt nicht mehr so bitter." (CONRAD). Fiskalwirtschaftlich gesehen bedeutet der größere passive Widerstand gegen die direkte Besteuerung eine Beeinträchtigung der steuertechnisch bedingten relativen Starrheit im Aufkommen dieser entsprechenden Steuertypen. Bei den direkten und veranlagten Steuern kommt es außerdem weitgehend auf die loyale Mitwirkung des Steuerpflichtigen an. Die innere Einstellung des Steuerzahlers ist also hier besonders wichtig. Auch von dieser Seite aus wird wieder die Verschiebung zu der im Laufe der geschilderten Verhältnisse anwachsenden Ungleichmäßigkeit in der Steuerbelastung gefördert. So bietet z. B. die Lohnsteuer, wo der Steuerabzug unmittelbar an der Quelle erfolgt, keine Möglichkeiten zu hinterziehen. Das Verhältnis der Steuerbelastung des Besitzeinkommens, wo nunmehr in starkem Maße die dort gegebenen Möglichkeiten der Steuerhinterziehung ausgenutzt werden, zu der des reinen Arbeitseinkommens muß sich so zu Ungunsten des letzteren verändern usw. . . .

dd) Von Wichtigkeit in diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Einstellung des Steuerzahlers gegenüber der Verwaltung als solcher. Maßgebend ist dabei vor allem, ob jeweils eine eigene Steuerjustiz besteht oder ob es nur einen Beschwerdeweg innerhalb des allgemeinen Verwaltungsapparates gibt. Die eigene Steuerjustiz wird vermutlich zu streng fiskalisch entscheiden, was in der von uns betrachteten wirtschaftlichen Situation, wo die wirtschaftliche und persönliche Empfindlichkeit des Steuerzahlers ganz besonders stark ist, für die Steuerbehörden ebenso wie für die Steuerzahler zu unliebsamen Folgen führen muß. Sind überdies Steuerverwal-

tung und allgemeine Verwaltung überhaupt scharf getrennt, so besteht von vornherein viel weniger ein Vertrauensverhältnis zwischen Steuerzahler und Behörde, als wenn die Obliegenheiten der Steuerverwaltung ganz oder zum Teil von der allgemeinen Verwaltung mit wahrgenommen werden. Dieser Abstand vergrößert sich sogar nunmehr noch. Im Beamten der allgemeinen Verwaltung sieht man nicht nur den Nehmenden sondern auch gleichzeitig den Gebenden und Aufbauenden, in den Organen einer speziellen Finanzverwaltung wird man dagegen jetzt immer mehr die „Blutsauger" sehen. Das „unersetzliche Kapital des Vertrauens zur Finanzverwaltung" (CONRAD) steht hier auf dem Spiel.

Es ist jetzt ungeheuer wichtig, wie die Steuer- und Verwaltungsbehörden vorgehen, wie und wie weit sie „Billigkeitsfälle" schaffen [149]), inwieweit es dem „Temperament" der Beamtenschaft gelingt, die jetzt verstärkt drohende Gefahr von Explosionen der vor den Finanzamtsschaltern wartenden „Masse" zu verhindern. Der Einzelne — allein vielleicht feige — wird in der Masse mutig.

Durch die Häufung der Steuerstrafverfahren häufen sich natürlich entsprechend die Fehlurteile — Vertrauenserschütterungen auf beiden Seiten sind die Folge. .....

Bedeutsam ist auch jeweils die Frage, von wem aus, von wo aus die Steuerforderung erfolgt. Der Steuerzahler einer kleinen Verwaltungseinheit ist von der Notwendigkeit der Steuerforderung eher überzeugt. Hier ist das „innere Band" stärker [150]). CONRAD sagt [151]): „Die Steuerwilligkeit nimmt mit dem Quadrat der Entfernung ab."

Von Fall zu Fall wäre dann noch festzustellen, mit welchen Lohn- und Strafprämien die Steuergesetzgebung ausgestattet ist, ob also z. B. nachträgliche „tätige Reue" bei einer aufgedeckten Steuerhinterziehung möglich ist, wie hoch hierbei jeweils die Geldbeiden Seiten sind die Folge. .....

3) Wir sahen, daß sich die Anstrengungen der Steuerzahler, dem erhöhten Steuerdruck auszuweichen, auf legitimen und illegitimen Wegen erhöhen. Die Reibungsverluste Steuerzahler — Steuerbehörde wachsen an.

Die subjektive Grenze der Besteuerung entfernt sich so weiter von der objektiven Grenze, die als solche zeitweise durch den Einsatz der Machtmittel der staatlichen Verwaltung an sich überschrit-

---

149) So hat es z. B. der Reichsfinanzhof während der entsprechenden Jahre in Deutschland verstanden, in seinen Urteilen die auf ganz andere Zeitumstände zugeschnittene Steuergesetzgebung in ihren nunmehrigen Auswirkungen zu mildern.

150) Schon Adam SMITH macht auf die große Steuerehrlichkeit der Hamburger aufmerksam.

151) Vgl. CONRAD, a. a. O.

ten werden kann, wobei dieses Vorgehen dann aber eine Auspowerung der Grundlagen der Finanzwirtschaft selbst bedeutet vgl. S. 29 ff.; S. 103). Die daraufhin erfolgende zwangsläufige Reaktion der Steuerzahler ist umso heftiger, je rücksichtsloser die Finanzwirtschaft ihre Machtmittel zur Erlangung des Steueraufkommens einsetzt bzw. einsetzen muß (vgl. S. 103). Der Erfolg ist eine psychologisch bedingte überproportionale Beschleunigung der Rückläufigkeit in den Einnahmen der Finanzwirtschaft!

Die Kosten der Steuererhebung wachsen damit gleichzeitig immer mehr an, das vermehrte und verschärfte Einsetzen der staatlichen Machtmittel stellt erhöhte Anforderungen an die betreffende Beamtenschaft, die Grundsätze der Steuerökonomie werden außerdem zwangsläufig vernachlässigt...

Nicht nur für den Fiskus verteuert sich die Steuereintreibung, sondern die vermehrten Steuerkämpfe verursachen auch bei den Steuerzahlern erhebliche Aufwendungen. Die Relation Steuereinnahmen zu Steuererhebungskosten verschlechtert sich damit weiter. Volkswirtschaftlich gesehen ist es schließlich gleichgültig, bei wem diese Kosten entstehen, allgemein unerfreulich ist nur, daß das notwendige Zusammenarbeiten öffentliche Wirtschaft — private Wirtschaft als solches (besonders gerade jetzt) erhöhte Kosten verursacht.

Im einzelnen wäre hier hinzuweisen auf die Erhöhung der Steuerprozesse, auf die Vermehrung der Stundungs-[152]) und Erlaßanträge, auf die Mehrarbeit, die dadurch entsteht, daß die Steuerpflichtigen nunmehr ganz allgemein jede Chance der Steuergesetzgebung auszunutzen suchen oder auch nur aus Quertreiberei zu einer gesteigerten Einlegung von Rechtsmitteln schreiten etc. — Der Personalbestand muß zur Bewältigung der so vermehrten Arbeitslast mindestens auf der gleichen Höhe gehalten werden, die mit der Schrumpfung des Wirtschaftslebens zusammenhängende gewisse Minderung der Steuerfälle (z. B. Verringerung der Einkommensteuerfälle durch Erreichung der Steuerfreigrenze von verschiedenen Einkommen etc.) und die damit verbundene verwaltungsmäßige Entlastung wird durch den erhöhten Widerstand der Steuerzahler mehr als wett gemacht[153]).

Die Steuererhebung ist schon in „normalen" Zeiten infolge der Kompliziertheit des Wirtschaftslebens und der dieser entsprechenden Ausgestaltung der einzelnen Besteuerungsformen kost-

---

[152]) Die gestundeten Beträge wachsen nicht nur an, sondern gleichzeitig erhöht sich auch die Quote der davon uneinbringlichen Steuerforderungen.

[153]) In personeller Hinsicht wäre die Finanzwirtschaft überdies unelastisch. Sie bedarf eingearbeiteten Personals, das außerdem zu einem großen Teil im Beamtenverhältnis steht (vgl. hierzu S. 116.).

spielig. Das Anwachsen dieser toten Last ist nunmehr besonders drückend, führt zu einem weiteren Mißverhältnis der Relation öffentlicher Bedarf zu Volkseinkommen und Volksvermögen.

Exkurs.

I. Hinweis.

Die Besteuerung verfolgt nicht nur den Zweck, den jeweiligen Kollektivbedarf zu decken (orthotypische Zwecke der Besteuerung [154])), sondern sie wird auch unmittelbar als solche, als Instrument, zur Verwirklichung der politischen Ziele des Staates eingesetzt (paratypische Zwecke der Besteuerung [154])).Es kommt im zweiten Fall nicht auf zu erzielende Einnahmen an, sondern auf ein unmittelbares Eingreifen mit Hilfe des Steuerinstrumentes. Der Staat will auf diese Weise, ganz abstrakt gesehen, erziehen, belohnen, strafen, regulieren [154]).

Die durch die Deflation ausgelösten Erscheinungen müssen auch diese steuerpolitischen Zielsetzungen in ihrer Verwirklichung gefährden, verhindern. Es ist eine weitere Aufgabe der empirisch-statistischen Untersuchung von dem jeweiligen wirtschafts-, kultur- und sozialpolitischen System ausgehend, Beobachtungen in dieser Richtung anzustellen. Es gilt so z. B., von Fall zu Fall die Verbindungsadern zwischen der Finanz- und der Handelspolitik aufzudecken, also zu untersuchen, inwieweit das Zollsystem, das Steuertarifsystem auf handelspolitische Erfordernisse hin ausgestaltet sind [155]), wie aber jetzt durch Belastungsverschiebungen die Wirksamkeit dieser Maßnahmen hinfällig wird, bzw. diese Maßnahmen je nachdem nunmehr gerade zu einem gegenteiligen Erfolg führen, inwieweit diese Maßnahmen schließlich jetzt überhaupt noch Berechtigung haben oder ob ihre weitere prinzipielle Aufrechterhaltung in der augenblicklichen Situation überhaupt (volkswirtschaftlich) untragbar geworden ist.

Gerade diese Besteuerungsziele sind relativer Natur, sie sind eng verbunden nicht nur mit der herrschenden Gerechtigkeitsanschauung, den jeweiligen staats- und kulturpolitischen Zielen etc., sondern auch gerade mit der Leistungsfähigkeit der privatwirtschaftlichen Grundlage der Staatswirtschaft . . . (vgl. S. 97).

---

[154]) Vgl. Paul HEIDERICH, Die Lehre von den obersten Steuerprinzipien, Jena 1929.

[155]) Auch die Ausgestaltung der Tarife der Staatsbetriebe ist hierbei zu berücksichtigen.

II. Hinweis.

1. Die Finanzwirtschaft eines Staates besteht fast immer aus einer Mehrheit von Finanzwirtschaften. Dieses Nebeneinanderbestehen und Nebeneinanderwirken verschiedener Teilwirtschaften bedarf besonderer organisatorischer Regelungen. Das Problem des inneren Finanzausgleichs im Staate ist national verschieden gelagert. Je nach den Verfassungsverhältnissen und den jeweiligen wirtschaftlichen Voraussetzungen sind diesen einzelnen Finanzwirtschaften andere Aufgabenbereiche zuerteilt.

Die Bundesgesetzgebung eines Bundestaates kann z. B. am besten die Zollgesetzgebung selbst handhaben, da hier der Schutz der nationalen Interessen, dem das Zollsystem dient, von höchster Warte aus erfolgt — hier besteht die größte Übersicht über die wahrzunehmenden allgemeinen nationalen Belange. . . .

Nicht nur die Zölle setzen grundsätzlich eine derartige Gleichförmigkeit voraus, sondern auch die Einkommensteuer. Die Steuerzahler beziehen vielfach Einkommen aus mehreren Bundesländern — bei einheitlicher bundesstaatlicher Regelung lassen sich so Doppelbesteuerungen am einfachsten vermeiden, es bestehen so weiter bessere Schätzungsmöglichkeiten . . . etc. Dasselbe gilt entsprechend für die Gebietskörperschaften eines Einheitsstaates.

Derartige Regelungen lassen sich jedoch nur grundsätzlich empfehlen, überall liegen die Verhältnisse in praxi anders — meist nur historisch zu erklären. . . .

Überlegen wir uns in kurzen Zügen, welche Probleme durch die Auswirkungen der Deflation innerhalb des Finanzausgleichs auftreten müssen. Bestand vorher ein relativ selbständiges ausgewogenes Nebeneinander von Finanzwirtschaften, denen im günstigsten möglichen Fall getrennt verschiedene Steuerquellen zugeteilt waren, so müssen sich nunmehr auch hier der Ungleichmäßigkeit der auftretenden Erscheinungen entsprechend Verschiebungen ergeben. Je weniger alles zentralistisch gehandhabt ist, desto größer sind naturgemäß die Gefahren der Desorganisation, denn umso schwieriger ist der notwendige Ausgleich, die gleichmäßige Verlagerung der Rückgangsstöße.

Nicht nur die Einnahmerückgänge erfolgen jetzt bei den einzelnen Finanzwirtschaften verschiedenartig, sondern auch die Anforderungen der Ausgabeseite erhöhen sich in ungleichen Ausmaßen.

2. Die lokale Wirtschaftsstruktur ist so je nach der verwaltungsmäßigen Handhabung von mehr oder minder großem Einfluß auf den Einnahmeanfall und die Ausgabenanforderungen der betreffenden finanzwirtschaftlichen Verwaltungseinheit.

In Gegenden und Städten mit Industrie- und Arbeiteranhäufungen besteht der ausschlaggebende Teil der Bevölkerung aus unselbständig Berufstätigen. Hier muß sich jetzt die Arbeitslosigkeit auch finanzwirtschaftlich am empfindlichsten bemerkbar machen; denn die Soziallasten wachsen hier im Gegensatz zu den anderen Gebietsteilen des Staates überproportional an[156]).

Städte und Gebiete mit vorwiegend arbeitsintensiven Industrien sind so von dieser Seite wiederum noch heftiger berührt als solche mit kapitalintensiven Industrien etc.

Mit Rücksicht auf die in den großen Städten höheren Lebenshaltungskosten sind auch die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungssätze dort entsprechend höher als in Mittel- und Landstädten. Um in den Genuß dieser nominell höheren Sätze zu kommen (abgesehen von dem Anreiz der Großstadt überhaupt), kann sich so die Neigung zu Zuwanderungen in die großen Städte geltend machen. . . .[157]).

Je größer im übrigen die Dichte der Besiedlung ist, desto größer sind die Aufwendungen pro Kopf der Bevölkerung. Man spricht von einem „Gesetz der progressiven Parallelität zwischen Ausgaben und Bevölkerungsmassierung" (Arnold Brecht). Die großen Städte, die dicht besiedelten Gebiete sind damit ganz allgemein von Anfang an bereits stärker belastet. Reserven, irgendwelche Ausweichmöglichkeiten in der Ausgabegestaltung sind von vorneherein nicht vorhanden, jeder Pfennig, der eingeht, hat seine genaue Bestimmung, Ausgabeerhöhungen und Einnahmerückgänge müssen sich also in diesen Haushalten besonders empfindlich bemerkbar machen[158]).

3. Für die Einnahmeentwicklung ist die territoriale Streuung der wirtschaftlichen Kräfte innerhalb der betreffenden Volkswirtschaft von entsprechender Bedeutung. Landwirtschaftliche Gebiete werden jetzt andere Reaktionen des Steueraufkommens aufweisen als industrielle, die Erträge der Handelsstädte sich anders verhalten als die der Rentnerstädte. . . .

Viele Gebiete haben nur einen speziellen oder nur einen vorherrschenden Industriezweig. Die verschieden heftigen Rückgänge der Ertragslage der einzelnen Industrien machen sich nunmehr auch in diesem Zusammenhang bemerkbar. Vorwiegend die auf handwerklicher Grundlage entstandenen Verbrauchsgüterindustrien

---

[156]) Es fragt sich dann von Fall zu Fall, auf wessen Schultern jeweils die Hauptwohlfahrtslast liegt.

[157]) Die Ungleichmäßigkeit der Belastung würde von hier aus weiter verstärkt.

[158]) Es wäre zu untersuchen, ob und wieweit einzelne Städte und Territorien bereits vorher Schulden hatten, wozu die mit Hilfe des Kredits aufgenommenen Beträge gedient haben usw. Wir erinnern uns wieder hier, daß der Schuldner durch die Auswirkungen der Deflation am heftigsten betroffen wird.

(Spielwaren, Bijouterie, Stöcke und Schirme etc.) sind meist eng einem bestimmten Distrikt verbunden, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung sind dort vollkommen von diesen Industrien abhängig. Ein Rückgang einer dieser Spezialindustrien trifft in voller Wucht das ganze Gebiet und damit die betreffende Finanzwirtschaft.

Weiter wäre festzustellen, ob gebietsmäßige Unterschiede in der Besteuerungsform bestehen und welche finanzwirtschaftlichen Konsequenzen das jetzt haben muß. Ist etwa hier die Gewerbebesteuerung vorwiegend nach dem Ertrag ausgerichtet, während sie dort weitaus starrer ganz oder zu einem erheblichen Teil das investierte Kapital als Besteuerungsgrundlage ansieht? [159]).

4. Durch die ungleichzeitigen und ungleichmäßigen Erscheinungen in den Auswirkungen der Deflation verschiebt sich das Kräfteverhältnis der einzelnen Finanzwirtschaften innerhalb der gesamten staatlichen Finanzwirtschaft. Der bisher auf diesem bestimmten Kräfteverhältnis aufbauende Finanzausgleich ist überholt. Eine Reform des ganzen Zuweisungs- und Verteilungssystems drängt sich auf. Es entstehen Kämpfe um neue entsprechende Verteilungsschlüssel. Jeweils ist bei den Überweisungen zu fragen: wer steht am Ende der betreffenden Überweisungskette? Der Letzte wird unter dem Zwang der Verhältnisse (vgl. S. 123/124) nur noch das bekommen, was die anderen Vorhergehenden übrig ließen [160]). Die eigentlichen „Inhaber der Steuern" werden geschädigt. . . .

Ist der Finanzausgleich vorwiegend nach dem Zuschlagsystem eingerichtet [161]), so macht sich das jetzt besonders unliebsam bemerkbar. Bereits in normalen Zeiten führt das Zuschlagsystem zu ungleichmäßiger Belastung innerhalb des Landes. In „reichen" Gegenden sind die Zuschläge naturgemäß geringer. Unter dem starken von der Deflation ausgelösten wirtschaftlichen Druck ist es nunmehr möglich, daß ein Wegzug reicherer Bevölkerungsteile in diese reichen Gegenden erfolgt, sich damit die prekäre Lage der ärmeren Gebietsteile weiter verschlimmert.

Seinem Wesen nach ist das Zuschlagsystem ganz und gar abhängig von der örtlichen Steuerkraft. Das Verteilungssystem ist zwar auch nach dem Gesichtspunkt des örtlichen Aufkommens aus-

---

[159]) Es ergeben sich jetzt so nicht nur Verschiedenheiten für das betreffende Steueraufkommen der einzelnen Finanzwirtschaften, sondern möglicherweise auch Industrieabwanderungen, verstärkte Konzernbildungsbestrebungen etc. ... (s. a. noch unter 4).

[160]) So hielten die deutschen Gemeinden die Reichsüberweisungssteuern vielfach zurück, um ihren überhöhten Wohlfahrtsverpflichtungen nachkommen zu können.

[161]) An sich ist das Zuschlagsystem für Steuerverwaltung und Steuerzahler gleichermaßen schwierig zu handhaben und damit kostspielig. Es läßt sich nur politisch erklären.

gerichtet, es ist aber als solches elastischer als das Zuschlagsystem. Innerhalb des ersteren sind z. B. häufig Ausgleichsfonds für besonders bedürftige Gemeinden vorgesehen etc. So ist in unserer Situation auch schon rein äußerlich die organisatorische Struktur des betreffenden Finanzausgleichs bei der Würdigung der jetzt auftretenden Probleme von Bedeutung. . . .

An sich kommt es in der geschilderten Lage auf einen gemeinsamen Einsatz aller Kräfte an, um den Druck der rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung auf die Finanzwirtschaft möglichst gleichmäßig zu verlagern. Je mehr die Finanzverwaltung aber dezentralisiert ist, desto weniger ist diese Möglichkeit gewährleistet. Besser gestellte Gebiete können so noch Ausgaben machen, die zweckmäßiger für vordringlichere Ausgaben in anderen Gebieten verwandt würden. . . . .

5. Hier öffnen sich nunmehr auch politische Perspektiven: Alte Gegensätze zwischen Föderalismus und Unitarismus können wieder aufleben. Das so verstärkte Gegeneinanderwirken der einzelnen Verbände, das „Zerren und Hin- und Herüberschieben der Zuständigkeits- und Einnahmegrenzen“ (Popitz) führt zu Beunruhigungen der Öffentlichkeit und bedeutet gleichzeitig eine Vergeudung von Kräften, die besser sofort zu gemeinsamen Abmilderungsaktionen eingesetzt würden. Es kommt hierbei wieder weitgehend auf die jeweilige innerpolitische Konstellation an.

Die Entwicklung wird jedoch ganz allgemein letztlich dahingehen, daß sich der Einfluß der Zentralgewalt, die jetzt vielfach mehr oder minder willkommen als Retter in der Not auftreten muß, verstärkt. . . .

VII. RÜCKWIRKUNGEN AUF DIE PRIVATE WIRTSCHAFT.

Wir leiteten ab, wie die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Auswirkungen der Deflation von Seiten einer Finanzwirtschaft, die voraussetzungsgemäß nicht speziell auf diese Auswirkungen abgestimmte, konstruktive, finanzpolitische Maßnahmen ergreift, auf das empfindlichste verschärft wird. Wir zeigten im VI. Kapitel die zwangsläufige Desorganisation derartiger Finanzwirtschaft, eine Desorganisation, die die Folgeerscheinungen der Deflation immer mehr verschlimmert (vgl. S. 103/104). In der Finanzwirtschaft erfolgt eine völlige Loslösung der Erscheinungen von den ökonomischen Erfordernissen (vgl. unter III, c). Die Finanzwirtschaft wird von den Auswirkungen der Deflation gleichsam überfallen, wie wir uns oben einmal ausdrückten. Alle nunmehrigen zwangsläufigen Anpassungsbestrebungen tragen nur zu einer noch weiteren Zuspitzung der Verhältnisse bei. . . .

Von der Finanzwirtschaft aus erfolgen damit anhaltend weitere Schrumpfungsimpulse für die Wirtschaft. Es würde im Rahmen unserer Untersuchung unmöglich sein, die unzähligen Wege und Kanäle abzuleuchten, die jetzt diese Impulse zu weiterer Rückläufigkeit in das Wirtschaftsleben übertragen. Die Darstellung des VI. Kapitals griff bereits mit Absicht an verschiedenen Stellen inhaltlich über in dieses VII. Kapitel, das der Aufzeigung der Rückwirkungen auf die private Wirtschaft vorbehalten war. Wir können uns somit ohne allzu große Bedenken entschließen, im Folgenden nur noch einige richtungsweisende Bemerkungen zu diesen Rückwirkungen zu machen.

a) Der Steuerdruck hat sich verstärkt, da eine nach den früheren Verhältnissen ausgerichtete Besteuerung trotz schrumpfender wirtschaftlicher Grundlage geblieben ist, sich darüber hinaus sogar überproportional erhöht hat, da zwangsläufig die Steuermittelverwendung aus der produktiven in die konsumtive Richtung verlagert wird.

1) Die Voraussetzungen der Steuerüberwälzung haben sich geändert, die neuen in anderer Richtung erfolgenden Überwälzungsprozesse greifen tief in den rückläufigen volkswirtschaftlichen Pro-

zeß ein, fördern die allgemeine Destruktion. Wir führten im vorigen Kapitel kurz die grundlegenden Überwälzungsbedingungen an. Entsprechend verschiedenartig sind die Einwirkungen auf die einzelnen wirtschaftlichen Faktoren.

Bei der Verfolgung der Rückwirkungen ist also z. B. für die Produktion jeweils zu fragen: wie wichtig ist hier das fixe Kapital, wie groß ist der Schuldendruck des betreffenden Unternehmens, sind vielleicht doch hier und da Rationalisierungen möglich, arbeitet man mit progressiven, degressiven oder proportionalen Kosten und immer vor allem: ist die Nachfrage des betreffenden Erzeugnisses elastisch und in welchem Maße ist sie es, oder ist sie unelastisch etc.?

Weiter ist ganz allgemein zu fragen: sind die und die Kreise mehr oder minder eng mit den einzelnen wirtschaftlichen Prozessen verbunden, zahlen sie m. a. W. solche Steuern, die sich ihrem inneren Wesen und ihrer äußeren Ausgestaltung nach leichter oder schwerer überwälzen lassen? . . .

2. Nicht zuletzt ist festzustellen: Wer zahlt vorwiegend dem wirtschaftlichen Rückgang entsprechend einigermaßen „elastische" Steuern, wer vorwiegend die „starren"? Diese starren veranlagten Steuern lasten z. B. relativ am stärksten auf der Landwirtschaft. Bei Industrie und Handel machen die elastischen, die beweglichen, die proportionalen Steuern anteilmäßig von der abzuführenden Gesamtbesteuerungssumme mehr aus. Der Wert landwirtschaftlichen Besitzes wird so im Gegensatz zum kommerziellen und industriellen überproportional herabgemindert. . . .

b) Die Angebotsseite trifft der erhöhte Steuerdruck jetzt besonders heftig (vgl. unter VI, d, 1, ee). Die Händler sind hier elastischer. Die Steuern gleiten bei ihnen eher durch. Die Produktion ist am stärksten berührt. Sie versucht, dann wieder zurückzuwälzen (vgl. S. 100 ff.). Boden und Arbeit sind, so zeigten wir, nur bis zu einer bestimmten Grenze belastbar, die Folge ist eine weitere Dezimierung der Produktionsbasis, eine Verkürzung der Umwege. Wir wollen uns die grundsätzlich bereits aufgedeckten Zusammenhänge in diesem VII. Kapitel durch einige Hinweise verdeutlichen:

1) Der Steuerdruck verschärft den Absatzrückgang, der an sich eine unmittelbare Folgeerscheinung der deflatorischen Maßnahme ist. Ein Teil der Produktion wird so auf der sinkenden Kostenkurve weiter zurückgeworfen. Der Verlust ist hier wiederum überproportional. Gewinne verschwinden, das Anlagekapital wird allmählich „ausgelaugt", da bald auch nicht mehr die notwendigen Abschrei-

bungen vorgenommen werden können, wenn die Lohnsenkungsversuche an der physischen und politischen Grenze des Möglichen angelangt sind. . . .

Die Rentabilitätsbeeinträchtigungen durch den erhöhten Steuerdruck erfolgen verschieden je nach der betreffenden wirtschaftlichen Konstellation. Wir geben ein Beispiel: Wir kennzeichneten die Umsatzsteuer als die Wirtschaft ganz besonders belastend. Man kann nun sagen, daß sie umso drückender empfunden werden muß, desto langsamer sich das investierte Kapital der Unternehmen umschlägt. Grundsätzlich soll ja die Umsatzsteuer den Konsumenten treffen. Gelingt die Überwälzung der Umsatzsteuer auf den Konsumenten schon in normalen Zeiten nur teilweise, so gilt das in verstärktem Maße gerade jetzt. Die vielen Umsatzphasen in den Verfeinerungsgewerben etwa wirken sich so für diese im Gegensatz zu Gewerben mit weniger Umsatzphasen besonders verhängnisvoll aus. . . . Ein bisher bestehender Gegensatz hat sich weiter verschärft, besonders wenn, was anzunehmen ist, die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Verfeinerungsgewerbe stark elastisch ist. . . .

2. Gehen wir von hier einmal in anderer Blickrichtung aus: Gerade die Verfeinerungsgewerbe sind zu einem großen Teil in vielen modernen kapitalistischen Volkswirtschaften Europas Exportgewerbe. Man will mit der deflatorischen Aktion den Anschluß an den Weltmarkt verteidigen. Im dargestellten Fall werden nun speziell die Produktionskosten von Waren des internationalen Handelsverkehrs getroffen, es erfolgt hierbei zwangsläufig eine gewisse Umschichtung innerhalb der volkswirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu Ungunsten der Exportindustrien! . . .

Dies nur als Beispiel für eine der vielen Konsequenzen der steuerlichen Mehrbelastung, hier durch eine Steuer ausgelöst, die unmittelbar einen Produktionsfaktor darstellt. Die Beeinträchtigung der Wettbewerbslage der Exportindustrien erfolgt (immer über den Einfluß der allgemeinen Schrumpfungserscheinungen in dieser Richtung überhaupt hinaus) naturgemäß auch im besonderen Maße durch die (im Gegensatz zu der eben angedeuteten Wirkung eines ersten Steuerstoßes) „langfristigen" Wirkungen der erhöhten steuerlichen Belastung. Durch die Verschiebung der Steuermittelverwendung zur Konsumtion hin mit der damit zusammenhängenden weiteren Minderung der Investitionen und Reproduktionen, die gerade für die Exportindustrien eine Lebensfrage sind, wird der Anschluß an den Weltmarkt, das Ziel, das erstrebt wird, immer problematischer. Ein einigermaßen gesicherter Inlandmarkt ist das Rückgrat des Exports. Die durch den Steuerdruck verstärkten

Destruktionen des Inlandmarkts sind gleichzeitig für den Export von sofortiger verhängnisvoller Wirkung.

So sind vielleicht gerade bestimmte stark besteuerte Luxusartikel, deren Inlandnachfrage damit jetzt aufs schärfste (der Einkommenschrumpfung überproportional, da von steuerlicher Seite verstärkt) absinken kann, wichtige Ausfuhrartikel, deren Auslandabsatzbedingungen sich durch die großen Einbußen am inländischen Markt nunmehr weiter verschlechtert haben. . . .[1][2]).

Der Druck zur Kapitalflucht erhält von steuerlicher Seite neuen Auftrieb. Die wachsende Steuerlast kann nunmehr den Ausschlag geben für eine Abwanderung ins Ausland gerade der Industrien mit bedeutenden Auslandmärkten. . . .[3]).

c) Die Rückwirkungen lösen nun ihrerseits in der Wirtschaft wieder Gegentendenzen aus. Die steuerlich verschärfte Beeinträchtigung der einzelnen volkswirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsfaktoren kann zu Veränderungen der bisherigen arbeitsteiligen Struktur der Volkswirtschaft führen[4]). Man versucht jetzt mit allen Mitteln, weiteren Verschlechterungen des Verhältnisses Preise zu Kosten auszuweichen bzw. diese abzumildern (s. unter VI, d, 1, bb).

Bleiben wir bei unserem Beispiel der Umsatzsteuer. Die Erhöhung des Umsatzsteuerdrucks wird man, wo das möglich ist, abzuschwächen suchen durch Zusammenschluß mehrerer Unternehmungen — die Umsatzsteuerfälle verringern sich so. Terhalle sagt: „Umsatz (ist) Ausdruck einer Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Unternehmungen“ [5]). Die Umsatzsteuer macht sich jetzt immer mehr als „Strafe für die Arbeitsteilung“ (T e r h a l l e) geltend[6])[7]).

---

[1]) Noch krasser hebt sich dieser Zusammenhang heraus, wenn man sich vorstellt, daß die Besteuerung dieser Luxusartikel pro Wareneinheit erfolgt.

[2]) Zur besonderen Lage der Monopolisten in dieser Situation vgl. die Ausführungen Sven HELANDERS, Über die Überwälzbarkeit der Unternehmungssteuern, a. a. O., S. 356/357. Der dort abgeleitete Zwang zum Dumping ergibt sich analog auch hier. Es fragt sich nur, ob es möglich ist, mit dieser Maßnahme die durch die Abwertungen ringsum geschaffene Kluft zu überbrücken. Wir können darauf nicht näher eingehen.

[3]) In welchen Formen das im einzelnen geschieht, dazu vgl. die Ausführungen Th. PLAUTS, Zwischenstaatliche Kapitalbewegung und Besteuerung, Z. f. d. ges. St.W., 87. Bd., S. 458/459.

[4]) Ebenso können Standortsverschiebungen einsetzen. Wir erinnern z. B. an unsere Ausführungen über den Finanzausgleich.

[5]) F. TERHALLE, Finanzwissenschaft, a. a. O., S. 432.

[6]) Erinnert sei hier nur an das Schulbeispiel eines volkswirtschaftlich unerwünschten und schädlichen Zusammenschlusses als Folge überhöhten Umsatzsteuerdrucks: Stinnes.

[7]) Nicht uninteressant wäre von Fall zu Fall eine Untersuchung, inwieweit sich durch die steuerliche Mehrbelastung Umwandlungen der Rechtsformen der Unternehmungen einstellen.

Die Ausweichbestrebungen in Vielzahl können zu einem unmittelbaren Rückschritt gegenüber dem bisher erreichten Stand der betreffenden Volkswirtschaft und darüber hinaus besonders gegenüber demjenigen der anderen konkurrierenden Volkswirtschaften führen. . . .

Diese Möglichkeit besteht nicht nur innerhalb der Produktion. Außerdem werden sich, um Umsätze zu sparen, ebenso Zusammenschlußbestrebungen durch Ausschaltung von Zwischengliedern auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten ganz allgemein geltend machen. Diese vertikale Konzentration wird ebenfalls je nachdem volkswirtschaftliche recht unliebsame Folgen haben; hätte zu einer derartigen Entwicklung eine innere Notwendigkeit bestanden, wären diese Zusammenschlüsse auch schon früher erfolgt.

Gerade die volkswirtschaftlich wichtigen Funktionen des Handels werden in Zeiten rückläufiger Entwicklung leicht unterschätzt. Der Handel ist das Opfer dieser vertikalen Konzentration. Der Exporthändler mit seiner genauen Kentnis der ausländischen Märkte, mit seinen langjährigen Auslandsverbindungen etc. ist bei dem Versuch, den Auslandsabsatz zu halten, die Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt zu verbessern, bzw. wieder herzustellen (dem Ziel der „Deflation" unseren Voraussetzungen entsprechend) wichtigster Faktor. Glaubt man jetzt, ihn da entbehren zu können, wo dank seiner bisherigen Tätigkeit die Verbindungen einmal geknüpft sind und auch jetzt trotz allem noch laufen, so muß jedoch insgesamt das angestrebte Ziel ohne seine Hilfe in noch weitere Ferne rücken. Schaltet man ihn von den „sicheren" laufenden Geschäften aus, so trifft man ihn in seiner Existenzgrundlage. . . .

Die Stellung des Inlandhändlers ist entsprechend wichtig. Auch hier können Verdrängungen erfolgen (Fabrikverkaufsstellen, Schaffung eigener Abnehmer — z. B. durch die Brauereien — etc.) . . .[8]).

d) Unter IV. leiteten wir ab, wie durch die Schrumpfung der Einkommen zwangsläufig auch weniger gespart werden wird, wie ebenso im Verlauf der weiteren Entwicklung die Kapitalbildung innerhalb der einzelnen Unternehmen immer mehr nachlassen muß etc. Wir zeigten, wie diese rückläufige Tendenz zusammen mit den anderen von der Deflation ausgelösten Destruktionserscheinungen schließlich zu einer Beeinträchtigung des Aufbaus der volkswirtschaftlichen Produktion und damit der volkswirtschaftlichen Kapitalausrüstung führt. Wir beobachteten weiter, daß von Seiten der Finanzwirtschaft eine erneute Schmälerung der Kapitalbildung

[8]) Abmildernd muß bei diesen Bestrebungen die jeweilige Ausgestaltung der Umsatzsteuergesetzgebung wirken. Vielleicht ist der „reine Handel" von der Steuerzahlung befreit bzw. zu niedrigeren Sätzen herangezogen etc. Ebenso kann gerade der Export umsatzsteuerfrei sein.

einsetzt, da zwangsläufig die finanzwirtschaftliche Ausgabengestaltung zur konsumtiven Verwendung hindrängt, die „Speisung" der Steuerquellen damit nicht mehr gewährleistet ist.

Wie sind nun die so verringerten privatwirtschaftlichen Sparakte von der Finanzwirtschaft rückwirkend weiter beeinträchtigt, wie erfolgt also jetzt von steuerlicher Seite eine nochmalige Schmälerung der Sparrate, ein erneuter Angriff auf die kapitalmäßige Ausrüstung der Volkswirtschaft?

Daß allgemein durch die von steuerlicher Seite verschärfte rückläufige wirtschaftliche Bewegung eine ebenfalls steuerlich bedingt zusätzliche entsprechende Beeinträchtigung der volkswirtschaftlichen Kapitalstruktur überhaupt erfolgen muß, leuchtet nach den gemachten Ausführungen ohne weiteres ein, ebenso daß diese zusätzliche steuerlich bedingte Beeinträchtigung nicht nur in einer Verringerung der Sparrate als solcher bestehen kann, sondern auch gerade dadurch erfolgen muß, daß immer mehr Steuern vom Einkommen zum Vermögen abgeschoben werden....[9]). Aus den Darlegungen des IV. Kapitels können wir uns überdies bereits in vielem vorstellen, wie das der unterschiedlichen wirtschaftlichen und steuerlichen Beeinträchtigung der einzelnen Industriezweige etc. entsprechend von Fall zu Fall erfolgen wird. Wir werden uns deshalb hier auf einige Überlegungen beschränken, die speziell von den sparenden Personenkreisen als solchen ausgehen und damit die bei der Kapitalbildung äußerst wichtigen psychologisch-soziologischen Faktoren berücksichtigen, was eine weitere Abrundung unserer bisherigen Darstellung bedeutet.

1) Wir sahen unter VI, c), daß verschiedene Steuern nominell nach wie vor in der alten Höhe gezahlt werden müssen, daß wieder bei anderen Steuern die notwendige Anpassung der abzuführenden Steuersumme stets mehr oder minder lange nachhinkt, daß verschiedene Steuern auf lebensnotwendigen starren Bedarf weiter in voller Höhe vom Konsumenten getragen werden usw., daß also auch somit ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der erhöhten Besteuerung und den Einkommensdispositionen des einzelnen Steuerzahlers besteht. Wir wollen uns im Folgenden klarzumachen suchen, wie nun die einzelnen Wirtschaftssubjekte unter diesem unmittelbaren Eindruck der erhöhten Steuerbelastung ihre Einkommensdispositionen hinsichtlich der Sparbildung verändern. Wir gehen damit einem der vielen Wege nach, auf denen sich die steuerlich bedingte grundsätzliche Verstärkung der von den Auswirkungen der Deflation verursachten Schmälerung der kapital-

[9]) Grundsätzlich können gestört werden: a) Sparkapital (a. d. Vergangenheit), b) Sparkraft (Zukunft), c) Sparwille. Vgl. F. K. MANN, Kapitalbildung und Besteuerung, Finanz-Archiv, 46. Jg., I. Bd., Tübingen 1929.

mäßigen Ausstattung der Volkswirtschaft vollzieht, einem Weg, der sich im übrigen mit Hilfe der bisher aufgedeckten Zusammenhänge aus den genannten Gründen nicht so ohne weiteres auffinden läßt.

2) Was die Sparfähigkeit und Sparwilligkeit anbelangt, so sind diese je nach den Einkommensgruppen verschieden. Außerdem ist bei ihnen jeweils die Art der vorgenommenen Anlage der ersparten Mittel ganz anders. Die kleinen Sparquoten der kleinen und mittleren Einkommen suchen sich die geringsten Risiken aus. Die großen Einkommensparanteile „wagen" (vgl. auch S. 147). Sie sind damit volkswirtschaftlich von ungeheuerer Wichtigkeit, sie sorgen für die Ausgestaltung und vorwiegend auch für die Erhaltung des industriellen Apparates der Volkswirtschaft [10]). Die Kapitalbildung der mittleren und kleinen Einkommen soll damit nicht unterschätzt werden; in der Kapitalbildung und -erhaltung „den Ton angebend" sind aber nun einmal die großen Einkommen.

3) Der einzelne Steuerzahler ist also nunmehr gezwungen, anteilmäßig einen größeren Betrag für Steuerzahlungen in seinen Etat einzusetzen als vorher. In den niedrigsten Einkommenschichten wird dadurch der Konsum getroffen. Die kleinen Einkommen, bei denen bisher bzw. bis jetzt noch (trotz der von der Deflation ausgelösten Schrumpfung) ein bestimmter Teil gespart werden konnte, werden jetzt auf diese Sparquote verzichten müssen (vgl. hierzu auch unter IV, c). Jedoch sind auch hier wieder Unterschiede vorhanden: der Großstadtarbeiter, der alles kaufen muß, wird noch eher geneigt sein, die Sparquote anzugreifen als der einkommensmäßig in derselben Lage befindliche kleine Bauer, der vor allem seinen Betrieb sichern muß und sich somit eher um der Sparquote willen durchhungert, als der Großstadtarbeiter, bei dem das schließlich von seinem Standpunkt aus auch unökonomisch sein müßte, da darunter seine persönliche Arbeitsfähigkeit litte. Bei den mittleren Schichten ist der Drang nach Erwerb von Sicherheiten in Form von Grundbesitz oder kleinen Vermögen sehr stark (der Drang also, die „Qualität des Einkommens" zu verbessern, was hier weniger hoffnungslos ist als bei den kleinen Einkommen), sie werden zur Durchhaltung des Sparens die größten Opfer bringen [11]). Andererseits ist wieder gerade bei diesen Schichten „der konventionelle Lebensbedarf" eine besonders starre Größe.

---

[10]) Vgl. die Ausführungen H. v. BECKERATHS a. d. Konferenz von Eilsen, Kapitalbildung und Steuersystem, a. a. O., I. Bd., S. 97/98.

[11]) Vgl. hierzu das Gutachten von W. RÖPKE, Der Einfluß sozialwirtschaftlicher Faktoren auf die Kapitalbildung, Kapitalbildung und Steuersystem, a. a. O., 2. Bd., S. 220.

Die oberen Einkommenschichten aber sparen nicht mehr so vorwiegend aus Sicherheitsgründen, sondern zur Erzielung eines Ertrages. Sie werden jetzt, wo die wirtschaftlichen Chancen, die Aussichten auf lohnende Erträge, gering sind, an erster Stelle ihren gewohnten Lebensstandard aufrecht erhalten, die bisherige Sparquote dagegen verringern bzw. sogar aufgeben[12]). Das gilt vor allem für das Besitzeinkommen, aber auch nicht zuletzt für das für die Kapitalbildung allerwichtigste Unternehmereinkommen. (Im übrigen werden beide häufig in praxi nicht so scharf zu trennen sein.) Die rückläufige wirtschaftliche Lage beeinträchtigt hier nicht nur die Sparkraft, sondern lähmt gerade in diesen Schichten die wirtschaftliche Initiative und damit den Sparwillen (vgl. hierzu Anm. 26 auf S. 44).

4) Hinzu kommt bei den oberen Einkommenschichten, daß sie z. B. allgemein für die Einkommensteuerzahlung veranlagt werden müssen im Gegensatz zu den kleinen und mittleren Einkommen, die sich zu einem großen Teil aus reinem Arbeitseinkommen zusammensetzen und wo die „zeitliche Koninzidenz von Wirtschaftserfolg und fiskalischem Zugriff" (s. S. 145) ganz oder vorwiegend gegeben ist. — Die hohen Einkommen werden überhaupt mehr durch die „starren" Steuern getroffen als die niedrigen Einkommen, deren Besteuerung neben der fast unmittelbar an den Einkommenrückgang anpassungsfähigen Lohn- und Gehaltsteuer durch die ebenso verhältnismäßig sehr elastischen Verbrauchssteuern erfolgt, während der Bezieher hoher Einkommen neben der an sich schon starreren Besteuerung seiner Einnahmen und seines Vermögens sicher auch noch in hervorragendem Maße durch die als besonders unelastisch gekennzeichneten Objektsteuern getroffen sein wird. So wird auch von hier aus die eben aufgezeigte Tendenz schwindender Sparwilligkeit und schließlich auch schwindender Sparkraft bei den Beziehern großer Einkommen verstärkt.

5) Es ergibt sich, daß die erneute durch die zwangsläufige Steuermehrbelastung ausgelöste Beeinträchtigung der volkswirtschaftlichen Kapitalstruktur deshalb volkswirtschaftlich besonders nachteilige Folgen haben muß, weil der erhöhte Steuerdruck aus sachlichen und persönlichen Gründen in erster Linie die Sparakte der großen Einkommenbezieher treffen muß, Sparakte, deren Wirkung durch die Art der Anlage der ersparten Mittel volkswirtschaftlich besonders bedeutsam ist. Es ist andererseits nicht anzunehmen, daß der noch ungebrochene Sparwille und die damit noch länger

[12]) Vgl. den Auszug aus dem „Colwyn-Report" i. Kapitalbildung und Steuersystem, 2. Bd., a. a. O., S. 564—565. Sehr interessant in diesem Zusammenhang sind auch die Ausführungen von J. POPITZ, Über die Psychologie der hohen Einkommenbezieher, ebd., 1. Bd., S. 106.

vorhandene Sparkraft der mittleren Schichten diesen Ausfall auch nur quantitativ maßgeblich kompensieren können.

Auch hier läßt es sich wieder nur von Fall zu Fall entscheiden, in welchem Maße jeweils diese Rückwirkungen zu bewerten sein werden. Es wird davon abhängig sein, wie einerseits jeweils das Volkseinkommen „personell und kategorial“ [13]) verteilt ist und welche kapitalmäßigen Anforderungen andererseits die betreffende Volkswirtschaft ihren wirtschaftlichen Funktionen entsprechend stellt . . . (zu fragen also: ob Handels-, Agrar-, Industrieland bzw.: wie sind diese drei Sektoren anteilmäßig gemischt etc.?).

e) Unser Ausgangspunkt war der, daß durch die Währungsabwertungen ringsum unsere am bisherigen Wechselkurs festhaltenden Länder, die Goldblockländer, infolge ihrer so gelähmten Ausfuhr und ihrer zumindest gleichgebliebenen (in praxi sich sogar erhöhenden) Einfuhr dauernde Goldabflüsse erleiden, und daß die Goldblockländer als Waffe dagegen den Diskontsatz heraufsetzen, also nach dem Prinzip der klassischen Theorie der Goldwährung vorgehen — somit um jeden Preis den Wechselkurs halten, dazu die Notenmenge vermindern, um sich gleichzeitig durch den damit einsetzenden Preisfall den bisherigen internationalen Preisrelationen wieder zu nähern . . . (s. unter II). Die durch die Abwertungen geschaffene Kluft zwischen den Preisniveaus, die man so überbrükken will, ist sehr groß — die ergriffenen Maßnahmen müssen entsprechend von mehr oder minder langer Dauer sein (vgl. S. 52/53).

Wir verfolgten unserer gestellten Aufgabe gemäß den Lauf der von diesem Ausgangspunkt einsetzenden Entwicklung in seinen zwangsläufigen Etappen in Richtung der Finanzwirtschaft.

Wir sahen, wie sich die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Auswirkungen der durch die Diskonterhöhung erfolgenden Zusammenziehung der Geldmenge, der „Deflation“, mit ihren verhängnisvollen Folgen auch in der Finanzwirtschaft auswirken, wie sie darüber hinaus gerade von Seiten der Finanzwirtschaft wieder einen weiteren starken Impuls erfahren (vgl. S. 104) und wie sich dadurch der ganze Zustand von der Finanzwirtschaft rückwirkend weiter verschlimmern muß. . . .

Die Zerrüttung der Finanzwirtschaft macht sich aber nunmehr über die damit verbundenen in kurzen Zügen aufgezeigten grundsätzlichen volkswirtschaftlichen Schäden hinaus unmittelbar in der gespannten Lage der Währung selbst geltend. Geld- und Finanzwesen stehen in den modernen kapitalistischen Volkswirtschaften im engen Zusammenhang. Die Durchführung der Finanzwirtschaft

---

[13]) Vgl. W. RÖPKE, Der Einfluß sozialwirtschaftlicher Faktoren etc., a. a. O., S. 212 ff.

ist abhängig von einem geordneten Geldwesen und umgekehrt. Es ist kein Zufall, daß in den meisten Kulturstaaten auch organisatorisch zwischen beiden Verbindungen bestehen.

Nicht nur die Zahlungsbilanz, sondern auch die Lage der Staatsfinanzen, der Zustand der Finanzwirtschaft, ist bestimmender Faktor für den Wechselkurs. Das Budgetgleichgewicht stellt gleichsam das Aushängeschild eines Landes für seine wirtschaftliche Situation dar, ist Beweis für geordnete wirtschaftliche Verhältnisse, für kluge und energische Finanzwirtschaft und Staatslenkung überhaupt. . . . Das Budgetgleichgewicht wird damit zum springenden Punkt, um den Wechselkurs zu halten. Der Wechselkurs ist eben nicht allein rein technisch konstruierbar, sondern im selben Maße auch psychologisch bestimmt.

Durch die Zerrüttung der Finanzwirtschaft erfolgt nunmehr eine weitere Erschütterung des Vertrauens in die wirtschaftliche Lage des ganzen Landes. Man sieht immer mehr in der breitesten Öffentlichkeit die Unbeschreitbarkeit des eingeschlagenen Weges. . . . Erneute Kapitalabwanderungen setzen somit ein. . . . Die Goldabflüsse (bzw. die Tendenz hierzu) verstärken sich — drastischere Geldeinengungsmaßnahmen sind auf der anderen Seite die Folge. Die Unordnung des Budgets gibt der Devisenspekulation neuen Auftrieb: die Baissespekulation verschlimmert die Währungslage noch über das entsprechende Maß hinaus . . .!

f) Wir müssen uns mit den bis hierhin gemachten Bemerkungen über die von der Finanzwirtschaft ausgehenden Rückwirkungen begnügen. Eine wirklich umfassende Erörterung der sich so neu einstellenden Zusammenhänge müßte überdies auch inhaltlich weit über den Rahmen der gestellten Aufgabe hinausragen.

Besonders durch die jetzt überall verstärkt auflebenden Überwälzungskämpfe werden sich weitere empfindliche Schädigungen des Wirtschaftslebens einstellen. Die Überwälzung ist zu keinem Zeitpunkt ein für allemal durchgeführt. Waren die bisherigen gegenseitigen Überwälzungsversuche etwa nur mit einem leichten Geplänkel zu vergleichen, so müssen sie nunmehr unter dem Zwang der geschilderten jetzt von steuerlicher Seite weiter verschlechterten Verhältnisse, wo jeder erbittert um seine wirtschaftliche Existenz ringt, zu heftigen Kämpfen anwachsen, die im besonderen Maße durch die sich gleichzeitig einstellende Notwendigkeit des jetzt allgemeinen Übergangs von Fort- zu Rückwälzungen mit ihren einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen geschürt werden. . . .

Wir leiteten ab, daß sich die Elastizitätsverhältnisse zu Ungunsten der Angebotsseite der Volkswirtschaft verändern müssen. Von der Angebotsseite aus setzt damit nun der Druck der Rückwälzun-

gen ein (vgl. S. 100 ff.; S. 159) — weitere ungleichmäßige und ungleichzeitige Preiseinbrüche sind die Folge, der unter IV. dargestellte wirtschaftliche Rückgang erhält neue Impulse. Von dieser Seite aus verschärfen sich durch die so wieder neu aufflammenden Lohnkämpfe die sozialen Spannungen ...[14]).

Der preisliche Druck der Einfuhr verhindert außerdem bestimmte Überwälzungen da, wo sie vielleicht doch nach der Absatzseite hin noch möglich gewesen wären — die Rückwälzungen müssen damit umso heftiger sein. ....

Die Verzweigtheit der Überwälzungsprozesse im einzelnen später in praxi zu erfassen, bedarf einer vorherigen genauen „Untersuchung der Überwälzungsvoraussetzungen der einzelnen Steuerarten und Wirtschaftskonstellationen: also z. B. der Eigenart des Steuergegenstandes, der Produktionsverhältnisse, des Grades des Wettbewerbs etc." (F. K. MANN) ...

Weiterhin sind die konkreten langfristigen Überwälzungswirkungen durch so viele vorher überhaupt nicht ohne weiteres festzulegende und vorher überhaupt nicht ohne weiteres zu erkennende Einflüsse bestimmt, daß sie nur der besonderen Beobachtung zugänglich sind. ...

Zum Schluß folgendes Beispiel für derartige vorher nicht erfaßbare Fernwirkungen der Überwälzung: In Bayern erfolgte[15]) zeitweise die Lohnzahlung bestimmter Landarbeiter nur zu einem geringen Teil in Geld, zum anderen Teil aber neben der Zurverfügungstellung der Arbeitskleidung (Anzug und Schuhe) in Bier! Würde der Bierpreis durch eine (effektive oder relative) Biersteuererhöhung steigen, so würde auch die Zahl der Arbeitslosen in Bayern steigen, denn der Mentalität der bayerischen Landarbeiterschaft entspricht es, nunmehr lieber „stempeln" zu gehen und sich hin und wieder zu Gelegenheitsarbeiten anheuern zu lassen, als sich jetzt noch bei infolge der Preiserhöhung gemindertem Bierquantum auf ein Jahr zu verpflichten. Der Bauer ist also je nachdem gezwungen, dasselbe Bierquantum wie früher zur Verfügung zu stellen, d. h., den Lohn zu erhöhen bzw. nicht zu senken. Vielleicht versucht er nun, die Milchpreise zu steigern (in unserem Fall = länger halten) bzw. die Futter- oder Düngemittelpreise herabzusetzen. .....

[14]) Die Arbeiterschaft wird jetzt umso zäher ihren Lohn verteidigen, da ja auch sie bereits unmittelbar durch den erhöhten Steuerdruck getroffen ist (Massenverbrauchssteuern etc.).

[15]) Das Beispiel entstammt dem Aufsatz von Joh. POPITZ, Der wirtschaftende Mensch als Steuerzahler, i. d. Viertelj. Schr. f. Steuer- u. Finanzrecht, 4. Jg., 1930, S. 14. Ob dieser Brauch auch heute noch herrscht, ist für uns im Augenblick nicht feststellbar. Wir brauchen dem im übrigen nicht weiter nachzugehen, da dieses Beispiel nur eine der vielen vorher nicht festzulegenden Fernwirkungen der Überwälzungen, die durch die Mannigfaltigkeit des menschlichen Lebens bestimmt sind, aufzeigen will.

VIII. KRITIK DER DEFLATION ALS MASSNAHME BEI DEN GEMACHTEN VORAUSSETZUNGEN.

a) Die engen internationalen wirtschaftlichen Beziehungen der Vorkriegszeit spielten sich ab auf der Grundlage eines den damaligen naturalen Austauschverhältnissen, den „barter terms of trade", entsprechenden Goldwährungssystems. Das heißt: die Wechselkursparitäten waren Ausdrucksform eines bestimmten tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses der einzelnen Volkswirtschaften untereinander. Das internationale Währungssystem entsprach also m. a. W. der bestimmten arbeitsteiligen Struktur der damaligen Weltwirtschaft.

Außerdem bestand bei den maßgebenden Weltwirtschaftsländern im wesentlichen Gleichschritt in der kapitalistischen Entwicklung, wie sich bei einem Vergleich der internationalen Wechsellagen vor dem Kriege ohne große Schwierigkeit feststellen läßt. Dadurch konnte das Goldwährungssystem frei von wesentlichen Störungen funktionieren, die Diskontpolitik der Notenbanken diente lediglich dazu, momentane Abweichungen vom Parikurs zurückzudämmen bzw. den „automatischen" Ausgleich zu beschleunigen, größere Goldbewegungen zwischen den einzelnen Ländern brauchten nicht stattzufinden....

b) Der Krieg zerriß dieses Netz der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Während seiner Dauer bauten die kriegführenden Länder unter dem Zwang der Verhältnisse völlig neue Industrien auf, einmal, um den Ausfall der bisher international erfolgten Versorgung zu mildern, und zweitens, um den anwachsenden speziellen Rüstungsanforderungen genügen zu können. Diese so entstandenen Industriekomplexe konnten nach Beendigung des Krieges in Anbetracht der Höhe des in ihnen gebundenen Kapitals nicht ohne weiteres liquidiert werden. Die Rüstungsindustrien stellten sich teilweise auf andere Gebiete um, zoll- und wirtschaftspolitische Sicherungsmaßnahmen waren dazu ebenso notwendig, wie zur Lebenserhaltung und weiteren Heranzüchtung der übrigen Industrien, die auf Grund der durch den Krieg zwangsläufig erfolgten gegenseitigen wirtschaftlichen Abkapselung der einzelnen Volkswirtschaften sich entwickelt hatten — der Protektionismus blühte auf. ... Auch die neutralen Länder hatten sich während dieser Zeit

in ihrer wirtschaftlichen Struktur gewandelt. Die überseeischen Länder, vor allem die U.S.A., erlebten eine starke industrielle Entwicklung, ihre alten industriellen Anlagen waren nicht nur modernisiert worden, sondern die neue industrielleAusrüstung stand jetzt auf einer technischen und wirtschaftsorganisatorischen Höhe, die einen bedeutenden Vorsprung gegenüber den in den Krieg verwickelten europäischen Ländern darstellte. ... Hinzu kamen die bekannten von politischer Seite ausgehenden Impulse zu weiteren weltwirtschaftlichen Umlagerungen. ...

Der Gleichschritt der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern war grundlegend gestört — das wirtschaftliche Kräfteverhältnis der einzelnen untereinander hatte sich geändert. Die Verluste waren von den kriegführenden Nationen zu tragen. Vorerst wurde dies alles überdeckt durch die internationalen Kreditbewegungen und die Reparationen, durch die versucht wurde, diese bei „Siegern" ebenso wie bei „Besiegten" durch den Weltkrieg aufgetretenen Verluste einseitig den letzteren aufzubürden...

Wie sollte man bei diesen grundlegend veränderten internationalen wirtschaftlichen Voraussetzungen die Wechselkurse gegeneinander ausrichten? Da bestimmte Anhaltspunkte hierzu fehlten, oder besser: vorerst aus den eben angedeuteten Gründen nach außen hin gar nicht in Erscheinung treten konnten, stabilisierte man zwangsläufig mehr oder minder ins Blaue hinein, wobei „der Nimbus des Absoluten und Richtigen der ursprünglichen Vorkriegskurse, den langjährige Gewohnheit ihnen verliehen hatte" (Georg HALM), in den meisten Ländern eine große Rolle spielte [1]).

c) 1) Als ab 1930 sich durch das Hinwegreißen des internationalen Kreditschleiers die wahren Verhältnisse immer mehr herausboben, sah man allgemein, daß die Goldverteilung in keiner Weise mehr der wirtschaftlichen Betätigung der einzelnen Länder entsprach. Ein derartiges Entsprechungsverhältnis ist aber Voraussetzung für ein arbeitsfähiges internationales Goldwährungssystem. Das nicht mehr nach den tatsächlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgerichtete Währungssystem erschwerte jetzt den internationalen Güteraustausch. Die bisherigen Funktionen eines wirklichen Weltwährungssystems kehrten sich in ihr Gegenteil. Das weitere Festhalten an den utopischen Wechselkurs-„Paritäten" verursachte so bei den einzelnen Ländern immer mehr innen- und außenwirtschaftliche Störungen. England wertete deshalb, besonders unter dem unmittelbaren Eindruck der damaligen deutschen Verhältnisse, als erstes bedeutendes Welthandelsland 1931 seine

[1]) So stabilisierte England, das seine Finanzoberherrschaft in der Welt während des Krieges an die U.S.A. verloren hatte, aus Prestigegründen 1925 zum Vorkriegs-Pfundkurs viel zu hoch.

Währung ab. Es folgten die anderen Länder, bis dann im Sommer 1936 nur noch Frankreich, Holland und die Schweiz an der Goldwährung, an den früheren Wechselkursen festhielten. Für diese letzten „Goldblockländer" gilt es, sich weiter in der Weltwirtschaft zu behaupten. Wir umrissen unter II. deren nunmehrige Situation: die chronischen Goldabflüsse als äußeres Zeichen des schwindenden Exports, des ansteigenden Imports. Man wertet nicht ab, sondern verteidigt den Wechselkurs, man versucht die inländischen Preise durch ein künstliches Zusammenziehen der Geldmenge zu senken, um die preisliche Kluft am Weltmarkt zu überbrücken. Man handelt, wie wir oben sagten (S. 13), nach einem Prinzip der Theorie der Goldwährung. Wir verfolgten die zwangsläufige Entwicklung der Auswirkungen, die dieses Vorgehen nach sich zieht. Die aufgedeckten Zusammenhänge, die eintretenden Destruktionen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft zeigten, daß die Opfer dabei grundsätzlich unermeßlich sein müssen; die aufgedeckten Zusammenhänge führten dieses Vorgehen schließlich ad absurdum! Welchen Fehler machte man nun dabei? Warum war diese Maßnahme zum Scheitern verdammt?

2) Der Wechselkurs ist, wie gesagt, Ausdrucksform ganz bestimmter internationaler Relationen. Das Währungssystem soll zur Erleichterung des internationalen wirtschaftlichen Austauschs dienen. Wir versuchten eben anzudeuten, wie nach dem Kriege die naturalen Austauschbeziehungen verändert sind, wie durch die internationalen Kreditoperationen die im Gegensatz zur Vorkriegszeit völlig gewandelte weltwirtschaftliche Situation verdeckt ist. Wir wiesen darauf hin, daß die Wechselkursfestsetzungen nach dem Kriege nicht diesen umgestalteten weltwirtschaftlichen Grundlagen entsprechend erfolgten, seinerzeit überhaupt nicht diesen entsprechend erfolgen konnten.

Wir sehen, ohne das im Rahmen dieser Arbeit aus Raumgründen im einzelnen näher begründen zu können, in den „Abwertungen ringsum" letztlich nichts anderes als das Suchen nach den Wechselkursfestsetzungen, die den gewandelten internationalen Austauschrelationen entsprechen! Die Aufgabe der alten Parität in den meisten Ländern der Welt bedeutet uns keine Bankerotterklärung des Goldwährungssystems, sondern im Gegenteil à la longue gerade einen Schritt dazu, diesem wieder erträgliche Voraussetzungen zu schaffen, d. h., den vorhandenen Austauschrelationen entsprechende Wechselkurse zu finden.

3) Die Austauschrelationen haben sich aus den geschilderten Gründen für viele Länder eben relativ verschlechtert. Opfer müssen auf jeden Fall gebracht werden. Es fragt sich nur: was ist der

schmerzloseste Weg hierbei? Um den bereits durch die früher mit Hilfe der Abwertung erfolgte Annäherung der Konkurrenzländer an die gewandelte weltwirtschaftliche Struktur vorhandenen Vorsprung dieser Länder bzw. den der während des Weltkriegs in der kapitalistischen Entwicklung überproportional fortgeschrittenen Länder außerhalb Europas nicht allzu groß werden zu lassen, d. h., um einen demjenigen dieser Länder einigermaßen entsprechenden Lebensstandard zu gewährleisten, bedarf es für die Goldblockländer nunmehr besonderer Anstrengungen.

Es ist im Grunde genau dasselbe, ob man nach einer Abwertung mehr inländische Währungseinheiten, die durch Mehrarbeit zu erlangen sind, vorweisen muß, um eine ausländische Währungseinheit oder ausländische Ware zu bekommen, oder ob man beim Halten des Wechselkurses bei dazu notwendiger Verringerung der Geldmenge und entsprechendem Preisfall mehr arbeiten muß, um die nominell gleiche Summe Währungseinheiten zu verdienen, die man zur alten Parität umwechseln kann (vgl. auch S. 157). Es kommt aber dabei auf die Ausmaße der Abweichungen an, die den bisherigen Währungsmechanismus als überholt gelten lassen. Die „Deflation" erfordert ein schmerzliches Zurückschrauben des inländischen Preisniveaus, ein Vorgang, der bei längerem Anhalten, wie wir sahen, zwangsläufig zur Unterminierung der Volkswirtschaft führen muß. Die Abwertung bedeutet dagegen eine „organische" Anpassung, die auch mit ihr verbundene Opfer entsprechen eher denjenigen, die die umgestalteten weltwirtschaftlichen Verhältnisse auf jeden Fall erfordern. Beim Einsatz der Deflation zur hier notwendigen Anpassung denkt man zu mechanisch, bedenkt nicht, daß die Wirtschaft ein lebendiger Organismus ist. ...

4) Das Goldwährungssystem ist nur Diener des internationalen wirtschaftlichen Austauschs. Es muß so den vorhandenen bestimmten internationalen Austauschbeziehungen entsprechen — die Paritäten sind F o l g e dieser Relationen. Was tut man aber in unseren Ländern? Man versucht einen in seinen Dimensionen, n i c h t in seinem Prinzip, durch die weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen unbrauchbar gewordenen Mechanismus zu erhalten, anstatt diesen den neuen Verhältnissen anzupassen. Die „Stabilität der Währung" ist in den letzten Jahren bei vielen Menschen zu einem Mythos geworden[2]). Die Opfer, die man hier diesem Phantom bringt, sind aus

[2]) D. H. ROBERTSON meint hierzu: „Es mag ein bißchen spaßhaft erscheinen, daß dieselben Gläubiger (ganz zu schweigen von Hausbesitzern und Bahngesellschaften), die die Halbierung ihrer Realeinkommen bloß mit einem schiefen Gesicht hinnahmen, bei der Erwähnung der Möglichkeit einer 10%igen Reduktion ihrer Einkommen in Gold — das kaum je einer unter ihnen zu erwerben wünscht — in Harnisch geraten." ROBERTSON glaubte damals (Herbst 1928), man müsse

unserer Darstellung zu erkennen. Wohin diese Entwicklung führen kann, wurde dabei ebenfalls verschiedentlich abgeleitet: Zu Inflation oder Devisenbewirtschaftung bzw. zu beidem, denn Devisenbewirtschaftung ist nur ein zeitweises Konservierungsmittel, welches eine endgültige Entscheidung herauszögert; im Augenblick, wo eine Währung nicht mehr „den Zahlungsausgleich mit dem Ausland bewirken kann", ist sie nämlich „einem wesentlichen Zweck entzogen", ist sie „eingeweckt", „mumifiziert", „eingefroren" [3]).

Es soll das nicht heißen, daß hiervon ausgehend nun eine Abwertung allgemein empfohlen werden kann. Jedes Land hat hierbei andere Voraussetzungen zu beachten, die nicht nur wirtschaftlicher Natur zu sein brauchen [4]). Fest steht für uns, die wir von den „Goldblockländern" ausgehen, die später doch zu einer Abwertung (und zwar mit bisher gutem Erfolg) schritten, nur eins: Hätte man sich in diesen Ländern die grundlegenden Wandlungen in der Weltwirtschaft klar gemacht, wäre man sich außerdem der eigentlichen Rolle und der tatsächlichen Bedeutung des Goldwährungssystems und des Wechselkurses bewußt gewesen, hätte man darüber hinaus vor allem die Auswirkungen der ergriffenen deflatorischen Maßnahme gekannt, hätte man mit anderen Worten mit Hilfe der nationalökonomischen Forschungsergebnisse, mit Hilfe dieser von der Nationalökonomie erstellten wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten sich die Zusammenhänge „vom grünen Tisch aus" vorher abgeleitet, so wäre dieses schmerzliche Experiment sicherlich unterblieben und man wäre schon früher von der Notwendigkeit einer Abwertung überzeugt gewesen. .... (Vgl. Anm. 2, S. 2).

5) Innerhalb eines funktionierenden internationalen Goldwährungssystems, innerhalb des Systems „der kommunizierenden Röhren", hat eine zeitweise künstliche Zusammenziehung der Geldmenge, um vorübergehende Unausgeglichenheiten der Zahlungsbilanz zu beseitigen, einen diesem funktionierenden System eigenen „automatischen" Ausgleich zu beschleunigen, Berechtigung, nicht

---

dieser Einstellung unter Umständen nachgeben. Daß das aber einmal eine Grenze haben muß, dürften unsere Ausführungen klargelegt haben. Vgl. D. H. ROBERTSON, Das Geld, a. a. O., S. 152 ff.

[3]) Vgl. Hjalmar SCHACHT, Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, 1932, S. 41 ff.

[4]) In Deutschland wird dieses Problem deshalb heute von ganz anderer Seite aus angepackt. Man beschreitet dabei Wege, die nur auf Grund der durch die nationale Erhebung geschaffenen neuen Verhältnisse gangbar sind, Wege, die jedenfalls von den anderen Weltwirtschaftsländern nicht eingeschlagen werden können, besonders: auch nicht eingeschlagen zu werden brauchen, da ihre wirtschaftliche Lage in vielem günstiger ist. In Deutschland würde überdies nach den dortigen Inflationserfahrungen eine offene Abwertung der Währung, wenn auch durchaus unberechtigt, vermutlich große psychologische Schäden verursachen und damit vielleicht auch deshalb schon unmöglich sein.

aber, um chronische auf strukturellen Verschiebungen beruhende Störungen der Zahlungsbilanz auszugleichen! Die Diskonterhöhung bzw. -senkung kann nur als vorübergehend angesetzter „Stachel" dienen, die Wechselkurse einer intakten Goldwährung zwischen den Goldpunkten zu manipulieren, d. h., eine Bewegung zu regulieren, die sich eben auch von selbst über kurz oder lang immer wieder einstellen würde, die man nur aus währungstechnischen und psychologischen Gründen beschleunigen muß. Wird diese Maßnahme aber wie hier notgedrungen zu einer Dauererscheinung, so müssen sich zwangsläufig die Auswirkungen einstellen, wie sie in ihrer kausalen und funktionellen Aufeinanderfolge in Richtung speziell auf die Finanzwirtschaft mit dieser Arbeit darzustellen versucht wurden [5]).

Der Preis, der dabei gezahlt werden muß, ist zu hoch, ja unerschwinglich. Das Prinzip der Theorie der Goldwährung ist von vornherein gar nicht einsetzbar, da der vorhandene Mechanismus der Goldwährung voraussetzungsgemäß selbst gar nicht mehr intakt sein kann, nur noch eine durch Einflüsse von außen in Unordnung geratene und außer Funktion gesetzte Maschinerie darstellt, weil er nicht auf die gewandelten wirtschaftlichen Verhältnisse ausgerichtet ist ... (vgl. S. 13), und weil sich überdies jetzt die meisten anderen Welthandelsländer seiner überhaupt nicht mehr bedienen (wenigstens nicht in seiner bisherigen äußeren Form [6]), in der er nur zeitweise trotz „falscher" Paritäten durch die die wahre Sachlage verschleiernden internationalen Kreditmaßnahmen funktionieren konnte).

d) Wir haben mit dieser Arbeit versucht, kausale und funktionelle Zusammenhänge zwischen „Deflation" im definierten Sinne, eingesetzt als Bekämpfungsmaßnahme bei den gemachten konkreten Voraussetzungen, und speziell der Finanzwirtschaft aufzudekken. Es mußte dabei unser Bestreben sein, die sich logisch zwingend ergebenden Auswirkungen der Deflation durch deren Verfolgen bis in ihre letzten Konsequenzen scharf herauszukristallisieren. Unsere Aufgabe bestand ja darin, das notwendige theoretische Rüstzeug für eine empirisch-statistische Untersuchung bereitzustellen.

In Wirklichkeit werden sich die Verhältnisse vielfach anders darstellen. Wir wiesen schon eingangs auf die möglichen Modifika-

[5]) Es ist hier nicht der Ort, auf andere Möglichkeiten einzugehen, wo eine „künstliche Zusammenziehung der Geldmenge" wirkliche Berechtigung und damit Aussicht auf den gewünschten Erfolg hat; so etwa bei dem Versuch nach einer inflationistischen Aufblähung der umlaufenden Geldmenge infolge eines Krieges den Geldumlauf sukzessive (vgl. S. 14/15) wieder auf einen normalen Stand zu bringen (vgl. S. 6/7).....

[6]) Auch nach den Abwertungen richtet man sich immer noch im Prinzip nach dem Goldwährungssystem, welches nach wie vor die brauchbarste Einrichtung ist, einer wahrhaften „Weltwirtschaft" reibungslosesten Ablauf zu sichern.

tionen von seiten der Wechsellagen hin (S. 17). Hiervon und von den jeweiligen saisonmäßigen Einflüssen abgesehen, werden sich überdies naturgemäß in praxi die Auswirkungen der Deflation auch dadurch schon anders zeigen, daß etwa gewisse Kompensationen für bestimmte vielleicht besonders wichtige Teilgebiete der Wirtschaft durch die Bewegungsrichtung des entsprechenden säkularen Trends erfolgen, daß die preisliche Situation: Rohstoffe zu Enderzeugnissen an verschiedenen Stellen den inländischen Preisfall abmildern, in manchen Fällen vielleicht sogar überkompensieren kann und damit außerdem zu entsprechenden Milderungen der kritischen Exportlage führt, daß bestimmte Teile der inländischen Industrie organisatorisch oder qualitativ bedingt auch jetzt noch nicht zu erschütternde Monopolstellungen am Weltmarkt einnehmen, daß außerdem ganz allgemein der vorhandene Reichtum einer Volkswirtschaft (so etwa auf Goldbasis gestellte Erträge durch Auslandsanlagen, aber auch früher angesammelte Reserven überhaupt) nunmehr als „Fettpolster" dient, die Heftigkeit des Rückgang dämpft etc. .... Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß im Gegensatz hierzu entsprechend Einflüsse wirksam sein können, die ihrerseits verschlimmern, so gerade eben der voraussetzungsgemäß grundsätzlich vorhandene Exportschwund, den es abzustoppen gilt. ....

Hinzu kommen dann von Fall zu Fall die weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Auswirkungen der vorgenommenen künstlichen Zusammenziehung der Geldmenge und deren verhängnisvolle Folgen zu mindern suchen (vgl. S. 15; S. 16).

Am ersten wird man aus prinzipiellen Gründen in den von uns betrachteten parlamentarisch regierten Ländern dabei den Hebel von Seiten der Finanzwirtschaft ansetzen, den Sektor der privaten Wirtschaft so aus dieser Richtung vorwiegend zu beeinflussen suchen und nur an zweiter Stelle unmittelbare Eingriffe in diesen selbst vornehmen.

Wir erkannten, daß die Finanzwirtschaft als solche den von der Deflation ausgelösten Rückgangserscheinungen gegenüber besonders unelastisch ist, daß damit von der Finanzwirtschaft aus die fortschreitende volkswirtschaftliche Destruktion stärkste Impulse erfährt. Eine mögliche Milderung der von hier ausgehenden schädigenden Einflüsse würde also stark ins Gewicht fallen (vgl. auch S. 104, Anm. 26; besonders auch S. 4, Anm. 5). Jedoch könnte (diese Möglichkeit einmal vorausgesetzt) selbst das genau wie alle anderen „mildernden" Einflüsse höchstens zu einer vorerst etwas schmerzloseren Entwicklung beitragen, schließlich aber nur dazu dienen, die notwendige Entscheidung, einen anderen wirklich beschreitbaren Weg einzuschlagen, noch länger herauszuzögern! .....

Lebenslauf.

Am 23. April 1912 wurde ich, Werner Ernst Alexander Wilmanns, als Sohn des Arztes Dr. med. Kurt Wilmanns und seiner Ehefrau Käte Wilmanns geb. Mueller in Wenden i. W., Kreis Olpe, geboren. Von 1918 bis 1921 besuchte ich die Ev. Volksschule in Königswinter am Rhein, dann kam ich 1921 auf das Ev. Pädagogium in Godesberg; von Untersekunda ab (1926) besuchte ich das Deutsche Kolleg in Godesberg, wo ich am 21. März 1931 mein Abitur machte. Nach einer praktischen Tätigkeit bei der I. G.-Farbenindustrie A.G. in Berlin bezog ich im WS. 1931/32 die Universität Köln. Das SS. 1932 verbrachte ich auf der Universität Jena; seit dem WS. 1932/33 studierte ich in Bonn. In den Osterferien 1933 volontierte ich in der Redaktion der damaligen „Bonner Zeitung". Am 22. 12. 1934 bestand ich an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität mein volkswirtschaftliches Diplom-Examen mit dem Prädikat „gut". Titel der Diplom-Arbeit: „Gründe für und wider eine Herabsetzung des Goldgehaltes der Reichsmark (‚Devalvation')." Ab Januar 1935 bis März 1937 war ich in verschiedenen kaufmännischen Abteilungen eines mittelgroßen rheinischen Fabrikbetriebes tätig. Ab April 1937 ließ ich mich dort beurlauben, um mich ganz der Fertigstellung meiner Dissertation widmen zu können. Am 3. Dezember 1937 bestand ich vor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn die Prüfung für den Doktor der wirtschaftlichen Staatswissenschaften mit dem Prädikat „sehr gut".